



Naturschutz und Landschaftspflege

Dialogforum Naturschutz 2001 und 2002

4/2004



Beiträge 4/2004

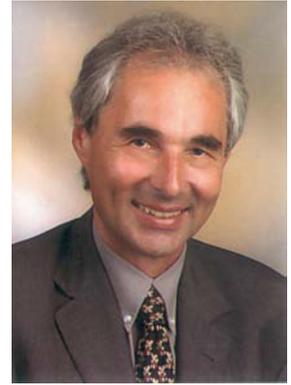
Dialogforum Naturschutz

Vortragsveranstaltungen der Jahre 2001 und 2002

In Memoriam an unseren engagierten Kollegen Rolf Hageböling

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Dr.-Ing. Karl-Heinz Rother, Oppenheim	
Integration des Naturschutzes in die Landwirtschaftspolitik; Zwischenbilanz nach 15 Jahren Umsetzung in der Schweiz	3
Ing.-Agr. Daniel Zürcher, Genf	
Naturschutz als Schlagzeile.....	7
Dipl.-Ing. Andreas Schuhmacher, Garbsen	
Wildnis in Rheinland-Pfalz	24
Dr. Kerstin Oerter, Berlin	
Biosphärengebiete in der Schweiz: Erfahrungen mit einer Evaluationshilfe auf dem Internet.....	31
PD Dr. Felix Kienast, Birmensdorf/Schweiz	
Wie soll sich die Landschaftsplanung entwickeln? (Podiumsdiskussion).....	35
Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Aichele, Mainz	
Dipl.-Ing. Christoph Best, Oppenheim	
Dr. Winfried Krahl, Karlsruhe	
Prof. Dr. Kai Tobias, Kaiserslautern	
Die Zukunft der Kulturlandschaft	39
Prof. Dipl.-Ing. Gerd Aufmkolk, Werkgemeinschaft Freiraum, Nürnberg	
Konzepte zur umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung von Stadtregionen	48
Prof. Dr. Jürgen H. Breuste, Salzburg	
Inszenierung urbaner Räume in den USA.....	62
Frank Roost, Berlin	
Naturschutz und Landschaftsgestaltung in suburbanen Räumen	74
Dr. Stefan Körner, Berlin	
NaturZH - Grünflächenpflege in der Stadt Zürich	84
Yvonne Aellen, Zürich	
Sieben einfache Zugänge zum Begreifen und zum Umgang mit der Zwischenstadt und das Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Ladenburger Kollegs.....	90
Prof. em. Thomas Sieverts, Bonn	
„,...Blick auf Bäume notwendig“ – Städtisches Wohnen und Umweltqualität	99
Annett Steinführer, Leipzig	



Vorwort

Das Dialogforum Naturschutz wird seit 1998 von der Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz in Oppenheim veranstaltet. Referentinnen und Referenten aus dem gesamten Bundesgebiet und angrenzenden europäischen Ländern stellen in dieser Reihe verschiedene aktuelle Themen des Naturschutzes vor. Das Dialogforum ist Gesprächsangebot und Austauschplattform für Naturschutzakteure und bietet so auch die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen.

Die Vielfalt des Themenkomplexes Naturschutz spiegelt sich in den fachlich-beruflichen Hintergründen der Referentinnen und Referenten aus Forschung und Lehre, behördlichem Naturschutz, Planungsbüros oder Naturschutzverbänden wider, die Fragen des Naturschutzes aus verschiedenen Blickwinkeln kritisch beleuchten und neue Wege aufzeigen.

Bei der Auswahl der Themen spielen innovative Ansätze und Methoden ebenso eine Rolle wie der gesamtgesellschaftliche Kontext, in dem Naturschutz stattfindet. Die kritische Reflexion bisheriger Herangehensweisen verbunden mit neuen Strategien zur Akzeptanzsteigerung für den Naturschutz und einer höheren Präsenz im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs sind daher wichtige Elemente des Dialogforums. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf den Beitrag von A. Schuhmacher verwiesen, der das Thema Naturschutz im Mediensystem analysiert.

Intention der Veranstaltungsreihe ist auch der sprichwörtliche Blick über den – fachlichen – Tellerrand, der neue Denkanstöße geben und den fachliche Austausch initiieren soll. Das Forum trägt darüber hinaus dazu bei, die im Naturschutz tätigen Kräfte zu bündeln und bietet Plattform- und Multiplikatorfunktion für erfolgreiche Projekte und Strategien.

Ich freue mich sehr die Veranstaltungen der Jahre 2001 und 2002 publizieren zu können und damit einem größeren Kreis von Interessenten zugänglich zu machen.

Dr.-Ing. Karl-Heinz Rother

**Präsident des Landesamtes
für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz**

Integration des Naturschutzes in die Landwirtschaftspolitik; Zwischenbilanz nach 15 Jahren Umsetzung in der Schweiz

Daniel Zürcher

Es begann mit der Rothenthurm-Initiative

Die erste Frage, die beantwortet werden sollte, ist folgende: Warum eine Zwischenbilanz nach 15 Jahren? Die Antwort lautet: Weil alles mit der Rothenthurm-Initiative begann!

Um dies zu verstehen muss man sich vor Augen halten, dass in der Schweiz ein Instrumentarium zur Beeinflussung politischer Entscheide auf Landesebene existiert, das gänzlich in der Hand des Volkes liegt, die so genannte Volksinitiative. Eine Volksinitiative kann gestartet werden durch eine Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen, unabhängig von jeder Partei. Es müssen mindestens sieben Personen ein Initiativkomitee gründen und einen Vorschlag für die Änderung der Bundesverfassung formulieren. Dieser Vorschlag wird zuerst von der Bundeskanzlei auf seine formaljuristische Korrektheit geprüft (inklusive richtige Übersetzung in alle drei Landessprachen), um anschließend im offiziellen Publikationsorgan des Bundes, dem Bundesblatt, publiziert zu werden. Ab diesem Termin stehen dem Initiativkomitee 18 Monate zur Verfügung, um mindestens 100.000 Unterschriften zusammenzubringen. Werden diese Unterschriften in der genannten Zeit zusammengebracht, so müssen der Bundesrat und die beiden Parlamentskammern ihre Meinung dazu abgeben. Bei einer Absage wird der Initiativtext dem Schweizer Volk in einer Abstimmung unterbreitet. Sagt das Volk zu, so müssen Regierung und Parlament den neuen Verfassungsauftrag gleichwohl umsetzen, obwohl sie in der ersten Runde eine Absage erteilt hatten.

1985 wurde eine derartige Initiative gestartet. Sie trug den Namen „Rothenthurm-Initiative“. Rothenthurm ist ein kleiner Ort im Kanton Schwyz mit der schönsten Moorlandschaft der Schweiz. Das Militärdepartement plante ausgerechnet an diesem Ort den Bau einer neuen Kaserne mit Panzerübungsgelände und Schießplatz. Dies war gar nicht nach dem Geschmack der Umweltverbände und der dort ansässigen Bauern. Deshalb starteten sie die Rothenthurm-Initiative „zum Schutze der Moore und Moorlandschaften“, um den Bau dieser Militäreinrichtung zu verhindern. Da jedoch in der Bundesverfassung keine zu spezifischen Verfassungsartikel stehen können (es war zum Beispiel nicht möglich zu schreiben, dass in Rothenthurm keine Beeinträchtigung der Moorlandschaft durch Militäreinrichtungen geschehen dürfen,) war das Initiativkomitee gezwungen, folgende allgemeine Formulierung in den Initiativtext aufzunehmen:

„Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und gesamtschweizerischer Bedeutung sind geschützt. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut noch Bodenveränderungen vorgenommen werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die dem Schutz oder der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung der Moore und Moorlandschaften dienen.“

Mit dieser Formulierung waren nun nicht nur die Moore und Moorlandschaften von Rothenthurm gemeint, sondern Moore und Moorlandschaften in der ganzen Schweiz. Als das Initiativkomitee nach wenigen Monaten 200.000 Unterschriften einreichte, war der Bundesrat natürlich nicht sehr erfreut. Er empfahl die Initiative dem Volk zur Ablehnung. Um jedoch die Stimmbürger/innen auf seine Seite zu bringen, bemühte er sich trotz allem einen indirekten Gegenvorschlag zu machen (indirekt, weil nicht auf Verfassungsstufe, sondern auf Gesetzesstufe), der vom Parlament genehmigt wurde. Dieser indirekte Gegenvorschlag bestand darin, das Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) im Bereich des Biotopschutzes aufzubessern. Diese Aufbesserung führte zur Aufnahme neuer Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, so zum Beispiel in Art. 18c:

„Schutz und Unterhalt der Biotope sollen, wenn möglich, aufgrund von Vereinbarungen mit den Grundeigentümern und Bewirtschaftern sowie durch angepasste land- und forstwirtschaftliche Nutzung erreicht werden. Grundeigentümer oder Bewirtschaftler haben Anspruch auf angemessene Abgeltung, wenn sie im Interesse des Schutzzieles die bisherige Nutzung einschränken oder eine Leistung ohne entsprechenden wirtschaftlichen Ertrag erbringen.“

Im Juni 1987 war dann diese Aufbesserung des NHG unter Dach und der Bundesrat hatte die Argumente, um die Rothenthurm-Initiative in der Volksabstimmung zu bodigen (= besiegen). Aber es kam alles anders als geplant: Wider Erwarten wurde die Initiative vom Volk angenommen und dessen Text wurde somit Teil unserer Bundesverfassung. Aber auch die NHG-Revision blieb in Kraft! Die Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft wurde so mit einem Paukenschlag eröffnet und von Anfang an doppelt genäht.

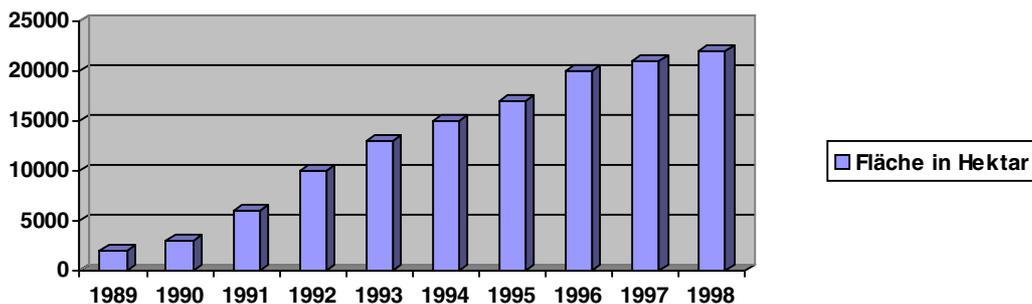
Erste Konkretisierung der Zusammenarbeit Naturschutz-Landwirtschaft

Die erste Konkretisierung bestand darin, die personellen und finanziellen Ressourcen im zuständigen Amt zu stärken. Einerseits mussten rasch Inventargrundlagen zur Bestimmung der zu schützenden Biotopie erarbeitet werden, andererseits musste die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft in Absprache mit dem Bundesamt für Landwirtschaft und mit den Kantonen als Vollzugsbehörden des Naturschutzes im Konkreten organisiert werden. Dieser zweite Aufgabenbereich war dann der Anlass, den Autor im Mai 1989 beim Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) anzustellen. Mit etwas Humor kann ich mich als „Nachgeburt“ der Rothenthurm-Initiative bezeichnen.

In meiner Arbeit konnte ich mich von Anfang an auf die Erfahrung einiger kantonaler Pilotprojekte stützen, insbesondere aus den Kantonen Solothurn und Aargau. Der Weg, der in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern gewählt wurde, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Als bestes Mittel eignete sich der Abschluss von Verträgen mit den einzelnen Landwirten.
2. Das Prinzip der freiwilligen Vereinbarungen wurde wenn immer möglich angewendet, auch wenn dies ab und zu sehr viel mehr Zeit beanspruchte.
3. Die Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgte gemäß dem Rhythmus ihrer Möglichkeiten, vor allem im Bereich der Finanzen, waren sie doch aufgerufen, 20-80% der Kosten dieser Verträge mit der Landwirtschaft zu finanzieren.
4. Es wurde von Anfang an geschaut, dass keine Konkurrenz mit den Maßnahmen der Agrarpolitik entstand.

Zwischen 1989 und 1998 entstand flächenmäßig und finanziell eine große Progression. Dies ist auch ein Resultat der Lobbyarbeit der Naturschützer in den verschiedenen kantonalen Parlamenten.



Grafik 1: Zunahme der Vertragsnaturschutzflächen in der Schweiz von 1989 - 1998

Die Agrarpolitik kommt ebenfalls durch Volksinitiativen in Bewegung

Parallel zu den Entwicklungen im Naturschutz kam Bewegung in die Landwirtschaftspolitik. Seit Mitte der 80er Jahren gingen mehrere staatlich initiierte Agrarvorlagen vor dem Volk „bachab“, das heißt sie wurden in der Volksabstimmung verworfen. Es waren immer wieder Vorlagen, die Teilaspekte der traditionellen Landwirtschaftspolitik betrafen, so zum Beispiel der Rebbau-Beschluss, der Milchwirtschafts-Beschluss, der Zucker-Beschluss, gegen die sich eine bunt zusammengesetzte Gruppe agrarkritischer Kräfte regelmäßig auflehnte. Zudem wurde 1989 beinahe eine radikalreformerische Initiative der Kleinbauernvereinigung angenommen.

Von diesen Erfolgen beflügelt, vereinigten sich ab 1989 sämtliche Umweltverbände, Tierschutzverbände, Konsumentenorganisationen, Gewerkschaften, Grüne und linke Parteien sowie die sozialliberalen Zentrumsparteien LdU und EVP und gründeten ein Initiativkomitee mit den Biobauern und den Kleinbauern. Die Initiative bekam den Namen „Bauern und Konsumenten: für eine naturnahe Landwirtschaft (BUKI)“. Der Autor war in diesem Bündnis als Vertreter der Naturfreunde-Vereinigung dabei, als Mitarbeiter der Bundesverwaltung konnte ich jedoch nicht direkt im Initiativkomitee auftreten.

Im Vorfeld der Lancierung kam es dann noch zu einem interessanten Zwischenspiel mit dem offiziellen Bauernverband (SBV). Das BUKI-Bündnis hatte mit 15-tägiger Vorankündigung zur offiziellen Pressekonferenz eingeladen, um das

Resultat der internen Verhandlungen zum Initiativtext vorzustellen. Dies verursachte bei der Leitung des SBV einen gewissen Stress, denn sie sah, dass ein Bündnis von „Außenseitern“ daran war, in ihrem Intimbereich der Agrarpolitik eine Reformdynamik auszulösen. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion machte der SBV ein Klausurwochenende mit den führenden Köpfen der traditionellen Agrarpolitik und redigierte einen Initiativtext von A bis Z, jedoch ohne sonst jemanden zu konsultieren. Er lud dann ebenfalls zu einer Pressekonferenz ein, die er 2 Tage vor jener Pressekonferenz der BUKI durchführte. Der Wirrwarr war perfekt und das Wettrennen konnte losgehen. Der SBV behielt seinen Vorsprung: er startete sofort und sammelte mit disziplinierter Unterstützung seiner Mitgliederverbände 250.000 Unterschriften in 4 Monaten. Die BUKI startete ein paar Monate später und benutzte die volle Frist von 18 Monaten um 110.000 Unterschriften zu sammeln.

So kam es, dass zuerst die SBV-Initiative in die parlamentarische Beratung kam. Da sie so schnell und ohne Konsultationen gestartet worden war, kamen zahlreiche Änderungswünsche aus den eigenen Reihen. So wurde als direkter Gegenvorschlag zur Initiative ein neuer Verfassungsartikel erarbeitet. Die klassische Bauernlobby blieb nochmals unter sich und deshalb wurden keine Zugeständnisse an die BUKI-Seite gemacht. Der Gegenvorschlag kam im Frühling 1995 in die Volksabstimmung. Um die Chancen des Gegenvorschlages zu erhöhen, zog der SBV die ursprüngliche Initiative zurück. Am Tag der Abstimmung kamen noch 2 weitere Agrarvorlagen vor das Volk. Die Verbände aus dem BUKI-Bündnis empfahlen ein dreifaches Nein mit dem schlagenden Argument, dass Ihre eigene Initiative auch schon bereit lag.

So erstaunlich das sein mag, am 12. März 1995 sagte das Schweizer Volk dreimal Nein zur offiziellen Agrarpolitik. Der absolute Tiefpunkt war erreicht, der Bundesrat und die bäuerlichen Parlamentarier waren geschockt. Sie sagten, sie wüssten nicht mehr weiter, aber insgeheim wussten alle, dass die Lösung in Griffweite stand. Die BUK-Initiative kam im darauffolgenden Juni in die parlamentarische Beratung und der klarsichtigere Teil der Bauernlobby streckte den Initianten der BUKI die Hand aus zum „Agrarfrieden“. Es wurde erstaunlich schnell ein Kompromisstext als Gegenvorschlag zur BUK-Initiative erarbeitet und so kam es, dass im Juni 1996, nur ein Jahr nach dem „Waterloo“ der klassischen Agrarpolitik, ein neuer Verfassungsartikel glanzvoll in sämtlichen Kantonen der Schweiz angenommen wurde.

Der Inhalt dieses Artikels (Art. 104 BV) bekräftigt das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Multifunktionalität der Landwirtschaft. Die Ausschüttung von Subventionen an die Landwirte wird mit der zwingenden Anforderung verknüpft, dass sie einen ökologischen Leistungsnachweis erbringen. Dieser Nachweis entspricht heute dem Standard der integrierten Produktion.

Internet als Informationsquelle

Die weiteren Informationen zur heute geltenden Regelung der Landwirtschaftspolitik befinden sich auf der Internet-Seite des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft. Unter der Adresse „www.buwal-natur.ch“ muss man auf den Link „Landwirtschaft / Wald“ klicken, dann auf „Landwirtschaftspolitik“. Unter dem Stichwort „Agrarrevolution“ findet man einen umfassenden Vortrag des BUWAL-Direktors und das Stichwort „Umweltziele“ führt zu einer Bilanzierung der erreichten Ziele im Bereich Landwirtschaft und Umwelt. Die weiteren Links geben noch zusätzliche Informationen über die genauen Anforderungen, die für den ökologischen Leistungsnachweis erforderlich sind, sowie über die verschiedenen Typen von Ökobeiträgen, die besondere Anstrengungen der Landwirte im Bereich Naturschutz, Tierschutz und Umweltschutz abgelten.

Schlussfolgerungen und Zwischenbilanz nach 15 Jahren

Die Ökologisierung der schweizerischen Landwirtschaft ist in vollem Gange: 7 % Biobauern und 8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als ökologische Ausgleichsfläche sind die ersten konkreten Resultate. Zudem sind beinahe alle für den Naturschutz wertvollen Biotope unter Vertrag mit Landwirten, die für deren Pflege und Schutz garantieren.

Die großen Herausforderungen liegen noch im Bereich der Qualität und der Vernetzung der ökologischen Ausgleichsflächen. Zu diesem Zweck wurde 2001 eine neue Verordnung geschaffen, die Ökoqualitätsverordnung, die gemeinsam vom BUWAL und vom Bundesamt für Landwirtschaft vollzogen wird.

Aus dieser 15-jährigen Geschichte kann man folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Die Partizipation des Volkes in den Entscheidungsprozessen rund um die Naturschutz- und Agrarpolitik hat die Reform keineswegs verhindert, im Gegenteil, die Reform wurde sogar beschleunigt.
- Man sieht, dass die klassische Agrarlobby ihre Anliegen nicht mehr alleine durchbringt, sondern ein Bündnis mit den „progressiveren“ Kräften braucht.

- Maßnahmenprogramme aus den Bereichen Naturschutz sollten nicht in Konkurrenz treten mit jenen, die aus der Agrarpolitik kommen. Die Möglichkeit zur Kumulierung verschiedener Beiträge in Abgeltung verschiedener Umweltleistungen hat die besten Resultate gebracht.
- Die Einrichtung institutioneller Arbeitsgremien, wo Vertreter von Naturschutz und Landwirtschaft in einem permanenten Dialog eingebunden sind, bringt große Vorteile.
- Die Festlegung von klaren Zielen (Quantität von landwirtschaftlichen Flächen im Dienste des Naturschutzes, Qualität dieser Flächen, Vernetzung dieser Flächen untereinander und mit anderen wertvollen Biotopflächen, Populationsentwicklung von Zielarten usw.) durch die Regierung steigert die Effizienz beim Einsatz der Mittel (personelle und finanzielle Ressourcen).
- Eine Erfolgskontrolle mit gezieltem Feldmonitoring zur Beobachtung der Populationsentwicklung einzelner Zielarten ist zwar aufwendig, aber unumgänglich, um die notwendigen Korrekturen im System vornehmen zu können.

Anschrift des Autors:

Ing.-Agr. Daniel Zürcher

Service des forêts, de la protection de la nature

et du paysage du canton de Genève (SFPNP Genf)

Postfach 3918, 1211 Genf 3

Naturschutz als Schlagzeile

Andreas Schuhmacher

1. Einleitung

Die Ziele des Naturschutzes stehen manchmal im Konflikt zu denen anderer gesellschaftlicher Interessen. Wer sich in diesem Konflikt durchsetzt, ist zwar vor allem eine Frage der Politik. Politische Entscheidungen werden aber von der öffentlichen Meinung geprägt. Die öffentliche Diskussion spielt also eine entscheidende Rolle für Erfolg oder Misserfolg im Naturschutz.

Der moderne Mensch ist geprägt von Informationen und Eindrücken, die er nicht aus seiner natürlichen Umwelt, sondern über die Filter der Medien wahrnimmt. Medien beeinflussen unser Verhältnis zur Natur. Dies tun sie nicht nur durch die Art, wie sie über das Thema berichten, sondern auch durch die Auswahl von Informationen, die sie uns liefern. Darauf können Naturschützer ihrerseits durch ihr Informationsangebot Einfluss nehmen. Im Zusammenspiel zwischen den Informationsangeboten der Pressearbeit des Naturschutzes und der Auswahl und redaktionellen Bearbeitung dieser Informationen entscheiden sich die Inhalte der Naturschutzberichterstattung.

Fragestellungen

Welche Einflüsse können Pressestellen auf die Berichterstattung nehmen und nach welchen Faktoren wählen die Journalisten die Informationen zur Veröffentlichung aus?

Warum erscheinen bestimmte Informationen zu Naturschutzthemen in Zeitungen, andere nicht?

Wie kann die Pressearbeit des Naturschutzes und auch die redaktionelle Arbeit der Zeitungen verbessert werden, um eine höhere Präsenz zu erreichen?

2. Das Zusammenspiel der Akteure

2.1 Wer bestimmt die Medieninhalte?

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze für die wechselseitige Beeinflussung von PR (Public Relations, Öffentlichkeitsarbeit) und Journalismus. Im Folgenden drei theoretischen Modelle, die den Einfluss von PR-Schaffenden, Journalisten und den Inhalten der Pressearbeit unterschiedlich erklären:

Instrumentelle Aktualisierung

Hinter dem Ansatz der instrumentellen Aktualisierung steht die Idee, dass die Wirklichkeit durch die Journalisten manipulativ verzerrt wird. Es handelt sich um eine selektive Vermittlung von Informationen gemäß der den Journalisten eigenen ideologischen Linie. Das bedeutet, dass der Journalist zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt eine von ihm bestimmte Position eines von ihm bestimmten Experten lanciert. Ereignisse oder Sachverhalte werden so hoch- oder heruntergespielt (KEPPLINGER 1992:51). Nach dieser Erklärung wären es spezielle Wertorientierungen und Intentionen der Journalisten, die die Inhalte der Berichterstattung entscheidend beeinflussen.

Agenda-Building

Dieser Ansatz schreibt der Öffentlichkeitsarbeit einen starken Einfluss auf die Themen der Medienberichterstattung zu (BAERNS 1985:98). Die PR-Praktiker fungieren danach als „agenda-builder“ und bestimmen die Themen. Es bleibt ihnen vorbehalten, die Informationen zu platzieren, Nachrichten zu initiieren, Themen zu forcieren, die publizierte Wirklichkeit zu entwerfen und außerdem das Timing zu bestimmen. Es handelt sich bei diesem Modell um regelrechte Medieninszenierungen, die die Öffentlichkeitsarbeit leistet. Die inhaltliche Aufgabe der Journalisten würde so oft nur in der Nachrecherche und Aufbereitung bestehen.

Nachrichtenwert-Theorie

Manche Publizistikwissenschaftler sehen die Entscheidung über Publikation oder Nichtpublikation dagegen in Inhalten und Präsentationsformen der vorliegenden Informationen begründet. Einen solchen Ansatz verfolgen die Anhänger der Nachrichtenwert-Theorie. Danach gibt es Faktoren, die die Berichterstattung über Ereignisse oder Themen begünstigen oder benachteiligen. Letztendlich sind es in den Ereignissen oder Themen selbst liegende Faktoren, die für oder gegen eine Publikation sprechen.

Ein Abhängigkeitsverhältnis

In jeder Redaktion und jeder Pressestelle, möglicherweise auch von Tag zu Tag, variieren die Gründe für das Entstehen der Medieninhalte. Letztlich besteht aber ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis, das von den Einzelpersonen, also den PR-Leuten und Journalisten und ihrem Selbstverständnis bestimmt wird (GROSSENBACHER 1991: 48):

Die Medien sind auf den Input der Öffentlichkeitsarbeit angewiesen, wie diese auf die Publikationsleistung der Medien angewiesen ist. PR-Schaffende müssen, um ihr Ziel zu erreichen, sich den Nachrichtenwerten und der Produktionsroutine der Journalisten anpassen und diese antizipieren. Journalisten honorieren dies mit zurückhaltender Transformation der PR-vermittelten Informationen.

2.2 Die Öffentlichkeitsarbeit

Die Aufgabe der PR-Praktiker ist die Verbreitung von Informationen in der Öffentlichkeit. Das Ziel von Pressearbeit ist, Einfluss auf Journalisten und ihre Auswahl von Informationen zu nehmen. Öffentlichkeitsarbeit kann auf Gefühle, Meinungen und Verhalten einwirken und diese verändern. Durch die Arbeit von PR-Praktikern soll die Öffentlichkeit erkennen können, wie das Interesse einer Organisation aussieht, woher die Position kommt, welche Ziele verfolgt und welche Mittel eingesetzt werden. Transparenz, Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind die Eckpfeiler von PR. Letztlich ist Öffentlichkeitsarbeit für alle Institutionen, die auf das Wohlwollen oder sogar auf die finanzielle Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen sind, zum Erreichen der eigenen Ziele unumgänglich. Das wichtigste Mittel dafür sind die publizistischen Medien. Die Möglichkeiten der Pressearbeit werden aber oft überschätzt. Die äußeren Grenzen der Pressearbeit setzt die Arbeit der Journalisten. Die inneren Grenzen liegen im eigenen Verwaltungsapparat, der Informationen nicht an die Pressestelle weiterleitet oder diese als nichtfachlichen Fremdkörper ansieht.

Organisatorische Einbindung

Innerhalb von Organisationen, die Öffentlichkeitsarbeit betreiben, sollte PR-Arbeit eine gewisse Nähe zum Vorstand oder der Leitung eines Hauses haben. Der Pressesprecher ist ein „Innen-Politiker“, der zwischen Leitung und Haus, aber auch zwischen Öffentlichkeit und Dienstverhältnis balanciert. Daher ist es für die Öffentlichkeitsarbeiter ebenso wichtig, beispielsweise an Abteilungsleiterkonferenzen oder Vorstandssitzungen teilzunehmen, wie es wichtig ist, den Kontakt zu den Journalisten zu pflegen.

Üblicherweise wird Pressearbeit als Teil der Öffentlichkeitsarbeit angesehen. Gemeinsam ist ihnen die Informationsaufgabe. Unterschiede bestehen in den Rahmenbedingungen: Öffentlichkeitsarbeit ist selbstbestimmt und selbstbezahlt, sie unterliegt der Eigenkontrolle. Das Ergebnis der Pressearbeit ist jedoch durch die Selektion der Journalisten fremdgestaltet und redaktionellen Bearbeitungsprozessen ausgesetzt.

Pressemitteilungen als Mittel der Pressearbeit

Pressemitteilungen sind neben Pressekonferenzen oder mündlichen Hintergrundinformationen eine Form der Pressearbeit. Hinsichtlich des inhaltlichen Aufbaus und der äußeren Form von Pressemitteilungen lassen sich folgende Grundsatzregeln festhalten:

- das Wichtigste am Anfang
- sechs „W-Fragen“ (Was?, Wer?, Warum?, Wo?, Wann? und Wie?) möglichst im ersten Absatz beantworten
- Kernaussage in der Überschrift
- Kürze und Sachlichkeit der Informationen
- Vermeidung von Schachtelsätzen
- Klare Gliederung des Textes
- Verzicht auf Abkürzungen und Fremdwörter
- Corporate Identity inklusive Logo
- Angabe von Absender, Organisation und Funktion, eventuell von Ansprechpartnern
- Angabe des Datums

2.3 Die Arbeit der Journalisten

Die Ziele der Journalisten unterscheiden sich von denen der PR-Leute. Journalisten wollen das Informationsbedürfnis der Mehrheit der Mediennutzer stillen. Ihr Ziel ist, ihr Produkt inhaltlich interessant und lesens-/hörens-/sehenswert zu gestalten. Die Aufgabe der Massenmedien in einer modernen Demokratie ist, Öffentlichkeit herzustellen, indem Sachverhalte und Meinungen zwischen Regierenden und Regierten, Einzelpersonen, Gruppen und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen hin- und hertransportiert werden. Indem die Presse einen Meinungsmarkt herstellt, setzt sie den öffentlichen Kommunikations- und Meinungsbildungsprozess in Gang. Sie schafft ein politisches Forum, welches die Vorformung politischer Aussagen und die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und ihren Repräsentanten leistet.

2.3.1 Äußere Rahmenbedingungen der Printmedien

Medienunternehmen und Journalisten sind nicht frei in ihren Entscheidungen. Sie haben nicht nur eine gesellschaftliche Funktion, sondern sind Wirtschaftsunternehmen und stehen in Konkurrenz zu anderen Blättern und Medien. Zur Finanzierung sind Werbeeinnahmen wichtig. Überspitzt gesagt: ohne Anzeigen keine redaktionellen Texte. Ebenso ist der Journalismus selbst Kostenberechnungen ausgesetzt. Das Erschließen von Nachrichtenquellen hängt von den finanziellen Mitteln des Verlags ab. Die Recherchemöglichkeiten und somit die Qualität der Berichte stehen in direktem Zusammenhang mit den personellen und finanziellen Möglichkeiten der Redaktion. Die hohen Kosten haben zur Folge, dass die Redaktionen die Dienste von Nachrichtenagenturen in Anspruch nehmen. Eine Überprüfung der Informationen findet aber aus Gründen des Zeitdrucks oft nicht mehr statt. Im Ergebnis werden Themen angerissen, aber wenig durchdrungen, insbesondere wenn neue Themen anstehen.

Tab. 1: Sichtweisen, Abhängigkeiten und Rollen von Journalisten und PR-Schaffenden (nach DORER & LOJKA 1991: 2f., verändert)

	Journalisten	PR-Schaffende
Selbstbild	Kommunikator, Anwalt, Kritiker; zwischen Engagement und Neutralität	Mediator zwischen Organisation und Öffentlichkeit
Fremdbild	Mittler; informiert Öffentlichkeit	Kommunikator, Persuator, Sprecher der Organisation
Abhängigkeit	PR liefern Infos; ist Vorproduzent des Materials	Selektionskriterien der Medien
fördernde Komponenten der Abhängigkeit	Zeitdruck, Aktualitätsfetisch, Mangel an redaktionellen Ressourcen (Personal, finanzielle Ausstattung)	Medien als glaubwürdige Gratis-Verteiler der eigenen Information; Abdruckquoten als Erfolgswachweis
entscheiden über	Gewichtung und Interpretationsrahmen der Medieninhalte	Themen und Timing der Berichterstattung, Weiterleitung oder Geheimhaltung von Wissen
sind verantwortlich	den Lesern, der Gesellschaft	ihren eigenen Organisationen

2.3.2 Nachrichtenauswahl durch die Journalisten

Bei der Auswahl der Informationen sind die subjektive Einstellung des Redakteurs, die redaktionelle Linie der Zeitung und die Einschätzung des Leserinteresses entscheidend. Journalisten beeinflussen sehr stark die gesellschaftliche Bedeutung eines Themas. Die Nachrichtenauswahl ist also wichtig für die öffentliche Diskussion über Themen wie z. B. den Naturschutz. Deshalb im Folgenden Beispiele von Kriterien dieser Auswahl (die so genannten Nachrichtenfaktoren, vgl. STAAB 1990: 216ff.):

- die räumliche Nähe einer Information zum Rezipienten (Mediennutzer),
- der institutionelle Einfluss einer Organisation,
- der persönliche Einfluss von Individuen,
- die Ereignishaftigkeit und Aktualität von Informationen
- der beschriebene Erfolg oder Misserfolg.

Diese Nachrichtenfaktoren machen die Nachrichten beachtenswert, interessant und schmackhaft. Dabei orientieren sich Journalisten daran, was ihrer Auffassung nach beim Leser „ankommt“. Mithilfe der Nachrichtenfaktoren können auch Pressemitteilungen geschrieben werden, um so den Nachrichtenwert einer Pressemitteilung zu erhöhen. Je mehr dieser Faktoren zutreffen, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit der Publikation, um so höher also auch der Nachrichtenwert.

3. Situation der Pressearbeit für den Naturschutz

„Die Kommunikation über Umweltangelegenheiten wird zu einer der entscheidenden Fragen unserer Gesellschaft“. Diese Aussage von ANDERSON (1991: 459) unterstreicht, wie wichtig PR für Umweltthemen sind. Der Einfluss von Öffentlichkeitsarbeit auf die Informationsleistung der Medien bei diesem Thema ist als verhältnismäßig stark einzuschätzen. Allerdings geht es weniger als früher um Schuldzuweisungen oder Mobilisierungsstrategien, die einer Phase der Polarisierung entstammen. Es geht vielmehr darum, eine „ökologische Kommunikation“ im Mediensystem fest zu installieren. Andererseits erhöht die polarisierte Debatte die öffentliche Aufmerksamkeit. Insofern steckt der Naturschutz im Dilemma. Soll er polarisieren und als Weltverbesserer auftreten oder eine sachliche und fachliche Kommunikation initiieren und implementieren und dabei vielleicht an Medienpräsenz einbüßen?

3.1 Aufgaben der Pressearbeit für Naturschutz

Wie bei jeder PR ist auch beim Naturschutz das Interesse der PR klar auf eigene Ziele gerichtet, also Positives für Natur und Landschaft zu erreichen, das öffentliche Interesse und auch die politische Debatte auf das Thema zu lenken. Die Qualität der Pressearbeit misst sich auch daran, wie hoch der Grad der Medienpräsenz ist. Es sind also Informationen von Nachrichtenwert anzubieten, um den Selektionsvorgang in den Medien zu überstehen.

Die eigenen Stärken einsetzen

Öffentlichkeitsarbeit soll nicht nur die Information der Bevölkerung erreichen, sondern auch eine Verbesserung der Sachkenntnis und die Steigerung der Akzeptanz. So können Naturschutzinteressen mit anderen Interessen verglichen werden. Über das Erreichen der Öffentlichkeit kann zudem politischer Druck für die eigenen Interessen erzeugt oder dem Druck anderer in der Öffentlichkeit vertretener und dem Naturschutz entgegenlaufender Interessen begegnet werden.

PR haben Produkte oder zumindest Ideen anzupreisen. Das Produkt des Naturschutzes ist die Natur. Das klingt wenig spektakulär. Der Vorteil des Naturschutzes gegenüber anderen Interessen ist der Vertrauens- und Sympathievorschuss durch sein, im Gegensatz zu speziellen Einzelinteressen anderer Gruppen, allgemeingültiges und uneigennütziges Anliegen. Diesen Vorschuss gilt es, mit Hilfe der Medien auszunutzen (CORNELSEN 1990: 149ff.). Die eigenen Stärken liegen aber auch in Erfolgen. Es ist daher die Aufgabe der Pressearbeit, zu dokumentieren, was geleistet wurde und welche Kompetenz geboten werden kann.

Aufwertung des eigenen Ansehens

Das Image steht im Mittelpunkt jedes PR-Interesses: Eine Aufwertung des öffentlichen Ansehens und die Unterstützung eigener Interessen durch die Öffentlichkeit können manchmal mehr helfen als die inhaltliche Arbeit. Über wirksame PR wird eine Etablierung der eigenen Institution bzw. Organisation erreicht. Die Rolle einer Naturschutzorganisation in der Medienlandschaft kann für die Resonanz eine große Bedeutung haben: Ist eine Organisation in den Medien erst präsent, wird die Redaktion wiederholt auf diese als Informationsquelle zurückgreifen. Um sich im Mediensystem zu etablieren, ist daher die Zusammenarbeit mit den Medien, insbesondere mit den Journalisten, notwendig. Aufgrund seines Charakters als Querschnittsthema und seines politischen Aspektes befassen sich fast alle Journalisten mit dem Naturschutz. Die Aufgabe der Naturschützer besteht darin, den Journalisten fachliche Orientierung zu geben und aufzuzeigen, durch welche Eingriffe die Lebensgrundlagen des Menschen in Frage gestellt werden. Das bedeutet in der Praxis: Aktuelle Stellungnahmen abgeben, verlässliche Auskünfte über Positionen erteilen, Aktivitäten und Pläne der eigenen Institution darstellen.

3.1.1 Situation und Rahmenbedingungen der Pressearbeit für Naturschutz

Journalisten sind oft nicht an der alltäglichen Arbeit der Naturschutzorganisationen interessiert, sondern halten Ausnahmefälle, Konflikte, Sensationen und Katastrophen für berichtenswerter. Die Themen des Naturschutzes, die die Leser wenig betreffen, fallen kaum auf. Der „stille, langfristig angelegte Naturschutz“ gerät „bei action- und emotionsgeladener Berichterstattung“ ins Abseits (HAAF 1997: 38). Mit speziellen Naturschutzthemen können die Zeitungen den Leser kaum noch locken. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Themen zwar von allgemeinem Interesse sind, aber von keiner spezifischen gesellschaftlichen Gruppe getragen werden. Gegenüber konkret vorgetragenen Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen können sie sich daher nur schwer durchsetzen.

Gesellschaftliche Situation des Naturschutzes

Die Pressearbeit des Naturschutzes befindet sich oft in einer misslichen Lage. Es überwiegen leider viel zu häufig negative Auswirkungen menschlichen Handelns, wie z. B. die Zerstörung von Lebensräumen oder das Aussterben von Arten.

Dennoch hat der Naturschutz auch Positives zu vermelden, besonders im Bereich von Maßnahmen und Programmen oder der Erhaltung von Arten in einigen Lebensräumen.

Öffentlichkeitswirksam sind die langfristigen und immateriellen Ziele des Naturschutzes kaum. Die Position des Naturschutzes ist meist die vom moralischen Verteidiger ethischer Werte und vom Blockierer eines möglichen wirtschaftlichen Aufschwungs. Damit gerät die Pressearbeit in die defensive und reaktive Position. Zudem lassen sich bestimmte Maßnahmen des Naturschutzes gegenüber der Öffentlichkeit schwer vertreten. Die direkte Betroffenheit des Menschen durch Schäden an Lebensräumen von Tieren und Pflanzen ist meist nicht gegeben oder durch ihre Langfristigkeit schwer nachzuvollziehen.

Naturschutz im Mediensystem

Im Mediensystem nehmen Pressestellen von **Naturschutzverbänden** oft eine bestimmte, ihnen von den Medien zugedachte Position ein. Das gängige Muster ist das der Überbringer schlechter ökologischer Nachrichten. Als „Anwälte“ der Natur haben sie nur deren Belange zu vertreten, unabhängig von anderen Interessen.

Bei staatlichen Stellen wie dem **Umweltministerium** ist die Position im Mediensystem eine andere: Hier sind die Umweltinteressen mit anderen Interessen abzuwägen. Die Pressestelle hat politische Entscheidungen der Landesregierung, die sich - ökologisch gesehen - positiv oder negativ auswirken, vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Inwieweit politische Forderungen des Naturschutzes über Medien transportiert werden können, hängt von der Kompetenzzuweisung durch die Journalisten ab. Traditionell werden den verschiedenen Naturschutzorganisationen zwar bestimmte Kompetenzbereiche zugewiesen, was sich auf manche Berichterstattung positiv auswirkt. Die „grüne Ecke“ kann aber auch einen negativen Effekt haben: So muss sich der Naturschutz bei gesellschaftlichen Fragestellungen oder bei Diskussionen über wirtschaftliche Einschränkungen oder Alternativen, die letztlich in Zusammenhang mit dem Naturschutz stehen, seine Kompetenz und Stellung im Mediensystem hart erkämpfen.

Interne Situation der PR in den Naturschutzorganisationen

Viele in Vereinen Tätige verbinden PR mit Werbung und Marketing (LUTHE 1994: 25). Dass solche Sichtweisen besonders überzeugte Naturschützer davon abhalten, professionelle PR zu betreiben, mag nicht verwundern. „Naturschutz als Ware“, davon distanzieren sie sich teilweise, vielfach bestehen Berührungängste. Um aber die Ziele der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen, sind finanzielle und personelle Kapazitäten notwendig. Doch bei vielen Naturschutzorganisationen stößt eine Ausdehnung des Postens „Kommunikationsmaßnahmen“ auf Unverständnis. Der Naturschutz verwendet die knappen finanziellen Mittel weniger für Pressearbeit, sondern eher für die Umsetzung von Naturschutzprojekten. Durch die unzureichende Pressearbeit ist es aber für den Naturschutz schwer, in der Öffentlichkeit so präsent zu sein, dass das notwendige Interesse für dieses Thema geweckt und somit eine Lobby geschaffen wird.

Ein Phänomen der Pressearbeit deutscher Umweltverbände - im Gegensatz zu angelsächsischen - ist die Betonung grundsätzlicher und wissenschaftlich-thematischer Arbeit (SRU 1996: 239). Allerdings mangelt es an der strategischen Umsetzung und der einzelfallbezogenen Vermittlung. Persönliche Betroffenheit von Lesern wird in wenigen Fällen hergestellt. Daneben wird zu Erfolgen des Naturschutzes in den Pressestellen zu wenig aktive Informationspolitik betrieben. Sie passen nicht in das Bild des „grünen Kritikers“, das der Naturschutz von sich selbst hat und das die Gesellschaft von den Naturschützern hat.

Die Unvereinbarkeit von Naturschutz und Medieninteressen

Ein weiteres Manko: Naturschutzthemen fehlt oft die von Medien erwartete Spannung und Emotionalität. Einzig die Darstellung von Tieren erzeugt ein gewisses Interesse. Viele Naturschützer wehren sich aber - nicht zu Unrecht - gegen ein solches Bild des Naturschutzes in der Öffentlichkeit. Den Ansprüchen der Redaktionen nach aktuellen und spannenden Ereignissen kann der Naturschutz oft nicht nachkommen, denn er hat wenig außergewöhnliche Ereignisse zu bieten und das wirklich Ungewöhnliche hat oft nichts mit den fachlichen Zielen zu tun, z. B. der Streit um das Gequake von Fröschen im Gartenteich. Aber auch in Maßnahmen, die der Naturschutz fordert und umsetzt, liegen Schwierigkeiten begründet: Ein direkt messbarer ökonomischer Nutzen und auch direkte ökologische Auswirkungen sind oft nicht in Zahlen auszudrücken und daher schwer zu vermitteln. Pflegekonzepte für Kalktrockenrasen oder Wiedervernässung von Mooren - wo ist da der aktuelle und sichtbare Effekt?

Ein strukturelles Hindernis bei der Pressearbeit für Naturschutzthemen ergibt sich aus den Arbeitsabläufen: Der Zeitrahmen der meisten Naturschutzthemen passt nicht ohne weiteres in den 24-Stunden-Zyklus der Nachrichtenproduktion. Ein aktueller **Aufhänger** fehlt vielen Themen. Nichtaktuelles landet aber eher in der Ablage. Kontinuierliches Heranführen der Leser an ökologische Themen findet sich in der Tagespresse kaum. So läuft beispielsweise die Neuentwicklung von Lebensräumen nach menschlichen Eingriffen in der Regel langfristig ab. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach einem Straßenbau - wann ist dort ein aktueller Anlass, um über Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen zu berichten? Ganz abgesehen davon, dass sich Naturschützer selbst über den Erfolg der Maßnahmen oft uneinig sind.

Medien nutzen bestimmte Quellen

Die Umweltberichterstattung wird oft in viel höherem Maße von Politikern, Wissenschaftlern, privater Industrie und Gerichten dominiert als von Umweltgruppen. Auslöser ist die Autoritätsorientierung der Medien (HANSEN 1991: 449). Die Umweltgruppen schaffen es kaum, sich als „primary definers“ bei Medien zu etablieren. Infolgedessen besteht ihre Chance nur in öffentlichem Protest oder Aktionismus, was jedoch in den Augen der Leser als weniger legitim angesehen wird, seien die Argumente noch so gut.

3.1.2 Kritik des Naturschutzes an den Medien

Naturschutz und Medien - unvereinbar?

Bei der beschriebenen Situation im Mediensystem ist eine gewisse Unzufriedenheit der Naturschützer verständlich, auch wenn die Ursachen teilweise hausgemacht sind. Die Quantität der Berichterstattung ist es nicht, was die Naturschützer kritisieren, eher die Qualität. Die Interessen der Naturschützer bergen das Konfliktpotential, sie sind mit denen der Journalisten nicht immer vereinbar. So wirft der BEIRAT FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE BEIM BMU (1995: 52) den Medien vor, statt über ökosystemare Zusammenhänge und Naturschutzprobleme zu informieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, nur ein diffuses, sentimentales Naturverständnis zu erzeugen. Der Journalismus, der sich an ein allgemeines Publikum richtet, stößt aber hier an seine Grenzen. Wenn der Journalist vereinfachen will, muss er zwangsläufig Fakten vernachlässigen und Zusammenhänge schematisieren. Ein Kompromiss zwischen der fachlich fundierten und der allgemein verständlichen Darstellung fällt daher oft schwer. Die Frage ist allerdings, ob die Ursache dieser singulären Berichterstattung nicht schon bei den Pressestellen selbst zu suchen ist. Komplexe Information und verständliche Darstellung von Umweltthemen sind nicht leicht miteinander vereinbar, auch nicht für den in der Pressearbeit tätigen Naturschützer.

Divergierende Zielsetzungen

Naturschützer beklagen einen Mangel an Berichterstattung über „präventive“ Umweltpolitik. Medien berichten eher über bereits entstandene Schäden als über Ideen, wie sie verhindert werden können. Das liegt nicht zuletzt an der Ereignisorientierung der Massenmedien, die Ursachenfrage wird oft außer Acht gelassen. Ergebnis dieser Orientierung ist eine auf Katastrophen ausgerichtete Berichterstattung. So ist die Forderung verständlich, häufiger über positive Tatbestände im Umweltgeschehen zu berichten. Dennoch, die ausgewählten Themen sind weitgehend Reaktion, weniger Hinweis auf potentielle Gefahren.

Die **Ereignisorientierung** der Medien bewirkt einen Mangel an Kontinuität in der Berichterstattung. Wurde einmal über ein Ereignis berichtet, so fällt dieses schnell wieder aus der Aufmerksamkeit heraus, wenn sich keine weiteren Ereignisse anschließen. Eine Nachbetrachtung oder die Darstellung von Folgen findet selten statt.

Mit der **Emotionalisierung**, die in den Medien als Nachrichtenfaktor eine Rolle spielt, haben Naturschützer Probleme. So werden bei Tieren auffällige und schöne Arten in der Darstellung der Medien bevorzugt, was zu einer aus Naturschutzsicht bedenklichen höheren Wertschätzung führt, die faktisch nicht begründbar ist.

3.2 Natur- und Umweltschutzjournalismus

Heute steht die ökologische Frage nach wie vor im Interesse der Öffentlichkeit. Allerdings gibt es Ermüdungserscheinungen und eine Überlagerung durch andere Themen. Generell hat das Thema Ökologie konstante Aufmerksamkeit, weil das Thema die Tagesordnung nie verlässt, denn das zugrunde liegende Problem ist nicht gelöst. Entsprechend der jungen Geschichte des Umweltjournalismus sind die Aufgaben und Ziele eines solchen noch recht vage, eine Diskussion über den Standort und die Funktion des Umweltjournalismus ist erst am Anfang.

3.2.1 Aufgaben und Ziele des Journalismus

Die Rolle der Journalisten

Die Rolle, in der sich ein Journalist sieht, ist ausschlaggebend für die Art und Weise der Berichterstattung. Sieht er sich hauptsächlich als Vermittler von Informationen, die ihm von gesellschaftlichen Gruppen angetragen werden, wird die Berichterstattung tendenziell sehr stark von diesen Gruppen bestimmt. Hier hat der Naturschutz oft das Nachsehen. Natürlich liegt die Aufgabe der Journalisten allgemein und der Umweltjournalisten im Speziellen darin, zu informieren und somit eine Aufklärung der Öffentlichkeit über Umweltangelegenheiten zu erreichen. Doch manche meinen, die Aufgaben des Umweltjournalismus gehen noch weiter:

- Wissensvermittlung
- operatives Instrument: Handlungen auslösen

Dies ist die Sicht des Journalisten als „Anwalt“ bestimmter Interessen, in diesem Fall der Umweltinteressen. Zwischen

beiden Auffassungen liegt der Kritiker und Kontrolleur, die häufig im politischen Journalismus zu finden ist. Hier wird der Journalist zum umweltpolitischen Akteur, eine wichtige Funktion, zumindest, wenn er sich beständig in dieser Rolle übt.

Information der Öffentlichkeit - und darüber hinaus?

Im Detail soll der Journalist fehlendes Wissen um natürliche und lebenswerte Zusammenhänge ergänzen, das komplexe Thema Naturschutz in der Darstellung so vereinfachen, dass es beim Nachvollziehen neuer Maßnahmen begreifbar bleibt und trotzdem nicht falsch wirkt. Er soll über Ursachen und Wirkungen wissenschaftlich fundiert und allgemeinverständlich berichten. Wie auch immer der Journalist sich selbst sieht, seine Aufgabe ist es in jedem Fall, Raum für die öffentliche Diskussion zu schaffen, auch für Naturschutzthemen. Was bei all diesen Ansprüchen an den Journalismus dieser nicht leisten kann, ist, Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Probleme anzubieten. Dies bleibt die Aufgabe der Fachleute, also der Naturschützer.

3.2.2 Rahmenbedingungen von Natur- und Umweltschutz innerhalb des Mediensystems

Naturschutz im täglichen Mediengeschäft

Die Berichterstattung zu Naturschutz- und Umweltthemen ist ein Spezialgebiet des Journalismus, das noch keine lange Tradition hat. Doch ein gewisses Forum ist in den Medien bereits entstanden. Referenzbild der Berichterstattung ist oft die völlig unberührte Natur, die „heile Welt“. Meistens wird ein regional abgegrenztes Gebiet oder eine Landschaft ausgemalt und beschrieben und die drohende oder bereits erfolgte Zerstörung herausgestellt. Das Thema verliert im Tagesgeschäft der Medien aber schnell an Aktualität, obwohl die langfristigen ökologischen Probleme weiterhin existieren. So kommen oft nur ständig wechselnde Einzelaspekte zum Tragen. Solche „Themenkonjunkturen“ sind bei den Tageszeitungen üblich, behindern aber eine langfristige Naturschutzberichterstattung.

Qualität und Quantität der Naturschutzberichterstattung

Über Qualität und Quantität der Naturschutzberichterstattung gibt es unterschiedliche Ansichten. Dass viele Autoren auf die schlechte Situation des Umwelt- und Naturschutzes in den Medien hinweisen, mag vielleicht am eigenen Berufsverständnis und dem Engagement für die Umweltthemen liegen. Gehen die Meinungen über Quantität und Qualität der Umweltberichterstattung schon auseinander, so tun sie es über ihre Wirkung erst recht. Letztendlich sollte aber nicht darüber gestritten werden, ob der Umweltjournalismus genügend bewirkt, sondern darüber nachgedacht werden, wie sich die Berichterstattung verbessern lässt.

Naturschutz in den Redaktionen

Der oft unzureichende Kenntnisstand der meisten Journalisten lässt eine aufwendige Recherche zu Naturschutzthemen notwendig erscheinen. Die dünne personelle Besetzung mancher Redaktion macht dies zu einem großen Problem. Das Abstellen von Redakteuren für die Naturschutzthemen ist in einem solchen Fall fast unmöglich, es sei denn man räumte dem Thema Priorität ein.

Die strukturelle Verankerung der Umweltthematik in den Redaktionen ist sicherlich unzureichend. Die Berichterstattung über ein Thema wird aber vor allem durch die organisatorische Stellung innerhalb der Redaktion bestimmt. Das Umweltthema betrifft viele in Zeitungen übliche Ressorts, so die Wirtschaft und die Politik, aber auch die Wissenschaft und vor allem die Regional- und Lokalseiten. Aus diesem Querschnittscharakter ergibt sich die Frage, wie mit dem Thema umgegangen werden soll. Dazu existieren verschiedene Modelle:

Die Einrichtung einer eigenen **Umweltredaktion** findet nur in wenigen Tageszeitungen statt. Manchmal leistet sich die Redaktion aber einen Umweltredakteur. Ein anderes Beispiel wäre die Infiltration, das Einsickernlassen von ökologischem Wissen und Bewusstsein in andere Ressorts. Dies wäre beispielsweise über eine eventuell vorhandene **Wissenschaftsredaktion** möglich. Eine weitere Möglichkeit bieten **Projektredaktionen**, an der verschiedene Redaktionsmitglieder aus unterschiedlichen Ressorts beteiligt sind. Solche könnten dann auch auf Umweltthemen angesetzt werden. In den meisten Redaktionen handelt es sich jedoch um „Einzelkämpfer“, einzelne Umwelt-Spezialisten.

Eine ausführliche Recherche ist ein nicht unerheblicher Kosten- und Zeitfaktor für die Redaktionen. Weil aber die Pressearbeit, besonders die einiger Umweltverbände, personell und finanziell schlecht ausgestattet ist, kann von dieser Seite das Defizit auch kaum ausgeglichen werden.

Auswahlkriterien für und gegen Naturschutzthemen

Die im Folgenden beschriebenen Auswahlkriterien (**Nachrichtenfaktoren**) beziehen sich vor allem auf die Ergebnisse der Nachrichtenwertforschung. Von diesen wirken sich einige positiv auf die Publizierung von Umwelt- und Naturschutzthemen aus, andere eher negativ: Außergewöhnliches oder Neues wird besonders bevorzugt, wenn es sich mit bekannten Persönlichkeiten, Sensationalität oder Ereignissen verbinden lässt. Publikationserfolg ist vor allem zu ver-

zeichnen, wenn sich die „Mächtigen“ des Themas annehmen. „Mächtig“ sind aber Naturschützer selten, zum Teil liegt das an fehlender Lobby. Der Nachrichtenfaktor „**persönlicher**“ oder „**institutioneller Einfluss**“ kann so kaum eingesetzt werden.

Massenmedien werden an ihrer **Aktualität** gemessen. Dieses Kriterium behindert eine ausführliche und fundierte Berichterstattung, wie sie bei komplexen Themen wie dem Naturschutz nötig wäre. Zudem benötigen Tageszeitungen meist **Ereignisse** als Anlass für eine Berichterstattung und stellen Katastrophen und Skandale besonders heraus. Naturschutzthemen werden also, wie andere Themen auch, zustands- und nicht prozessorientiert dargestellt.

Weit oben auf der Werteskala der Medien rangieren **emotional besetzte Themen**. Im Naturschutz tauchen diese zwar gelegentlich in den Blättern auf - Waldsterben oder Robbensterben an der Nordseeküste. Aber die Frequenz ist gesunken. Ähnlich verhält es sich mit der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Informationen. Sie rangiert im Publikationserfolg häufiger vor einer sachinformativen Berichterstattung.

Tageszeitungen greifen gerne **negative Aspekte** auf. Übertreibung und Überbetonung von Einzelfakten führen dabei zu einer Berichterstattung, die negative und bedrohliche Szenarien entwirft. "Only bad news is good news" - diese Gesetzmäßigkeit ist immer noch bei Journalisten präsent. Der Nachteil: Die Ausnahme erscheint als Regel, der Vorteil: Die ökologischen Themen erscheinen überhaupt in den Medien.

Entscheidend für die Tageszeitungen ist auch die **Reichweite** der Meldung, also ob und wie viele Personen davon persönlich betroffen sind. Da es in den Medien meist um diese direkte Betroffenheit geht, fallen die Themen des Naturschutzes oft durch das Raster der Selektionsentscheidungen. Lediglich im lokalen Bereich kann sich eine direkte Erfahrung der Umweltveränderungen „vor der eigenen Haustür“ positiv für die Naturschutzberichterstattung auswirken.

3.2.3 Kritik der Medien an der Pressearbeit des Naturschutzes

Informationen sollten in verständlicher Form vorgehalten werden. So sehen es die Medienvertreter. Manche von ihnen kritisieren, dass sich Wissenschaftler nicht präzise genug ausdrücken oder Journalisten für ungebildet halten. Was Wissenschaftler für wichtig halten, z. B. langfristige Veränderungen im Naturhaushalt, interessiert Medien meist nur in geringem Maße, da hier das Ereignishafte (Faktizität) fehlt. Politikern halten Medienvertreter oft vor, dass sie nur ihre Parteipolitik verkaufen wollen. Behörden werfen sie Bequemlichkeit und Ruhebedürfnis vor. Die Kritik, die vielfach von Seiten der Naturschützer zu hören ist (s.o.), schlägt in gleicher Weise zurück: Mit Pressemitteilungen wie dem „Vogel des Jahres“ kaschiere man im schlimmsten Fall das komplexe Feld ökologischer Zusammenhänge. So ist die Forderung nach fachlicher Orientierung und deutlicherer Herausarbeitung der Naturschutzziele nachzuvollziehen (MÜLLER 1998: 30). Klare Fakten und fachliche Orientierung sind das, was Journalisten erwarten, ohne sie aber immer zu bekommen.

4. Eine Untersuchung von Pressearbeit und Naturschutzberichterstattung

Dieses Kapitel beschreibt die Ergebnisse einer Input-Output-Analyse der Pressearbeit niedersächsischer Naturschutzverbände und des niedersächsischen Umweltministeriums sowie der Naturschutzberichterstattung von acht niedersächsischen Tageszeitungen über einen Zeitraum von vier Monaten. Dabei wurden die Pressemitteilungen sowie die daraufhin erschienenen Zeitungsartikel untersucht (vgl. SCHUMACHER 1999).

4.1 Untersuchung der Pressearbeit

Ziele und Rahmenbedingungen

In den Zielen der Pressearbeit bestehen Unterschiede zwischen Umweltverbänden und dem Umweltministerium. Bei **Verbänden** spielen nicht nur Sachinteressen, also die Interessenvertretung für Natur und Landschaft, eine wichtige Rolle. Wegen der Abhängigkeit vom öffentlichen Interesse in Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen geht es auch darum, sich zu präsentieren sowie das eigene Image zu transportieren und zu gestalten. Die Ziele der Pressearbeit des **Umweltministeriums** umfassen vor allem die Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und die Präsentation der eigenen Tätigkeiten. Die Person der Ministerin/des Ministers steht dabei im Vordergrund.

Alle Pressestellen fassen ihre Arbeit aber auch als Service für die Redaktionen auf. Pressemitteilungen weisen in ihrer Form viele Übereinstimmungen auf, alle enthalten:

- Datum
- Ort der Veröffentlichung
- Logo
- Schriftzug „Presseinformation“ oder „Pressedienst“
- Adresse, Telefon- und Telefaxnummer
- mehrzeilige Überschrift

Im Folgenden werden einige Ergebnisse zu ausgewählten Untersuchungskriterien der ausgesandten Pressemitteilungen vorgestellt:

Themenbereiche

Es überrascht nicht, dass sich viele Pressemitteilungen um Themenbereiche wie Schutzgebiete oder Arten- und Biotopschutz drehen, die traditionellen Hauptthemen des Naturschutzes. Für manche Themen gibt es eine ausgesprochene Konjunktur bei Naturschutzorganisationen. Hingegen gibt es auch einige Themen, über die so gut wie nie berichtet wird.

Räumliche Nähe

Die meisten Themen, die die Region um den Redaktionssitz betreffen, werden häufiger publiziert als Themen aus anderen Regionen. Offenbar ist also der Faktor räumliche Nähe, über den die Betroffenheit der Leser durch ein Thema festgestellt werden kann, für die Redakteure ein entscheidender Publikationsgrund.

Personen oder Lebewesen im Mittelpunkt der Pressemitteilung

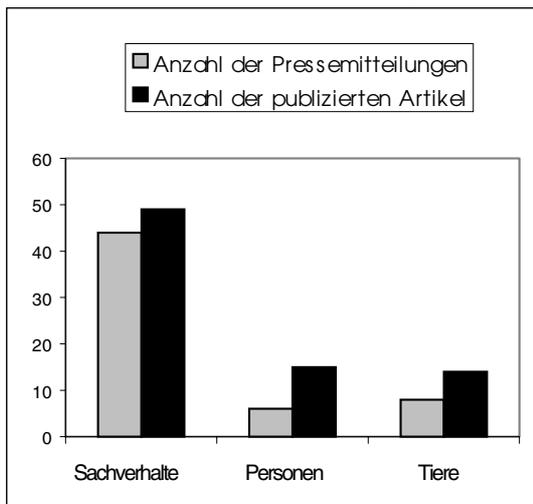


Abb.1: Anzahl der Pressemitteilungen mit Personen und Tieren im Mittelpunkt sowie ihre Abdruckquote

Der Nachrichtenfaktor Personalisierung wurde von den Naturschutzorganisationen wenig genutzt. Meist handelt es sich um prominente Naturschützer oder die Person des Umweltministers. Die mit Tieren verbundene Emotionalisierung findet in nur wenigen Mitteilungen ihren Niederschlag. Bei der Resonanz fällt auf, dass die Pressemitteilungen, in denen Personen oder auch Tiere im Mittelpunkt stehen, insgesamt eine höhere Resonanz erzielen als die Pressemitteilungen die sich nur um Sachverhalte drehen.

Anlass der Pressemitteilung

Anlässe für Pressemitteilungen waren vielfältig: Teils präsentierte die Pressestelle des Umweltministeriums Beschlüsse der Landesregierung, teils protestierten die Naturschutzverbände gegen Bauprojekte. Manche Pressemitteilungen wiesen aber keinen ersichtlichen Anlass auf. Beispiele hierfür: bloße Stellungnahmen, Meinungsäußerungen oder Hintergrundinformationen. Das Ergebnis der Auswertung zeigte, dass vor allem die Präsentation von Maßnahmen, Initiativen oder Programmen und die Reaktion auf politische Beschlüsse oder Stellungnahmen anderer Organisationen zum Anlass für Pressemitteilungen genommen wurden. Es scheint, dass es den Pressestellen weniger um die praktischen Seiten des Naturschutzes ging als darum, in der politischen Diskussion ihre Interessen zu vertreten.

Faktizität (Ereignishaftigkeit)

Ereignisse spielen zwar in Medien eine wichtige Rolle, die Pressestellen der Naturschutzorganisationen legen aber in ihren Mitteilungen den Schwerpunkt auf ereignislose Inhalte, z. B. Meinungen, Daten und politische oder fachliche Argumente sowie Informationen zu den Aktivitäten der eigenen Organisation. Gerade Mitteilungen, die den Nachrichtenfaktor Faktizität erfüllen, lösten aber eine deutlich höhere Resonanz bei den Tageszeitungen aus, auch wenn die Ereignisse nur inszeniert sind (z.B. Pressefahrten).

Nutzen/Erfolg

Naturschützern wird oft vorgeworfen, durch Negativschlagzeilen Untergangsszenarien zu verbreiten. Durch Pressemitteilungen hätten sie die Möglichkeit, positive Aspekte des Naturschutzes herauszustellen. Dies taten sie jedoch selten. Auffällig war die Verteilung: Von 16 Pressemitteilungen, auf die der Faktor Erfolg/Nutzen zutrifft, stammten zwölf aus dem Umweltministerium. Mögliche Erklärung: Es ist Aufgabe der Pressestelle, die Politik der Landesregierung in Sachen Naturschutz nach außen positiv darzustellen. Die Resonanz in den Tageszeitungen zeigte, dass Pressemitteilungen, die einen Nutzen oder Erfolg thematisieren, eine höhere Abdruckquote erreichen als die übrigen Pressemitteilungen.

Schaden/Misserfolg

Man könnte erwarten, dass parallel zu den wenigen positiven Inhalten der untersuchten Pressemitteilungen viel mehr die negativen Aspekte, also Schäden oder Misserfolge, in den Vordergrund gerückt wurden. Dies ist aber nicht der Fall. Es stellte sich heraus, dass das Umweltministerium es überwiegend vermeidet, Schäden oder Misserfolge zu thematisieren. Bei den Verbänden sieht die Situation anders aus: Tendenziell sind es eher die Verbände, die Negatives in Sachen Naturschutz zur Sprache bringen und sich der Öffentlichkeit damit als Mahner zeigen.

Die Resonanz auf Schäden und Misserfolge entspricht nicht der Kritik, die Naturschützer oft an die Presse richten: Eine deutliche Bevorzugung solcher Inhalte war nicht nachzuweisen.

Politische Forderungen/Kritik

Wie zu erwarten war, hält sich das Umweltministerium in seinen Pressemitteilungen mit Kritik oder Forderungen zurück. Anders bei den Verbänden: Sie äußern häufig Kritik an Einzelprojekten oder stellen Forderungen zu Gunsten des Naturschutzes auf. Der Schwerpunkt der Kritik lag bei Einzelprojekten, wie etwa dem Bau des Emssperrwerkes oder dem Gipsabbau im Harz. In solchen Fällen erzielen die Verbände eine besonders hohe Resonanz.

4.1.1 Ergebnisse und Diskussion der Berichterstattung

Übernahme von Informationen

In den meisten Fällen übernahmen die Journalisten die Kernaussage(n) der Botschaften, in einigen Fällen fand sich sogar nahezu der gesamte Inhalt der Pressemitteilung im Artikel wieder. Bei etwa einem Drittel der Artikel übernahmen die Journalisten nur Teile der Kernaussagen.

Korrekte Wiedergabe

Die Informationsverarbeitung der Journalisten funktioniert überwiegend korrekt. Nur in Ausnahmefällen wurden Detailinformationen verändert oder falsch wiedergegeben. Über falsche Darstellung ihrer Information können sich die Naturschützer also nicht beklagen.

Bewertung des Inhalts

Die Zeitungen druckten die Informationen der Pressemitteilungen meist ohne Kommentierung, Einschränkungen oder gegenteilige Positionen anderer Interessengruppen ab. Die Darstellung gegenteiliger Positionen fand sich nur in einem kleineren Teil wieder. Vornehmlich handelte es sich dabei um kontroverse Themen. Bei Themen, über die über längere Zeit berichtet wird, gingen die Journalisten wohl davon aus, dass Leser das Thema verfolgen, und verzichteten darauf, jedes Mal die Gegenseite zu Wort kommen zu lassen.

Bewertung der Organisationen

Eine deutliche Bewertung der Arbeit der Naturschutzorganisationen durch die Presse findet sehr selten statt. Manchmal wurde noch nicht einmal die Quelle der Information genannt, obwohl der Inhalt eindeutig auf eine der untersuchten Pressemitteilungen zurückzuführen war. Durch Verwendung von Zitaten oder indirekter Rede, auch von Gegnern der Naturschutzinteressen, vermeiden es die Journalisten, die Naturschutzorganisationen selbst positiv oder negativ zu bewerten.

Pressemitteilung als Auslöser

Es kommt vor, dass eine Pressestelle aus eigener Initiative ein Thema anschiebt, Journalisten aber eigene Recherchen starten und die Inhalte der ersten Pressemitteilung im Artikel nur am Rande erwähnt werden. Entweder hat der Journalist dann sehr aufwendig recherchiert oder es liegen andere Pressemitteilungen zum gleichen Thema vor. Letzteres war häufig bei Dauerthemen wie der Anhörung zum Emssperrwerk oder der Einrichtung des Nationalparks Elbtalau der Fall.

Kernaussage(n) im ersten Absatz

In vielen Artikeln erschienen die Kernaussagen der Pressemitteilungen erst im hinteren Bereich des Artikels. Sie trugen also nicht zur Schlagzeile bei. Das lässt darauf schließen, dass den Journalisten die Kernaussage(n) nicht die wichtigste(n) Aussage(n) war(en) und sie andere Aspekte interessanter fanden. Eine andere Möglichkeit: Der Journalist räumt

anderen Interessengruppen in dem Artikel den Vorrang ein.

Umfang des Artikels

Der Umfang der Artikel variierte sehr stark. Von der sehr kurzen Notiz mit drei Zeilen bis hin zum langen Bericht über 100 Zeilen reichte das Spektrum. Über den Erfolg der Pressemitteilung sagt dies wenig aus, denn auch ein langer Bericht kann möglicherweise nur einen kurzen Satz aus der Pressemitteilung aufweisen. Bei der Kombination mit dem Umfang der Pressemitteilung zeigt sich, dass deren Seitenlänge keinen Einfluss auf die Länge des Artikels hat.

Bildmaterial

Zu 54 von 69 Artikeln gab es kein Foto. Die Quote erscheint ziemlich hoch, zumal wenn man bedenkt, dass sich Fotos beim Thema Natur und Landschaft zur Illustration anbieten würden. Zeitungen nehmen jedoch lieber Personen als Bildmotive. Tiere kommen allerdings auch in Betracht und so überrascht es nicht, dass entsprechende Fotos häufig Tiere zeigen. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Vögel. Landschaftsaufnahmen wurden selten gezeigt.

4.1.2 Fazit der Ergebnisse der Input-Output-Analyse

Die Abdruckquote der Pressemitteilung ließ sich meist nicht ausschließlich an einem Nachrichtenfaktor festmachen. Oft verstärken die Faktoren sich gegenseitig. Pressemitteilungen, die mehrere Faktoren vereinigen, erzielen einen hohen Publikationserfolg. Als Beispiel seien die Faktoren „Personen oder Lebewesen als Mittelpunkt der Pressemitteilung“, „Faktizität“, „Nutzen/Erfolg“ und „Schaden/Misserfolg“ genannt (siehe

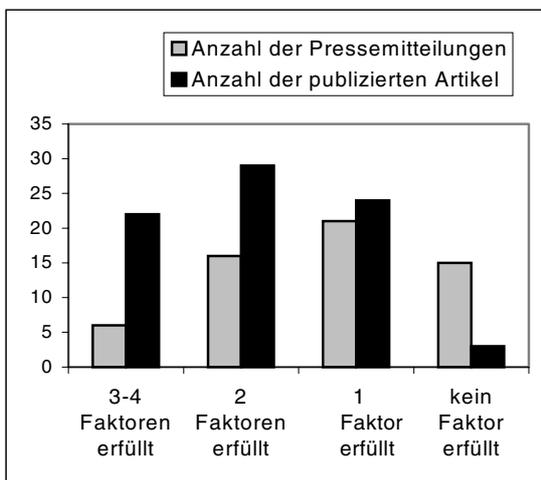


Abb. 2: Abdruckerfolge von Pressemitteilungen mit den Nachrichtenfaktoren Faktizität, Nutzen/Erfolg, Schaden/Misserfolg sowie Personalisierung/Emotionalisierung

Je mehr dieser „Erfolgsfaktoren“ eine Pressemitteilung erfüllt, desto höher ist die Abdruckquote. Ein Erfolgsfaktor ist auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung: „Wer zu spät kommt, den bestraft der Redakteur“, könnte man fast sagen. Dabei sind nicht nur Pressemitteilungen anderer Naturschutzorganisationen Konkurrenz. Auch das aktuelle Tagesgeschehen kann die Berichterstattung stark beeinflussen. Nicht immer lässt sich dieses Tagesgeschehen von den Pressesprechern im Vorhinein einplanen. Dennoch äußerten sich die Pressesprecher der Naturschutzorganisationen zufrieden über die Berichterstattung.

4.2 Die Arbeit der Redakteure

In Interviews mit Redakteuren aus den zuständigen Landesredaktionen der Tageszeitungen konnten einige der oben gezeigten Ergebnisse bestätigt werden. Bei den Interviewpartnern handelt es sich um Redakteure, die in den untersuchten Zeitungen Artikel für die landesbezogene Berichterstattung schreiben und auswählen.

4.2.1 Organisation der Landes-Redaktionen

Zuständigkeiten

Zuständig für die Landesberichterstattung sind meist einzelne Redakteure oder kleine Redaktionen. Manche Zeitungen beschäftigen zudem Korrespondenten.

Themen von Landes-Seiten

Landesseiten sind aus Sicht der Redakteure Seiten mit politischem Schwerpunkt. Die Redakteure der Zeitungen betrachten den Umweltschutz und teilweise auch den Naturschutz als politisches Thema. Also ordnen sie dieses Thema auch ihren Seiten zu.

Redakteure und ihre Ausbildungen

Überwiegend gibt es aufgrund der dünnen Personaldecke in den Redaktionen keine thematischen Schwerpunkte bei einzelnen Journalisten. Die thematische Vertiefung ergibt sich bei Redakteuren eher aus der täglichen Beschäftigung mit Themen. Einige Zeitungen versuchen zumindest, ihre Mitarbeiter gelegentlich mit thematischen Seminaren fortzubilden. Die meisten Redakteure sind im Umwelt- oder Naturschutzbereich also nicht fachlich vorgebildet und es gibt kaum Redakteure, die sich hauptsächlich mit Umwelt- und Naturschutzthemen beschäftigen.

4.2.2 Stellenwert des Naturschutzes in den Redaktionen

Quantität der Berichterstattung

Die Ansichten über den Umfang der Naturschutzberichterstattung gehen bei den Redakteuren stark auseinander: Einige meinen, es werde zu viel, andere es werde zu wenig über Naturschutz berichtet. Letzteres wird erklärt mit fehlender Spannung der Themen und ihrer unzureichenden Verbindung zur Politik. Manche Redakteure glauben, dass sich Naturschutzthemen aufgrund ihres projekt- und ortsbezogenen Charakters und ihrer Relevanz besser für die regionalen oder lokalen Seiten eignen.

Positionen zum Naturschutz

Auf die Neutralität der Redaktion zu den Themen legen viele Redakteure großen Wert. Allerdings weisen sie darauf hin, dass unterschiedliche Meinungen in Redaktionen Berichterstattung und Themenauswahl beeinflussen können. Verschiedene Positionen werden in Kommentaren dargestellt, in der Berichterstattung wird eher eine neutrale Position eingenommen.

Manche Redakteure äußern sich positiv gegenüber Natur- und Umweltschutz, glauben aber nicht, dass dies Einfluss auf ihre Artikel hat. Hier wirken sich wohl das Vertrauen und die Sympathie aus, die der Naturschutz gegenüber anderen gesellschaftlichen Einzelinteressen ausspielen kann. Diese Einstellung der Redakteure bietet einen Ansatzpunkt für die Pressearbeit des Naturschutzes, die positiven Ergebnisse und Erfolge verstärkt herauszustellen.

4.2.3 Einschätzung der Pressearbeit des Naturschutzes

Qualität der Pressearbeit

Viele Redakteure schätzen die Pressearbeit des Naturschutzes positiv ein. Sie sehen die Ansprechpartner in den Pressestellen meist als kompetent und die Menge der Presseinformationen als passend an. Oft bestehen allerdings Unterschiede in der Wahrnehmung der Pressearbeit der Verbände und des Ministeriums: Von höherer Professionalität der behördlichen und besonders der ministeriellen Seite ist die Rede. Die Befragten führen dies auf die bessere finanzielle und personelle Ausstattung zurück.

Quantität der Informationen

Mit der Anzahl der Pressemitteilungen des Naturschutzes zeigen sich die Journalisten überwiegend zufrieden. Einige meinen, dass mehr Pressemitteilungen die Chance für eine Publikation nicht erhöhen würden. Begründet wird dies mit dem begrenzten Platz auf den Seiten. Auch gehen die Redakteure davon aus, dass ein Mehr an Pressemitteilungen keineswegs ein Mehr an interessanten Themen bedeuten würde.

Verständnisprobleme bei den Inhalten

Probleme mit der Verständlichkeit fachlicher Inhalte haben die wenigsten Redakteure. Den Pressestellen gelingt es also offenkundig meist, auch komplexe Inhalte verständlich zu vermitteln. Gefragt ist eine allgemeinverständliche Vermittlung auch komplexer Sachverhalte in den Pressemitteilungen.

4.2.4 Von der Pressemitteilung zur Berichterstattung

Bevorzugung bestimmter Themen

Der These, dass „klassische“ Naturschutzthemen wie Arten- und Biotopschutz, Schutzgebiete und Gewässerschutz auf der Themenliste der Tageszeitungen ganz oben stehen, stimmen einige Redakteure zu. Gerade solche Themen betrachten die Redakteure als Themen mit starkem örtlichem Bezug. Zusätzlich würde der Leser bei dem Thema Artenschutz persönlich berührt. Manche Redakteure wählen die Themen aber nicht nach den Themenbereichen, sondern nach anderen Nachrichtenfaktoren oder dem Platz auf ihrer Seite aus.

Konjunkturen für etablierte Themen

Einstimmigkeit herrscht bei den Befragten darüber, dass über bestimmte Themen des Naturschutzes wiederholt und recht ausführlich berichtet wird, während andere, inhaltlich vergleichbare Themen, nicht beachtet werden. Manche Themen „etablieren“ sich in der Berichterstattung. Das begründen die Redakteure vor allem mit dem Interesse an den Konfliktsituationen der Themen. Auch der politische Bezug von Themen wird als Argument für eine dauerhafte Berichterstattung genannt.

Potenzielle Themen für die Titelseiten

Faktoren für „Top-Themen“: Zunächst einmal sollte es sich um einen Konflikt oder sogar einen Skandal bzw. eine Katastrophe handeln. Negativismus als Nachrichtenfaktor spielt also eine große Rolle. Genannt werden aber auch direkte Betroffenheit der Leser und das Vorliegen von attraktiven Bildern zum Thema. Zudem handelt es sich bei den Titelseiten der Tageszeitungen oft um überwiegend politisch geprägte Seiten. Es zählt dann weniger das Naturschutzthema sondern Stellungnahmen von politischer Seite.

Emotionalisierung und Personalisierung

Überwiegend bestätigen die Redakteure, dass emotionalisierte und personalisierte Pressemitteilungen von ihnen bevorzugt ausgewählt werden. Gerade bei komplexen Sachverhalten lassen sich danach Menschen oder Tiere als Transportmittel und visuelles Begleiterlebnis der Information gut verwenden. „Human touch“ eigne sich besser als die theoretische Aufbereitung von Naturschutzthemen. Die meisten Redakteure sind der Überzeugung, dass ihre Leser die Informationen so besser bzw. in kürzerer Zeit aufnehmen können.

Regionale Schwerpunkte

Die Redakteure bestätigen, dass Tageszeitungen auch in ihrer landesbezogenen Berichterstattung einen Schwerpunkt auf Themen aus der eigenen Region legen. Die meisten Redakteure begründen dies vor allem mit dem Leserinteresse und der damit zusammenhängenden persönlichen Betroffenheit. Ein zweites Argument: Das Nachrichtenaufkommen aus der eigenen Region erhöht sich schon dadurch, dass mehr dem Haus angehörige Redakteure in der Region arbeiten und Artikel schreiben. Zudem ist der Zeit- und Kostenaufwand, die Redakteure in weiter entfernte Regionen zu schicken, hoch.

Bevorzugte Anlässe

Überwiegend stimmen die Befragten darin überein, dass sich Maßnahmen, Initiativen und Programme des Naturschutzes, aber auch Naturereignisse und Rechtsstreitigkeiten als Anstoß für eine Berichterstattung besonders eignen. Dennoch, auch hier weisen die Redakteure darauf hin, dass sie vor allen Dingen Konflikte für die Berichterstattung favorisieren. Die Dynamik, die sich aus kontrahierenden Parteien entwickeln kann, liefert für die Journalisten dabei einen guten Ausgangsstoff für ihre Artikel.

Faktizität der Meldungen

Faktizität wirkt sich fördernd auf die Resonanz eines Themas aus. Dies wurde zumindest von einigen Redakteuren bestätigt. Auch Pressekonferenzen können als Ursache dienen, jedoch sind es vor allem ungewöhnliche und überraschende Ereignisse, die im Vordergrund stehen.

Aktualitätsorientierung

Dass sich lang andauernde ökologische Prozesse in Tageszeitungen schlechter vermitteln lassen, dem stimmen die Interviewten nur teilweise zu. Einige Redakteure berichten zwar aus der Praxis, dass Themen ohne tagesaktuellen Bezug abgelegt werden und dann oft in Vergessenheit geraten. Einige weisen aber auch darauf hin, dass sie für Reportagen oder längere Berichte ohne weiteres nichtaktuelle Themen auswählen. Dies werde jedoch sehr stark von dem an den entsprechenden Tagen zur Verfügung stehenden Platz auf der Seite beeinflusst.

Verhältnis „Bad News“ zu „Good News“

Die befragten Redakteure meinen, dass negative Meldungen in der Berichterstattung überwiegen. Negative Meldungen hätten eine höhere Brisanz, seien spektakulär und spannend, so dass die Chance auf eine Publikation größer ist. Die

Gründe dafür sehen einige aber auch bei den Pressestellen selbst. Gerade Umweltverbände hätten die Aufgabe, Missstände anzuprangern. Daraus ergebe sich für die Berichterstattung ein negatives Bild. Allerdings warnen einige Redakteure vor Übersättigung, da solche Häufungen eher kontraproduktiv wirken würden.

Abdruckerfolge durch Politisierung

Wenn Politiker in ein Thema involviert sind, erhöht dies die Abdruckquote von Pressemitteilungen. Die Themen gewinnen so an Bedeutung und die Inhalte lassen sich besser vermitteln. Dies zumindest geben die Redakteure an. So spiegelt sich bei den Redakteuren eine gewisse Orientierung an den politischen Eliten wider. Hier hat die Pressestelle des Umweltministeriums durch die Person der Ministerin bzw. des Ministers Vorteile gegenüber den Umweltverbänden.

Umgang mit Konflikten

Im Verlauf der Interviews kommen die Redakteure immer wieder auf den Nachrichtenfaktor „Kontroverse“ zu sprechen. Dieser scheint den Abdruckerfolg zu erhöhen, insbesondere bei den Pressemitteilungen der Verbände. Inwieweit deren Kritik sich auch auf den politischen Bereich erstrecken kann, darin sind sie sich allerdings nicht einig. Einige Redakteure wünschen sich von den Naturschutzverbänden noch mehr politisches Engagement in der Pressearbeit. Die Position solle jedoch möglichst immer in Neutralität zu parteipolitischen Interessen stehen. Andere äußern sich eher skeptisch zu politischen Äußerungen von Naturschützern. Die entsprechende Kompetenz ist dafür nach deren Meinung unabdingbar.

Position und Gegenposition in Artikeln

Die Redakteure sind bestrebt, Position und Gegenposition in ihren Artikeln darzustellen. Sie sehen dies als ihre journalistische Pflicht an, natürlich nur bei kontroversen Themen. Es könne aber auch vorkommen, dass nur eine Position geschildert wird. Die Ursachen dafür finden sich in den äußeren Umständen. Wenn sich „die Gegenseite“ nicht äußert oder es aufgrund des fortgeschrittenen Arbeitsprozesses beim Erstellen der Seite unmöglich ist, die Gegenposition noch einzuholen, wird darauf verzichtet.

Autoritätsorientierung der Redakteure

Von einigen Redakteuren wird die rechtliche Stellung des Ministeriums als Argument für eine höhere Resonanz genannt. Pressemitteilungen von behördlicher Seite beinhalten teilweise Entscheidungen über Maßnahmen oder Programme des Naturschutzes, während Verbände zu solchen Entscheidungen zwar Stellung nehmen können, aber immer in der reaktiven Position bleiben. Allein deswegen haben sie eine schwierigere Ausgangslage. Eine weitere Erklärung für die Bevorzugung der Pressemitteilungen aus dem Ministerium sehen die Redakteure in der Person der Ministerin bzw. des Ministers. Hier zeigt sich der Nachrichtenfaktor „persönlicher Einfluss“. Ein Teil der Redakteure verneint jedoch eine solche Autoritätsorientierung.

4.2.5 Einfluss formaler Faktoren auf die Berichterstattung

Formulierung und Länge

Einige Redakteure bezeichnen es als förderlich, wenn Pressemitteilungen formale Anforderungen erfüllen, z.B. eine Länge von höchstens zwei Seiten. Zudem sollten möglichst alle sechs W-Fragen im ersten Absatz beantwortet und die Kernaussage an den Anfang des Textes gestellt werden. Eine lange Pressemitteilung bedeutet die aufwendige Suche nach den geeigneten Informationen. Manche Redakteure sind dagegen der Überzeugung, dass formale Kriterien ihre Auswahl nicht beeinflussen, sondern dass sie sich lediglich von inhaltlichen Kriterien leiten lassen.

Zeitliche Einflüsse

Alle Redakteure räumen ein, dass Naturschutzthemen durch aktuelle Themen, wie etwa eine Wahlkampfberichterstattung, in den Hintergrund treten können. Wenn in Wahlkämpfen aber Naturschutzthemen einen politischen Bezug bekommen, sehen die Redakteure auch bessere Chancen zum Abdruck. Die Pressearbeit kann sich also auf verstärkte Themenkonkurrenz und veränderte Themenansprüche in Wahlkampfzeiten einstellen.

Verwendung von Bildmaterial

Einige Redakteure würden es zwar begrüßen, von den Pressestellen des Naturschutzes mit mehr Bildmaterial versorgt zu werden, wissen aber aus eigener Erfahrung, dass dies kosten- und zeitaufwendig ist. Ein Redakteur riet den Naturschützern, mehr mit Agenturen zusammenzuarbeiten. Die Nachrichtenagenturen wirken schließlich nicht nur bei Textmaterial als Multiplikatoren. Besonders bei Tieraufnahmen sind die Redaktionen für Bildmaterial sehr dankbar.

4.2.6 Redaktionen und ihr Selektionsverhalten – Zwischenfazit

Erfolgreiche Nachrichtenfaktoren für die Pressemitteilungen des Naturschutzes sind:

- Bezüge zu bereits thematisierten, aktuellen, also etablierten Themen aufzeigen,
- Informationen der Pressemitteilungen in personalisierter oder emotionalisierter Form darstellen,
- Konflikte thematisieren sowie Kritik und Forderungen äußern,
- lokale und regionale Aspekte von Informationen herausheben, also einen Bezug zum näheren Umfeld des Lesers herstellen,
- Ereignisse in der Pressemitteilung darstellen und konkrete Anlässe nutzen,
- Bezüge zur Landespolitik bilden bzw. politische Aspekte einer Mitteilung betonen,
- formale Kriterien wie Aussagekraft, Prägnanz und Kürze beachten.

5. Verbesserungsvorschläge für die Pressearbeit

5.1 Kooperation mit den Redaktionen

Defizite der Redaktionen ausgleichen

Um zu erreichen, dass seine Positionen und Anliegen veröffentlicht werden, ist für den Naturschutz die Zusammenarbeit mit Journalisten angezeigt. Dies bedeutet, auf ihre Arbeitsbedingungen einzugehen. Redaktionen sind überwiegend dünn besetzt, viele zeigen wenig Eigeninitiative bei der Themensuche und die ökologischen Kenntnisse der Journalisten sind begrenzt. Für die Pressearbeit bedeutet dies, die Defizite einzelner Redaktionen durch stetige Zu- und Mitarbeit und ein breites Angebot an Information auszugleichen. Naturschutzfachleute sollten sich den Journalisten zur Verfügung stellen und ihnen einen Informationspool bieten. Der persönliche und kontinuierliche Kontakt trägt dazu bei, ihnen Naturschutzanliegen näher zu bringen und zu einem guten Informationsfluss zu kommen.

Prinzipien der Pressearbeit

Ein funktionierender Informationsfluss bezieht sich nicht nur auf die Pressemitteilungen, sondern auch auf Anfragen der Journalisten. Die obersten Prinzipien der Zusammenarbeit: Erreichbarkeit, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit. Das Produkt, die Zeitung, ist zeitabhängig und die Journalisten benötigen Informationen und Stellungnahmen daher meist sehr kurzfristig. Dennoch legen sie Wert auf die Zuverlässigkeit der Informationen.

Service für Redakteure anbieten

Praxis in der Pressearbeit sollte es sein, Archive und kompetente Ansprechpartner anzubieten. Möglicherweise sollten auch Experten- und Beraterkarteen aufgebaut werden. Um bei aktuellen, viel diskutierten und umstrittenen Themen präsent zu sein, kommen längerfristige Pressekampagnen mit Aktionen, Pressekonferenzen oder Podiumsdiskussionen in Betracht. Durch Redaktionsbesuche können Kontakte geknüpft oder vertieft, Ansprechpartner genannt und wichtige Themen des Naturschutzes vorgestellt werden. Besonders beachtet werden sollten Redakteure und Korrespondenten aus Agenturen aufgrund ihrer Multiplikatorfunktion.

Fortbildungsangebote

Das Angebot der Naturschützer an die Redaktionen könnte noch weitergehen:

- Ortstermine mit Journalisten
- Möglichkeiten zu ihrer Weiterbildung

Eine Verbesserung des ökologischen und naturschutzfachlichen Wissens der Journalisten könnte durch spezielle Bildungsangebote im Rahmen der Journalistenausbildung erzielt werden.

5.2 Organisation der Pressearbeit

Finanzielle und personelle Struktur der Pressearbeit verbessern

Im Gegensatz zu den finanziell und personell meist besser gestellten Ministerien sind die Ressourcen der Pressearbeit bei den Naturschutzverbänden begrenzt. Für eine effektive Pressearbeit scheint dies aber unabdingbar. Die Redaktionen sollten langfristig feste Ansprechpartner bei den Verbänden haben, durch die kontinuierliche Pressearbeit, aber auch persönlicher Kontakt gewährleistet wird. Durch die derzeitige Situation tritt die reaktive Komponente der Pressearbeit stark in den Vordergrund. Dabei sollte vielmehr eine aktive Informationspolitik betrieben werden.

Journalistische und PR-Ausbildung für Naturschützer anbieten

Ein weiteres Manko der Pressearbeit des Naturschutzes ließe sich nur langfristig beseitigen: Die häufig mangelnde Aus-

bildung der Naturschützer im journalistischen und PR-Bereich. In deutschen Umweltverbänden sind zwar viele Naturwissenschaftler, aber wenige PR- und Medienfachleute beschäftigt. Als Konsequenz folgt eine Überbetonung der konzeptionellen Arbeit und der Formulierung von Grundsatzpositionen, aber eklatante Schwächen in der strategischen Umsetzung und der einzelfallbezogenen Vermittlung.

Kooperationen verstärken

Hinsichtlich der Kooperation in der Öffentlichkeitsarbeit des Naturschutzes scheint eine Verbesserung angebracht. Das eigene Profil eines jeden Naturschutzverbandes ist für die Außenwirkung und die Mitglieder wichtig. Wie aber die Befragung der Redakteure zeigt, könnte ein stärkeres gemeinsames Vorgehen den Abdruckerfolg von Pressemitteilungen erhöhen.

5.3 Inhaltliche und formale Gestaltung der Pressemitteilungen

Aktuell, kontrovers und politisch

Aktuelle, etablierte Themen mit politischem Bezug stehen bei Journalisten hoch im Kurs. Bei solchen Themen sollten Naturschützer sich in die aktuelle Diskussion einschalten und ihre Position deutlich machen. Dies bedeutet, in Konfliktsituationen auch kurzfristig Stellungnahmen abzugeben. Gezielt zu kommentieren, erweist sich als besonders sinnvoll, wenn sich sonst niemand qualifiziert zu Wort meldet. Die Interessen und Bedürfnisse der Leser sollten stärker in den Vordergrund gerückt werden, da dies auch für die Selektion der Redakteure wichtig ist.

Handlungsalternativen aufzeigen

An konkreten und aktuellen Beispielen lassen sich die Folgen für Natur und Landschaft und die Konsequenzen der Zerstörung von Lebensräumen darstellen. Es können aber anhand solcher Beispiele auch positive Perspektiven und Handlungsalternativen verdeutlicht werden. Zu umstrittenen Themen, die immer wieder auf der Tagesordnung der Medien auftauchen, können die Pressestellen des Naturschutzes eine agierende Position einnehmen, also nicht nur Entscheidungen abwarten und kritisieren. Was den oft kritisierten Negativismus angeht, sollte der Naturschutz gezielt gegensteuern, also auch kleine Erfolge für Natur und Landschaft herausstellen.

Themen gezielt anbieten

In Zeiten, in denen die aktuelle Themenkonkurrenz geringer ist, können Themen initiiert werden, die nicht Teil aktueller Tagespolitik sind, sondern langfristiger Art oder der Jahreszeit angepasst sind. Für solche Themen sind Sommerpause und auch Weihnachtszeit geeignet.

Lokaler und persönlicher Bezug

Aufgrund der starken regionalen und lokalen Ausrichtung der Berichterstattung der Tageszeitungen erscheint es sinnvoll, Redaktionen anzusprechen, die sich in der Region eines Ereignis- oder Bezugsortes befinden. Zudem können landesbedeutsame Themen auch so präsentiert werden, dass ihre lokale oder regionale Bedeutung herausgestellt und so die persönliche Betroffenheit der Leser erreicht wird. Für die Verbände könnte dies bedeuten, ihre lokalen und regionalen Gruppen in der Pressearbeit vor Ort stärker zu unterstützen bzw. in die eigene Pressearbeit stärker einzubinden.

Auch die Nachrichtenfaktoren Personalisierung und Emotionalisierung sollten, wenn möglich, genutzt werden. Ökologische Zusammenhänge mit Hilfe von Tieren als Beispielen darzustellen, fördert die Aufmerksamkeit der Redakteure. Auch scheint es hilfreich zu sein, Personen, die bekannt sind, in den Vordergrund zu stellen. Der 'human touch' ist bei den Redaktionen gefragt.

6. Fazit

Sicher gibt es von Seiten der Naturschützer berechtigte Kritik an der Berichterstattung der Medien. Doch die Pressestellen haben durchaus Möglichkeiten, die Naturschutzberichterstattung zu beeinflussen und ihr Potenzial noch besser zu nutzen. Eine offene Umgangsweise mit den Journalisten, Kooperationsangebote, Professionalisierung und die Einstellung auf Arbeitsweise und Interessen der Redaktionen helfen hier sicherlich weiter, um das Ziel, dem Naturschutz zu mehr Medienwirksamkeit zu verhelfen, zu erreichen.

Quellenverzeichnis

- ANDERSON, ALISON (1991): Source strategies and the communication of environmental affairs. In: Media, Culture and Society 13, (4): 459-476. London, Newbury Park, New Delhi.
- BAERNS, BARBARA (1985): Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem. Köln.
- BEIRAT FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE BEIM BMU (1995): Zur Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Naturschutzes. Natur und Landschaft 70, (2): 51-61.
- CORNELSEN, DIRK (1990): Anwälte der Natur: Umweltschutzverbände in Deutschland. München.
- DORER, JOHANNA & KLAUS LOJKA (1991): Öffentlichkeitsarbeit: theoretische Ansätze, empirische Befunde und Berufspraxis der Public Relations. Wien.
- GROSSENBACHER, RENÉ (1991): Hat die „vierte Gewalt“ ausgedient? Zur Beziehung zwischen Public Relations und Medien. In: Johanna Dorer & Klaus Lojka (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit: theoretische Ansätze, empirische Befunde und Berufspraxis der Public Relations. 42-49. Wien.
- HAAF, GÜNTER (1997): Mehrheiten für den Naturschutz durch Öffentlichkeitsarbeit? In: NNA-Berichte (1): 37-38.
- HANSEN, ANDERS (1991): The media and the social construction of the environment. In: Media, Culture and Society 13, (4): 443-458. London, Newbury Park, New Delhi.
- KEPPLINGER, HANS MATHIAS (1992): Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien. Zürich.
- LUTHE, DETLEF (1994): Öffentlichkeitsarbeit für Nonprofit-Organisationen: eine Arbeitshilfe. Augsburg.
- MÜLLER, HARRO H. (1998): Stumm wie ein Fisch. Warum der Naturschutz keine Schlagzeilen macht. In: Natur + Umwelt, BN-Magazin (1): 26-30.
- SCHUMACHER, ANDREAS (1999): Naturschutz als Schlagzeile. Die Naturschutzberichterstattung niedersächsischer Tageszeitungen – Input-Output-Analyse und Verbesserungsvorschläge. Arbeitsmaterialien 40 der Schriftenreihe des Institutes für Landschaftspflege und Naturschutz am Fachbereich für Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung der Universität Hannover.
- SRU (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1996): Umweltgutachten 1996. Stuttgart.
- STAAB, JOACHIM. F. (1990): Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg, München.

Anschrift des Autors:
Dipl.-Ing. Andreas Schuhmacher
SAZ Marketing AG
Garbsen

Wildnis in Rheinland-Pfalz

Dr. Kerstin Oerter

Einführung

Die „Wildnis“ ist nicht objektiv definierbar, sondern wird als Vorstellung des Menschen durch Kultur und Zeitgeist, subjektive Ängste und Wertmaßstäbe geprägt. Sie beinhaltet viele Bilder, Vorstellungen und Widersprüche (EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL 1999, KNAPP 2000, MEYER 1999) und liegt derzeit im Trend - als Sehnsuchts- und Traumvorstellung des modernen, von der Natur entfremdeten Menschen (HÜCHTKER 1998, RADLOFF 1999). Wildnis wird vor allem dann positiv empfunden, wenn sie als abstrakter Symbolträger fungiert; vor der eigenen Haustür wird sie eher als Unordnung und Bedrohung angesehen.

Der Begriff Wildnis bezog sich in unserem Kulturkreis ursprünglich auf den Urwald und bezeichnete die Wohnstätte des Wildes - nicht des Menschen. Mit zunehmender Erschließung und Gestaltung der Landschaft verlor der Begriff an Bedeutung. Heute wird Wildnis - durch die Medien und den modernen Tourismus beeinflusst - vor allem mit ausgedehnten, vom Menschen unbeeinflussten Gebieten in fernen Ländern mit einer Vielzahl exotischer Pflanzen und Tiere verbunden.

Für viele indigene Völker existiert der Gegensatz zwischen menschlichem Lebensraum und Natur jedoch nicht; sie empfinden sich als Teil der Natur. So galt den nordamerikanischen Indianern die Natur als große Nährmutter, die alles bereitstellt, was zum Leben gebraucht wird. Das nach der Vertreibung der Indianer unbesiedelte Land in den USA und Kanada prägte die westliche Vorstellung einer menschenfreien Wildnis (SUCHANEK 2001). Im 19. Jahrhundert wurde mit dem Naturalismus das Bild der großräumigen und unberührten Natur dem modernen Zivilisationsfortschritt gegenübergestellt. Das neue Landschaftsbewusstsein führte 1872 zum Schutz des ersten Nationalparks in Yellowstone und später zu „Wilderness Areas“, straßenfreien und von jeglicher technischer Erschließung unberührten Forstreservaten (MITCHELL 1998).

Das amerikanische, in der Historie begründete Selbstverständnis von „wilderness“ ist auf Deutschland nicht einfach übertragbar. Für Deutschland muss sich ein eigenes, den mitteleuropäischen Verhältnissen angepasstes Wildnisbild entwickeln (ANL 1997, ANL 1999).

Naturschutz-Leitbild „Wildnis“

Im Jahr 1994 legte die Internationale Naturschutzunion (IUCN – The World Conservation Union) zehn Schutzkategorien fest, wobei der Schutz von Wildnis ein klar formuliertes Naturschutzziel für streng geschützte Gebiete (Kategorie I) und Nationalparke (Kategorie II) wurde. Die IUCN definiert Wildnisgebiete der Schutzkategorie I als „ausgedehntes ursprüngliches oder leicht verändertes Landgebiet und/oder marines Gebiet, das seinen natürlichen Charakter bewahrt hat, in dem keine ständigen oder bedeutenden Siedlungen existieren und dessen Schutz und Management dazu dienen, seinen natürlichen Zustand zu erhalten“. Nationalparke werden als ein natürliches Landgebiet oder Meeresgebiet verstanden, dessen ökologische Unversehrtheit geschützt werden soll, in dem abträgliche Nutzungen ausgeschlossen werden. Hinzu kommt die Schaffung eines Forschungs-, Bildungs- und Erholungsangebotes für Besucher (IUCN 1994).

Die genannten Voraussetzungen, die völlige Unberührtheit und Ursprünglichkeit eines Wildnisgebietes, entsprechen nicht den mitteleuropäischen Verhältnissen. Denn im Vergleich zu anderen Kontinenten wird die Landschaft im dicht besiedelten Europa seit Jahrhunderten intensiv genutzt. Wirklich ursprüngliche, d.h. vom Menschen nicht beeinflusste Lebensräume, existieren nicht mehr. Selbst in den meisten Schutzgebieten wird die Natur bewirtschaftet oder gepflegt. Lediglich 14 Prozent aller europäischen Schutzgebiete über 1000 Hektar sind frei von menschlicher Nutzung, wobei mehr als die Hälfte der Gebiete auf die skandinavischen Länder und Russland entfällt (KNAPP 2000). Unberührte Natur ist nur noch in den nordöstlichen Randzonen Europas zu finden, beispielsweise in Lappland, in Grönland und an der polnischrussischen Grenze.

Die Tatsache, dass es in Mitteleuropa keine wirklich unbeeinflussten Landschaften mehr gibt, muss jedoch nicht zwangsläufig das Naturschutz-Leitbild „Wildnis“ in Frage stellen. Um das Schutzgebietssystem der IUCN auch in Europa zu fördern und umzusetzen, müssen zusätzliche Gesichtspunkte herangezogen werden, die eine Interpretation im Hinblick auf die hier herrschenden Verhältnisse erleichtern (FÖDERATION EUROPAC ARC 1999, KNAPP 1999). Zu den charakteris-

tischen Besonderheiten zählen beispielsweise die weite Verbreitung historisch gewachsener Kulturlandschaften, das oft kleinräumige Mosaik aus Natur- und Kulturgebieten, ein hohes Maß an biologischer Vielfalt auf kleinem Raum sowie eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsnormen und Nutzungsrechte.

Auch unter mitteleuropäischen Verhältnissen kann „Wildnis“ entstehen und zwar überall dort, wo sich der Mensch aus der Natur zurückzieht. Dabei sollte die Wildnis geeignete und klar umgrenzte Bereiche umfassen, um die Konkurrenz um die Fläche zu entschärfen und überflüssigen Ängsten vorzubeugen. Die Notwendigkeit des "Sowohl-als-auch" von Nutz-, Pflege- und Wildnisflächen bleibt unumstritten. Es geht nicht darum „alles“ verwildern zu lassen, die Artenschutzprogramme zu reduzieren oder die Bedeutung der Kulturlandschaft zu schmälern.

Vielmehr sollen mittels bestehender Schutzkonzepte, beispielsweise in Großschutzgebieten und Biotopverbundsystemen, Bereiche für eine unbeeinflusste Naturentwicklung bereitgestellt werden. Diese sollten mindestens 5 Prozent der deutschen Staatsfläche umfassen, um einen effektiven Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt leisten zu können.

In vom Menschen beeinflussten und überformten Landschaften muss sich die Wildnis aus dem Status quo heraus entwickeln. Dann bedeutet *Wildnis, in bestimmten Räumen auf Dauer eine gänzlich vom Menschen unbeeinflusste Naturentwicklung zuzulassen, ohne deren Richtung oder Ausgang zu kennen.*

Dieser Wildnisbegriff schließt jegliche Nutzung, Pflege und Zielvorstellung aus, benötigt weder ein umfangreiches Management noch einen kostenintensiven Pflegeeinsatz. Stattdessen benötigt Wildnis Raum und Zeit. Beim Wildnisgedanken muss das Augenmerk auf die Veränderung und Entwicklung gelenkt, müssen neue Werte und Zeitdimensionen gesetzt werden.

Die Strategie „Natur zulassen“ ist eine naturschutzfachliche Notwendigkeit, da sie von großer Bedeutung für die Stabilität des Naturhaushaltes und den Erhalt der biologischen Vielfalt ist. Eine ungestörte Naturentwicklung trägt zum Schutz wichtiger Ressourcen wie Boden und Grundwasser bei und sichert das Überleben gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Insbesondere können jene Organismen und Lebensgemeinschaften sowie ihre evolutiven Potentiale erhalten werden, deren Schutz in der Kulturlandschaft nicht zu gewährleisten ist, da sie auf dynamische Prozesse angewiesen sind. Beispielsweise betrifft dies totholzbewohnende Käferarten, die durch den Mangel an Altersstadien in unseren Wäldern stark zurückgegangen sind.

Wildnisbereiche stellen wichtige Referenzflächen dar, denn erst im Vergleich mit weitgehend unbeeinflussten Flächen können die Auswirkungen des menschlichen Handelns auf die Umwelt aussagekräftig analysiert werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind eine wichtige Grundlage für neue Naturschutzstrategien und die Entwicklung nachhaltiger Nutzungsformen. Zudem können sie der Argumentation für eine umweltgerechte Entwicklung in Politik und Gesellschaft dienen.

Der politische Auftrag zur Umsetzung von Wildnis- bzw. Totalschutzbereichen resultiert auch aus verschiedenen gemeinschaftlichen und internationalen Übereinkommen. So beziehen die europäische Vogelschutzrichtlinie und die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie den Schutz natürlicher Lebensräume mit ein. In der Helsinki-Konvention zum Schutz der Meeresumwelt in der Ostsee wurde 1992 der Schutz ökologischer Abläufe als Ziel aufgenommen. Auf internationaler Ebene proklamiert die Biodiversitäts-Konvention erstmals den Eigenwert der biologischen Vielfalt. Die Vertragsparteien sind durch Artikel 8 gehalten „den Schutz von Ökosystemen und natürlichen Lebensräumen sowie die Bewahrung lebensfähiger Populationen von Arten in ihrer natürlichen Umgebung zu fördern“. Es wird empfohlen, ein System von Schutzgebieten einzurichten. Auch im Aktionsprogramm „Agenda 21“ werden die Einrichtung von repräsentativen Schutzgebieten (Kapitel 13) und der Erhalt der biologischen Vielfalt möglichst in ihren natürlichen Lebensräumen (Artikel 15) aufgeführt.

In Deutschland wurden diese Vorgaben bislang nur unzureichend umgesetzt. In der Gesetzgebung sind klare Formulierungen zur Förderung und zum Schutz einer unbeeinflussten Naturentwicklung bislang sehr rar; das Schutzziel „Wildnis“ wird nur in der Schutzkategorie Nationalpark angesprochen. Bei der derzeitigen Reform des Bundesnaturschutzgesetzes soll im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens erstmals das Ziel, die Natur „auf Grund ihres eigenen Wertes“ zu schützen, aufgegriffen werden. Eine wichtige Voraussetzung, um den Wildnisgedanken zu fördern. Zudem werden ein Entwicklungs- und Wiederherstellungsgebot, eine dem jeweiligen Schutzzweck entsprechende Zonierung in allen Schutzgebietskategorien und die Förderung einer natürlichen Sukzession bei Bergbaufolgelandschaften angestrebt. Bei der Neuformulierung des Nationalpark-Paragrafen werden die Ausweisungsvoraussetzungen um den Entwicklungsaspekt

erweitert und das Ziel eines möglichst ungestörten Ablaufes der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik betont (DEUTSCHER BUNDESTAG 2001).

Wildnis in Deutschland

Selbst in unserem dicht besiedelten Land gibt es noch naturnahe, unzerschnittene Räume mit geringem Nutzungsdruck, die sich – unserer Landesgröße entsprechend – für *Wildnisgebiete* eignen. Dazu gehören dynamische Naturräume wie Wälder, Flussauen, Küsten und Gebirge. Flächenpotenziale bieten die Kernzonen der Nationalparke und Biosphärenreservate, Naturschutzgebiete über 1.000 Hektar, ehemalige Truppenübungsplätze und Bergbaufolgelandschaften.

Bei Nationalparks sollte der Gebietsanteil ohne menschliche Einflussnahme entsprechend den IUCN-Kriterien mindestens 75 Prozent der Fläche umfassen. Auch in den Biosphärenreservaten sollte die Kernzone groß genug sein, um eine natürliche Dynamik zu ermöglichen und mindestens 3 Prozent der Gesamtfläche betragen. In einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren könnte in den deutschen Großschutzgebieten der Flächenanteil der Kernzonen auf das international vorgegebene Maß erhöht werden.

Bergbaufolgelandschaften bieten ebenfalls geeignete Flächen für eine natürliche Sukzession, wie das Entwicklungskonzept der „Goitsche“ bei Bitterfeld beispielhaft zeigt (DÄNE 2001). In den neuen Bundesländern dürfte in den nächsten Jahren durch die Privatisierung von Bergbaufolgelandschaften und ehemaligen Truppenübungsplätzen ein Flächenkontingent von über 250.000 Hektar zur Verfügung stehen.

Es mag wie ein Widerspruch klingen, aber gerade durch das Fernhalten des Menschen werden Wildnisgebiete zu Ausgleichsflächen für Mensch und Natur. Die Schutzgebietskonzepte der Nationalparke und Biosphärenreservate tragen dem Rechnung, indem sie neben der Schaffung von Tabuzonen den Auftrag zur Naturerfahrung, Umweltbildung und -forschung beinhalten.

In der Schweiz werden Naturerlebnisgebiete in Form von Wildnisparks vor der Stadt realisiert (CHRETIEN 1999, EHRSAM 1999). Ein konkretes Beispiel ist der Sihlwald südlich von Zürich, der seit 1994 als Natur- und Erlebnisraum dient. Auf über 5 Quadratkilometern Fläche wird auf waldbauliche Eingriffe verzichtet und die Natur sich selbst überlassen. Gleichzeitig ermöglicht ein Wegenetz von über 70 Kilometern den Besuchern die Wildnis zu erfahren und zu genießen.

Wird unter „Wildnis“ das konsequente Zulassen von Natur verstanden, so kann diese auch außerhalb großräumiger Wildnisgebiete verwirklicht werden. In der Kulturlandschaft kommen kleinräumige, der Sukzession überlassene *Verwilderungsflächen* in Betracht, die mosaik- oder bandartig eingestreut als Trittsteinbiotope fungieren können, beispielsweise brachgefallene Agrarflächen, naturnahe Waldbestände, ehemalige Bergbauflächen und Steinbrüche. Derartige Verwilderungsflächen können im Rahmen von Bracheprogrammen, Renaturierungsaufgaben oder als Naturwaldreservate innerhalb von wenigen Jahren entstehen.

Auch auf den Verwilderungsflächen soll sich die Natur nach ihren eigenen Regeln entwickeln; demgegenüber sind zum Erhalt der Kulturlandschaft und vieler Offenlandarten gezielte Pflegemaßnahmen oder extensive Wirtschaftsweisen notwendig. Dies ist ein Gegensatz, der sich auf ein und derselben Fläche nicht aufheben lässt. Hier gilt: entweder Kultur- oder Verwilderungsfläche. Gleichwohl kann ein Mosaik von unbeeinflussten und bewirtschafteten oder gepflegten Flächen, beispielsweise im Rahmen eines Biotopverbundes, existieren.

Angesichts der Orkanstürme der letzten Jahre und der zunehmenden Freigabe von Agrarflächen gewinnt das Thema der freien Sukzession auch in der Land- und Forstwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Bereits in den 90er Jahren wurde mit der gezielten Ausweisung von Naturwaldreservaten, die ein bundesweites, repräsentatives Referenzsystem ungenutzter Waldbereiche bilden sollen, und der Entwicklung eines naturnahen Waldnutzungskonzeptes begonnen (NATURLAND 1997). Allerdings umfasst die Fläche der Naturwaldreservate an der Gesamtfläche des Waldes bislang nur rund 2 Prozent und fast die Hälfte sind kleiner als 20 Hektar. Bei landwirtschaftlichen Flächen verstärkt der Kostenfaktor einer großflächigen Landschaftspflege die Diskussion, die begrenzten Mittel auf ökologisch wertvolle Flächen der Kulturlandschaft zu konzentrieren (HUTTER 2001).

Im Offenland ist zu berücksichtigen, dass eine Verwilderungsfläche in absehbarer Zeit nicht unbedingt „schöner“ wird und keine direkt nachweisbare Erhöhung der Artenvielfalt erfolgt. Jedoch darf der Erhalt der biologischen Vielfalt nicht mit der – häufig durch den Einfluss des Menschen künstlich erhöhten – Artenvielfalt auf einer bestimmten Fläche gleichgesetzt werden, sondern muss sich auf biogeographische Räume beziehen.

Der Wildnisgedanke kann auch vor der eigenen Haustür umgesetzt werden. Im Siedlungsbereich können *Wilde Ecken* auf alten Friedhöfen, in Parks, Grünanlagen und Gärten entstehen. Die Schaffung stadtnaher Verwilderungsflächen verfolgt in erster Linie umweltpädagogische Ziele. Die Erfahrbarkeit und Erlebbarkeit stehen im Vordergrund; der Schutz seltener, stör anfälliger Tier- und Pflanzenarten ist zweitrangig (eine Ausnahme können artenreiche Stadt- und Industriebrachen darstellen).

Die *Wilden Ecken* sollen als Anschauungsflächen dazu beitragen, den Grundgedanken „Natur zulassen“ der Bevölkerung näher zu bringen. Denn die „Unordnung“ in Naherholungsgebieten und städtischen Grünanlagen setzt die gleiche Geisteshaltung voraus, die für die Akzeptanz großflächiger Wildnisgebiete erforderlich ist. Für Kinder sind innerstädtische Verwilderungsflächen ideale Streifräume, die durch ihren veränderbaren und wenig geordneten Charakter die Fantasie anregen und nichtreglementiertes Spielen zulassen.

Für verwilderte Bereiche in Parks und Grünanlagen bedarf es nicht viel Zeit und Aufwand, da die Flächen häufig „von heute auf morgen“ in Ruhe gelassen werden können. Größere Verwilderungsbereiche und Naturerfahrungsräume bedürfen hingegen der pädagogischen, verwaltungstechnischen und öffentlichkeitswirksamen Vorbereitung.

Die drei vorgestellten Raumebenen für eine freie Naturentwicklung - *Wildnisgebiete*, *Verwilderungsflächen* und *Wilde Ecken* - sind durch eine Abnahme im Raumbedarf (bzw. der Flächengröße), des Schutz- und Rechtsstatus gekennzeichnet. Sie bieten vielseitige Umsetzungsmöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Wildnis in Rheinland-Pfalz

Die aufgezeigten Möglichkeiten zur Bereitstellung von Sukzessionsräumen in den drei Raumebenen können auch in Rheinland-Pfalz verwirklicht werden. Insbesondere, da der politische Wille zu mehr Wildnis in Rheinland-Pfalz wächst (Fachtagung in Mainz, Februar 2001). Aber unter Berücksichtigung des „Sowohl-als-auch“ von Kultur- und Naturlandschaft stellt sich die Frage nach konkreten, für Wildnis und Verwilderung geeigneten Gebieten bzw. Flächen.

Als ein nicht unumstrittener Raum für ein potentielles Wildnisgebiet ist der Bienwald zu nennen, der eine bedeutsame Vernetzung zwischen den Rheinauen und dem Pfälzerwald darstellt (KÖHLER & HAHN 1997). Der 12.000 Hektar große Staatswald ist eine Schwemmfächerlandschaft, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwässert und forstwirtschaftlich genutzt wurde. Ab den 1980er Jahren erfolgte eine Umstellung des Waldbaus, die zu mehr Mischwaldbeständen führte, wobei jedoch eine gezielte Förderung der Eiche beibehalten wurde. Forstliche Untersuchungen in den Naturwaldreservaten „Mörderhäufel“ und „Stuttpferch“ zeigten in den letzten 40 Jahren eine Entwicklung zu mehr Buchen und Schwarzerlen auf, während sich die Eiche nur zu einem geringen Anteil etablierte. Zudem wiesen die Schwammspinner-Kalamitäten der Jahre 1993 und 1994 eine erhöhte Anfälligkeit der Eichenbestände auf nassen Standorten auf. Eine Rücknahme von Entwässerungsgräben und eine unbeeinflusste Naturentwicklung würden auf den nassen Standorten des Bienwaldes sicherlich zu einem Verlust an Eichenbeständen zugunsten von Erlenbrüchen führen.

Das Beispiel Bienwald verdeutlicht, dass ein Zulassen von freier Naturentwicklung mit weitreichenden Veränderungen und Verlusten im Vegetationsgefüge verbunden sein kann. Nicht die bekannten, sondern die natürlicherweise standortangepassten Arten werden auf Dauer das Landschaftsbild prägen. Gleichzeitig werden bei diesen eine erhöhte Vitalität und Widerstandskraft gegen Insektenkalamitäten zu erwarten sein.

Ein weiteres potentielles Wildnisgebiet in Rheinland-Pfalz stellt das großräumige und unzerschnittene Waldgebiet des Naturparks Pfälzerwald dar (BUND-LANDESVERBAND-RHEINLAND-PFALZ 1998). Im Rahmen des Biosphärenreservates sollen 3 Prozent der Fläche als unbeeinflusste Kernzone ausgewiesen werden. Für die bestehenden Fichten-Monokulturen soll ein Entwicklungskonzept erarbeitet werden. Aber Wildnis kann auch mit dem „status quo“ beginnen.

Akzeptanz von Wildnis

Bei der Umsetzung konkreter Wildnis-Vorhaben entstehen vor Ort häufig weitreichende Interessenskonflikte (BMU 1995, WIERSBINSKI et al. 1998). Die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz des Leitbildes „Wildnis“ stellt sich sehr unterschiedlich dar: Im Bauwesen besteht aufgrund der Flächenkonkurrenz eine generelle Ablehnung gegenüber Naturschutzansprüchen, die beim Straßenbau durch die Naturschutzforderung nach unzerschnittenen Räumen für großflächige Wildnisgebiete verstärkt wird. In der Landwirtschaft wird neben der Befürchtung von wirtschaftlichem Verlust durch Flächenaufgabe der Wildnisgedanke als Bedrohung und Rückschritt empfunden, da er dem beruflichen Selbstverständnis entgegensteht. Demgegenüber praktiziert die Forstwirtschaft durch die Ausweisung von Referenz- und Prozessschutzflä-

chen bereits erste Ansätze des Wildnisgedankens (FÄHSER 1997). Dennoch ist auch hier die Vorstellung, dass „der Wald ohne Mensch nicht wachsen kann“, noch vorhanden.

Die Tourismusbranche vermarktet Wildnis als Klischee. Obwohl die Branche von attraktiven Naturräumen profitiert, fördert sie durch den Massentourismus gleichzeitig deren Gefährdung. Der einzelne Tourist ist gegenüber Naturschutzauflagen wie Betretungsverboten durchaus tolerant (WWF 1998). Jedoch führt der Anstieg an naturnahen Freizeitaktivitäten, insbesondere von Erlebnis-Sportarten, die ihre Aktivitäten zunehmend in ökologisch sensible Naturzonen verlegen, zu Konflikten und partiell zu erheblichen Belastungen (HABRICH 1999).

Da das Konzept „Natur zulassen“ außerhalb jeglicher Detailplanung steht, berührt es den Bereich Landschaftsplanung sowie deren Folgebranchen unmittelbar. Die Landschaftsplanung, die hier *nicht* generell in Abrede gestellt werden soll, ist nach wie vor stark von einem Naturverständnis der Planbarkeit und einem Ästhetikleitbild der Parklandschaft geprägt. Selbst bei den Naturschützern führt der Wunsch, etwas für die und in der Natur zu tun, häufig zur Gestaltung und Pflege von Lebensräumen, obwohl bei ihnen „Natur pur“ ein äußerst positives Image hat.

Die (Stadt-) Bevölkerung besitzt eine positive Grundeinstellung gegenüber dem Naturschutz. Hier kann von einer weitgehenden Zustimmung gegenüber Wildnisgebieten ausgegangen werden.

Eine Umfrage der Umweltstiftung WWF-Deutschland (WWF 1998) belegt, dass 95 Prozent der Bundesbürger Nationalparke für wichtig halten und 70 Prozent der Deutschen sogar mehr Großschutzgebiete wollen. Andererseits stehen gerade die Nationalparke immer wieder in der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung, beispielsweise bei der Ausweisung des Kellerwaldes als hessischer Nationalpark (HARTHUN 1998) oder der Borkenkäfer-Bekämpfung im Nationalpark Bayerischer Wald (SCHERZINGER 2000).

Eine 1995 durchgeführte Umfrage zur Akzeptanz ausgewählter Naturschutzmaßnahmen zeigt, dass für 82 Prozent der Bevölkerung das Vorkommen von seltenen Tier- und Pflanzenarten ein Argument für den Gebietsschutz darstellt, fast 69 Prozent halten vom Menschen noch weitgehend unberührte Gebiete wie Moore oder Auenlandschaften für schützenswert. Gleichzeitig sind jedoch nur 19 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass es eine wirksame Schutzmaßnahme sei, ein Areal sich selbst zu überlassen und ganz für die Allgemeinheit zu sperren (NATUR 1995). Die meisten Menschen wollen aus den Schutzgebieten nicht ausgesperrt werden, sondern landschaftlich attraktive Gebiete, d.h. die mäßig genutzte oder durch Fachleute gepflegte Kulturlandschaft, zur Erholung nutzen (MITLACHER 1999). Dabei spielt die Erhaltung des bekannten und vertrauten Landschaftsbildes eine große Rolle.

Aus diesem Grunde muss der Wildnisgedanke aus der fachlichen Debatte in die öffentliche Diskussion gerückt und mit verständlichen Inhalten vermittelt werden. Mit seiner Naturschutz-Kampagne „Wildnis in Deutschland“ will der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) hierzu einen Beitrag leisten. Mit Hilfe von Informationsmaterialien und einem Leitfaden für das Wildnis-Engagement sollen Interessierte in ihrem Umfeld „Wildnis wagen“ und den Ankauf von exemplarischen Wildnisflächen unterstützen; (Internet: www.wildnis.net). Durch kommunale und landesspezifische Projekte soll die Wildnis zukünftig stärker in Landschaftspläne, Gewässerentwicklungspläne, Renaturierungsprogramme und Agenda 21-Prozesse integriert werden. Denn die Zukunft des Naturschutzes liegt im Miteinander von nachhaltiger Nutzung und freier Naturentwicklung.

Literatur und Materialien

ANL - BAYERISCHE AKADEMIE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (Hrsg.) (1997): Wildnis - ein neues Leitbild? Möglichkeiten und Grenzen ungestörter Naturentwicklung für Mitteleuropa. - Laufen/Salzach, Laufener Seminarbeiträge 1, 147 S.

ANL - BAYERISCHE AKADEMIE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (Hrsg.) (1999): Schön wild soll es sein ... Wertschätzung und ökonomische Bedeutung von Wildnis. - Laufen/Salzach, Laufener Seminarbeiträge 2, 105 S.

BMU - BEIRAT FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (1995): Zur Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Naturschutzes. - Natur und Landschaft 70 (2): 51-61

BUND-LANDESV ERBAND RHEINLAND-PFALZ (1998): Biosphärenreservat Naturpark Pfälzerwald – Eine Chance für die Pfalz. Sanierungskonzept für das Biosphärenreservat Naturpark Pfälzerwald. – BUND-Landesverband-Rheinland-Pfalz e.V., Mainz, 32 S.

- CHRETIEN, U. (1999): Wildnisparke: Vision mit Hand und Fuß. - pro natura 3: S. 18-21
- DÄNE, S. (2001): Wildnis in Bergbaufolgelandschaften. – Universität-Gesamthochschule Kassel (FB 13 – Landschaftsplanung), 70 S.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2001): Gesetzesentwurf der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechtes des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (BNatSchGNeuregG) . – Drucksache 14/6378, 127 S.
- EHRMANN, M. (1999): ... denn die Wildnis liegt so nah. - pro natura 3: S. 10-17
- EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL (Hrsg.) (1999): Mut zur Wildnis - Neue Herausforderungen im Naturschutz. - Zukunftsforum Naturschutz, Materialien 4, 31 S.
- FÄHSER, L. (1997): Wenn Wälder wieder Wildnis würden ... Hintergedanken zum Konzept der „Naturnahen Waldnutzung“ im Stadtforstamt Lübeck. - In: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege Hrsg.), Laufen/Salzach, Laufener Seminarbeiträge 1: S. 81-86
- FÖDERATION EUROPARC (Hrsg.) (1999): Richtlinien für Management-Kategorien von Schutzgebieten – Interpretation und Anwendung der Management-Kategorien für Schutzgebiete in Europa. – Grafenau, 48 S.
- HABRICH, N. (1999): Konflikte zwischen Naturschutz und Freizeitnutzung in den Großschutzgebieten Deutschlands. - Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 164 S.
- HARTHUN, M. (1998): Woran der Nationalpark Kellerwald vorerst scheiterte. - Natur und Landschaft 73 (5): S. 223-227
- HÜCHTKER, I. (1998): Wilde Sehnsucht. - BUNDMagazin 1: S. 16-18
- HUTTER, C.-P. (Hrsg.) (2001): Naturschutz in Deutschland zwischen Wildnis, Prozessschutz und Landschaftspflege. - Aktuelle Infopost, Akademie Wiesel, Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, Stuttgart, 8 S.
- IUCN (1994): Richtlinien für Management-Kategorien von Schutzgebieten. – IUCN Nationalkommission mit Unterstützung des World Conservation Monitoring Centre
- KNAPP, H.D. (1999): „Prozessschutz“ als Naturschutzziel.- Naturschutzreport 16, S. 46-60
- KNAPP, H.D. (2000): „Wildnis“ - Feindbild, Heiligtum und Herausforderung. – Nationalpark Sonderheft WNPC, S. 12-16
- KÖHLER, J. & HAHN, H.J. (1997): Der Bienwald – Bedeutung, Gefährdung, Entwicklung. – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V., Mainz, 120 S.
- MEYER, T. (1999): Naturschutz - nein danke? - natur 1: S. 22-27
- MITCHELL, J.G. (1998): Wilderness - America's Lands Apart. - National Geographic 11: S. 2-32
- MITLACHER, G. (1999): „Naturschutz - nein danke?“ - Materialband zur Tagung „Naturschutz quo vadis?“ der Evangelischen Akademie Bad Boll im Januar 1999
- MÜLLER, H. (1998): Ein Journalistisches Trauerspiel: Medien im Natur- und Umweltschutz. - Nationalpark 1/98: 13-18
- NATUR (1995): Umfrageergebnisse des *natur*-Barometers in natur Heft 5
- NATURLAND (1997): Richtlinien zur ökologischen Waldnutzung. - Naturland-Verband für naturgemäßen Landbau e.V., Gräfelfing, 6 S.

RADLOFF, J. (Hrsg.) (1999): Wa(h)re Wildnis. - Politische Ökologie 17 (95), S.74

SCHERZINGER, W. (2000): Wilde Waldnatur – Der Nationalpark Bayerischer Wald auf dem Weg zur Waldwildnis. - Hrsg.: Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald, Bayerische Staatsforstverwaltung, Ostler Druck, Passau, 43 S.

SUCHANEK, N. (2001): Mythos Wildnis. – Schmetterling Verlag, Stuttgart, 136 S.

TROMMER, G. (1992): Wildnis, die pädagogische Herausforderung. – Deutscher Studienverlag, Weinheim, 163 S.

WIERSBINSKI, N., ERDMANN, K.-H. & LANGE, H. (1998): Zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen.- Bundesamt für Naturschutz, Bonn - BfN-Skripten 2 (Materialband), 83 S.

WWF - UMWELTSTIFTUNG WWF-DEUTSCHLAND (1998): Bundesweite repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag der Umweltstiftung WWF-Deutschland zum Thema „Nationalparke“. - Frankfurt

Die Materialien des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) sind im Internet unter www.wildnis.net und www.wildnis-in-berlin.de erhältlich. Weitere Informationen zum Thema „Wildnis und Schutzgebiete“ sind unter www.euoparc.de zu finden.

Anschrift der Autorin:

Dr. Kerstin Oerter

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle / Naturschutzreferat

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

kerstin.oerter@bund.net

www.wildnis.net

Biosphärengebiete in der Schweiz: Erfahrungen mit einer Evaluationshilfe auf dem Internet

PD Dr. Felix Kienast

Zusammenfassung

Die Ausscheidung großflächiger Schutzgebiete erfordert ein neues Verhältnis zwischen Planenden und Betroffenen. Moderne top-down-Verfahren der Behörden und Planungsorganisationen müssen transparent und nachvollziehbar sein und die Informationen sollen allen Beteiligten zugänglich sein. Nur so können die bottom-up-Bestrebungen der Regionen wirksam unterstützt werden. Die Eidgenössische Forschungsanstalt WSL unterstützt diese offene Planungskultur. Unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl landschaftlicher, biologischer und sozioökonomischer Daten haben wir 1998 den Prototypen einer Evaluationshilfe für Biosphärengebiete auf dem www entwickelt (<http://www.wsl.ch/land/products/biosphaere/>). 106 Regionen der Schweiz wurden möglichst umfassend bewertet. Benutzerinnen und Benutzer können prüfen, ob sich ihre Regionen im nationalen Vergleich als Biosphärengebiete eignen, fertige Auswahlösungen abrufen oder potentielle Biosphärenregionen nach eigenen Kriterien suchen lassen. Damit leistet die WSL einen Beitrag zur Objektivierung der Auswahl großflächiger Schutzgebiete. Nach drei Jahren Betrieb kann die Web-Applikation nun auf ihren Erfolg hin bewertet werden. Die wichtigsten Ziele wurden erreicht, d.h. rund 2500 Benutzerinnen und Benutzer aus verschiedenen Kundensegmenten (Regionale Akteure, NGO's, Consulting Firmen) rufen pro Jahr Informationen ab und bewerten die interessierenden Regionen. Seit Beginn (1998) arbeiten rund 1000 Personen intensiver mit dem Instrument, was ungefähr einem Äquivalent von 1000 Printbroschüren entspricht. Das Web-Instrument wird von den für Biosphärengebiete zuständigen Bundesämtern als wichtige Evaluationshilfe empfohlen. Im vorliegenden Beitrag wird das Instrument vorgestellt.

Einleitung

Die traditionelle Kulturlandschaft entwickelte sich über Jahrhunderte in einer dynamischen Wechselwirkung zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und ihrer Umwelt. Bedingt durch viele Erwerbstätige in der Primärproduktion war die Landschaftsgestaltung eingebunden in das tägliche dörfliche Leben. Durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte verlor aber ein großer Teil der lokalen Bevölkerung die direkten Einflussmöglichkeiten auf die Landschaft. Damit wurde der Natur- und Landschaftsschutz zur öffentlichen Aufgabe. Er erbringt den von der Bevölkerung heute oft nicht mehr geleisteten Beitrag zur Landschaftsgestaltung. Seither werden wertvolle Objekte von Expertinnen und Experten identifiziert und zum Schutz vorgeschlagen.

Wie verschiedene Volksabstimmungen gezeigt haben, scheint diese klassische Strategie des Natur- und Landschaftsschutzes grundsätzlich im Sinne der Bevölkerung zu sein. Dennoch entstehen bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen immer wieder Akzeptanzprobleme, da z.T. Bedürfnisse und Ansprüche vieler Betroffener übergangen werden, die ihnen besonders wichtig sind. Dies wirkt sich auf den Maßnahmenvollzug erschwerend aus oder verunmöglicht ihn gar. Auf dem Rechtsweg kann die Umsetzung von Maßnahmen zwar erzwungen werden. Dies bedingt aber einen großen und kostspieligen Kontroll- und Überwachungsaufwand. Gelingt es jedoch, so mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, dass sie die Maßnahmen akzeptiert oder gar mitträgt und sich aktiv engagiert, ist mit einer effektiveren Umsetzung und einem langfristigen Erfolg zu rechnen (Buchecker, 1999; Luz, 1993; Winter und Church, 1984).

Die hier geschilderte Problematik im Landschaftsschutz gilt auch oder vielleicht besonders für Biosphärenreservate, die wir besser als Biosphärengebiete oder -parks bezeichnen, um dem Wort das ihm anhaftende Image der Indianerreservate zu nehmen. Wie kann nun aber eine solche neue Planungskultur realisiert werden, in welcher sich der - nach wie vor nötige - top-down-Ansatz der Behörden und Planungsinstitutionen in idealer Weise mit dem bottom-up-Ansatz vereinigt? Am Beispiel der Idee der Biosphärengebiete stellen wir die Vision einer solchen neuen Planungskultur vor und zeigen, was die WSL dazu beiträgt.

Eine neue Planungskultur

Das Ausscheiden großflächiger Schutzgebiete erfordert ein neues Verhältnis zwischen Planenden und Betroffenen. Vorbei sind die Zeiten, als Expertenwissen - in Ordnern gelagert - nur wenigen Entscheidungsträgern zugänglich war.

Moderne top-down-Verfahren der Behörden und Planungsorganisationen zeichnen sich aus durch

- Transparenz und Nachvollziehbarkeit,
- Verfügbarkeit der Informationen für alle Beteiligten,

- Konsultation der Betroffenen.

Welches sind nun bei bottom-up-Verfahren die kritischen Elemente, die über Erfolg oder Misserfolg entscheiden können? Aufgrund unserer Forschungsarbeiten und ähnlicher Arbeiten anderer Forschungsinstitute können wir schließen, dass die Mitwirkung gefördert wird, wenn es gelingt,

- eine regionale Identität aufzubauen,
- in Zukunftswerkstätten partizipative Prozesse zu initiieren und
- lokal angesehene Persönlichkeiten für eine Idee zu gewinnen.

Wie kann nun die hier vorgestellte Planungskultur bei Biosphärenparks realisiert und gelebt werden?

Grundvoraussetzungen für die Einrichtung von Biosphärengebieten

Es ist unbestritten, dass die Einrichtung großflächiger Biosphärengebiete entscheidend zur Biodiversitätsförderung bzw. zur Erhaltung und Weiterentwicklung nachhaltiger Landnutzungsformen und reichhaltiger Kulturlandschaften beiträgt. Die Einrichtung wird erleichtert wenn u.a. folgende Bedingungen erfüllt sind:

- *gesetzliche Grundlagen für Betrieb und Finanzierung:* Im Fall der Biosphärengebiete kommen wir für die Schweiz zum Schluss, dass die bestehenden Rechtsmittel durchaus genügen, um der Idee der Biosphärengebiete in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen. Regionalförderungen können bei der Umsetzung mithelfen. Die Kompetenz zur Errichtung von Schutzgebieten liegt nach Bundesverfassung in der Regel bei den Kantonen. Diese können sie den Gemeinden delegieren. Die Verfahren sind jene der Raumplanung. Über den kantonalen und regionalen Richtplan kann die Errichtung von Schutzgebieten koordiniert und vereinbart werden.
- *herausragende landschaftliche und biologische Qualitäten der Region:* Diese zu bestimmen ist Aufgabe der Forschung und der Planungsbehörden. Dies erfordert jedoch objektive, gesamtschweizerische Kriterien und Bewertungen, welche im transparenten top-down-Verfahren entwickelt werden müssen. Kein noch so gutes bottom-up-Verfahren entbindet dabei die Behörden von dieser Verantwortung.
- *Mitwirkung der Bevölkerung in den nachhaltigen Nutzungskonzepten:* Ohne die Mitwirkung der Bevölkerung - meistens bei der Entwicklung und Umsetzung von Nutzungsstrategien - wird sich langfristig kein Biosphärengebiet erfolgreich entwickeln. Die UNESCO fördert diese Mitwirkung bewusst.

Aufbauend auf diesen Grundvoraussetzungen postulieren wir das in der Abbildung 1 dargestellte Selektionsverfahren, welches in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Landschaftsschutz und -pflege entwickelt wurde.

Biosphärengebiete in der Schweiz: postuliertes Selektionsverfahren

Damit die Schweiz das internationale Bestreben für Biosphärengebiete nach UNESCO-Definition aktiv mittragen kann, ist eine gesamtschweizerische Konzeption großflächiger Schutzgebiete notwendig. Das Qualitätslabel "Biosphärenreservat oder -gebiet" soll Landschaften verliehen werden, die sich einerseits durch herausragende Qualitäten, andererseits durch beispielhafte - mit der lokalen Bevölkerung erarbeitete und realisierte - Konzepte zu Schutz, Pflege und nachhaltiger Entwicklung auszeichnen. Es ist also notwendig, landschaftliche, biologische und sozioökonomische Kriterien (Abbildung 1) in einer Gesamtschau zu integrieren und daraus die qualitativ hochstehenden Gebiete verschiedener Landschaftstypen als potentielle Biosphärengebiete vorzuschlagen. Die Bearbeitung durch Planungsbehörden und Planungsbüros ergibt schließlich die Sachvorlage der potentiellen Biosphärengebiete.

Parallel dazu sollen bottom-up-Bestrebungen in den Regionen so gepflegt werden, dass die von den Behörden erarbeiteten Sachvorlagen auf große Akzeptanz stoßen. Nach Vernehmlassungen (Stellungnahmen) können schließlich die Vorlage bei der UNESCO und die Einbindung der Biosphärengebiete in ein nationales Schutzkonzept erfolgen. Es ist also möglich, dass es auf Grund objektiver landschaftlicher und naturwissenschaftlicher Kriterien durchaus sehr geeignete Gebiete geben kann, in denen aber die Bevölkerung das Anliegen nicht mitträgt, oder aber Gebiete existieren, die nur mäßige Qualitäten aufweisen, die Bevölkerung aber eine solche Unterschutzstellung selber will.

Im Falle der Biosphärengebiete der Schweiz geht es aber vorerst um eine nationale Konzeption, um nationale Bewertungskriterien und ein nationales Konzept. Hier müssen zuerst entsprechende Instrumente erarbeitet werden, wie beispielsweise der von der WSL entwickelte Prototyp eines Evaluationsinstrumentes.

Für eine transparente Planungskultur

Die von der WSL angebotene Evaluationshilfe (<http://www.wsl.ch/land/products/biosphaere/>; Abbildung 2) soll die moderne top-down-Planung unterstützen. Das Produkt wird auf dem www angeboten, was Transparenz und offenen Informationsfluss gewährleistet. Das Instrument ist allen zugänglich, umfasst die ganze Schweiz und beruht auf objektiven Kriterien. Unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl landschaftlicher, biologischer und sozioökonomischer Daten wurden 106 Regionen der Schweiz möglichst umfassend bewertet. Aus über 100 Kriterien haben wir mit statistischen Methoden die relevantesten, national verfügbaren ausgewählt. Mit multivariaten Methoden wurden die Daten analysiert und die Regionen in 5 Landschaftstypen und 5 sozioökonomische Typen eingeteilt.

Diese Typen entsprechen nicht den Landschaftstypen, wie sie z.B. von Gutersohn (1968) postuliert wurden, sondern stellen eine Landschaftstypisierung aufgrund unserer umfassenden Landschaftsdaten dar. Wir sprechen konsequenterweise nicht von Voralpen, sondern von Vorgebirge und nicht von Alpen, sondern von Hochgebirge. Regionen mit Vorgebirgscharakter können also durchaus auch im Jura auftreten. Nebst der Regionentypisierung wurde auch eruiert, wie repräsentativ eine Region für einen Landschaftstyp ist (Parameter Repräsentativität). Ferner ermittelten wir die landschaftliche Qualität sowie das faunistische und floristische Potential. Folgende Fragen lassen sich nun mit dem Instrument beantworten:

- Welches Potential als Biosphärengebiet hat jede der 106 bewerteten Regionen?
- Welches sind die landschaftlich und biologisch wertvollsten Regionen eines Landschaftstyps?
- Welche Regionen schlagen Fachleute als Biosphärengebiete vor?

Entsprechend diesen Fragen ist die Internet-Applikation aufgebaut. Benutzer oder Benutzerin können also nach einzelnen Regionen abfragen und deren Eignung bestimmen oder nach Kriterienkombinationen abfragen und dabei z. B. die biologisch besten Regionen eines bestimmten Landschaftstyps aussuchen. Diese Abfrageform ist zur Entwicklung der nationalen Kriterien und zum gegenseitigen Vergleich der Regionen besonders attraktiv.

Die dritte und letzte Form der Abfrage ist die Abfrage nach fertigen Lösungen. Alle Bewertungen sind immer national geeicht und vergleichbar. Die Messlatte wird immer durch die höchsten je in einer Region der Schweiz auftretenden Werte eines Parameters bestimmt.

Erfahrungen nach 3 Jahren Betrieb mit dem Web-Produkt www.wsl.ch/land/products/biosphaere/

Die Konzeption großflächiger Schutzgebiete - hier dargestellt am Beispiel der Biosphärengebiete - bietet eine neue Chance für den Landschaftsschutz. Unsere Erfahrung mit einem Web-basierten Evaluationsinstrument zeigt, dass der Dialog zwischen Bevölkerung und Planenden dann in Gang kommen kann, wenn sich eine offene Kommunikation über die Schutzbedürfnisse von Landschaften und die Bedürfnisse der Bevölkerung einstellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Landschaftswahrnehmung der Planenden - häufig in Form von Karten ausgedrückt - oft nicht mit der Wahrnehmung der Betroffenen deckt.

Information ist der entscheidende Faktor, der über Akzeptanz und Mittragen oder Ablehnung entscheidet. Späte Information führt bei den Betroffenen zu einer kritischen bis ablehnenden Anfangshaltung. Sehr negativ wird empfunden, wenn in einem Gebiet ohne Wissen der Grundbesitzer oder Bewirtschafter Abklärungen vorgenommen werden. Offene, rechtzeitige und praxisnahe Information wirken sich positiv aus. Mit unserem Evaluationsinstrument auf dem Internet setzen wir die hier wiedergegebenen Erkenntnisse aus der Akzeptanzforschung um und schaffen ein transparentes, offenes Werkzeug für die top-down-Planung. Es wäre zu hoffen, dass sich die angebotene Internet-Plattform in Richtung Interessens- und Diskussionsforum entwickelt und so ein Gefäß auch für den bottom-up-Ansatz wird.

Die Internetseite wird rege benützt (rund 2500 Einwählungen/Jahr). Seit Beginn (1998) arbeiten rund 1000 Personen intensiver mit dem Instrument, was ungefähr einem Äquivalent von 1000 Printbroschüren entspricht. Der Aufwand für Druck und Vertrieb entfällt und bei geschicktem Marketing lassen sich die Interessenten später per E-Mail gezielt auf neue Produkte anschreiben. Die Web-Applikation bietet transparente Information rund um die Uhr und ist kostenlos. Sie wird in den offiziellen Kriterienkatalogen der Bundesbehörden als wichtiges Evaluationsinstrument für potentielle Gestalter empfohlen. Die Interaktivität der Abfragen wird von den Benützerinnen und Benützern generell gelobt. Gegenüber Print-Medien hat das Evaluationsinstrument aber den Makel der Kurzlebigkeit. Ferner sind viele ältere Benützerinnen und Benützer nur schwerlich von der im Vergleich zu Print-Publikationen gleichwertigen Qualität zu überzeugen. Im Vergleich zu Druckmedien ist die Verpflichtung zur Nachführung größer, da das Angebot laufend den neuen Präsentationstechniken angepasst werden muss, um nicht als veraltet zu wirken. Das Produkt muss folglich alle 3 Jahre einer "Verjüngungskur" unterzogen werden. Der anvisierte Kundenkreis konnte in unserem Beispiel nicht immer getroffen werden: unterrepräsentiert sind vor allem Ämter und NGO's. Bei den Consulting Firmen und den regionalen Akteuren

wurden hingegen die angestrebten Einwählungen übertroffen. Entscheidend für den Erfolg des Produktes ist die dauernde Werbung via "Links" oder via Präsentationen bei Veranstaltungen im entsprechenden Kundenkreis. Mitteilungen in der Tagespresse sind beim vorliegenden Thema kaum kundenwirksam. Ferner hilft es, wenn das Produkt in einer entsprechenden Web-Umgebung platziert wird, z. B. an einer Forschungsinstitution.

Literatur

- Buchecker, M., 1999: Die Landschaft als Lebensraum der Bewohner - Nachhaltige Landschaftsentwicklung durch Bedürfniserfüllung, Partizipation und Identifikation. Theoretische Begründung, empirische Untersuchung und Evaluation von Methoden zur praktischen Umsetzung. - Diss. Universität Bern: 330 S.
- Gutersohn, H., 1968: Geographie der Schweiz. Kümmerly & Frey. Bern.
- Luz, F., 1993: Zur Akzeptanz landschaftsplanerischer Projekte. Europäische Hochschulschriften, Peter Lang Verlag, Kiel.
- Winter, G., Church, S., 1984: Ortsidentität, Umweltbewusstsein und kommunalpolitisches Handeln. In: Moser, H. & Preiser, S. (Hrsg.): Umweltprobleme und Arbeitslosigkeit. Beltz Verlag, Weinheim und Basel.

Anschrift des Autors:

PD Dr. Felix Kienast, Wissenschaftlicher Leiter der Abteilung Landschaftsdynamik
Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)
Birmensdorf
Schweiz

Wie soll sich die Landschaftsplanung entwickeln? (Podiumsdiskussion)

Hildegard Eissing

Die Podiumsdiskussion "Wie soll sich die Landschaftsplanung entwickeln?" griff einen der aktuellen Diskussionschwerpunkte in Rheinland-Pfalz auf - die Neuorientierung der Landschaftsplanung. Seit dem Wegfall des "Leitfadens Landschaftsplanung" im Jahr 19 ... wird die Landschaftsplanung in Rheinland-Pfalz ausschließlich über die entsprechende Verwaltungsvorschrift zur Landschaftsplanung in der Bauleitplanung aus dem Jahr 19 ... geregelt. Eine zielgruppenorientierte Handlungsanleitung soll neu entstehen.

Vor diesem Hintergrund hatte das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe "Dialogforum Naturschutz" zu einer Podiumsdiskussion am 23.10.2001 eingeladen. Moderiert von der Verfasserin, Referentin im Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, diskutierten mit dem Publikum:

- **Herr Klaus-Dieter Aichele, Vorsitzender des BDLA, Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland,**
- **Herr Christoph Best, Referatsleiter Landschaftsplanung im Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz**
- **Herr Dr. Winfried Krahl, Abteilungsleiter Ökologie, Boden und Naturschutz aus dem Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg und**
- **Herr Professor Dr. Kai Tobias, Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl für Ökologische Planung.**

Eingangs wurden die Teilnehmer aufgefordert, den Satz "Landschaftsplanung ist für mich..." zu ergänzen. Dabei zeigte sich eine - der Funktion des jeweiligen Teilnehmers entsprechend -differenzierte Sichtweise:

Herr Dr. Krahl: "Landschaftsplanung ist für mich eine Möglichkeit, Naturschutz in der Fläche umzusetzen." Deutlich wird, dass Landschaftsplanung nur ein Instrument unter anderen ist und dass sie als Fachplanung des Naturschutzes verstanden wird.

Herr Aichele: "Landschaftsplanung ist für mich ein Auftrag, der Gemeinde bei ihrer Weiterentwicklung zu helfen und neue Entwicklungen anzustoßen." Für Herrn Aichele steht der Entwicklungsgedanke im Vordergrund.

Herr Best: "Landschaftsplanung ist für mich das koordinierende Instrument für alle flächenbezogenen Pläne und Vorhaben" Herr Best betont den Anspruch der Landschaftsplanung, querschnittsorientiert und koordinierend gegenüber allen anderen Fachplanungen und Einzelvorhaben zu wirken.

Herr Professor Dr. Tobias: "Landschaftsplanung ist für mich ein demokratisches Instrument zur Realisierung von Umweltvorsorge. Sie dient der Umweltplanung." Herr Professor Dr. Tobias stellt auf den Planungsprozess als gemeinschaftlichen Problemlösungsprozess ab. Er hebt den Vorsorgeeffekt von Planung hervor.

Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion werden im Folgenden nach thematischen Schwerpunkten dargestellt:

1. Landschaftsplanung und Dynamik von Natur und Landschaft

Alle Diskutanten waren sich darin einig, dass es die Dynamik der Landschaftsentwicklung nicht zulässt, starre Leitbilder zu entwickeln. Der Einsatz von GIS und von Visualisierungstechniken kann zu einer größeren Flexibilisierung von Planungsaussagen beitragen. Herr Best verwies in diesem Zusammenhang auf eine Vorstudie zum Einsatz von Visualisierungstechniken in der Landschaftsplanung, die vom ULJG in Auftrag gegeben worden sei.

Als eine Lösung zur "Verzeitlichung" der Landschaftsplanung wurde genannt, mit Szenarien zu arbeiten. Ob eine interaktive Planung unter Nutzung des Internets tatsächlich ein wirksamer Beitrag zur "Dynamisierung" von Landschaftsplannungen sein kann, wurde von Herrn Dr. Krahl, Herrn Aichele und Herrn Best kritisch beurteilt.

2. Zukünftige Aufgaben der Landschaftsplanung

Der größte Teil der Diskussion drehte sich um die Frage der künftigen Aufgaben der Landschaftsplanung. Dabei wurden deutliche Auffassungsunterschiede sichtbar:

- Aus Sicht von **Herrn Professor Dr. Tobias** muss die Landschaftsplanung gleichzeitig querschnittsorientiert und eine Fachplanung des Naturschutzes sein. Sie soll Teilbereiche der UVP, der UVS, zukünftig auch der Strategischen Umweltprüfung (SUP) und der Verträglichkeitsprüfung in FFH-Gebieten abdecken und den Gemeinden bei der Einrichtung interkommunaler Ökopools helfen.
- **Herr Aichele** betont ebenfalls die Notwendigkeit, dass die Landschaftsplanung die von Herrn Prof. Tobias genannten Aufgaben teilweise mit übernimmt. Gleichzeitig müssten aber auch neue Umsetzungsstrategien entwickelt werden.
- **Herr Best** stellt die Aufgabe der Landschaftsplanung, andere Programme, Pläne und Einzelvorhaben zu koordinieren und dafür regionale Schwerpunkte zu entwickeln, in den Vordergrund.
- Für **Herrn Dr. Krahl** steht die Funktion der Landschaftsplanung, tatsächlich Veränderungen in der Landschaft zu bewirken, an erster Stelle. Landschaftsplanung höre nicht mit der Fertigstellung des Planes auf, sondern verlange ein kontinuierliches Umsetzungsmanagement ("Handlungspläne"), das auf die Kreativität der Beteiligten und Betroffenen angewiesen sei und diese daher gezielt anspreche. Der Planer müsse in Zukunft Manager von Veränderungsprozessen sein. Planung sei darauf zu beschränken, Ziele für die zukünftige Landschaftsentwicklung aus der Fachkenntnis der Verwaltung heraus zu formulieren. Die Frage, wie diese Ziele realisiert werden könnten, müsse der "Manager" gemeinsam mit den Beteiligten und Betroffenen vor Ort entwickeln, Möglichkeiten der Unterstützung organisieren und den gesamten Prozess begleiten. Zur Verdeutlichung verwies er auf die Struktur und die Erfahrungen aus dem PLENUM-Projekt (vgl. Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) 1994: 2. Statuskolloquium des Projektes "Angewandte Ökologie", Band 8, Karlsruhe; Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) 1996: PLENUM-Konzeption und Grundlagen. Projekt "Angewandte Ökologie" Band 14, Karlsruhe).

3. Das Selbstverständnis von Planern

Die Diskutanten wurden gebeten, den Satz "Ich sehe meine Rolle bei der Landschaftsplanung darin, dass ..." zu vervollständigen. Das Ergebnis spiegelt die jeweilige Funktion des Diskutanten und sein Verständnis von Planung wider:

- **Herr Professor Dr. Tobias:** "Ich sehe meine Rolle bei der Landschaftsplanung darin, „..learning by doing“ zu unterstützen und den Anwendungsbezug der Planung zu optimieren".
- **Herr Best:** "Ich sehe meine Rolle bei der Landschaftsplanung darin, mit verschiedenen Kooperationspartnern Inhalte, Methoden und Verfahrensweisen zu erproben und die Landschaftsplanung dadurch zu optimieren"
- **Herr Aichele:** "Ich sehe meine Rolle bei der Landschaftsplanung darin, Berater der Kommune und Moderator zu sein".
- **Herr Dr. Krahl:** "Ich sehe meine Rolle bei der Landschaftsplanung darin, den Naturschutz insgesamt voranzubringen, indem ich die Landschaftsplanung aus ihrem Elfenbeinturm befreie".

Bei der Diskussion dieses Themas standen die Begriffe "Berater" und "Moderator" im Vordergrund. Herr Best wies darauf hin, dass gerade die Moderation von Planungsprozessen finanziell sehr aufwändig sei.

Aus Sicht von Herrn Dr. Krahl sind v.a. die Manager-Qualitäten der Planer gefragt, also die Fähigkeit, Unterstützung für Lösungen zu organisieren und Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Planaussagen positiv zu gestalten.

4. Die Umsetzungsorientierung der Landschaftsplanung

Alle Diskutanten waren sich darin einig, dass die Umsetzungsorientierung der Landschaftsplanung verbessert werden müsse. Politischer Wille und ein angemessener Finanzrahmen sind aus Sicht von Herrn Best entscheidende Voraussetzungen für die Verbesserung der Umsetzung.

Die Einbeziehung der Kreativität der Planungsbeteiligten und -betroffenen und eine bessere Verständlichkeit der "Planersprache" sind aus Sicht von Herrn Dr. Krahl ein entscheidender Schritt hin zur verbesserten Umsetzung der Landschafts-

planung. Dazu gehöre, Freiräume für unterschiedliche Wege der Zielverwirklichung aufzuzeigen. Das erfordere einen Umbau der Verwaltung, der die Akteure vor Ort stärke, und eine Umorientierung von Haushaltsmitteln.

In diesem Sinn hält er es durchaus für zielführend, wenn eine Kommune zunächst ein erstes Leitbild für die zukünftige Entwicklung des Gemeindegebietes erstellt, bevor eine Förderung für die Landschaftsplanung ausgesprochen wird (Luz, 19 ...). Herr Professor Dr. Tobias unterstützte dies, wies aber auch darauf hin, dass ein solches Vorgehen sowohl zeitlich als auch finanziell aufwändig sei.

Herr Best steht der Verknüpfung von Agenda 21 und Landschaftsplanung als einer Möglichkeit, die Umsetzungsorientierung der Landschaftsplanung zu stärken, kritisch gegenüber: Agenda-Aktivitäten "verpufften" leicht, weil sie nicht institutionalisiert werden könnten, und der Kreis der Teilnehmer rekrutiere sich i. d.R. aus "dem Mittelstand", während Entscheidungsträger hier nicht zu finden seien.

Aus Sicht von Herrn Aichele überzeugen v.a. gute Beispiele, wie sie z. B. beim Rheinauen-Projekt realisiert worden seien. Wichtig sei, kleine, erfolgversprechende Maßnahmen an den Anfang der Umsetzung zu stellen. Das mache es vergleichsweise einfach, das Engagement der Planungsbeteiligten und -betroffenen für den Landschaftsplan zu wecken.

Ausblick:

Folgende Fragen, die für die weitere Behandlung des Themas interessant sein können, haben sich aus der Diskussion ergeben:

- Welchen Kriterien muss eine Landschaftsplanung genügen, die Eingriffsregelung, Ökopol, UVP, FFH-Verträglichkeitsprüfung und SUP teilweise mit abdeckt?
- Welchen Kriterien muss eine querschnittsorientierte Landschaftsplanung genügen?
- Sind die Kriterienbündel deckungsgleich?
- Wie sehen Vorgaben für eine zeitliche Abschichtung der Planungsumsetzung aus?
- Gibt es Modelle, wie ein aus der Planung entwickeltes Handlungsprogramm für eine Gemeinde zeitlich und finanziell ausgearbeitet sein muss?
- Nach welchen Kriterien sollten Planungsaussagen im Hinblick auf ihre Umsetzung priorisiert werden?
- Gibt es eine Evaluation von Beteiligungsverfahren?
- Welche Empfehlungen lassen sich daraus für die Landschaftsplanung ableiten?
- Gibt es eine Evaluation der Veränderungen, die durch einen Landschaftsplan tatsächlich in der Landschaft ausgelöst werden?
- Welche Defizite der Landschaftsplanung lassen sich mit Hilfe eines "interaktiven" Landschaftsplans beheben? Welche nicht?
- Welche Defizite der Landschaftsplanung lassen sich durch eine Planung mittels GIS beseitigen? Welche nicht?
- Welche Konsequenzen hat eine Veränderung der Anforderungen an die Landschaftsplanung für die HOAI?
- Soll Landschaftsplanung auch künftig formelle Planung sein, also mit Blick auf die Integration in die Bauleitplanung erstellt werden, oder sollte sie den Weg zur informellen Planung, die stärker themenbezogen/schwerpunktebezogen arbeitet, einschlagen?

Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Aichele,

Vorsitzender des Bundes deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA),
Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland, Mainz

Dipl.-Ing. Christoph Best,

Referatsleiter Landschaftsplanung, Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz,
Oppenheim

Dr. Winfried Krahl,

Abteilungsleiter Ökologie, Boden und Naturschutz,
Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg, Karlsruhe

Prof. Dr. Kai Tobias,
Lehrstuhl für ökologische Planung,
Universität Kaiserslautern

Moderation:
Dipl.-Ing. Hildegard Eissing
Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, Mainz

Die Zukunft der Kulturlandschaft

Prof. Dipl.-Ing. Gerd Aufmkolk

Beschäftigung mit der Zukunft der Kulturlandschaft bedeutet zunächst, einige Begrifflichkeiten zu durchleuchten und Gesetzmäßigkeiten zu erklären, unter denen Kulturlandschaft entstanden ist. Häufig wird die nicht besiedelte Landschaft als 'Natur' bezeichnet, was verfehlt ist und zu fehlerhaftem Handeln führt. Die Landschaft Mitteleuropas ist bis auf wenige Ausnahmen von Menschen gemacht; auch die nicht durch Siedlung bestimmten Teile sind in einem viele Jahrhunderte dauernden Prozess nach Willens- und Vorhabensprozessen, also Planung, hergestellt worden und drücken ebenso wie die übrigen kulturellen Erzeugnisse Denken, Fühlen und Handeln von Menschen aus. Auch war dieser Vorgang ständig in Bewegung und Veränderung begriffen, man spricht daher auch von Landschaft als einem transitorischen Zustand.

Einigen der auslösenden und gestaltgebenden Merkmale soll nachgegangen, die bestimmenden Kräfte sollen definiert werden, weil nur auf diese Weise Zukunftsbilder von Landschaft zu begründen sind. Man muss sich – will man etwas über das Bild der Landschaft erfahren – mit den Formen der Urproduktion, der Land- und Forstwirtschaft beschäftigen und, will man Vermutungen anstellen über die Zukunft der Landschaft, lohnt sich ein kurzer Blick zurück auf ihre Entstehungsgeschichte. I (siehe Literaturverzeichnis)

Der Blick zurück

Zunächst sind es die natürlichen Faktoren, die am Ende der unwirtlichen Eiszeiten eine ertragreiche Landwirtschaft entstehen ließen:

- gemäßigtes Klima mit ausreichenden Niederschlagsmengen während der Hauptvegetationszeit und milde Temperaturen zur Reifezeit
- eine dem Menschen entgegenkommende Topographie
- bearbeitbare, mineralreiche Böden mit nachhaltigen Nährstoffvorräten und der Fähigkeit, organische Reststoffe wieder zu mineralisieren.

Besonders günstige Voraussetzungen boten die am Ende der Eiszeiten durch Windverfrachtung verbliebenen Lößablagerungen in den Senken und an den Rändern der Mittelgebirge sowie die baumfreien Marschen an der Küste, wo im Neolithikum die so genannten Alt-Siedellandschaften entstanden. Auch heute sind diese Gebiete noch von intensiver Landwirtschaft geprägt.

Nach der Erfindung des eisernen Pfluges, von Sicheln und Sensen aus gehärtetem Eisen wurden auch die weniger fruchtbaren Böden erschlossen, mit der Binnen- und Ostkolonisation entstanden die Jung-Siedellandschaften in den Waldgebirgen und sumpfigen Flusstälern, die aufkommenden Städte verlangten eine vergrößerte Nahrungsmittelproduktion, Warenaustausch und Arbeitsteilung begannen.

Auch heute ist – trotz Mechanisierung und Nivellierung in der Landwirtschaft – der Untergrund mit Geologie, den Böden und der Geländegestalt in zahlreichen Landschaften ablesbar wie in einem Buch, so beispielsweise bei der Stufung zwischen Muschelkalk, Gipskeuper und mineralarmem Sandsteinkeuper im süddeutschen Schichtstufenland.

Den zweiten bestimmenden Gestaltungsfaktor bildete schon sehr früh der gesellschaftliche Konsens über die private Verfügbarkeit bzw. den Besitz von Flächen und die Parzellierung der Flur. Die Form und die Anordnung der Parzellen, Hufen oder Gewanne brachte höchst unterschiedliche, vielfältige und lebendige Landschaftsmuster durch Grenzbildung oder Aufwölbung hervor, sie waren das Ergebnis rationaler Vermessungs- und Planungsvorgänge, die sich den natürlichen Gegebenheiten anpassten oder sich von ihnen lösen konnten. Durch Erbteilung, 'Verkoppelung' im Zuge der Entstehung von Gütern, Flurbereinigung und Zwangskollektivierung veränderte sich die Parzellenstruktur und damit das Landschaftsbild erheblich.

Als drittes bestimmendes Merkmal sind die unterschiedlichen Nutzungen Acker, Grünland, Weide und die verschiedenen Sonderkulturen zu nennen, die neben den natürlichen Ressourcen und der Parzellierung ein vielfältiges und komplexes Muster ergeben. Allein die ackerbauliche Nutzung ließ einen ganzen Formenschatz aus Gewannen, Gewinnstößen, Rainen und Wölbäckern entstehen.

Nutzpflanzen, Begleitvegetation und eine durch die Beackerung entstandene Topographie ergeben ein vielfältiges Mosaik. Am Rand der Grünländer sammeln sich Lesesteinhaufen oder Lesesteinriegel, das Weidevieh wird durch Mauern, Hecken, später auch durch Drahtzäune zusammengehalten. An diese Standorte gebundene Begleitpflanzen, Wildkräuter, Heilpflanzen und Färbepflanzen und die davon lebenden Tierarten bereichern das Artengefüge. Besonders ausgeprägte Formen entwickeln die Sonderkulturen Gemüse, Wein, Hopfen und Obst. Die Auslegung der Fastenregel ließ in den Regionen der Klöster und Fürstbischöfe Teichlandschaften von eigenartigem Reiz entstehen.

Dies sind nur wenige Beispiele für die Erfindungskunst der Menschen, aus den vorgefundenen Gegebenheiten mit Witz und Verstand das Beste zu machen, Hungersnot zu besiegen und Mehrwert zu schaffen – eben Kultur zu erzeugen. In Vergessenheit geratene Mischformen von Wald- und Feldbau, die so genannte 'Haubergswirtschaft' etwa in Mittelgebirgslandschaften belegen dies ebenso wie die Kulturen von Färber-, Heil- und Arzneipflanzen, welche die Menschen bis zur Erfindung der synthetischen Stoffe beherrschten.

Insgesamt entstand auf diese Weise in Mitteleuropa eine äußerst erfolgreiche Landwirtschaft, welche die der Herkunftsländer im Mittelmeerraum und im Nahen Osten bald überflügelte. Sie bildete die Grundlage für Bevölkerungs-, Städtewachstum und politische Macht. Die Städte benötigten Rohstofflieferungen aus dem Dorf, die Dörfer profitierten umgekehrt von dieser Nachfrage. Der erzeugte Mehrwert wurde auf Wasserwegen, später auf Straßen transportiert, die zunehmend das Bild der Landschaft bestimmten. Wenn auch die ursprünglichen Wälder mehr und mehr zurückgedrängt wurden, vergrößerte sich das Artengefüge an Pflanzen und Tieren erheblich: wärmeliebende Pflanzen und Insekten fanden auf Ackerterrassen und in Weinbergen ihren Lebensraum, die waldbestimmende Rotbuche konnte sich erst auf den durch Rodungen der Bandkeramiker entstandenen Lichtungen ausbreiten, der Storch ist ein Kulturfolger der entwässerten Moore, die Goldrute wanderte entlang der Bahnlinien in die Städte.ⁱ

Die Stoff- und Energiekreisläufe waren gering bzw. geschlossen, doch nutzten die Menschen stets jede sich bietende Möglichkeit zur Intensivierung und Ausweitung der Nutzung. Nicht 'ökologische Einsicht' oder 'Naturverständnis' begrenzten ihr Tun, sondern die Einfachheit der Mittel. Immer wieder gab es Entwicklungsschübe, die von technischen Neuerungen ausgelöst wurden. Die Verbesserungen der Geräte in der Eisenzeit ermöglichten neben Pflug und Sense auch eine verstärkte Salzgewinnung im Bergbau, womit man Fleisch haltbarer machen konnte. Im Mittelalter erfand man den Wendepflug und das Kummel für die Zugtiere, womit die Erträge verdoppelt werden konnten. Die Agrarreformen des 18. bzw. 19. Jahrhunderts hatten große Auswirkungen, ebenso die bergmännische Gewinnung von Kali-Salzen vor 100 Jahren für die mineralische Düngung oder der Einsatz fossiler Energie und des Traktors ab den 50er Jahren dieses Jahrhunderts. Insgesamt ist nicht nur ein Zuwachs an pflanzlichen Stoffen zu beobachten, sondern ebenso stetig und über die Jahrhunderte hinweg die verstärkte Viehhaltung.

Trotz aller Fortschritte und Verbesserungen kam es immer wieder zu Rückschlägen, Missernten und krassen Hungersnöten, die erst in der jüngsten Zeit beendet werden konnten. Die Agrarreformer um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert - beseelt vom Geist der Aufklärung - sahen den Zustand der Landwirtschaft ganz und gar negativ.ⁱⁱ

- Es herrschte die Rotationswirtschaft (Dreifelderwirtschaft) mit Brache und Gemeinschaftsweide vor.
- Alle Flächen wurden mit abnehmender Intensität genutzt, auch Streuwiesen und Magerrasen.
- Die landwirtschaftliche Nutzung umfasste auch vollständig die Wälder, die seit dem späten Mittelalter Übernutzungssymptome aufwiesen.
- Gewinnung von Bau-Brennholz und Holzkohle
- Nutzung der Laubstreu und Schneiteln der Bäume
- Rinderweide und Schweinemast
- Gewinnung von Harz durch Anritzen der Kiefern und Fichten
- Gewinnung der Gerberlohe
- Ausrottung der Eibe als bestes Gehölz für Bögen und Armbrüste

Die Degradationserscheinungen in den Wäldern sind für unser Verständnis kaum vorstellbar, es herrschten lockere Bestände einzelner Bäume vor, die natürliche Verjüngung wurde durch Beweidung und Schweinemast verhindert, lediglich die fürstlichen Forste waren aus Jagdgründen geschützt. Die Übergänge zwischen Wald und Flur waren fließend, die Landwirtschaft nutzte jede Nische. Die Lebensverhältnisse der Landwirte waren dabei erbärmlich, wenn auch die Romantik die Zustände in ihren Bildern zu erklären pflegte.

Das aufklärerische Ideal war auf Schönheit als verwirklichte Nützlichkeit gerichtet, auf die Verbindung von Natur mit einem praktischen Nutzen, dem 'Wildnis' nicht entsprach. Die vorherrschenden Zustände galten als roh, traurig und nicht

als natürlich. Diese galt es nach einem Plan auf der Erkenntnis von Naturgesetzen und naturgewollter Ordnung herzustellen.

Die Maßnahmen der Agrarreform umfassten:

- Die strikte Trennung der einzelnen Nutzungen, vor allem der Land- und Forstwirtschaft (Forstpurifikation)
- Die Intensivierung der Nutzung auf bestehenden Flächen, etwa durch Umbruch von Grünland in Acker
- Die Neuerschließung von 'Ödländern', Trockenlegung, Kultivation und Melioration von Mooren, Filzen und Feuchtländern
- Begradigung und Einbettung von Bächen und Flüssen
- Anlage eines rationalen Wegenetzes zur Erschließung

Die Territorialherren förderten diese Maßnahmen, so ließ beispielsweise Friedrich der Große 86.000 ha Moore rekultivieren.

Die Ergebnisse waren zunächst positiv. Intensivierung, Kultivierung von Ödland und neue Kulturarten (Kartoffel) konnten zum ersten Mal alle Bevölkerungsgruppen auf preiswerte Weise sättigen. Nach den jahrhundertlangen Waldzerstörungen setzte in Deutschland - abweichend von der Entwicklung in Frankreich und England - eine systematische großflächige Aufforstung ein. Die neue Disziplin der Forstwirtschaft propagierte das eindrucksvolle Ziel der Nachhaltigkeit. Nur so viel Holz durfte entnommen werden, wie gleichzeitig nachwuchs. Man musste auf die Nadelhölzer Fichte und Kiefer zurückgreifen, weil sie vom Wild nicht so stark verbissen wurden, rasches Wachstum versprachen und weil die degradierten Böden häufig nichts anderes mehr hergaben. Die Öffentlichkeit nahm großen Anteil an den neuen Wäldern, die Dichtung des 19. Jahrhunderts verklärte sie; Rodung, Abholzung und Waldsterben beunruhigten die Deutschen tiefer als die Franzosen und Engländer in ihren waldarmen Offenländern.²

Landschaft wird also von Menschen gemacht, in einem Denk- und Handlungsprozess zwischen Intuition und rationalem Kalkül, dies bedeutet Planung im Sinne von Zukunftsbestimmung und oft – wie bei der Parzellierung – muss es ein Bild in den Köpfen derer gegeben haben, die sich durchsetzen oder miteinander verständigen konnten. Nicht ein ästhetisches Empfinden oder romantische Naturseligkeit, sondern der Zwang zu ökonomischer Effizienz, zum Konsens zwischen einzelnen, eine gesellschaftliche oder religiöse Konvention haben Landschaften geformt, die für uns heute zum Inbegriff von Schönheit und Harmonie geworden sind. Dass eine den Dingen innewohnende Ordnung äußere Schönheit erzeugt, wissen wir seit Platon und seit C.G. Jungs Archetypenlehre, dass sich im Unbewussten des Menschen Informationen in Form von Erfahrungsinhalten speichern. Das heißt, die Bildwirkung der Landschaft verkörpert innere und äußere Wirklichkeiten, dabei werden persönliche und kollektive Erfahrungen, auch solche von vielen Generationen, wiedergespiegelt. Über bildhafte Erscheinungsformen werden Archetypen aktiviert, sie lösen Empfindungen aus und wenn gerade vielfältige, durch menschliche Kunstfertigkeiten, jahrhundertlange Formung geprägte Kulturlandschaften positive Emotionen, ja Glücksgefühle auszulösen vermögen, dann hat das wohl mit unserer bäuerlichen Herkunft, aber auch mit dem Hang zu ordnen und zu gestalten zu tun.ⁱⁱⁱ

Landwirtschaft heute

Man kommt, will man sich der Aufgabe der 'Zukunft der Landschaft' nähern, nicht umhin, sich mit den hier wirksamen Wirtschaftskräften, also der Land- und Forstwirtschaft zu beschäftigen.

Die Gesamtfläche Deutschlands wird zu etwas mehr als der Hälfte als landwirtschaftliche Fläche (54,7 %), zu etwa einem Drittel als Waldfläche (29,2 %) und zu über einem Zehntel als Siedlungs- und Verkehrsfläche (11,3 %) genutzt. Die Landnutzung in Deutschland unterliegt nicht mehr den Gesetzen der Marktwirtschaft, es werden gegenwärtig pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche Subventionsbeträge in Höhe von 600 – 800 DM und bei Wald in Höhe von 200 – 300 DM transferiert.^{iv} Die im Jahr 1992 von der EU begonnene Agrarreform mit der allmählichen Heranführung der Erzeugerpreise an das Weltmarktniveau hat die Überproduktion und die Kosten für Lagerung, Vernichtung oder subventionierten Export senken, jedoch nicht aufheben können. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sank fortwährend zwischen 1960 und jetzt von 3,3 Mio. auf unter 1 Mio. Gleichzeitig nahm die durchschnittliche Flächenausstattung der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe ständig zu. Über einen umfangreichen Verwaltungsmechanismus wird der Agrarmarkt gesteuert, so wendet die EU die Hälfte ihres Jahresetats für die Agrarpolitik auf (ca. DM 75 Milliarden). Die Ausgaben für die Marktordnung in Deutschland betragen ca. 35 Milliarden DM im Jahr.^v

Die Belastung der natürlichen Ressourcen durch Bodenabtrag, Bodenverdichtung, Schadstoffanreicherung im Grund- und Oberflächenwasser, Artenverlust und die Verarmung des Landschaftsbildes nehmen zu.

In den nächsten Jahren werden neue Agrarproduzenten aus Osteuropa auf unseren Markt drängen und große Probleme für die Landwirtschaft mit sich bringen. Es werden Beträge in einer Größenordnung von 200 Milliarden DM an Kosten für die EU genannt. Für die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland bestehen mehr offene Fragen als Antworten. Der Agrarbericht der Bundesregierung stellt die Sicherung des Agrarstandortes Deutschland als wichtiges Ziel dar, ob jedoch angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte die Mittelaufwendungen in dieser Höhe gehalten werden können, muss in Zweifel gezogen werden.^{vi}

Einer Studie der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung aus dem Jahr 1994 zufolge^{vii} wird der Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche nicht aufzuhalten sein. Schätzungen über das Ausmaß der aus der Nahrungsmittelproduktion ausscheidenden Flächen betragen 25 - 50 %, regional bis zu 80 % der Flächen. Die BfLR weist in einem Szenario weite Teile Deutschlands als Regionen mit schlechten Entwicklungsperspektiven für die Landwirtschaft aus, warnt vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen und fordert den Wechsel agrarpolitischer Strategien: flächendeckende Extensivierung einschließlich Produktion nachwachsender Rohstoffe oder Bewirtschaftung unter Berücksichtigung besonderer ökologischer landschaftspflegerischer Aspekte.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert in seinem 'Sondergutachten 1996 zur dauerhaft umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume'^{viii}, Land- und Forstwirten künftig ökologische Leistungen stärker zu honorieren und entwickelt dazu eine detaillierte, regionalbezogene Strategie.

Wenn ohnehin gemäß Agrarbericht der Staat den Bauern bereits das halbe Einkommen bezahlt, kann EU-Kommissar Franz Fischler im ZEIT-Interview vom 15.03.1996^{ix} ebenfalls unter dem Schlagwort 'Wir müssen Landschaft produzieren' fordern, die ökologischen Dienstleistungen über die öffentliche Hand zu bewerten und zu bezahlen. Mit der von den Landesvertretern heftig bekämpften Agenda 2000 sollen im Rahmen der Agrarreform weitere Schritte in dieser Richtung unternommen werden.

Der Schock nach Schweinepest, Hormonkälbern und BSE ist jedes Mal groß, jeder will gesunde 'natürliche' Produkte. Vertreter des Landwirtschaftsministeriums beklagen jedoch, dass der Geldbeutel schnell zugemacht wird, wenn die Produkte etwas teurer werden. Unter 20 % liegen die Ausgaben in einem durchschnittlichen 4-Personen-Haushalt für das Nahrungsmittelbudget, so niedrig wie noch nie.

Erwartet man für die Entwicklung der Landschaft eine bestimmte Richtung oder auch nur die Sicherung des Status quo, wird das über den Markt allein nicht gehen. Die so genannten wirtschaftsliberalen Szenarien gehen von einigen ertragreichen Lößstandorten mit intensiver Bewirtschaftung durch große leistungsfähige Betriebe aus, während Landwirtschaft in Mittelgebirgslagen und reizvollen Erholungslandschaften aufgibt^x. Die 'Natur' hätte damit die geringsten Mühen. Über Sukzessionsstadien stellen sich nach und nach artenreiche Laubwälder ein, eine Entwicklung, die in der Landschaftsgeschichte Deutschlands, Europas oder in den Staaten der Ostküste Nordamerikas nicht neu ist. Wirtschaftlich, kulturell und sozial wären die Folgen gravierender. Der ländliche Raum würde in seiner Arbeitsplatz-, Wohn- und Erholungsfunktion weiter geschwächt, die dezentrale Struktur Deutschlands würde sich räumlich und strukturell in eine zentralstädtische entwickeln, Vielfalt und Differenzierung einer 2000 Jahre alten Kulturlandschaft gingen verloren, kleinteilige und reizvolle Erholungslandschaften verschwinden in einem dunklen Waldkleid.

Naturschutzverbände oder die Verfasser des Buches Faktor 4, von Weizsäcker und Lovins^{xi}, stellen sich eine flächendeckende Umstellung auf den biologischen Landbau vor, ein zunächst plausibles und sympathisch erscheinendes Modell, das vielleicht durch Verordnungen im nationalen Alleingang noch durchsetzbar wäre, aber in der Folge zur rigorosen Abschottung gegen Importe aus der EU und Drittländern zwingt. Dies wird mit internationalen Wirtschaftsverflechtungen eines Industrie-Export-Landes Deutschland kaum vereinbar sein.

Szenarien zur Landschaftsentwicklung

Im Rahmen eines Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens, wie sie vom Bundesamt für Naturschutz betreut und gefördert werden, versucht der Landschaftspflegeverband Mittelfranken beispielhaft für einen Raum in der Hersbrucker Alb, Landkreis Nürnberg, ein 'Leitbild zur Pflege und Entwicklung von Mittelgebirgslandschaften in Deutschland' zu entwickeln.^{xii}

Komponenten dieser Leitbildentwicklung waren im Rahmen des Vorprojektes agrarstrukturelle Erhebungen^{xiii}, Biotopkartierungen^{xiv}, geschichtliche Erhebungen^{xv}, Diskussionen in Arbeitskreisen vor Ort sowie eine ausgedehnte Öffentlichkeitsarbeit. Einen wichtigen Baustein stellen die im Folgenden erläuterten Szenarien dar, mit denen Möglichkeiten und Aggregatzustände von Landschaft ausgelotet und bewertet werden sollen, die sich vom Status quo entfernen und unter veränderten Rahmenbedingungen neue Bilder ergeben.

Insgesamt wurden sechs unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten für die zukünftige Landschaft untersucht. Stellvertretend für die Mittelgebirgslandschaften wurde als Untersuchungsraum die Hersbrucker Alb ausgewählt. Sie bildet zwar einen sehr eigenständigen und besonderen Charakter aus, doch ist sie in ihren wesentlichen Strukturmerkmalen durchaus auf andere Mittelgebirgslandschaften übertragbar. Nach der siedlungsstrukturellen Typisierung ist die 'Hersbrucker Alb' dem 'ländlichen Raum mit hoher Rückzugswahrscheinlichkeit der Landwirtschaft' zuzuordnen.

Die am Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben beteiligten vier Gemeinden liegen im Osten des Ballungsraums Nürnberg-Fürth-Erlangen im Landkreis Nürnberger Land. Innerhalb dieser Gemeinden wurden elf Auswahlgebiete mit einer Größe von je 1,5 x 1,5 km festgelegt, die in ihrer Gesamtheit das Gebiet der Hersbrucker Alb als 'Typus' erfassen.

Mit den Szenarien werden idealisierte Bilder einer möglichen Landnutzung und deren Erscheinungsform entworfen. Diese Bilder neuer Landschaften entstehen nicht als Folge der linearen Fortschreibung heute erkennbarer Trends in die Zukunft, sie stellen keine Momentaufnahme innerhalb einer Zeitreihe, sondern im Gegenteil einen Bruch der linearen Entwicklung der Gesellschaft dar, hervorgerufen durch eine aktive Entscheidung, an der heutigen Situation Änderungen vornehmen zu wollen. Hierbei wird unterstellt, dass sich der Paradigmawechsel vorrangig im land- und forstwirtschaftlichen Bereich vollzieht und es hierdurch zu einer Neu- bzw. Umverteilung der Flächen kommt. Veränderungen der Rahmenbedingungen orientieren sich in weiten Bereichen an dem heutigen Diskussionsstand über die Zukunft der Landwirtschaft. Die auf den verschiedenen Ebenen getroffenen Aussagen, Überlegungen und Trends werden aufgegriffen und zu so genannten 'Rahmenbedingungen' für alternative künftige Entwicklungen ausformuliert. Vereinfacht ausgedrückt heißt die Frage: Was passiert an einem ausgewähltem Ort im peripheren ländlichen Raum, wenn die unterschiedlichen Präferenzen in den Zielen für die Land- und Forstwirtschaft realisiert würden? Dieser Frage wird in sechs Szenarien nachgegangen. Für die Szenarien wurden Titel gewählt, in denen die Konsequenz für die Landschaft unmittelbar ablesbar ist. Als grober Anhaltspunkt wird das Jahr 2050 gewählt, innerhalb dieses Zeitraums erscheint die Entwicklung der entworfenen Bilder als möglich, ausgenommen das Szenarium drei - Waldlandschaft-, das einen längeren Zeitraum beansprucht.

Für die sechs Szenarien wurden Parameter entwickelt, mit deren Hilfe die neue Nutzungsverteilung in der Fläche vorgenommen werden konnte. Diese Parameter orientieren sich in Szenario 1 - Agrarlandschaft, Szenario 2 - Kleinstrukturierte Kulturlandschaft und Szenario 3 - Waldlandschaft an den natürlichen Standortvoraussetzungen und entsprechenden notwendigen betrieblichen Erfordernissen.

In Szenario 3 - Waldlandschaft wird anhand der Geologie und der Exposition die potentielle natürliche Vegetation für die Bereiche ermittelt, die nach dem Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche der Sukzession überlassen bleiben. Für das Szenario 4 - Arten- und biotopreiche Landschaft werden entsprechend der naturräumlichen Gliederung landschaftstypische Naturraumausstattungen festgelegt, die es zu entwickeln und zu pflegen gilt. Für das Szenario 5 - Erholungslandschaft werden anhand eines übergeordneten Leitmotivs Themen für die einzelnen Auswahlgebiete abgeleitet und eine neue 'Erholungslandschaft' unter ästhetischen Gesichtspunkten gestaltet. Das Leitmotiv umfasst Aspekte wie Landschaftszeichen, Kunstobjekte in der Landschaft, Darstellen der inneren Gruppenstrukturen von Landschaft, historische Reminiszenzen oder Herstellung einer künstlerisch gestalteten Erholungslandschaft.

Anhand ausgewählter Bewertungsmerkmale wurden die Szenarien anschließend hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sowie hinsichtlich bei einer Realisierung der Szenarien anfallender Kosten nach folgenden Merkmalen verglichen:

- Boden - Erosionsrisiko
- Grundwasser / Grundwasserbelastungsrisiko
- Oberflächengewässer / Eintragsrisiko Fremd- und Schadstoffe
- Arten und Biotope / Struktureichtum, Biotopreichtum und ökologische Wertigkeit
- Landschaftsbild / Gliedernd wirksame Strukturen
- Landschaftlicher Erlebniswert
- Kosten / Herstellungs- und Pflegekosten
- Betriebswirtschaftliche Kosten
- Volkswirtschaftliche Einschätzung

Szenario 1 - Agrarlandschaft

In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass es zu steigender Nachfrage nach Futter, Getreide und Fleisch kommt. Gute Weltmarktpreise ermöglichen eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion. Dieses Szenario ist am weitesten von der aktuellen Diskussion zum Strukturwandel in der Landwirtschaft entfernt. Allerdings ist es auch nicht als realitätsfremd einzustufen, wenn man zugrunde legt, dass die Menschen in den bevölkerungsreichen so genannten Schwellenländern demnächst ähnlich beherzt in die Fleischtöpfe greifen wie die Wohlstandsbürger in Nordamerika und in Europa oder wenn man weiterhin eine massive Subventionspolitik unterstellt.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Der Naturhaushalt wird aufs Äußerste strapaziert.
- Die Landschaft verarmt.
- Monotone Flächen und Kanten bestimmen das Bild.
- Diese Landschaft ist ein kostspieliges Unterfangen.
- Folgekosten werden auf die Allgemeinheit verlagert.

Szenario 2 - Kleinstrukturierte Kulturlandschaft

Dieses Szenario basiert auf dem Konzept einer dauerhaft umweltgerechten Landnutzung, wie vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1996 gefordert. Das Konzept der 'Differenzierten Landnutzung' wird hierbei flächendeckend umgesetzt. Es kommt zu keiner räumlichen Trennung zwischen Natur- und Agrargebieten, sondern zu einer Integration. Der Landwirtschaft kommt neben der Nahrungsmittelproduktion die Aufgabe der Umweltpflege zu.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Die Belastung der abiotischen Ressourcen geht zurück.
- Durch Vernetzung wird Stabilität in der Landschaft erreicht.
- Das vertraute Bild der Landschaft bleibt erhalten.
- Die kleinteilige Landschaft erzeugt laufende Kosten.
- Aus wirtschaftlicher Erwägung ist diese Landschaft einen Versuch wert.

Szenario 3 - Waldlandschaft

Ausgangspunkt ist hier die Diskussion über die Liberalisierung der Agrarmärkte, in deren Folge vermehrt Standorte aus der Produktion ausscheiden. Unter harten Wettbewerbsbedingungen verbleiben auf Gunststandorten Deutschlands acht Agrarinseln für den Marktanbau. Entsprechend der Studie der BfLR zählt die Frankenalb zu den Regionen mit schlechten Entwicklungsperspektiven für die Landwirtschaft, die Rückzugswahrscheinlichkeit wird hier als hoch eingeschätzt. In der Folge walden weite Bereiche des Untersuchungsraums auf.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Die aufwachsenden Wälder schützen die abiotischen Ressourcen optimal.
- Wenige Biotoptypen mit hohem Biotopwert bilden die Schlussgesellschaft.
- Eine urtypische, aber langweilige Landschaft entsteht.
- Die Landschaft ist auf den ersten Blick kostengünstig.
- Infrastrukturelle Vorleistungen werden unwiederbringlich geopfert.

Szenario 4 - Arten- und biotopreiche Landschaft

Nach dem Rückzug der Landwirtschaft auf wenige Gunststandorte werden für den peripheren ländlichen Raum neue Aufgaben definiert. Es kommt zu einer räumlichen Trennung zwischen Gebieten, die weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden, und Räumen mit Vorrangfunktion für Natur- und Artenschutz.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Biotischer und abiotischer Ressourcenschutz gehen konform.
- Kleinräumigkeit allein reicht nicht aus.
- Die Landschaft für Pflanzen und Tiere gefällt auch den Menschen.
- Der Erhalt dieser Landschaft bedeutet einen regelmäßigen Einsatz gegen das Entropiegefälle.
- Finanziell ist diese Landschaft ein Fass ohne Boden.

Szenario 5 - Erholungslandschaft

Auch hier werden nach dem Rückzug der Landwirtschaft und der räumlichen Trennung für den ländlichen Raum neue Aufgaben definiert, sie liegen bei der Erholungsnutzung, die sich als alternative Vorrangfunktion anbietet.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Für die abiotischen Ressourcen ist diese Landschaft ein attraktives Modell.
- Erholung und Naturschutz sind vereinbar.
- Eine reizvolle, aber widersprüchliche Landschaft entsteht.
- Diese Landschaft zu formen erfordert einen finanziellen Kraftakt.
- Der Fremdenverkehr bildet die tragende Säule.

Szenario 6 - Historische Landschaft

Dieses Szenario weicht in der Systematik ab, es stellt eine Übernahme der historischen Karte von ca. 1840 dar und dient als Vergleich innerhalb einer gedachten Zeitreihe mit folgenden Zeitmarken: Zustand der Landschaft um 1840, Zustand der Landschaft heute, fünf Alternativen der Landschaft um 2050.

Als Ergebnis der Bewertung ist zu nennen:

- Erbärmliche Erträge erforderten viel Fläche.
- Dünger war Mangelfaktor.
- Ein geringer Technisierungsgrad schaffte Lebensraum für Pflanzen und Tiere.
- Das Landschaftsbild ist mit den heutigen Maßstäben nicht zu messen.

Die Zukunft

Was die Leitbilder für die Zukunft angeht, ist aus der Sicht einer Landschaftsplanung, die die Sicherung der natürlichen Ressourcen und differenzierter Kulturlandschaft vor Augen hat, ein Steuerungsmodell zu postulieren, das analog zur gemeindlichen Flächennutzungsplanung die unbebauten Teile des Landes mit den unterschiedlichen Aufgaben Nahrungsmittelerzeugung, Bewaldung, Pflege von Kultur- und Erholungslandschaft oder auch Gestaltung von Siedlungsteilen und Verkehrsinfrastrukturen belegt. Die Legitimation dazu ist aus der Geschichte der Landschaft und ihrem Wesen als kulturelles Erzeugnis ableitbar. Wäre dies nicht vorrangig eine Aufgabe für die deutschen Naturparke als die Vorbildlandschaften Deutschlands? Müssten sie nicht aus- und aufgerüstet werden mit den Instrumentarien, mit deren Hilfe sie diese Aufgaben zu bewältigen im Stande wären?

Vorstellbar im Rahmen eines Zukunftsmodells wäre, dass Teillandschaften mit günstigen Erzeugungsbedingungen sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Die Produktionseinheiten sind größer und rational geformt. Landschaftsgliederungen mittels Wäldern, Hecken, Baumreihen, Grünländern und Rainen werden in ausgeräumten Produktionslandschaften neu entwickelt. Verordnungen zur Düngemittelverwendung, Gülle- und Pestizideinsatz begrenzen die Belastungen des Boden- und Wasserhaushaltes und sorgen für gesunde Nahrungsmittel, nachhaltige Bodenertragskraft und gesundes Trinkwasser.

Landwirtschaft in anderen, weniger bevorzugten Räumen übernimmt zunehmend neue Aufgaben:

1. Nahrungsmittelproduktion in extensiver oder biologischer Produktion mit Vermarktung auf kurzem Weg in die Region. Durch ein effektives Management muss der Markt für diese Produktion erschlossen und gefördert werden.

2. Geeignete, durch Planung ausgesuchte Bereiche werden aufgewaldet bzw. entwickeln sich über gelenkte Sukzessionen zu Laubwäldern. Untersuchungen selbst in kleinräumigen Kulturlandschaften zeigen, dass dies verträglich möglich ist, ohne das Landschaftsbild nachteilig zu verändern.
3. In ausgesuchten Teilräumen übernimmt die Landwirtschaft Pflegefunktionen und erhält dafür eine flächenbezogene Vergütung. Teilweise wird der Aufwand durch extensive Nahrungsmittelproduktion abgedeckt. Auch nach Auffassung des Sachverständigenrates für Umweltfragen muss dieser Vorgang durch Landschaftsplanung vorbereitet werden.

Damit könnten neue Bilder von Landschaften entstehen, die nicht retrospektiv, sondern zukunftsorientiert sind, neue Formen, eine neue Vielfalt und einen neuen Sinngehalt aufscheinen lassen. Es bedarf dazu einer kreativen Raum-, Stadt- und Landschaftsplanung, um die neuen Bilder, Visionen und Funktionen der Landbewirtschaftung zu entwerfen. Da gibt es keine Rezepte, es helfen keine Rückgriffe in die Geschichte, wenn auch die Einbeziehung historischer Elemente ein wichtiger Entwurfsbaustein sein kann. Die Aufgaben zeitgerechter Landnutzung lassen sich rational formulieren:

- Schutz von Klima, Trinkwasser und Boden
- Bereitstellen von Erholungsflächen mit Vielfalt und Kleinteiligkeit, auch Naturnähe, also Artenvielfalt und Artenreichtum
- Gestaltung von Ortsrändern, Ortseinfahrten, Zwischenflächen oder landschaftlichen Besonderheiten.

Mit welchem Formenkanon diese neuen Landschaften ausgestattet werden, ist offen. Vielleicht werden Wald, Waldinseln und Baumhaine eine größere Rolle spielen, künstliche wie standorttypische Bausteine sind denkbar. Die Maßnahmen gelten keineswegs ausschließlich für den ländlichen Raum. Defizite herrschen massiv in den Ballungsräumen mit ihren Siedlungsrändern und Ausuferungen. Die offenen Stadtlandschaften bedürfen der Inwertsetzung und Qualifizierung von Landschaftsteilen, die mit Parks und öffentlichen Grünflächen nicht zu realisieren sind. Wenn in der Vergangenheit der landwirtschaftliche Ertragswert die Siedlungsentwicklung maßgeblich mit beeinflussen konnte, jetzt dieser Wert rapide gesunken ist bzw. keine Rolle mehr spielt, wäre daraus nicht zu folgern, dass eine erneute, gewollte und zielgerichtete Inwertsetzung landwirtschaftlicher Nutzflächen diese Steuerfunktion wieder übernehmen könnte, und zwar nicht nur im Sinne restriktiver Verhinderung, sondern auch eines kompensatorischen Ausgleichs? Würden nicht die gleichen Milliarden-Subventionen – gelenkt in gemeinwohlbezogene Aufgaben der Landwirtschaft, wie Boden-, Wasser-, Klimaschutz, Gestaltung der Landschaft und Bereitstellen von Erholungsflächen – nicht eher als öffentliche Aufgaben sich rechtfertigen lassen und den betroffenen Landwirten eine mit Sinn versehene Aufgabe zuweisen als der heutige verdrießliche Teufelskreis von Subvention, Überproduktion und Stilllegungsprämie? Landwirtschaft würde dann wirklich das tun, was ihre Verbandsvertreter heute fälschlicherweise behaupten zu tun, nämlich Landschaft pflegen, natürliche Ressourcen sichern, Erholungsräume vorhalten und Stadtlandschaften strukturieren. Für diese Aufgaben müsste sie honoriert und angemessen bezahlt werden. Die Flächen verblieben im Besitz und der Verantwortung der Bauern, die Nachhaltigkeit der Nutzung wäre gesichert und der Vorgang auch wieder umkehrbar. Der Aspekt der Reversibilität ist nicht zu unterschätzen, weltweit steigende Getreidepreise – wenn auch noch weit unter EU-Niveau – und veränderte Ernährungsgewohnheiten der Menschen in den so genannten Schwellenländern deuten darauf hin, dass in Zukunft landwirtschaftliche Flächen weltweit dringend benötigt werden könnten.

Die Instrumente

Zum Schluss stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten der Umsetzung und Realisierung. Das vorhandene Planungsinstrumentarium reicht nicht aus. Ausgleichs- und Ersatzflächen nach § 8a BNatSchG sind nur mit Schwierigkeiten durchsetzbar und von der Dimensionierung her nicht ausreichend, die öffentlichen Haushalte zum erforderlichen Flächenerwerb nicht in der Lage. Dabei sind die Forderungen nach einer Extensivierung der Landwirtschaft und Anpassung an andere Aufgaben nicht neu, sie werden seit längerem aus der Sicht des Natur- oder Wasserschutzes erhoben und in Teilen auch umgesetzt, so mit privatrechtlichen Verträgen zur Sicherung der Wasserschutzgebiete vor Nitrateinträgen, zur landwirtschaftlichen Aufwertung von Fremdenverkehrsgebieten oder in Einzelprogrammen des Naturschutzes. Was fehlt, ist eine großflächig konsequente Anwendung dort, wo die Defizite besonders groß sind. Ein ressortübergreifender Dialog zwischen Landwirtschaft und Landesplanung ist notwendig, in der Folge die Entwicklung von Leitbildern, Plänen und Umsetzungsstrategien für die Qualifizierung von Landschaft. Hatte der große Entwurf der Agrarreform das Ende der Hungersnöte zum Ziel, benötigen wir heute eine ebenso kühne Reform mit dem Ziel einer raumverträglichen Neuordnung von Stadt und Landschaft.

LITERATURVERZEICHNIS

- I. AUFMKOLK, G. (1996): Zukunftsperspektiven der Landschaft im ländlichen Raum, Bericht zur Jahrestagung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. - In: Zukunft des ländlichen Raums, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
- II. KÜSTER, H.J. (1995): Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. Verlag C.H. Beck, München
- III. BECK, R. (1994): Die Abschaffung der Wildnis. Der Bürger im Staat, 44, (1), 14-21
- IV. FROHMANN, E. (1997): Die Archetypen der Landschaft – ihre äußeren und inneren Bilder. Natur und Landschaft, 72. Jg., Heft 4
- V. SUCCOW, M. (1997): Auf dem Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung ländlicher Räume. In: Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 2/1997
- VI. BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (1996): Agrarbericht der Bundesregierung, Bonn
- VII. SZAMATOLSKI, C.G. (1994): Visionen für die Landwirtschaft im nächsten Jahrtausend. Manuskript, Berlin
- VIII. BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (1994): Nutzungswandel landwirtschaftlicher Flächen. Arbeitspapiere 12, Bonn
- IX. DER RAT VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN (1996): Konzepte einer dauerhaft umweltgerechten Nutzung ländlicher Räume – Sondergutachten – Kurzfassung, Wiesbaden
- X. DIE ZEIT, 15.03.1996
- XI. SCHÖN, H. (1996): Tendenzen künftiger Landbewirtschaftung aus der Sicht des 'technischen Fortschrittes'. Manuskript, TU München-Weihenstephan
- XII. WEIZSÄCKER v., E.U., LOVINS, A.B., HUNTER LOVINS, L. (1995): Faktor 4, Verlag Droemer Knauer, München
WERKGEMEINSCHAFT FREIRAUM, AUFMKOLK, G., ZIESEL S. (1997): Szenarien für die Landschaftsentwicklung der Hersbrucker Alb, Nürnberg
- XIII. PRO LAND (1996): Leitbilder zur Pflege und Entwicklung von Mittelgebirgslandschaften in Deutschland am Beispiel der Hersbrucker Alb, Datenerfassung zur Situation der Landwirtschaft, Nürnberg
- XIV. HEMP, A. (1995): Leitbilder zur Pflege und Entwicklung von Mittelgebirgslandschaften in Deutschland am Beispiel der Hersbrucker Alb, Biotoptypenbewertungskartierung, Bayreuth

Anschrift des Autors:
Landschaftsarchitekt Prof. Dipl.-Ing. Gerd Aufmkolk
Werkgemeinschaft Freiraum
Nürnberg

Konzepte zur umwelt- und sozialverträglichen Stadtentwicklung – Problemlage – Leitbild – Qualitätsziele - Umsetzung

Professor Dr. Jürgen H. Breuste

1. Vorbemerkungen

Der Betrachtungsraum stadtökologischer Aspekte ist heute längst nicht mehr mit "der Stadt" als administrativem Territorium einer städtischen Verwaltung festzulegen. Städtische Lebensstile haben sich überall ausgebreitet und längst einen "urbanen Raum" geschaffen, der auch nicht mehr allein mit der Stadt und ihrem unmittelbaren Umland zu beschreiben ist. Stadt ist dort, wo städtische Lebensweise dominant ist. Stadt ist insbesondere in entwickelten Staaten heute "nahezu überall", zumindest aber nehmen urbane Räume große Flächen ein. Die eigentlichen Städte sind darin nur besondere Konzentrations- und Knotenpunkte.

Angesichts dieser rasch fortschreitenden Entwicklung, in die immer mehr Menschen einbezogen sind, müssen die Fragen: Ist die Stadt auch ein lebenswerter Ort und haben die durch die Stadt repräsentierten Lebensstile, hat die Stadt, wie wir sie heute kennen, eine Zukunft? ernsthaft gestellt werden. Die "Zukunftsfähigkeit" einer Stadt kann nur im Miteinander von Stadt und Region beurteilt werden. Stadt und Region gehören nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch, kulturell und sozial zusammen (BUND/Misereor 1996, S. 257). Die punkthafte Stadtbetrachtung weicht zunehmend einer wissenschaftlichen und planerischen Beurteilung urbaner Regionen. Stadt und Region, regionale Kreisläufe, Überschaubarkeit, Identifikation stehen für diese Art der Betrachtung.

An der Zukunftsfähigkeit der Stadt gegenwärtigen Stils wird heute weltweit gezweifelt. Lösungen werden oft unter Verwendung des Begriffs "Nachhaltigkeit" gesucht. Dabei spielen ökologische Überlegungen und Bewertungen hinsichtlich der Lebensansprüche des Menschen, der Belastbarkeit des Stadtökosystems, der sparsamen Verwendung der vorhandenen Ressourcen, Flächen und Energien eine besondere Rolle. Stadtökologie und Nachhaltigkeit sind sich eng benachbarte Begriffe.

2. Problemraum urbane Landschaft

Der Bericht der Kommission Zukunft Stadt 2000 an das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau resümiert für die 90er Jahre eine neue Qualität der Probleme von Städten und ihrem Umland:

"Städte zerfließen in die Landschaft hinein. Heute können wir vor allem von einer Unwirtlichkeit des Umlandes sprechen. Gleichzeitig deutet sich eine Dualisierung zwischen Kernstadt und Umland an. In den Kernstädten konzentrieren sich arme und Ausländer. Die Umlandgemeinden werden stärker zu den Gebieten der Mittelschichten und des Einfamilienhausbaus. Bei der Lösung der neuen Aufgaben kann nicht auf Konzepte der 60er und 70er Jahre zurückgegriffen werden. Auch eine weitere Konzentration auf die Innenentwicklung wie in den 80er Jahren bringt keine Lösung." (BmBau 1993, S. 8).

In den 90er Jahren sind es nicht mehr in erster Linie traditionelle Umweltprobleme der Belastung von Luft, Wasser und Boden, die sich in Städten und ihrem Umland besonders konzentrieren, sondern auch ungebremstes Flächenwachstum, Massenmobilität, Konzentration sozialer Konflikte und wirtschaftliche und kommunale Konkurrenzen, die diese Räume zu Problemräumen einer neuen Qualität werden lassen. Gerade diese Problemmischung ist neuartig und kennzeichnet Räume, die nicht mehr mit der administrativen Bezeichnung "Stadt" benannt werden können, sondern regionale Dimensionen annehmen und in der regionalen Planung als Stadtregionen (Gefüge verwaltungstechnischer Einheiten aus Stadt und Umland) oder in der Landschaftsökologie als urbane Landschaften bezeichnet wird. Urbane Landschaften oder urban-industrielle Ökosysteme sind durch den dominanten Einfluss städtischer Nutzungen auf die natürlichen Struktur- und Prozessgefüge der Landschaft gekennzeichnet. Die traditionelle agrare Kulturlandschaft der Kernstädte wird mehr und mehr urbanisiert. Dies bringt neue Nutzungsformen und Nutzungsintensitäten mit sich, die sich dispers im Stadtumland verteilen, lässt aber Reste agrarer Kultur- und voragrarer Naturlandschaft weiter fragmentarisch bestehen.

Urbane Landschaften sind damit weit mehr als dicht bebaute Kernstädte und ihre engere Stadtrandzone, (Vorschlag AG Biotopkartierung 1993: 1km-Zone) sondern erreichen in Deutschland maximal die 1h-Isochrone für Kraftfahrzeuge von Zentren der Kernstädte aus. Eine exakte Abgrenzung dieser Stadtlandschaften ist wegen der unterschiedlichen Reichweite der urbanen Einflüsse (z. B. Klimasystem Stadt-Umland) von den ausgewählten Parametern abhängig und in genereller Form bisher nur ansatzweise erfolgt (Breuste 1996a).

3. Problemhintergrund: Entwicklungstendenzen von Wirtschaft und Gesellschaft

Die 90er Jahre sind durch besonders intensive und tiefgreifende Wandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland gekennzeichnet, die sich besonders auf die Stadtlandschaften als "Gesellschaftsbarometer" und ihren ökologischen Zustand auswirken.

Die Globalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftssystems führen zu Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, die sich direkt auf die Städte auswirken. Dazu gehören: Abwanderung von wesentlichen Teilen produzierender Industriezweige aus den Städten, Zunahme und Stabilität von Arbeitslosigkeit und weiterer wirtschaftlicher Bedeutungsverlust der Landwirtschaft.

Der sektorale Strukturwandel der Wirtschaft ist in den Städten ausgeprägter als in der Gesamtwirtschaft (Tertiärisierung). Er betrifft neben personengebundenen vor allem produktionsorientierte Dienstleistungen (u.a. Finanzdienstleistungen, Informationsverarbeitung und -vermittlung, knowledge-based industries, Kultur und Tourismus). Demgegenüber haben die großen deutschen Städte in den vergangenen Jahren einen relativen Bedeutungsverlust als Standorte des produzierenden Gewerbes erfahren (Mäding 1997).

Die Integregation der ehemaligen DDR in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine auch 10 Jahre nach der Wiedervereinigung noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Eine massive Deindustrialisierung betraf vor allem die Städte, die zwischen 75% und 90% ihrer industriellen Arbeitsplätze innerhalb von nur 5 Jahren verloren und rasch zu Zentren der Arbeitslosigkeit wurden. Ihre ökonomische Situation hat sich prekär zugespitzt (Mäding 1997). Diese Entwicklung trifft die altindustrialisierten ostdeutschen Städte (z.B. Leipzig, Chemnitz, Halle, Magdeburg) besonders hart, da sie einen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust ohne ausreichende Kompensation in wenigen Jahren (im Vergleich zu einem längeren Anpassungsprozess im Westen Deutschlands) haben hinnehmen müssen. Von 1989 noch 100.000 industriellen Arbeitsplätzen in Leipzig bestanden 1995 nur noch 15.000. Dies führt zu einem bis dahin beispiellosen Wandel in Stadtstruktur und Umweltsituation.

Trotz Wirtschaftswachstums ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren erheblich angewachsen und hat einen bisher ungekannten Höchststand von über 4 Mio erreicht, der auch trotz wachsender Wirtschaft nicht weiter reduziert werden kann. Mit einer polarisierten Einbindung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt ist auch eine soziale Polarisierung verbunden, die in den Städten, den Zentren der Arbeitslosigkeit, besonders deutlich sichtbar wird. Ein prognostiziertes "Ende der Arbeitsgesellschaft" wird die Städte vor völlig neue Aufgaben als Motoren der Gesellschaft stellen.

Der Verlust der Bedeutung der Landwirtschaft führt zum reichlichen Flächenangebot ehemaliger Landwirtschaftsstandorte zu günstigen Preisen als Bauland. Die darauf aufbauende Suburbanisierung entwickelt sich damit weiter. Während sie in Westdeutschland in den 80er Jahren weitgehend abgeschlossen war und gegenwärtig eine Entwicklung der bestehenden urbanen Flächen stattfindet (Sieverts 1998a: "Abschluss der klassischen Moderne"), erfahren ostdeutsche Agglomerationen in den 90er Jahren einen nachholenden Suburbanisierungsprozess bedeutenden Ausmaßes und raschen Vollzugs.

Die alten administrativen Kernstädte unterliegen in der Angebotskonkurrenz mit den Vorteilen des Stadtumlandes angesichts wachsender Nachfrage nach baulich nutzbaren Flächen und verlieren damit mehr und mehr ihre wirtschaftliche Basis und leistungsfähige Teile ihrer Bevölkerung. Dies ist jedoch in der Regel nicht mit einem Bedeutungsverlust der Stadtregion als Ganzes, sondern nur mit einer "Umverteilung" der Funktionen zwischen Kernstadt und Umland bzw. mit der Auflösung des tradierten administrativen Stadtbegriffes verbunden. Die Stabilität ausdrückenden politisch-administrativen Einheiten bleiben hinter der Dynamik ökonomisch begründeter Entwicklungen zurück. Die Stadt wird zur urbanen Landschaft.

Diese Entwicklung geht mit einer Zunahme der Individualisierung der Lebensstile und einem Anwachsen des Anteils der Seniorengeneration an der Stadtbevölkerung (ergraute Gesellschaft) einher. Beides führt zu neuen Ansprüchen an den Stadtraum, zu veränderten Freizeitbedürfnissen, zum weiteren Wachstum der Wohnansprüche (Zunahme der Größe der Wohnfläche, Einzelhaus als präferierte Wohnform, Zunahme der Anzahl der Wohnungen und Haushalte) und zur "Versinglung" der Stadtbevölkerung.

Die vergleichsweise billige Massenmobilität durch private Kraftfahrzeuge und die Zunahme des Gütertransports auf den Straßen zu Lasten des Bahntransports hat zum weiteren autogerechten Umbau der kernstädtischen Baugebiete und zum schnellen Wachstum der Kernstädte ins Stadtumland geführt, ja dies erst möglich gemacht (Suburbanisierung, s. u.).

Kraftfahrzeugnutzung bestimmt die Art der Stadtstrukturentwicklung und ist zur bedeutendsten Quelle von Umweltbelastungen in urbanen Landschaften (Flächeninanspruchnahme, Entgrünung, Gesundheitsbelastungen, Schadstoffe in Luft und Grundwasser) geworden.

4. Nachhaltige Stadtentwicklung als Leitbild

"Nachhaltige Entwicklung ist die Verbesserung der Lebensqualität innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Ökosysteme." (Sachverständigengruppe für städtische Umwelt der EU zitiert nach Bergmann, 1996) und muss deshalb als Hauptziel die Bewahrung natürlicher Ressourcen einschließen.

Damit kommt der Definition von ökologischer Tragfähigkeit eine besondere Bedeutung zu. Wenn bei den Zielen nachhaltiger Entwicklung der Ökologie eindeutig Priorität eingeräumt wird, ist in der politischen Praxis zu bedenken, dass gleichzeitig die sozialen und ökonomischen Implikationen beachtet werden müssen (Bergmann, 1996).

Erst seit den letzten Jahren wird der Nachhaltigkeits-Sustainability-Begriff auf Städte oder urbane Räume angewandt (Ahvenharju et al. 1995, Born et al. 1996, Brake, Richter 1996, Vojnovic 1995). Dies hängt sicher damit zusammen, dass zumindest traditionelle Vorstellungen von stofflichen Zyklisierungen kaum anwendbar sind und grundsätzliche o.g. Diskussion meist Traditionalisten aus dem Ökologie-Bereich von vornherein ausschließt. Damit stehen sich Pro und Contra in der Frage: "Können Städte nachhaltig sein?" ziemlich klar gegenüber (Kessler 1996, Römer 1996).

Die Kontra-Position bringt dabei zum Ausdruck, dass sich Verbrauch und Produktion in Städten niemals die Waage halten können und stattdessen ein immerwährender Verbrauch von fernen (nichtstädtischen) Ressourcen stattfindet. Dies schließt Nachhaltigkeit im Sinne von regulierender Wiederherstellung der Ausgangsbedingungen grundsätzlich aus.

Eine gänzlich andere Sichtweise kommt bei der Verwendung des Nachhaltigkeits-Begriffs für Städte zum Ausdruck. Im Vordergrund stehen hier nicht die Selbstregulierung und das effiziente Kreislaufsystem (der Waldwirtschaft), sondern Zukunftsfähigkeit durch politisch-planerisches Verhalten an Tragfähigkeitsgrenzen zu messen: "Nachhaltige Stadtentwicklung ist der Versuch, die Entwicklung der Gesellschaft unter den Vorbehalt ökologischer Ziele zu stellen." (Bergmann, 1996)

Städte sind immer in funktionale Arbeitsteilung mit anderen Gebieten (besonders im Umland) eingebunden. Sie benötigen z.B. Rohstoffzufuhr und verlagern Entsorgung ins Umland. Sie selbst sind damit allein nicht nachhaltig.

5. Inhalte und Operationalisierung urbaner Nachhaltigkeit

Die ersten Bemühungen um urbane Nachhaltigkeit und die damit verbundenen Inhalte wurden in Europa auf der europäischen politischen Ebene und auf der unteren kommunalpolitischen Ebene der Städte und Gemeinden unternommen. Angesichts essentieller Zukunftsbedrohungen und -ängste sahen sich Politiker und Wissenschaftler zu neuen Überlegungen der Stadtentwicklung veranlasst. Ausgangspunkt der Betrachtungen war die Stadt-Umweltdiskussion der 80er Jahre, die nun, beträchtlich um sozioökonomische Elemente erweitert, zur Nachhaltigkeitsdiskussion wurde. Eine der wesentlichen Grundlagen dafür, den Gedanken der Nachhaltigkeit auch auf Städte zu übertragen, war die Erkenntnis, dass eine Fortsetzung der gegenwärtigen Lebens- und Wirtschaftsweise mit anhaltendem Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauch, aber auch mit Zunahme der sozialen Konflikte, Kriminalität und Arbeitslosigkeit den Städten keine langfristig tragfähige Entwicklungsperspektive eröffnet (Fiedler, Hennerkes 1995).

1991 gründete die EU-Generaldirektion für Umwelt, Nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz (DG XI) in Anknüpfung an das "Grünbuch für Städtische Umwelt" eine "Sachverständigengruppe für städtische Umwelt". Ziel dieser Sachverständigengruppe war Umsetzung der EU-Umweltpolitik in Konzepte und Strategien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in den Mitgliedstaaten der EU. Dazu gehörte auch die Weiterentwicklung von ökologischen Vorgaben. 1993 - 1995 wurde im Rahmen dieser Arbeit das Projekt "Zukunftsbeständige Städte" entwickelt.

Das EU-Modell zur Nachhaltigen Stadtentwicklung bezieht sowohl ökologische als auch sozial-ökologische Elemente ein:

- Stadt als sozio-ökologisches System (Soziales Ökosystem),
- Verbindung von Verkehrs-, Umweltschutz- und Raumplanung,
- Konzept der sozialen Tragfähigkeit des Ökosystems Stadt (Fähigkeit der Stadt als Gesellschaftssystem).

Es geht von einer ökologisch-sozialen Nachhaltigkeitsdefinition aus. ("Nachhaltige Entwicklung ist die Verbesserung der Lebensqualität innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Ökosysteme".) Es beinhaltet damit folgende Themenbereiche:

- Urbanes Management natürlicher Ressourcen (Luftreinhaltung, Energie- und Abfallwirtschaft),
- Ökonomische und soziale Aspekte,
- Mobilität und Erreichbarkeit im Zusammenhang mit Flächennutzungsplanung,
- Regenerationsfähigkeit urbaner Strukturen,
- kulturelles Erbe, Freizeitgestaltung und Tourismus (European Sustainable Cities Report, zitiert nach Langschwert, 1996, S. 35 - 39).

Anfang der 90er Jahre wurden noch überwiegend theoretische Modelle der Nachhaltigkeit diskutiert. Die europäische Diskussion um Nachhaltige Städte führte unter Moderation der EU 1994 zum ersten Treffen von mehr als 100 Vertretern europäischer Städte in Aalborg (Dänemark) und zur Verabschiedung der "Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg) vom 27. Mai 1994". Ihre Schwerpunkte urbaner Nachhaltigkeit sind:

- Nachhaltige Flächennutzungsstrukturen,
- Gleichgewicht der Leistungsströme zwischen Stadt und Umland,
- Verminderung des Mobilitätsbedarfs durch Mischnutzung (Verringerung der erzwungenen Mobilität),
- leistungsfähige öffentliche Verkehrsversorgung,
- effiziente Energieversorgung,
- strategische Umweltprüfung sämtlicher Pläne und
- Vermeidung der Gesundheit und Ökosysteme belastenden Schadstoffeinträge der Stadt in Boden, Luft und Wasser.

Die "reine" (technisch-naturwissenschaftliche) Umweltdiskussion der 80er Jahre für Städte war damit deutlich überwunden und in den Kontext raumplanerischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte "urbaner Tragfähigkeit = Nachhaltigkeit" eingebunden worden (Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit = Charta von Aalborg vom 27. Mai 1994).

In den letzten Jahren wurden nun auch "Länderkonzepte mit globalem Blickwinkel" der Nachhaltigkeit entwickelt. Beispiele dafür sind die Studien "Zukunftsfähiges Deutschland: ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung" (BUND/Misereor, 1996) und "Sustainable America: A New Consensus" (The President's Council on Sustainable Development, 1996). In ihnen spielen Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte und des städtischen Lebens eine nicht unbedeutende Rolle. Im "Goal 6" von "Sustainable America" werden z.B. "Sustainable Communities" definiert:

"Encourage people to work together to create healthy communities where natural and historic resources are preserved, jobs are available, sprawl is contained, neighborhoods are secure, education is lifelong, transportation and health care are accessible, and all citizens have opportunities to improve the quality of their lives" (The President's Council on Sustainable Development, 1996, p. 12).

6. Problembewusstsein – Grundlage für Konzeptentwicklung

6.1 Schadstoffbelastungen von Luft, Wasser und Boden in Städten

Die klassischen Umweltprobleme, die Belastung von Luft, Wasser und Boden sind nicht länger das Hauptproblem urbaner Kulturlandschaften.

Neue Techniken zur reduzierten Inanspruchnahme von Ressourcen und der Minderung von Schadstoffemissionen sind in den letzten Jahren verstärkt in urbanen Landschaften angewandt worden. Gleichzeitig ist die Anzahl der Einwohner in Agglomerationen nicht entscheidend gewachsen. Dies hat nicht wie erwartet zu einem Rückgang des Ressourcenverbrauchs geführt. Immer weniger oder gleich viel Einwohner urbaner Landschaften verbrauchen immer mehr Ressourcen (z.B. Fläche, Energie) und erzeugen immer mehr Umweltbelastungen (z.B. durch Kraftfahrzeugnutzung). Die Art der Schadstoffbelastungen wandelt sich durch Anwendung neuer Technologien (z.B. im Bereich individueller Heizungssysteme und Großfeuerungsanlagen). Ursache dafür ist die Zunahme und wirtschaftliche Realisierbarkeit von wachsenden

individuellen, haushaltlichen und betrieblichen Ansprüchen. Die technologischen Verbesserungen halten nicht mit den wachsenden Verbrauchsdaten bei Ressourcen und dem Auftreten neuer Belastungen Schritt.

Trotz technisch verbesserter Heizungssysteme und einem Boom bei der Entwicklung und Anwendung moderner Techniken zur Wärmedämmung bei Neubauten (1995 3. Wärmeschutzverordnung) und baulicher Renovierung ist der Energieverbrauch privater Haushalte nicht zurückgegangen. Ursachen dafür sind die Zunahme der Wohnfläche pro Einwohner (z.B. durch eine wachsende Zahl von Ein- und Zweipersonenhaushalten) und zunehmender Neubau von freistehenden Einzelhäusern. Dieser Trend wird angesichts eines erheblichen „Nachholbedarfs“ in ostdeutschen Stadtlandschaften weiter anhalten (Enquete-Kommission 1998).

Der Trend, die Schadstoffbelastungen städtischer Umwelt weiter zu senken oder Emittenten zu externalisieren, ohne bedeutende Veränderungen in der Funktionsweise städtischer Systeme einzuleiten und umweltbeanspruchende Wirtschaftsweisen, Produktionen und Lebensstile zurückzudrängen, hält an. Wurden bereits in den 80er Jahren bedeutende Erfolge in der Abgasreinigung an den Quellen der Emission erzielt und deutliche Verbesserungen der lufthygienischen Situation in Städten erzielt, wurde in den 90er Jahren versucht, diese Entwicklung durch weitere technologische Innovationen fortzusetzen.

Ein Beispiel dafür sind die Stadtlandschaften Ostdeutschlands. Da hier zur DDR-Zeit nahezu keine modernen Umwelttechnologien zum Einsatz gekommen waren, waren die Schadstoffbelastungen hier besonders hoch, erreichten bei SO₂ und einigen anderen Schadstoffen aus Verbrennungsprozessen europäische Spitzenwerte.

Die Sanierung von Großfeuerungsanlagen und die Stilllegung von vielen industriellen Emittenten in den ostdeutschen Städten führen zu einem sprunghaften Rückgang der Schadstoffbelastung von Luft und Wasser in den Städten. Hier wurde jedoch nur nachvollzogen, was in Westdeutschland bereits in den 80er Jahren erfolgreich durchgeführt worden war. Der nach der Deindustrialisierung Ostdeutschlands geringe Industrialisierungsgrad verstärkte die positiven Umweltwirkungen der technologischen Verbesserungen noch.

Wie bereits in Westdeutschland wurde auch in Ostdeutschland mit wachsender Ausstattung der Haushalte mit Pkws und der generellen Zunahme des Autoverkehrs in den Städten der Kraftfahrzeugverkehr die Hauptquelle städtischer Luftverschmutzungen. Der Anteil des Verkehrs an der Emission organischer Verbindungen nimmt heute in vielen ostdeutschen Städten bereits 1/3 der Emission dieser Schadstoffe ein. Zusammen mit dem Hausbrand (44,6 %) belastet er insbesondere die dicht bebauten altstädtischen Stadtviertel. Die Belastung mit solchen Schadstoffen liegt z.B. in Leipzig mit 50,9 Kg/Ew. und Jahr um 37 % höher als z.B. in Karlsruhe. In den meisten Stadtgebieten Leipzigs ist auch bei Stickoxiden der Verkehr der Hauptverursacher.

Trotz wachsender Anteile des Verkehrs an der Gesamtemission ist generell mit einer Abnahme der Luftbelastungen durch Kraftfahrzeuge in ostdeutschen Städten zu rechnen. Dies ergibt sich aus der Veränderung der Zusammensetzung des Fahrzeugparks trotz der erwarteten Zunahme der Fahrleistung bis zum Jahre 2005 auf Werte wie in Westdeutschland. Der erwartete Rückgang in der Emission wird mit dem zunehmenden Einsatz von Fahrzeugen mit Katalysatoren begründet. Der Anteil von Gebrauchtfahrzeugen ohne Katalysator ist in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland. Lediglich bei Stickoxiden (NO_x) und organischen Kohlenwasserstoffen ist auch in den nächsten Jahren keine Verringerung zu erwarten (Umweltbundesamt 1991).

Kraftfahrzeugverkehr und städtischer Hausbrand werden auch in Zukunft noch eine bedeutende Rolle bei der Belastung städtischer Umwelt spielen. Vor allem bei letzterem wird die Anwendung neuer Technologien wegen individueller Nutzung langsamer vonstatten gehen. In den Stadtlandschaften ergeben sich damit typische Belastungsräume: Hohe Luftbelastungen weisen dicht bebaute Stadtteile mit großem Verkehrsaufkommen und Kohleheizung auf. Dies trifft besonders auf innerstädtische Altbaugebiete der Gründerzeit (besonders in noch unsanierten ostdeutschen Städten) zu.

Die Bodenbelastung durch Altstandorte der Industrie, Tankstellen, umweltgefährliche Gewerbe und militärische Altstandorte ist nicht nur für ostdeutsche Städte festzustellen. Auch in Westdeutschland wurden über Jahrzehnte solche Belastungen wirksam. Wie dort bereits in den 80er Jahren wurden in den 90er Jahren auch in ostdeutschen Städten eine Erfassung und Bewertung der Altlasten/Altstandorte (Altlastenkataster) durchgeführt. Nutzungsrestriktionen oder – angesichts umfangreicher unbelasteter Standortangebote – langjährige Stadtbrachen sind häufig die Folge. Eine generelle Sanierung kann weder in Ost- noch in Westdeutschland erwartet werden. Trotz entwickelter Technologien scheitert eine breite Anwendung an der unmöglichen Finanzierbarkeit solcher Maßnahmen. Stattdessen wird die Anpassung der Nutzungen an den (weiter vorhandenen) Belastungsgrad solcher Flächen zukünftig größere Bedeutung erlangen.

Der Hauptverschmutzer städtischer Gewässer war noch in den 80er Jahren die Industrie. Mit ihrem Rückgang ist vor allem in Ostdeutschland eine entscheidende Verbesserung des Zustands städtischer Fließgewässer festzustellen. Zu rechnen ist allerdings mit dem weiteren Stoffeintrag durch Regenwasserabfluss und dem Eintrag von bisher nicht generell bei der Abwasserklärung auszufilternden Stoffen (z.B. Pestizide, Inhaltsstoffe von Medikamenten u.a.). Die Fließgewässerqualität in den Städten ist damit immer noch nicht ausreichend. Hier können technologische Entwicklungen auch in der Zukunft noch Verbesserungen bringen.

Zum zunehmenden Problem entwickelt sich das Aufkommen an Abprodukten in urbanen Landschaften. Die in den 70er und 80er Jahren erschlossenen Deponien reichen häufig nur noch kurze Zeit aus, entsprechen nicht mehr dem technologischen Standard oder werden bereits von neuen, konfliktreichen Nutzungen umgeben (neue urbane Nachbarschaften). Zum Schutz des Grundwassers und der Umgebung sind künftig weiterhin hohe Investitionen und technologische Maßnahmen erforderlich.

In den 90er Jahren ist die Recyclingrate von Abprodukten entscheidend angewachsen. Heute werden die überwiegenden Teile der städtischen Abfälle getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt. Dies ist im europäischen Maßstab eine herausragend günstige Situation. Eine tatsächliche Reduzierung des Umfangs der Abfälle aus Haushalten hat jedoch nicht stattgefunden.

Überall dort, wo moderne Technologien zur effektiveren Reinigung von Abprodukten (Gasen und Wasser) beigetragen haben, ist auch eine deutliche Verbesserung der Schadstoffbelastung urbaner Landschaften in den 90er Jahren zu verzeichnen gewesen (besonders Ostdeutschland). Die Reserven für weitere technologisch bedingte Umweltverbesserungen sind jedoch begrenzt. Es zeigt sich, dass „end-of-pipe-Lösungen“ mit technischen Mitteln keine wirkliche und nachhaltige Verbesserung der Umweltsituation bringen können und dass stattdessen eine Veränderung der Lebens- und Wirtschaftsweise, ein Wandel im Umweltverhalten von Betrieben und Haushalten von der Produktion bis zum Verbrauch immer notwendiger wird.

6.2 Flächenverbrauch durch Bodenversiegelung

"Die vielleicht interessanteste städtebauliche Aufgabe der Zukunft ist der Aufbau einer neuen Stadtkulturlandschaft" (Sieverts 1998). Diese optimistische Aussage überrascht angesichts bisher überwiegend negativer und hilfloser Bilanzen, z.B. der des Flächenverbrauchs (besser Nutzungstransformation). Von 1950 bis 1993 hat sich in den alten Bundesländern die Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 12,6% erhöht (Neue Bundesländer: noch 8,2%) und damit fast verdoppelt. Der "Tagesverbrauch an Landschaft", die Nutzungstransformation meist landwirtschaftlicher Flächen in urbane Nutzung, beträgt ca. 100 ha Fläche. Diese Entwicklung wird als unsere ökologischen Grundlagen bedrohend angesehen.

Es entsteht eine neue Form von Stadt oder anders ausgedrückt, urbaner Kulturlandschaft auch – oder besonders – ohne planendes Zutun. Urbane Nutzflächen lokalisieren sich unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu städtischen oder ländlichen Gemeinden dort, wo ihre Funktion wirtschaftlich am effektivsten erfüllt werden kann. Es entsteht eine diffuse urbane Landschaft, die sich nicht mehr an administrative "Stadtgrenzen" hält und ihre Nachbarschaftsbezüge nicht mehr vorrangig in der unmittelbaren Umgebung sucht. Billige, effektive Mobilität erlaubt den Blick weg von der unmittelbaren räumlichen Bindung. Statt räumlicher Nähe ist zeitliche Nähe wichtiger. Nicht die Stadt der kurzen Wege, sondern die Stadt der kurzen Zeiten entsteht durch Massenmobilität. Statt mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedienbaren zentripetalen Raumstrukturen urbaner Landschaft entstehen weiträumige urbane Verkehrsnetze mit variablen Hierarchien, vor denen jedes wirtschaftliche ÖPNV-Konzept kapitulieren muss. Ehemalige "klar definierte" agrare Stadtländer werden zu Mischformen urbaner und agrarer Nutzung.

Die bereits in den 80er Jahren sich deutlich abzeichnende Suburbanisierung konnte bisher durch keinerlei Planungen oder Reglementierungen ernsthaft beeinflusst werden. Sie basiert auf marktwirtschaftlicher Grundlage, niedrigen Bodenpreisen im Stadtländ, kleinteiliger Kommunalhoheit und -konkurrenz und dem ständigen Bestreben von Industrie, Gewerbe und Einwohnern, ihre optimalen und ökonomischen Standortansprüche ohne besondere Rücksicht auf nicht reglementierte ökologische Belange zu realisieren. Ergebnisse sind eine generelle Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen und disperse urbane Überformungen der agraren Kulturlandschaft, die vorrangig auf die leistungsfähigen Verkehrswege (Autobahnen) (Gewerbe, Industrie) und attraktiven Kulturlandschaften im Stadtländ (neue Wohnstandorte) orientiert sind. Pro Tag wurden in den 90er Jahren durchschnittlich 70 ha Offenland in Verkehrs- und Siedlungsflächen umgewandelt (s. Tab. 1).

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung der Stadtregionen Frankfurt und München 1970 - 1987 (in %)

	Frankfurt	München
Stadtgebiet	- 11,59	- 8,36
Umland	+ 13,12	+ 37,95
Verdichtungsraum	+ 2,09	+ 4,32

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin 1990, nach Ermer, Mohrmann, Sukopp 1994

Einige administrative Stadtgebiete sind bereits zu drei viertel bebaut (z.B. München, Gelsenkirchen und Herne). Die ökologischen und sozialen Folgelasten des weiteren Flächenwachstums führen zu neuen ambitionierten umweltpolitischen Zielen: Die Rate der Umwandlung von Freiflächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahre 2010 soll schrittweise bis auf 10% der Jahresraten von 1993 – 1995 und langfristig nur mit vollständiger Kompensation (z.B. Entsiegelung) (Enquete Kommission 1998) bzw. bis auf Null (BUND, Misereor 1996) gesenkt werden. Konkrete Aktivitäten unterblieben allerdings bisher.

Die umfangreichste Inanspruchnahme zur Entwicklung von Freiflächen im suburbanen Raum fand in den letzten 10 Jahren in Ostdeutschland statt, wo vorher angesichts geringerer Massenmobilität die urbanen Landschaften baulich konzentriert geblieben waren. In Westdeutschland verlief die Entwicklung dagegen langsamer, da dort solche Strukturen bereits in den 80er Jahren angelegt worden waren. Allein von 1991 bis 1994 wurden im suburbanen Raum ostdeutscher Städte z.B. 28 neue Einzelhandelsstandorte mit über 20.000 qm Verkaufsfläche neu gebaut (BfLR 1996).

Die Förderung des Einfamilienhausbaus führt zur weiteren Flächeninanspruchnahme. Während im Westen Deutschlands in vielen Städten 25 – 30 % der Haushalte im Einfamilienhaus leben, waren dies im Osten 1989 nur 5 – 10%. Hier ist mit zukünftig größeren Wachstumsraten im Einfamilienhausbau und folglich mit einer weiteren Bebauung von offener Landschaft zu rechnen.

Diese dispers verteilten Baugebiete erzeugen in erheblichem Maße Verkehr und führen zu einer Fragmentierung offener Landschaft im Stadtumland. Hesse und Schmitz (1998) bezeichnen diese Entwicklung mit nicht mehr vorrangig auf ein Zentrum orientierten Interaktionsmustern bereits als "Desurbanisierung".

6.3 Denaturierung und Naturentfremdung

"Offene Landschaften" werden immer mehr zu "Binnenstrukturen" innerhalb des "Hintergrunds" einer Siedlungsfläche (Sieverts 1998b, S. 52). Damit macht sich mehr denn je eine neue Synthese urbaner Kulturlandschaft notwendig, die darin bestehen muss, landwirtschaftliche Produktion, ökologische Funktionalität und Naturkontakt und Erholung in "offener" Landschaft zu gleichberechtigten Entwicklungszielen zu machen (Breuste 1995, Neumann u. Sieverts 1995, zitiert bei Sieverts 1998b). Den nun in neues bauliches Umfeld und in neue räumliche Nachbarschaften gestellten Freiräumen des Stadtumlandes fehlen funktionale Zusammenhänge mit ihrer Umgebung. Angesichts reduzierter Flächen und Isolation wird oft von "Fragmentierung" von ehemaliger agrarischer Kulturlandschaft gesprochen. Die vorhandenen Landschaftspotentiale werden jedoch kaum in Wert gesetzt. Schutz erfolgt meist mit der Zielstellung, frühere Nutzungen und Nutzungsintensitäten konservierend zu erhalten. Die Entwicklung von Leitbildern und Perspektiven für diese aus Offenland und dispersen Baustrukturen bestehenden Teile neuer urbaner Landschaft fehlt bisher meist (Schulte et al. 1997).

Naturnahe Restflächen (z.B. Feuchtländer, Waldflächen, Trockenrasen) – besonders im Stadtumland – geraten immer mehr in isolierte Positionen durch umgebende intensive städtische Nutzungen. Ihr Bestand ist zwar durch Schutzstatus häufig gesichert, nicht jedoch ihre Einbindung in die umgebende Landschaft und ihre Nutzungsintensität durch neue Nachbarschaften (z.B. neue Wohnstandorte). Dem steht das Bemühen der Naturschützer und z.T. der Stadtverwaltungen, Grüne Netzwerke, Grüne Ringe und Auen und Flusstäler als Grünverbindungen zu erhalten, gegenüber. Insgesamt hat dieses Problem in den letzten Jahren deutlich mehr Förderung und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfahren.

In ostdeutschen Städten mit ihrem schockartigen Industrieverlust wird mit längerfristigem Brachfallen von innerstädtischen, ehemals industriell genutzten Flächen gerechnet. Dazu werden Brachflächenkataster angelegt, um über das Potential solcher Flächen z.B. als Naturentwicklungs- und Erholungsräume sachgerecht entscheiden zu können. Dies eröffnet für viele altindustrielle Städte eine langfristig einmalige Perspektive, neue Verbindungen von Freiraum und Baustrukturen, von Natur und Bebauung in innerstädtischen Räumen herzustellen, wo dies früher oft gänzlich unberücksichtigt geblieben ist. Es ist eine Chance, Natur – auch in ihrer spontanen Sukzession – zurück in die Stadt zu holen (Bsp. Neuer Stadtpark "Thüringer Bahnhof" in Halle und neuer Grünzug "Eilenburger Bahnhof" in Leipzig). Dem steht zwangsläufig

das Bestreben entgegen, bauliche Verdichtungen in den Kernstädten vorzunehmen, um diese aufzuwerten, vorhandene Infrastruktur ökonomisch zu nutzen, kurze Wege zu fördern und Suburbanisierung einzuschränken. Dies betrifft sowohl die Bebauung von immer noch bestehenden, durch den 2. Weltkrieg entstandenen Baulücken (besonders aufholend in Ostdeutschland) als auch die großräumige Neubebauung von ehemaligen innerstädtischen Industrie- und Bahnanlagen zur Aufwertung der Kernstädte (z.B. Planung des Frankfurter Bahnhofsviertels).

Angesichts großer, wachsender baulich genutzter Flächen ist das Verhältnis von Kultur und Natur (Sieverts 1998b) in urbanen Landschaften von zunehmender Bedeutung. Die Dimensionen von Natur sind in dicht bebauten Kernräumen im Vergleich mit dem Stadtumland verständlicherweise geringer. Die Bedeutung dieser Natur ist jedoch hier ebenso groß. Der Hauptfaktor von Denaturierung in Kernstädten ist neben der Intensität von Pflege von Grünbereichen die Bodenversiegelung.

In den dicht bebauten Stadtteilen nimmt im Zuge von baulichen Erneuerungen und autogerechten Gestaltungen die Pflegeintensität der verbliebenen grünen Restflächen meist zu. Kraftfahrzeugnutzungen sind oft mit zusätzlichen Versiegelungen und einer Reduzierung von Grünräumen im Wohngebiet verbunden. Naturnahe Vegetation und geringe Pflege von Grünflächen werden immer weniger toleriert.

Generell sind ein fortschreitender Rückgang von Natur und eine Entfremdung der Menschen in urbanen Landschaften festzustellen. Alle bisherigen Bemühungen zum städtischen Naturschutz haben nur begrenzten Erfolg gehabt. Gesichert wurden in den meisten Städten so genannte wertvolle Biotope wie Auenwälder, Trockenrasen, Felsfluren und Heiden. Der Entgrünung der Wohngebiete und dem Verlust von Naturbezug im Alltagsleben der Stadtbevölkerung konnte damit allerdings nicht entgegengewirkt werden. Insbesondere ist ein zunehmender Verlust an Kleinstrukturen der Naturausstattung (Hecken, Grünstreifen, Spontanvegetationssäume, alte Obstgärten in Innenhöfen, Vorgärten und Einzelbäume) festzustellen.

Auch im Naturschutz regen sich immer mehr die Stimmen, die eine soziale Orientierung fordern (z.B. Trepl 1991, Breuste 1995, Rebele 1999). Natur und Landschaft einerseits und Menschen in ihren täglichen Lebensabläufen müssen angesichts wachsender Entfremdung von der Natur wieder in größere räumliche Nähe gebracht werden. Das geht nur mit mehr Natur in der Stadt, mit weniger Kompaktheit oder durch Nutzung der Chancen, Stadtbürger mit Natur in diffusen, weniger dicht besiedelten urbanen Landschaften wieder zusammenzubringen. Damit würde die gegenseitige Durchdringung von urbanen baulichen Nutzungen und Natur auch Vorteile bringen. Dies ist nicht zuletzt überdenkenswert angesichts des in der Nachhaltigkeitsdebatte diskutierten notwendigen stärkeren regionalen Bezugs von Wohnen, Erholung und Arbeiten. Vielleicht müssen wir uns auch auf eine Gesellschaft einrichten, die Landschaftsqualitäten nicht mehr billig und schnell weit außerhalb der Städte anbieten kann, sondern deren Städter wieder auf ihre Nahumgebung angewiesen sind. Große kompakte Städte ohne ausreichende grüne Freiräume und unterschiedliche Naturangebote (also auch Wald und Wildnatur einschließend) wären da eine schlechte Voraussetzung. Die städtische Grünplanung erkennt bereits jetzt die wirtschaftliche Chance gestufter Naturpflege und nähert sich ökologischen Positionen.

Wenn Natur in der Stadt oder besser in der urbanen Landschaft wieder einen konkreten sozialen Bezug finden würde, sozusagen eine "Urbanisierung" des Naturschutzgedankens weiter Raum greift (Breuste 1995), dann würde der scheinbare "Unwert" der "Restnatur" in kompakten Kernstädten auch nicht weiter die fortschreitende "Entgrünung" der Städte rechtfertigen helfen und die Bürger auf entfernte Außenbereiche für ihre Naturbedürfnisse verweisen. Städtische Siedlungsräume sind eben nicht nur "Fragmentvarianten ehemals naturnaher Biozönosen mit hohem Anteil plastischer Arten und geringer Schutzbedürftigkeit" (Plachter 1991, S. 126), sondern genutzte Kulturlandschaften mit vielfältigen Funktionen.

Nutzungstransformation in der Kulturlandschaft findet in jedem Fall und sicher auch zum Glück, denn Dynamik ist eine Dimension ökologischer Entwicklung, weiterhin statt. Eine weniger dichte, Natur und Menschen wieder verbindende neue urbane Kulturlandschaft könnte bisherige Nachteile der "alten" kompakten europäischen Stadt ausgleichen und neue Vorteile nutzbar machen. Also gilt es Vor- und Nachteile kritisch zu prüfen, Visionen zu entwickeln und gemeinsam an Leitbildern zu arbeiten, denn eins ist sicher: Es gibt gegenwärtig kein Leitbild urbaner Kulturlandschaft!

7. Konzepte auf dem Weg zur Nachhaltigen Stadtentwicklung

7.1 Kommunales Umweltmanagement

In den 90er Jahren entwickelte sich die Nachhaltige Stadtentwicklung als neue Leitlinie für eine stärker ökologisch orientierte Stadtpolitik. Ihre beiden zentralen Handlungsfelder sind haushälterische Bodenpolitik und stadtverträgliche Verkehrspolitik, ergänzt durch Grün- und Landschaftsgestaltung, Wasserver- und -entsorgung, Abfallbehandlung, Energieversorgung, Lärmschutz, Boden sanierung und ökologisches Bauen, richten sich gegen die vorherrschenden Trends:

- flächenextensive Siedlungsdispersion,
- räumlich-funktionale Entmischung und
- Zunahme des motorisierten Individualverkehrs.

Obwohl die Verbesserung der Umweltqualität in den Städten der neuen Bundesländer bedeutende Fortschritte gemacht hat (s.o.), bleibt diesem Thema in Ostdeutschland weiterhin eine zentrale Bedeutung.

Tendenziell wurde in den 90er Jahren der Übergang von der nachsorgenden Umweltpolitik und Schadensminderung zu vorsorgenden, auf Umweltqualität ausgerichteten Bemühungen der Kommunen spürbar. Eine Verknüpfung der o.g. Handlungsfelder erfolgte bisher noch nicht ausreichend, auch Konkurrenzen zwischen den Zielen und notwendige stadtteilbezogene Betrachtungsweisen blieben bisher noch weitgehend unberücksichtigt.

Ausgehend vom Umwelt-Gipfel in Rio de Janeiro 1992 gewinnt das Nachhaltigkeitsprinzip immer mehr auch in städtischem Kontext an Bedeutung. Unter den Städten Europas, die Lokale Agenden 21 zur Nachhaltigen Entwicklung ihrer Umweltbedingungen beschlossen haben, befinden sich zahlreiche deutsche Städte. Lokale Agenden 21 sind konkrete Handlungspläne auf kommunaler Ebene. Durch beschlossene Zielsetzungen wird eine realistische Verbesserung der Umweltbedingungen auf einer politischen Plattform angestrebt. In diesem Sinne finden verstärkt eine Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungen der Städte (Bürgerbeteiligung) und die Entwicklung von Umweltqualitätszielen für Städte als politisch beschlossene Entwicklungsziele im Umweltbereich statt (Bsp. bei Tschense 1998).

Eine angestrebte stadtverträgliche Verkehrspolitik und eine Reduzierung der Automobilität sind bisher weitgehend erfolglos geblieben. Dem Leitbild der "Stadt der kurzen Wege" konnte nicht näher gekommen werden, im Gegenteil. Neue Stadtstrukturen fördern geradezu individuelle Mobilität. Die weitere Verbesserung der Umweltsituation urbaner Landschaften, aber auch die weitere Entwicklung dieser Landschaften überhaupt wird wesentlich von der Art, Finanzierung und Lastenverteilung von Mobilität bestimmt werden.

Die Steuerung der Baulandnachfrage in die administrativen Grenzen der Kernstädte war bisher nur wenig erfolgreich. Meist standen dafür nicht ausreichend günstige und finanzierbare Flächenangebote zur Verfügung, Konkurrenzen mit den Umlandgemeinden konnten nicht abgebaut werden.

Der Erhalt der knappen, nicht erneuerbaren Ressourcen ist eine kommunale Hauptaufgabe. Energetische Umwandlungsprozesse sind außerdem Hauptemissionsquellen. Der Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger und der Minderung der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre waren in den 90er Jahren vielfältige Bemühungen gewidmet (Kommunaler Klimaschutz). Neben städtebaulicher Planung kamen kommunale Energiekonzepte, Stadtverkehrsplanung, Verbraucher- und Nutzerberatung und kommunale Klimabündnisse (150 deutsche Kommunen als Mitglieder) zur Anwendung.

Der Übergang von der Eigen- zur Fremdwasserversorgung zeigt den Trend zur funktionsräumlichen Arbeitsteilung zwischen Städten und ihrem Umland und die zunehmende Abhängigkeit der urbanen Landschaften von (weiträumig) regionalen ökologischen Verflechtungen. Ziele nachhaltigen urbanen Wassermanagements sind die Förderung natürlicher Kreisläufe (z.B. dezentrale Regenwasserversickerung statt Ableitung durch Kanalsysteme), der Schutz der Ressource Grundwasser vor Verunreinigungen und die Förderung des sparsamen Umgangs mit Wasser.

Entsiegelungsmaßnahmen sind ein wichtiges Handlungsfeld der Städte zum Bodenschutz, aber auch zur lokalen Klima verbesserung. In vielen Städten werden Entsiegelungsprogramme durchgeführt, die auch der Wohnumfeldverbesserung (z.B. Hofbegrünungsprogramme) dienen. Die Vermeidung von Versiegelung durch die Sicherung von Freiflächen hat jedoch Priorität und ist nach wie vor ein ungelöstes Problem (Überlegungen bestehen, versiegelte Flächen zu besteuern).

Die Minderung des Energieverbrauchs und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen sind ein wichtiges Ziel im kommunalen Umweltmanagement. Ein großes Energieeinsparpotential besteht im Wohnungsbestand. Dazu kommen Förderprogramme zur Anwendung (z.B. Niedrigenergiehaus-Förderung in Nordrhein-Westfalen) (BfLR 1996). Die

gleichzeitige Ausweitung des Ein- und Zweifamilienhausbaus relativiert die erzielten Erfolge allerdings. Außerdem treten Konflikte mit Gesundheitsrisiken durch verminderten Luftaustausch auf.

Eine zwingende Notwendigkeit für eine nachhaltige Entwicklung urbaner Landschaften ist das kommunale Zusammenwirken von Kernstädten und sie umgebenden Nachbarkommunen. Für das Ruhrgebiet, den Großraum Frankfurt, für Hannover, Berlin und andere Städte gibt es bereits gemeinsame Initiativen von Stadt und Umland. Die Umwelt- und Landschaftsentwicklung kann nur sinnvoll für ganze urbane Landschaften (bestehend aus Städten und Umland) erfolgen. Abgestimmte, besser noch gemeinsame Planungen sind dafür notwendig. Erste Erfolge sind Planungen von Grünen Ringen, Grünachsen und Grünen Netzstrukturen. Ziel ist es, eine ausgewogene Entwicklung zwischen städtischen Nutzungen, gewachsener Kulturlandschaft und Naturausstattung zu erreichen. Die Praxis zeigt, dass es jedoch noch viele Städte gibt, die diese Gemeinsamkeit mit dem Stadtumland nicht herstellen konnten, und dass Nachbarkommunen eigene Wege gehen.

7.2 *Naturschutz und Landschaftsplanung für Stadtlandschaften*

Instrument Biotopkartierung im besiedelten Bereich: Viele Städte haben in den 80er und 90er Jahren bedeutende Anstrengungen zum Schutz von Natur und Landschaft in ihren Stadtgrenzen unternommen. Teilweise erfolgten diese Bemühungen gemeinsam mit den umgebenden Kommunen (z.B. Stadtumlandverband Frankfurt, Hannover, Stuttgart u.a.). Stadtnaturschutz hat einen neuen kommunalpolitischen Stellenwert erhalten. Seit 1978 werden Biotopkartierungen im besiedelten Bereich als Grundlage für eine gezielte, flächendeckende Naturschutzpolitik durchgeführt. Dazu wurde 1986 ein von allen Bundesländern getragenes Methodenprogramm entwickelt und 1993 an die neuen Bedingungen nach der Wiedervereinigung angepasst. In etwa 200 deutschen Gemeinden wurde in den 90er Jahren mit dem Instrument Biotopkartierung gearbeitet (AG Biotopkartierung 1993).

Die Biotopkartierung bildet die Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Siedlungsbereich. Mit diesem Verfahren hat Deutschland eine weltweite Vorreiterrolle übernommen. In modifizierter Form wurde die Erfassungsmethode bereits in Brasilien und Japan angewandt.

Instrument "naturschutzrechtliche Eingriffsregelung": Um den Konflikt zwischen Bauen und Naturschutz besser zu bewältigen, wurde 1993 das Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zur Bauleitplanung im Bundesnaturschutzgesetz umfassend neu geregelt (§§ 8a bis c). Ein Regelwerk legt fest, wie bauliche Eingriffe in die Landschaft durch Ersatzmaßnahmen auszugleichen sind. Die Erfolge dieses Verfahrens sind jedoch bisher eher ernüchternd. Wegen häufigen orientierungslosen Vorgehens bei der Lokalisierung und inhaltlichen Gestaltung der Ausgleichsmaßnahmen wurde oft kein wirklicher Ausgleich der Eingriffe, sondern lediglich eine stadtgärtnerische Aufwertung erreicht. Mehr Natur für Stadtbewohner wurde dadurch nicht geschaffen.

Instrument Landschaftsplanung: Die Landschaftsplanung für Städte hat sich in den 90er Jahren deutlich entwickelt. Viele Städte nutzen dieses Mittel, um eine sachgerechte und ausgewogene Entwicklungspolitik zu betreiben, die der Naturausstattung und den landschaftlichen Potentialen eine mitbestimmende Rolle zuweist. Anhand eines Modelllandschaftsplans für eine ostdeutsche Großstadt (Halle) wurde das Verfahren weiterentwickelt.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat in Ostdeutschland ein einmaliges langjähriges Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur "Stadtlandschaftsentwicklung" (Greifswald) gefördert, um den Wandel urbaner Landschaften beispielhaft über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren zu erfassen und zu bewerten. Dies ist eine für Europa einmalige Dokumentation (Breuste 1996b).

Instrument Datendokumentation und Forschung: Viele Städte weisen der Information über Natur und Landschaft eine größere Rolle in ihrer Entwicklungspolitik zu. Dazu wurden Umwelt- und Naturschutzämter durch kompetentes wissenschaftlich geschultes Personal ergänzt und in ihrer Bedeutung gestärkt. Immer mehr erfolgt eine Vor- und Laufendhaltung von relevanten Daten in Form von Geographischen Informationssystemen (GIS), Umweltdatenbanken und Umweltatlanten. Den Anfang dazu machte der erste Umweltatlas einer Stadt (Berlin-West) im Jahre 1987, dem inzwischen zahlreiche weitere (auch auf CD-ROM und mit laufender Aktualisierung) gefolgt sind.

7.3 *Leitbilder für Stadtregionen*

Das Leitbild der dichten und kompakten Stadt ist objektiv nicht realistisch, vielleicht auch nicht mehr wünschenswert. Es lassen sich genügend negative Aspekte, auch mit Umwelt, Gesundheit und Ökologie verbundene, dagegen finden. Ent-

scheidend sind jedoch seine gegenwärtige Undurchsetzbarkeit und Realitätsferne. Stattdessen sind neue (oder alte und immer noch offene) Fragen zu beantworten:

- Wie können urbane Kulturlandschaften weiterhin Motoren wirtschaftlichen Erfolgs für die Gesellschaft und gleichzeitig attraktive Lebensräume für ihre Bewohner sein?
- Welche Rolle soll Natur zukünftig in ihnen spielen?
- Soll Landschaftsentwicklung sichtbar gemacht werden?
- Kann Naturkontakt im urbanen Lebensraum zukünftig selbstverständlich ermöglicht werden?
- Welchen Beitrag können Flussauen, Wälder oder landwirtschaftliche Nutzflächen dazu leisten?
- Wie müssen sie dazu positioniert sein und vor allem wie intensiv darf ihre Nutzung sein, ohne dass sie in ihrem Bestand gefährdet sind?

Dies alles sind viel wichtigere Fragen als Glaubensbekenntnisse für Kompaktheit oder Diffusion. Die Idee der aufgelockerten, grünen Stadt ist seit Howard und Wight immer wieder in Architektur und Raumplanung aufgegriffen worden, jedoch kaum mit Landschaftsökologie, Soziologie und Ökonomie verknüpft worden. Jedoch genau davon hängen Zukunftsfähigkeit und Realisierbarkeit ab. Die Vorstellungen von einem Nationalpark an Ruhr und Emscher z. B. tragen dem schon jetzt Rechnung und weisen in die richtige Richtung.

Der Natur und ihrer Erlebbarkeit und damit der Attraktivität des Lebensraums und dem Landschaftsbild wird zukünftig eine wesentlich höhere Bedeutung zukommen als zur Zeit. Voraussetzung für diese Annahme ist jedoch die These, dass der Nahraum im menschlichen Lebensbereich wieder an Bedeutung zurückgewinnt und großräumige Bedürfnisbefriedigung für alle Stadtbewohner außerhalb der urbanen Landschaften zurückgehen wird. Damit gewinnt die Frage nach der Rolle des Naturschutzes und der gleichzeitigen Naturnutzung künftig größere Bedeutung. Ziel muss es sein, die essentiellen Lebensraumbeziehungen Mensch – Natur in großräumigen urbanen Landschaften nicht zu verlieren, sondern sie wiederherzustellen. Dazu gehört die Akzeptanz des Strebens nach Privatheit und Garten ebenso wie der landschaftsbezogene Freiraum. Dazu bedarf es der Entwicklung von Gebietsmodellen für Naturstrukturen ("Landschaftsinfrastruktur") in urbanen Landschaften, in denen die Nutzungsintensitäten die vorhandenen Naturressourcen nicht irreversibel zerstören (z. B. Böden). Dies führt weg vom retrospektiven Raritätenschutz (Arten oder "alte", vorindustrielle Nutzungsformen) und hin zum bedürfnisorientierten Naturschutz und Gestalten in urbanen Landschaften. Damit kommen bei Anerkennung ökonomischer Steuerungen der Raumplanung neue und attraktive Aufgaben zu. Auf Raumplanung kann auch künftig bei der Gestaltung der zukünftigen urbanen Kulturlandschaft nicht verzichtet werden.

7.4 Umweltziele bestimmen und überprüfbare Maßnahmen festlegen

Die bisherigen ökologischen Gestaltungsziele in der Stadtentwicklung zielen auf Flächensparen, generelle Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Energie, Wasser usw.), Regenerierbarkeit von Eingriffen in die Ökosysteme und Zyklierung von Stoffflüssen. Notwendige Eingriffe in den Naturhaushalt sollen "ausgeglichen" werden. Dies betrifft jedoch nicht nur Landschaftstransformation durch urbane Nutzungen, sondern das Umweltwirken des Menschen generell.

Dabei wäre alles doch so einfach, wenn die Zielgrößen wirklich wissenschaftlich gut begründet wären und damit feststünden, der politische Wille sie zu erreichen vorhanden wäre:

- Weitere Versiegelung könnte über Abgaben, Steuern und Zertifikate verhindert werden. Stattdessen wird der Einfamilienhausbau als Versiegelungsmotor und Stütze der Bauwirtschaft staatlich (steuerlich) subventioniert.
- Geringe Grundsteuern als Anreiz, Flächen im Stadtumland zu verbauen, könnten auf Stadtniveau durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden.
- Kommunalpolitische Konkurrenzen in Stadtregionen könnten durch neue Verwaltungsformen und Regionalparlamente aufgehoben werden.
- Billige Massen-Automobilität, die diffuse urbane Nutzungsstrukturen erst möglich macht, könnte durch Abgaben weit oberhalb der 2 DM-Marke für einen Liter Kraftfahrzeugbenzin schnell aufgehoben werden.

Voraussetzungen dafür wären die Bereitschaft, einen viel stärker steuernden Staat zu wollen und in den Markt als Grundlage unserer Wirtschaftsform mehr als regulierend einzugreifen. Ob dies politischer Wille ist oder auch wie nützlich es wäre – die "Nebenwirkungen" wären mit zu beachten – bleibt fraglich. Die bisher meist genannten Gründe gegen eine diffuse, flächengreifende Entwicklung von urbanen Landschaften sind kritisch zu prüfen, z.B.:

- Dadurch kommt es zu mehr Pkw-Fahrten zwischen Arbeits- und Wohnorten und Wohnorten und Einkaufsmärkten. Ist jedoch die Zunahme der Pkw-Fahrten vor allem auf die Suburbanisierung zurückzuführen? Erfolgt heute nicht fast $\frac{3}{4}$ aller privaten Fahrten mit Pkw für Freizeitbedürfnisse?
- Ökologische Ausgleichsflächen, z.B. für den klimatischen Ausgleich im Stadtumland werden durch Zerteilung und Bebauung entwertet oder bedroht. Ist jedoch nicht gerade dieser Ausgleich eine Notwendigkeit eben der Belastungsklima erzeugenden städtischen Kompaktbauweise? Kann die Landschaftstransformation diese Flächen nicht berücksichtigen und zukünftig sogar nicht mehr notwendig machen?
- Flächenzerschneidung und Isolation von naturnahen Flächen sind ein Ergebnis diffuser Lokalisation urbaner Nutzungsstrukturen außerhalb kompakter baulicher Zusammenhänge. Die präurbane agrare Kulturlandschaft des Stadtumlandes hat ihre Kleinteiligkeit jedoch meist bereits vorher durch eine Intensivierung der Landwirtschaft verloren. Die landwirtschaftliche Intensivproduktion war und ist viel mehr als die Zerschneidung von Flächen durch Infrastruktur für den Artenrückgang und die Belastung natürlicher Stoffkreisläufe verantwortlich. Die Auswirkungen der Flächenzerschneidung sollen keinesfalls relativiert werden. Die wirkliche "Landschaftszerstörung" im Sinne von irreversibler Belastung von Stoffkreisläufen muss jedoch im Zusammenhang vieler eben auch landwirtschaftlicher Transformationen gesehen und bewertet werden. Ihre sichtbare strukturverändernde Seite wird im Gegensatz zur stofflichen Landschaftstransformation in der stadtnahen Agrarlandschaft (z.B. durch Düngung und Herbizideinsatz) meist deutlich negativer bewertet. Ist hier ästhetisches Empfinden primärer Wertungshintergrund?
- Die Zunahme der Bodenversiegelung ist ein Ergebnis wachsender persönlicher Ansprüche, privathaushaltlicher Strukturveränderungen und betriebswirtschaftlicher Kostensenkung in Industrie und Gewerbe auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Sie findet in den Kernstädten – dort häufig mit ebenso verheerenden Folgen – und außerhalb der kompakten Baugebiete im Stadtumland statt. Haushälterischer Umgang mit dem Boden, dem ein Marktwert zukommen muss, kann mehr daran ändern als Planung. Bodenversiegelung konzentriert sich besonders da, wo der Grundstückspreis hoch ist und zur Intensivverwertung scheinbar zwingt, nicht im Stadtumland, sondern in der Kernstadt!
- Die neuen diffusen Nutzungsstrukturen erfordern ein hohes Maß an Energie für Transporte und Unterhaltung. Obwohl genaue Untersuchungen vergleichend dazu bisher nicht erfolgten, wird hier der wirtschaftliche Hebel mehr erbringen als jede richtungweisende Planung. Nutzungsmischung kann keineswegs zwangsläufig Verringerung der Transporte und Fahrstrecken zur Folge haben.

Die Ursachen von als belastend oder nicht nachhaltig bewerteten Kulturlandschaftszuständen liegen in dem Zulassen und z.T. Fördern von verbrauchsorientierten Lebensweisen, der Konsumtion (einschl. von Boden, Wasser und Energie) als Zielorientierung, dem Wachstum als Wirtschaftsmotor, der Natur als "Null"-Wert im Markt, dem Bodenmarkt und der Durchsetzungsfähigkeit, wachsenden Möglichkeiten und Förderung von individuellen "Lebens(raum)-Bedürfnissen" gegenüber gesellschaftlicher Abwägung, Solidarität und Zukunftsfähigkeit. All dies wird nur in urbanen Landschaften auf kleinem Raum deutlicher als anderswo sichtbar.

Literatur

AHVENHARJU, SANNA, BARBARA ANTON, JUDITH BARTON, ERIK MOLLER, ERIKA SIEBERTS (1995): Towards Sustainable Cities & Towns. Freiburg , ICLEI

Arbeitsgruppe Methodik der Biotopkartierung im besiedelten Bereich (AG Biotopkartierung) (1993): Flächendeckende Biotopkartierung im besiedelten Bereich als Grundlage einer am Naturschutz orientierten Planung: Programm für die Bestandsaufnahme, Gliederung und Bewertung des besiedelten Bereichs und dessen Randzonen: Überarbeitete Fassung 1993. In: Natur und Landschaft 68, H. 10, S. 491-526.

BERGMANN, ECKHARD (1996): Die Balance finden. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 49- 54.

BmBau (Bundesministerium f. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (Hrsg.) (1993): Zukunft Stadt 2000: Bericht der Kommission Zukunft Stadt 2000. Bonn 1993.

BORN, MANFRED, ANDREAS LIEBERUM (1996): Zehn Schritte zur nachhaltigen Stadt. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 72.

BRAKE, KLAUS, URSULA RICHTER (HRSG.) (1996): Sustainable Urban Development: Ausgangsüberlegungen zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg

- BREUSTE, JÜRGEN (1995): Die Stadtlandschaft - Wandel und Perspektive einer Kulturlandschaft. In: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) (Hrsg): Laufener Seminarbeiträge 4/95 (= Vision Landschaft 2020: Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen), S. 63 – 74.
- BREUSTE, JÜRGEN (1996a): Landschaftsschutz - ein Leitbild in urbanen Landschaften. In: BORK, H.-R., G. HEINRITZ, R. WIEßNER (HRSG.): 50. Deutscher Geographentag Potsdam 1995, Bd. 1, Stuttgart, S. 134 – 143.
- BREUSTE, JÜRGEN (1996b): Nutzungstypenkartierung zur Dokumentation und landschaftsökologischen Bewertung der Nutzungssituation am Beispiel der Stadt Greifswald. In: Gleditschia 24, H. 1, S. 199 – 212.
- BUND, Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel, Boston, Berlin.
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (BfLR) (1996): Städtebaulicher Bericht: Nachhaltige Stadtentwicklung: Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. Bonn.
- CHARTA DER EUROPÄISCHEN STÄDTE UND GEMEINDEN AUF DEM WEG ZUR ZUKUNFTSBESTÄNDIGKEIT (Charta von Aalborg) vom 27. Mai 1994
- DROB, MICHAEL (1996): Die gerichtete Dichte. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 40 – 44.
- DUMREICHER, HEIDI, RICHARD S. LEVINE (1996): Tragbare Stadt. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 67 – 69.
- ENQUETE-KOMMISSION "SCHUTZ DES MENSCHEN UND DER UMWELT" DES 13. DEUTSCHEN BUNDESTAGES (ENQUETE KOMMISSION) (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Hrsg. Deutscher Bundestag, Bonn.
- ERMER, K. R. MOHRMANN, H. SUKOPP (1994): Stadt und Umwelt. Bonn 1994 (= Buchwald, K., W. Engelhardt (Hrsg.): Umweltschutz - Grundlagen und Praxis, Bd. 12)
- FIEDLER, KLAUS, JÖRG HENNERKES (1995): Städte für eine umweltgerechte Entwicklung: Materialien für eine "Lokale Agenda 21". Deutscher Städtetag (DST)-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz. Reihe E, H. 24, Köln
- FORK, C., LARSSON, J. and SWEITZER, J. (1996): Renewable resource appropriation. In: CONSTANZA, R. and SEGURA, O. (EDS.) (1996): Getting Down to Earth. Island Press, Washington DC, USA
- FRITZ, PETER, JOSEPH HUBER, HANS WOLFGANG LEVI (HRSG.) (1995): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Stuttgart: S. Hirzel
- HESSE, M., S. SCHMITZ (1998): Stadtentwicklung im Zeichen von "Auflösung" und Nachhaltigkeit. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8, S. 435 – 453.
- KESSLER, ELISABETH (1996): The Cityshere. In: Ambio, A Journal of the Human Environment, Stockholm, Bd.25, H. 2, S. 68 – 69.
- KÜHN, M. (2000): Zwischen "Stadt in der Landschaft" und "Stadtlandschaft": Freiraumentwicklung zwischen Mark und Metropole. In: IRS aktuell, 26, S. 7 – 8.
- LANGSCHWERT, GABRIELE (1996): Die Stadt als Öko-System. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 35 – 39.
- MÄDING, H. (1997): Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen. In: Difu-aktuelle Information, Dez. 1997, S. 1 – 11.
- NEISS, T. (1995): Wertvolle Kulturlandschaft neues Emschertal? Naturschutzgebiet in urban-industrieller Landschaft. In: Natur und Landschaft, 70. Jg. , H. 10, S. 454 – 457.
- NEUMANN, K., T. SIEVERTS (1995): Das Meßdorfer Feld, konzeptionelle Ansätze für eine langfristige und ökologisch

orientierte Sicherung und Weiterentwicklung (Planungsgutachten für die Stadt Bonn). Bonn.

PLACHTER, H. (1991): Naturschutz. Stuttgart: G. Fischer.

REBELE, F. (1999): Naturschutz in Stadt- und Industrielandschaften – Aufgaben, Begründungen, Ziele und Leitbilder. In: Geobotan. Kolloquium 14, S. 7 – 14.

RÖMER, MANUELA (1996): Fortschritt in Raten. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 70 – 71.

RUDOLF, FRANZ (1996): Grüne Hoffnungen. In: Politische Ökologie 44, Jan./Febr., S. 63 – 66.

SCHULTE, W., P. WERNER, H.-P. BLUME, J. BREUSTE, L. FINKE, M. GRAUTHOFF, W. KUTTLER, V. MOOK, A. MUEHLENBERG, W. PUSTAL, K. REIDL, V. VOGGENREITER u. R. WITTIG (1997): Richtlinien für eine naturschutzbezogene, ökologisch orientierte Stadtentwicklung in Deutschland. In: Natur und Landschaft 72, H. 12, S. 535 – 549.

SIEVERTS, T. (1998a): Die Stadt in der Zweiten Moderne, eine europäische Perspektive. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8, S. 455 – 473.

SIEVERTS, T. (1998b): Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. 2. Aufl., Braunschweig/Wiesbaden.

THE PRESIDENT'S COUNCIL ON SUSTAINABLE DEVELOPMENT (HRSG.) (1996): Sustainable America: A New Consensus. Washington DC, USA

TREPL, L. (1991): Forschungsdefizit: Naturschutzbegründungen. In: Henle, K., G. Kaule (Hrsg.): Arten- und Biotopschutzforschung für Deutschland. Jülich 1991 (= Berichte aus der ökologischen Forschung Bd. 4), S. 424 - 432.

TSCHENSE, H. (1998): Umweltqualitätsziele und -standards als Grundlage und Weg zu einer Leipziger Agenda 21. In: ICLEI, KUHN, S., G. SUCHY u. M. ZIMMERMANN (Hrsg.): Lokale Agenda 21 – Deutschland: Kommunale Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung, Berlin, S. 161 – 169.

UMWELTBUNDESAMT (HRSG.) (1991): Emissionsszenarien für den Pkw- und Nutzfahrzeugverkehr in Deutschland 1988 - 2005. Beilage zu Text 40/91. Berlin.

UMWELTBUNDESAMT/STATISTISCHES BUNDESAMT (HRSG.) (1995): Umweltdaten Deutschland 1995. Berlin.

VOJNOVIC, IGOR (1995): The pathway towards sustainable development and sustainable urban forms. Toronto

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Jürgen Breuste
Geographisches Institut der Universität Salzburg
Hellbrunner Straße 34
A 5020 Salzburg
Österreich

Inszenierung urbaner Räume in den USA – Stadtplanungsprojekte des Disney-Konzerns in New York City und Orlando, Florida

Frank Roost

1. Die wachsende Bedeutung urbaner Unterhaltungszentren

Entertainment-orientierte Projekte stellen in den USA heute eines der wichtigsten Elemente der Innenstadtentwicklung dar. Dies ist einerseits eine Folge des Tourismusbooms der 90er Jahre in den USA, der (wie in vielen Ländern) bewirkte, dass die Fremdenverkehrs- und Unterhaltungsbranche für die ökonomische Entwicklung der amerikanischen *downtowns* wichtiger denn je wurde (Fainstein/Gladstone 1996). Andererseits ist die wachsende Bedeutung der *urban entertainment center* aber auch ein Ergebnis der Abwanderung anderer innenstadttypischer Funktionen aus den Kernstädten. Nachdem im Zuge der Suburbanisierung in der Nachkriegszeit zunächst nur Einfamilienhäuser und Einkaufszentren in der Peripherie entstanden, wurden in den 80er und 90er Jahren zahlreiche suburbane *office parks* errichtet, die das Büroflächenangebot der Innenstädte oft übertrafen (Garreau 1991). Dadurch wurden die *central business districts* nach und nach ihres bis dahin wichtigsten Wachstumsmotors beraubt, sodass freizeitorientierte Dienstleistungen gegenüber den herkömmlichen Bürodienstleistungen in den Vordergrund traten.

Bei der Gestaltung und Organisation der touristenorientierten Projekte dienen nicht selten die Vergnügungsparks der Walt Disney Company als Vorbild. Sie stellen schließlich nicht nur seit Jahrzehnten den meistbesuchten touristischen Anziehungspunkt der USA dar, sondern gelten auch als erfolgreichstes Modell für eine zwar gestalterisch umstrittene, aber ökonomisch gewinnbringende Inszenierung eines pseudo-urbanen Aufenthaltsbereichs für touristische Zwecke.

Angesichts dieser Entwicklung kann es nicht überraschen, dass die Walt Disney Company mittlerweile auch selbst in den Stadtplanungssektor expandiert und in mehreren nordamerikanischen Metropolen innerstädtische Unterhaltungszentren betreibt. Als wichtigstes dieser Projekte kann Disneys führende Rolle bei der Erneuerung des Times Square-Quartiers in New York gelten. Dabei handelt es sich um eines der umfangreichsten und das wohl meist beachtete Stadterneuerungsvorhaben der 90er Jahre in den USA.

2. Times Square - Inszenierung großstädtischer Vielfalt

Der Times Square in New York, gelegen an der Kreuzung von Broadway und 42nd Street, ist einer der bekanntesten Plätze in den USA. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts konzentrieren sich hier Vergnügungseinrichtungen wie Musical-Theater, Kinos und Restaurants, aber auch die schon immer illegale Prostitution. Nachdem in den zwanziger Jahren von den großen Filmstudios zahlreiche Kinopaläste errichtet worden waren, folgte eine Blütezeit, die erst in den Nachkriegsjahrzehnten endete. Mit dem Aufkommen des Fernsehens und der Suburbanisierung der Mittelschicht verlor der Platz jedoch nach und nach seine bisherigen Besucher. Stattdessen traten nun Sexshops und Peepshows in den Vordergrund, und auch für zahlreiche der immer mehr werdenden Obdachlosen in New York wurde das Quartier zum bevorzugten Aufenthaltsort. Ebenso wurden eine Zunahme des Drogenhandels und eine damit einhergehende Beschaffungskriminalität am Platz verzeichnet. In den Krisenjahren New Yorks während der 70er Jahre war der Platz damit auch zu einem Symbol für den kritischen Zustand der amerikanischen Städte geworden.

Mit dem erklärten Ziel, eben diesen Charakter des Times Squares als Ort der Marginalisierten zu ändern und das Quartier stattdessen in ein Büroviertel zu transformieren, begannen Anfang der 80er Jahre die Stadt und der Bundesstaat New York ein groß angelegtes Erneuerungsprojekt. Nach Plänen der Architekten Johnson und Burgee sollten mehrere Hochhäuser errichtet werden und sollte dabei in *public-private partnership* die vernachlässigte Infrastruktur renoviert werden. Um dieses Vorhaben zu realisieren, wurden von der staatlichen Urban Development Corporation (UDC) zahlreiche Gebäude aufgekauft und die bestehenden über 200 Gewerbe im Projektgebiet geräumt. Klagen von Hausbesitzern und Bewohnern der umliegenden Quartiere führten jedoch dazu, dass das Bauvorhaben bis Anfang der 90er Jahre nicht durchgeführt werden konnte. Als die rechtlichen Probleme schließlich geklärt waren, hatte sich die Situation auf dem Immobilienmarkt jedoch dramatisch verschlechtert, sodass die potenziellen Investoren absprangen. So kam es, dass in einem der zentralen Bereiche Manhattans mehrere Blocks leer standen und auf Investoren warteten.

Neudefinition eines Symbols der amerikanischen Stadtkultur

1993 ließ die UDC dann ein Alternativkonzept erstellen, mit dessen Hilfe Wege aufgezeigt werden sollten, mit dem Leerstand umzugehen. Den Auftrag, dieses Gutachten zu erstellen, erhielt der New Yorker Architekt Robert A.M. Stern, der bereits mehrere Hotel- und Verwaltungskomplexe für die Walt Disney Company errichtet hatte und als guter Freund des Konzernchefs Michael Eisner gilt. Stern entwickelte ein Gestaltungs- und Nutzungskonzept mit dem Namen „42nd Street Now!“ Darin schlug er drei Maßnahmen vor, mit denen das Quartier wieder neu belebt werden sollte. Zum einen sollten in den Erdgeschossbereichen der leerstehenden Gebäude und Grundstücke, die für die zu errichtenden Wolkenkratzer geräumt worden waren, auf Kosten der Developer provisorische Geschäftsräume entstehen. Diese sollten bis zum Baubeginn der Bürotürme vermietet werden. Als Nutzungen für diese Räume schlug Stern touristische Einrichtungen vor, u. a. große, als *tourist super stores* bezeichnete Geschäfte sowie Souvenirläden, die „typisch amerikanische Waren“ anbieten sollten. Außerdem schlug Stern eine Renovierung der historischen Theatergebäude in der 42nd Street vor, die dann als Musicaltheater genutzt werden sollten. Und schließlich plante er den Bau eines Hotel- und Vergnügungskomplexes am westlichen Ende des Projektgebietes nahe dem New Yorker Busbahnhof (New York State Urban Development Corporation 1993).

Außerdem beinhaltete Sterns „42nd Street Now“-Plan eine neue Gestaltungsstrategie für das Projektgebiet. Die äußerlichen Merkmale, die den Times Square seit Beginn des Jahrhunderts ausgezeichnet hatten, wie die großflächigen Leuchtreklamen und das Nebeneinander sehr hoher und sehr niedriger Gebäude, sollten besonders betont werden. Darum sollten die Fassaden der neu zu errichtenden Gebäude unterschiedlich hoch sein, möglichst bunt, durcheinander und lebendig wirken und vor allem mit großflächigen Werbetafeln ausgestattet werden. In den Erläuterungen zu diesem Plan nahm Stern ausdrücklich Bezug auf die Vergangenheit des Quartiers als bedeutendes Zentrum der kommerziellen Unterhaltung. Vor allem der Symbolgehalt des Times Squares als Sinnbild des amerikanischen Unternehmergeistes, wie ihn die Broadway-Unternehmer verkörpern würden, wurde in den Vordergrund gestellt. Daraus wurde abgeleitet, dass das Quartier als Anziehungspunkt für Touristen zu entwickeln sei und für Investitionen der Unterhaltungsbranche vorbereitet werden sollte (New York State Urban Development Corporation 1993).

Disney übernimmt den Broadway

Zur selben Zeit, als Stern sein Gutachten erstellte, begann der Disney Konzern mit den Vorbereitungen für die Aufführung des Musicals „*The Beauty and the Beast*“ in einem gemieteten Theater, um seine Chancen am Broadway zu testen. Angesichts dieses Vorlaufs sowie der engen Verbindungen zwischen dem Disney-Konzern und Robert Stern, der kurze Zeit später auch Mitglied des Aufsichtsrats der Unterhaltungsfirma wurde, kann es nicht verwundern, dass es die Walt Disney Company war, die in der Folge die von Stern vorgeschlagenen Projekte zu einem erheblichen Teil realisierte. So wurde dort, wo Stern ein großes touristenorientiertes Geschäft vorgeschlagen hatte, 1996 ein riesiger Disney Store errichtet. Ebenso wurde das historische New Amsterdam Theater, ein prachtvoller Jugendstilbau, von Disney renoviert. Seit 1997 wird es für die Aufführung des Musicals „*The Lion King*“ genutzt, das ebenso wie „*The Beauty and the Beast*“ eine Bühnenversion eines gleichnamigen Disney-Zeichentrickfilms ist und deshalb von Beginn an mit einer hohen Popularität bei Millionen von potentiellen Kunden rechnen kann, die vorher bereits den Film gesehen haben. Und schließlich verhalf Disney auch dem Bau des Hotel- und Vergnügungskomplexes im westlichen Projektbereich zum Durchbruch. Indem sich die Disney Development Company bei der Ausschreibung mit Plänen für einen Disney-Ferienclub als „Unterhaltungs-Ankernutzer“ des Developers Tishman Speyer benennen ließ, konnte dieser von der UDC den Zuschlag für das Projekt erhalten, weil sein Nutzungskonzept von der Jury als am besten bewertet wurde (Merkel 1995). Ironischerweise hielt die Kooperation nicht lange: Disney stieg aus dem Geschäft wieder aus, und Tishman Speyer realisierte das Projekt alleine. Dafür errichteten jedoch zwei andere Disney-Tochterfirmen eigenständige Projekte am Times Square. Denn nach der Übernahme des Fernsehsenders ABC (und damit auch des Sportfernsehsenders ESPN) durch Disney wurde mit dem Bau einer ESPN-Zone Sportthemenrestaurants am Times Square begonnen, und kurze Zeit später errichtete ABC nur wenige Blocks weiter nördlich am Broadway ein aufwändiges Fernsehstudio für seine Frühstücksfernsehshow „*Good Morning America*“.

Mit dem Disney-Konzern als Investor gelang es der UDC, auch noch weitere Firmen zu finden, die an der 42nd Street Unterhaltungsprojekte errichten wollten, so dass Disneys Projekte als der Durchbruch für die Umsetzung des Times Square Redevelopment gelten können. Damit ist der Disney-Konzern die treibende Kraft in einem der wichtigsten und symbolträchtigsten Stadterneuerungsprojekte der USA geworden und präsentiert sich als ein wichtiger Faktor der amerikanischen Stadtkultur. Um diese selbst angestrebte Rolle im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch zu verstärken und gleichzeitig Werbung für seine neuen Produkte zu machen, nutzt Disney außerdem seither den Times Square für Promotion-Maßnahmen. So wurde anlässlich der Premiere des Disney-Zeichentrickfilms „*Hercules*“ im New Amsterdam Thea-

ter am 15. Juni 1997 von der Tochterfirma Disney Entertainment Productions eine Parade durch Midtown Manhattan veranstaltet. Dabei fuhren in einer Samstagnacht Umzugswagen mit Figuren wie Hercules und Micky Maus durch Midtown Manhattan und boten eine Show, bei der Kostüme, Umzugswagen und Präsentationsformen benutzt wurden, die das Unternehmen bisher nur bei seinen Paraden in Disneyland verwendet hatte (Purdy 1997). 42nd Street, Broadway und Fifth Avenue wurden für den Verkehr gesperrt, und zigtausende Menschen säumten die Straßen. Der Glanz der hell leuchtenden Umzugswagen war so wirkungsvoll, weil entlang des Weges Anwohner, Geschäfte und die Stadtverwaltung auf Disneys Bitte Schaufensterbeleuchtungen, Zimmerlampen und Straßenlaternen ausgeschaltet hatten (Martin 1997). Auf diese Weise konnte Disney das Zentrum der größten Stadt der USA zeitweise für sich vereinnahmen und für seine Werbezwecke verwenden.

Kulturelle Homogenisierung

Doch für diese Investitionen der Walt Disney Company hatte die Stadt einen hohen Preis zu zahlen. Denn in den Verhandlungen mit der UDC zeigte sich Disney als harter Verhandlungsgegner. Zunächst verlangte der Unterhaltungskonzern für die denkmalgerechte Renovierung des historischen New Amsterdam Theaters einen zinsgünstigen Kredit von Stadt und Staat New York in Höhe von 26 Millionen Dollar, so dass Disney nur 8 Millionen Dollar von seinem eigenen Kapital zu investieren brauchte (Pulley 1995).

Noch wichtiger als die finanziellen Zugeständnisse war für Disney jedoch die Forderung an die Stadt, die bereits begonnene Veränderung der Sozialstruktur des Times Square Quartiers weiter voranzutreiben. Zwar war durch die Räumung mehrerer Blocks entlang der 42nd Street, dort wo es einst die höchste Konzentration an Sex-Shops gegeben hatte, eine soziale Umstrukturierung des Viertels durch die Stadtverwaltung bereits beabsichtigt und eingeleitet worden. Doch für die Etablierung des Times Squares als ein familiengerechtes und touristenfreundliches Entertainmentcenter wurde diese Ausgrenzung nichtkonformer Nutzungen noch weiter fortgeführt. In den Verhandlungen der Walt Disney Company mit der UDC und der Stadtverwaltung über die Renovierung des New Amsterdam Theaters trafen sich 1995 Rudolph Guiliani, Bürgermeister von New York, und Michael Eisner, Chef des Disney-Konzerns, zu einem Gespräch. Letzterer machte dabei deutlich, dass es für Disneys Engagement unverzichtbar wäre, dass das Umfeld des Projektes frei von Sexgewerbe sei, da der Konzern einen besonders für Familien vertrauenswürdigen Markennamen hat. Konfrontiert mit solch einer Forderung garantierte Guiliani Eisner daraufhin mehrfach, dass bis zum Datum der geplanten Eröffnung des Disney-Musicaltheaters alle nicht jugendfreien Einrichtungen am Times Squares geschlossen werden würden (Weber 1997).

Der Bürgermeister sah sich nun verpflichtet, die in New York City seit Jahren diskutierte Änderung der *adult entertainment regulations*, also der lokalen Sex-Unterhaltungs-Regelungen, voranzutreiben. Aus verfassungsrechtlichen Gründen kam dabei nicht in Frage, das *adult entertainment* komplett zu untersagen. Auch konnte man nicht einfach solche Einrichtungen in dem Gebiet um die 42nd Street oder in ganz Manhattan verbannen, sie aber an anderer Stelle zulassen, da die anderen Stadtteile wie Bronx oder Brooklyn befürchteten, dass sich die Sexshops dann dort konzentrieren würden. Als eine Art Kompromiss erließ die Stadt deshalb 1995 neue *adult entertainment regulations*, die dafür sorgen sollten, solche räumlichen Konzentrationen zu unterbinden. Auf diese Weise konnte die bestehende Konzentration von Sexshops am Times Square, wie es sie nur dort gab, unterbunden werden. Und gleichzeitig konnte verhindert werden, dass sich neue Konzentrationen von Sexshops in anderen Stadtvierteln ergeben könnten. Dementsprechend ist laut den neuen Verordnungen in New York nun untersagt, einen Sex-Shop, eine Peepshow oder eine Striptease-Bar im Umkreis von 150 Metern von einer Kirche, einer Schule, einem ausgewiesenen Wohngebiet oder eines anderen Sexshops zu eröffnen oder auch nur weiterzuführen (Bruni 1995). Im Times Square Quartier wird damit die Anzahl der Sexgewerbebetriebe drastisch reduziert. Von den vor Beginn des 42nd Street Redevelopment Projektes vorhandenen über 140 Einrichtungen dieser Art können nur noch drei bestehen bleiben (Redburn 1994).

Da ein Teil der Betreiber von Sexshops versuchte, die Maßnahmen auf dem Rechtsweg zu verhindern, ergaben sich zwar bei der Umsetzung der neuen *adult entertainment regulations* Verzögerungen. Doch im Juli 1997 entschied ein Gericht des Staates New York gegen sie - mit der Begründung, die Aufrechterhaltung ihres Geschäftes sei nicht durch das in der Verfassung verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung, auf das sie sich beriefen, besonders geschützt. Wenige Wochen nachdem Disney die Renovierungen an seinem Musicaltheater beendet hatte und „*The Lion King*“ angelaufen war, drohte somit den meisten der Sexshops am Times Square tatsächlich die Schließung (Firestone 1997). Der Times Square, an dem neben dem großen Entertainment-Business traditionell immer alle möglichen illegalisierten Formen der Zerstreuung wie Prostitution, Glücksspiel oder Drogenkonsum (wie z.B. der boomende Alkoholausschank während der Prohibition) existiert hatten, wurde damit zu einem für „legitime“ Unterhaltung reservierten Distrikt. Das seit einem Jahrhundert von typisch großstädtischen Widersprüchen geprägte Rotlichtquartier wurde so zu einer familien- und touristenkompatiblen Vergnügungszone.

Begleitet und gefördert wurde dieser Prozess parallel dazu durch die Aktivitäten des Times Square *Business Improvement District* (BID). Bei dem ältesten und größten der BIDs in New York handelt es sich wie bei den anderen 26 BIDs um einen Zusammenschluss privater Unternehmen, die sich in *public-private partnership* darum bemühen, durch zusätzliche Dienstleistungen die Attraktivität eines Geschäftsviertels zu erhöhen, und so versuchen, die wirtschaftliche Situation des Quartiers zu verbessern. Ihre Finanzierung erfolgt durch Pflichtbeiträge der Geschäftsleute und Grundbesitzer im Quartier. Dabei werden sie von der Stadt organisatorisch unterstützt, indem beispielsweise die Stadtverwaltung die sich nach dem Grundsteueraufkommen richtenden Pflichtbeiträge für die BIDs eintreibt und weiterleitet (Times Square Business Improvement District 1995).

Neben dem eigentlichen Vergnügungsviertel umfasst der Times Square BID auch den westlichen Teil des Hochhaus-Büroviertels von Midtown Manhattan. Finanziert von den dort ansässigen Konzernen, Ladenbesitzern und Hotels ist sein Ziel insbesondere, die Attraktivität des Quartiers für Büroangestellte, Einzelhandelskunden und Touristen zu steigern. Individuen, die nicht diesem Personenkreis angehören, werden dagegen vor allem verstärkt überwacht. Deshalb hat der BID private Sicherheitskräfte engagiert, die das Quartier Tag und Nacht durchstreifen. Dabei kontrollieren sie, ob es im Gebiet Personen gibt, die sich kleinerer Vergehen schuldig machen. Zu den verfolgten Delikten gehören insbesondere der Verkauf gefälschter T-Shirts, Hütchenspiele, Taschendiebstahl und Theaterkarten-Schwarzhandel. Falls die Sicherheitskräfte solch ein Vergehen feststellen können, benachrichtigen sie die nächste Polizeistation. Die Beamten sollen dann erscheinen und die Beschuldigten festnehmen. Außerdem soll das Image des Times Squares durch zusätzliche Reinigung verbessert werden. Angestellte des BID schrubben zum Beispiel die Gehwege im Distrikt, entfernen Graffiti und streichen Straßenmobiliar (Dykstra 1995). Und nachts patrouillieren sogar Sicherheitskräfte des BID, um - ausgestattet mit Jeep und Kamera - zu kontrollieren, ob Personen heimlich ihre Notdurft verrichten (Times Square Business Improvement District 1995).

Eine noch weitreichendere, ebenfalls mit Hilfe des Times Square BID ins Leben gerufene Maßnahme, um das Gebiet intensiv kontrollieren zu können, ist der so genannte *Midtown Community Court*. Dies ist ein durch *public-private partnership* entstandenes und mit dem BID kooperierendes Gericht, dessen einzige Aufgabe ist, Bagatelldelikte zu verhandeln, die am Times Square begangen wurden (Feinblatt / Sviridoff 1995). Vor der Einrichtung des *Midtown Community Court* wurden die am Times Square Festgenommenen, genau wie alle anderen in Manhattan Festgenommenen, zu einem Gericht im Südteil der Insel transportiert, und dort wie alle anderen Verdächtigen abgeurteilt. Mit dem *Midtown Community Court* werden nun aber die in dessen Zuständigkeitsbereich, d.h. am Times Square, aufgegriffenen Personen gesondert behandelt. Dort werden die Angeklagten, meist Straßenverkäufer, Prostituierte, Drogenabhängige, Taschendiebe oder auch Obdachlose, die die Rechtswidrigkeit begangen haben, auf offener Straße Alkohol zu konsumieren, dann im Schnellverfahren von einem Richter abgeurteilt. In der Mehrzahl der Fälle besteht die Strafe daraus, dass von den Verurteilten „community services“ genannte Gemeinschaftsdienste abzuleisten sind. Die Delinquenten werden dann oft vom BID mit einem Besen ausgestattet und verpflichtet, die Gehwege am Times Square zu kehren (Feinblatt / Sviridoff 1995).

Mit der Einführung dieser Maßnahmen gelang es den ortsansässigen Geschäftsleuten, bei ihrem Versuch, den von ihnen im Quartier unerwünschten Personen zu verdeutlichen, dass sie sich besser einen anderen Aufenthaltsort suchen sollten, sogar die Rechtsprechung in *public-private partnership* einzubinden. Zwar behaupten die New Yorker BIDs, dass ihre Maßnahmen auch den Obdachlosen zugute kommen, wenn sie ihnen die Möglichkeit geben, als Reinigungskräfte zu arbeiten und dafür bezahlt zu werden. Dennoch wurden sie immer wieder von Bürgerrechtsaktivisten beschuldigt, dass sie die Obdachlosen nicht gut behandelten und zu schlecht entlohnter Arbeit nötigen würden (Zukin 1995). Angesichts der Struktur und der Finanzierungsweise der Business Improvement Districts ist das Ziel eines BIDs natürlich immer eher, die Interessen der Geschäftsleute zu vertreten, und weniger, den Marginalisierten eine optimale Behandlung zukommen zu lassen. Ihre Arbeit resultiert deshalb letzten Endes immer in einer Reorganisation des öffentlichen Raums, die den Zwecken der Unternehmen dient (Zukin 1995). Die Aktivitäten eines BIDs führen darum fast zwangsläufig zu einer konsumorientierten Form von Öffentlichkeit, die den Bedürfnissen zahlungskräftiger, kaufwilliger Personen entgegenkommt, nichtkonforme Personen dagegen ausgrenzt. Dies gilt auch für den Times Square, der durch die Erlasse der Stadtverwaltung, die Planungen der UDC, die Maßnahmen des BID und die Bedingungen der Walt Disney Company während der Verhandlungen zu einem Raum geworden ist, an dem bestimmten Bevölkerungsgruppen ihre Unerwünschtheit signalisiert wird, um so ein homogeneres, den konsumierenden Touristen stärker zusagendes Ambiente zu schaffen.

Die Feststellung, dass eine Homogenisierung des Quartiers zu Gunsten der Touristen stattgefunden hat, bedeutet natürlich nicht, dass der Times Square vor Beginn des 42nd Street Redevelopment mit seiner hohen Konzentration von Sexshops, Prostitution, Drogenhandel und Folgekriminalität eine Atmosphäre hatte, die ohne Einschränkungen positiv zu bewerten war. Doch unabhängig davon, ob man den Times Square der siebziger und achtziger Jahre eher als einen Hort

der Kriminalität und Prostitution und damit als wenig angenehmen und frauenfeindlichen Platz bewertet oder aber als einen Ort einfacher Vergnügungen und Ausdruck der Vielfalt städtischer Kultur versteht, ist in jedem Fall festzustellen, dass ein einschneidender Wandel der Sozialstruktur im Quartier stattgefunden hat, der für eine Erhöhung der Attraktivität des Gebietes in dieser weit reichenden Form nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Diese gründliche soziale Reorganisation war jedoch eine Bedingung der investierenden Unternehmen und damit allen voran des Disney-Konzerns. Angesichts der Bedeutung der Renovierung des New Amsterdam Theaters als das Vorhaben, das den Durchbruch des Projektes brachte (Bianco 1996), und der Tatsache, dass Eisners Bedingung dafür die Vertreibung der Sexshops aus dem Quartier war, wird deutlich, dass der Ausschluss nichtkonformer Personengruppen aus dem Quartier und die damit verbundene kulturelle Homogenisierung nicht nur ein Nebeneffekt von Disneys Engagement am Times Square war, sondern sogar dessen Voraussetzung. Disneys Wunsch nach einer familienkompatiblen Umgebung wurde von Seiten der Politik aufgegriffen, berücksichtigt und mit Hilfe von *adult entertainment regulations*, der „Null Toleranz“-Politik sowie der Maßnahmen des BID zügig umgesetzt.

Aneignung und Neuinterpretation der Stadt

Trotz dieser kulturellen Homogenisierung war Disney aber in der Lage, seine bereinigte Version der 42nd Street in der Öffentlichkeit als die beste denkbare und angesichts der Geschichte des Quartiers adäquate Form eines *redevelopment* zu präsentieren. Dabei kam dem Gutachten von Robert A.M. Stern eine herausragende Rolle zu, denn es ebnete nicht nur den Weg für Disneys Investitionen, sondern half auch mit seiner expliziten Bezugnahme auf das Aussehen des Vergnügungsviertels in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das Projekt zu legitimieren. Denn das Nutzungskonzept in Sterns „42nd Street Now!“-Plan enthielt nur wenig konkrete Aussagen über die zukünftige soziale Struktur des Quartiers. Umso differenzierter beschrieb das Gutachten dafür die Geschichte des Quartiers als ein einstmals wirtschaftlich erfolgreiches Vergnügungsviertel der weißen Mittelklasse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - sowie das damalige Aussehen des Times Square mit seinen Reklamelichtern als Sinnbild dieses wirtschaftlichen Erfolges (New York State Urban Development Corporation 1993).

Daran anknüpfend bestand der umfangreichste und meistbeachtete Teil des „42nd Street Now!“-Planes dann aus Zeichnungen der möglichen zukünftigen Ansichten, mit denen Stern vorgeblich nur seine Gestaltungsrichtlinien zu illustrieren suchte. Für den Planungsprozess aber hatten diese Bilder eine viel weitergehende Bedeutung. Mit der Bezugnahme auf die Vergangenheit und das einstige Aussehen des Quartiers eignete sich Stern die Geschichte des Times Square an und interpretierte sie auf eine den Interessen des Disney-Konzerns entsprechende Weise um. Schon in Disneys Themenparks wurden Motive mit herausragender Bedeutung für das kollektive Gedächtnis der Amerikaner aufgegriffen und in eine idealisierte, simplifizierte und leicht konsumierbare Form gebracht, ein Prozess, den Sharon Zukin eindringlich beschrieben hat, indem sie Disneyland als eine „mehrdimensionale Collage der amerikanischen Landschaft“ bezeichnet hat (Zukin 1991, S. 223). Auf dieselbe Art und Weise wurde nun der Times Square durch die Betonung der Bedeutung des bunten Aussehens des Quartiers mit seinen Werbelichtern darauf reduziert, ein Theaterviertel und Symbol der kommerziellen Unterhaltung gewesen zu sein.

Disney-typisch ist dabei eine ausgesprochen selektive Bezugnahme auf die Vergangenheit. So stellte einer der Disney-Planer in Bezug auf die Gestaltung von Disneyland fest : „*What we create is a 'Disney realism', sort of Utopian in nature, where we carefully program out all the negative unwanted elements and program in the positive element.*“ (zitiert in: Zukin 1991, S. 222). Und so wie in Disneyland alle ungewollten Aspekte der Geschichte ausgeblendet werden, wurde auch beim Times Square Redevelopment unterschlagen, dass zur Geschichte des *entertainment districts* nicht nur die Musical- und Kinopaläste der großen Unterhaltungskonzerne gehören, sondern ebenso auch die weniger strahlende Funktion des Quartiers als Ort der sozialen Widersprüche und als Nische der Ausgegrenzten. Schließlich war der Times Square schon in der Blütezeit der „legitimen“ Theater auch ein Ort des Drogenkonsums (und dies beinhaltete traditionell auch illegalisierte Drogen, wenn man z.B. den Alkoholausschank während der Prohibition mit in Betracht zieht). Und ebenso gehörte die auffallende Konzentration von Sexgewerbe schon immer zum Times Square - und zwar schon seit über einem Jahrhundert, also schon bevor dort überhaupt das erste Theater eröffnete.

Der Ausschluss aller nichtkonformen Nutzungen und Personen aus dem Quartier im Zusammenhang mit der Sanierung des Viertels erfüllt aber auch noch eine zweite typische Eigenschaft eines von der Walt Disney Company für Touristen gestalteten Raumes, nämlich den Aspekt der Sicherheit. Denn der Erfolg von Disneyland beruht nicht nur auf dem Design der Attraktionen, sondern auf der Kombination dieser Abwechslungsreichtum versprechenden Gestaltung mit der rigiden Organisation, die dem Besucher gleichzeitig Vertrauen einflößt. Auf diese Weise wird der Besucher in einen Zustand versetzt, bei dem die scheinbaren Widersprüche Stimulierung und Geborgenheit gleichzeitig miteinander verbunden sind. Diese in Disneyland so erfolgreich erprobte Kombination von Abwechslungsreichtum und Sicherheit, die

ob ihrer Fähigkeit, die Konsumbereitschaft der Besucher zu erhöhen, auch zum Gestaltungsprinzip der Shopping-Malls geworden ist (Crawford 1992), wird nun auch am Times Square angeboten.

So wie Disney in seinen Themenparks die Balance zwischen scheinbarem Abenteuer und Geborgenheit austariert, werden nun auch in der 42nd Street gestalterische Anspielungen auf typisch städtische Vielfalt und den einstigen Abwechslungsreichtum des Quartiers (wie die Times Square-typischen Neonlichter und Gebäudehöhen) mit Sicherheitsmaßnahmen (wie der „Null Toleranz“-Politik der New Yorker Polizei und den Aktivitäten des BID und des Midtown Community Court) kombiniert. Auf diese Weise schafft es der Unterhaltungskonzern, für die Touristen großstädtische Mannigfaltigkeit zu simulieren, dabei aber gleichzeitig die Sicherheit des kontrollierten Raumes einer *shopping mall* oder eines Vergnügungsparks zu bieten und sich so den wachsenden Markt des Städtetourismus der suburbanen Mittelschicht zu erschließen.

Angesichts der Bedeutung des Times Square als dem Ort, der die glorreiche Vergangenheit amerikanischer Großstädte ebenso wie deren aktuelle Probleme versinnbildlicht wie kein anderer, ist die 42nd Street für ein solches Vorhaben von Disney geschickt gewählt. Denn hier können nun nicht nur Profite erwirtschaftet werden und die Disney Development Corporation sich als die Firma präsentieren, die mit ihrem Know-how in der Lage ist, die verfallenden amerikanischen Innenstädte wirtschaftlich erfolgreich zu erneuern. Sondern gleichzeitig kann mit der Vereinnahmung des Times Square, der ein Inbegriff städtischer amerikanischer Kultur ist, außerdem der Markenname Disney noch stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden. Die Firma, die die Aktivitäten ihres Gründers schon immer als die Realisierung eines amerikanischen Traums zelebriert hat, kann sich damit bei ihrem Publikum mehr denn je als ein integraler Teil der amerikanischen Kultur präsentieren.

3. Celebration - Neuerfindung der amerikanischen Kleinstadt

Disneys Vorstoß in den Stadtplanungssektor ist jedoch nicht auf Urban Entertainment Center beschränkt, sondern umfasst auch komplette Wohnsiedlungen. Denn zur gleichen Zeit, als der Konzern am Times Square investierte, begann er auch mit dem Bau einer neuen Stadt in der Nähe von Orlando, Florida. Die ersten Bewohner zogen dort bereits 1996 ein, und nach und nach soll die Gemeinde auf eine Größe von 20.000 Einwohnern anwachsen.

Die Idee, eine Stadt dieser Größenordnung zu bauen, die vom Disney Konzern geplant, organisiert und kontrolliert wird, ist jedoch schon viel älter. Schon in den sechziger Jahren beabsichtigte der Firmengründer Walt Disney selbst, eine 20.000 Einwohner-Gemeinde auf den von ihm gerade erworbenen über 100 Quadratkilometern Land in Zentralflorida zu bauen. Um sein Projekt ungestört realisieren zu können, sicherte Disney sich die Planungshoheit für sein teilweise heimlich zusammengekauftes Gelände. Zu diesem Zweck versuchte er, vom Bundesstaat Florida Sonderrechte zu erhalten, die seinem Unternehmen die vollständige Kontrolle über sein Territorium geben sollten. Der Staat gestand dem Konzern diese Rechte auch zu - allerdings erst 1967, also kurz nach Disneys Tod. So erhielt der Disney-Konzern das Recht, auf dem firmeneigenen Gelände selbst über den Bau von Straßen und die Gestaltung von Gebäuden entscheiden zu können, selbst Steuern zu erheben und sogar ein eigenes Atomkraftwerk errichten zu dürfen - eine Option, die Disney allerdings offenbar nicht mehr zu nutzen beabsichtigt (Warren 1994). Die Modellstadt mit dem programmatischen Namen *Experimental Prototype Community of Tomorrow* - kurz EPCOT - sollte den technologischen Fortschritt im Sinne der Industrie propagieren und zu einem Aushängeschild der modernen Stadtgestaltung werden. Dabei hatte Disney eine Stadt im Sinn, deren Zentrum unter einer gigantischen, vor Wettereinflüssen schützenden Glaskuppel liegen und die mit neuen Technologien, wie einer Einschienenbahn als Hauptverkehrsmittel, ausgestattet werden sollte (Marling 1997).

Doch nicht nur die Gestaltung, sondern auch die soziale Organisation der Stadt sollte neuartig sein. Disney wollte in EPCOT ein Gemeinwesen schaffen, in dem sein Konzern nicht nur das Wohnen, sondern auch die kulturellen Institutionen, die Bildungseinrichtungen und die Beschäftigungsverhältnisse der Bewohner kontrolliert hätte. Disney plante sogar weit reichende Verhaltensregeln für die Bewohner seiner Modellstadt. Haustiere sollten verboten sein, Kleidervorschriften für alle Bewohner erlassen werden, und gemeinsame Übernachtungen unverheirateter Paare hätten zum Hinauswurf aus der Stadt geführt (Sudjic 1992). Selbst die lokalen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung sollten durch die Besitzverhältnisse eingeschränkt werden. Nach Disneys Tod 1966 erschien seinen Nachfolgern dieses Projekt jedoch zu umfassend, denn sie scheuten sich vor der großen Verantwortung, die mit einem so ambitionierten Vorhaben verbunden war. Stattdessen bauten sie nur den bescheideneren EPCOT-Themenpark und die dazugehörigen Hotel- und Ferienwohnungsanlagen - und Disneys „konservative Utopie“ (Zukin 1991, S. 224) blieb vorerst eine Vision.

Die Idee, auf dem Disney-Gelände in Florida eine vom Konzern kontrollierte Stadt zu bauen, kam jedoch über 20 Jahre später wieder auf die Tagesordnung. Denn der gewaltige wirtschaftliche Erfolg des Themenparks in Orlando hat die Stadt

mit jährlich 37 Millionen Gästen, die 15 Milliarden Dollar ausgeben, zum statistisch gesehen bedeutendsten Touristenziel der Welt gemacht. Durch den damit verbundenen Arbeitsplatzzuwachs konnte der Großraum um das einstige Provinzstädtchen binnen 20 Jahren eine Zuwanderung von über einer Million Menschen verzeichnen. Da die Bewohner dieser Stadtregion ständig neuen Wohnraum nachfragen, bot es sich schließlich für den Disney-Konzern an, auf einem für touristische Zwecke schwer nutzbaren Teil seines Geländes einen neuen Vorort für Orlando zu bauen.

Damit ging Walt Disneys Traum einer „Stadt der Zukunft“ zwar schließlich doch noch in Erfüllung, allerdings in einer ganz anderen Form als ursprünglich geplant. Denn bei seiner neuen Siedlung nahm der Disney-Konzern bewusst von einer modernen Gestaltung Abstand. Auch das verbreitete automobilgerechte Schema einer flächenverbrauchenden, fußgängerfeindlichen Aneinanderreihung von Einfamilienhäusern wurde abgelehnt. Dabei war diese Möglichkeit in den achtziger Jahren zunächst noch erwogen worden, denn die Walt Disney Company hat nicht wenige der Siedlungen dieser Art in Florida selbst errichtet. Denn in den achtziger Jahren gehörte dem Unterhaltungskonzern zeitweilig das Immobilienunternehmen Arvida, das als bedeutendster Developer solcher Anlagen in Florida gilt (Rymer 1996/ Grover 1992). Doch bereits nach wenigen Jahren verkaufte Disney diese Tochterfirma wieder und die von Arvida für das heutige Celebration-Gelände erstellten konventionellen Pläne wurden verworfen (Knack 1996).

Stattdessen wurden nun unterschiedliche Planungs- und Architekturbüros beauftragt, Ideen für die neue Siedlung zu entwickeln, darunter auch die Architekten Andres Duany und Elisabeth Plater-Zyberk, die als bedeutende Vertreter der Architektenbewegung New Urbanism gelten und für ihre Bemühungen bekannt sind, „neotraditionelle“ Siedlungen zu lancieren, bei denen das städtebauliche Gesamtkonzept und die architektonische Gestaltung der räumlichen Struktur und dem Aussehen einer gewachsenen, älteren Kleinstadt nachempfunden sind. Eisner war von diesen Ideen sehr angetan, beauftragte mit der Ausarbeitung eines diesen Vorstellungen entsprechenden Konzepts für die zukünftige Stadt Celebration dann aber statt Duany und Plater-Zyberk doch seinen Freund Robert A.M. Stern, der einen ebenfalls „neotraditionellen“ Masterplan für die Disney-Stadt entwickelte (Knack 1996).

Sterns Plan für Celebration zeichnet sich durch eine Reihe städtebaulicher Innovationen aus, die darauf abzielen, traditionelle urbane Qualitäten zu schaffen, die üblicherweise in den *suburbs* nicht zu finden sind. So wurde versucht, einen gewissen Abwechslungsreichtum zu erzeugen, indem verschiedene Gebäudetypen gemischt wurden: freistehende größere Häuser, Einfamilienhäuser mit kleinen Gärten, Reihenhäuser und sogar mehrgeschossige Wohnhäuser. Letztere bilden die auf einen künstlichen See zuführende *Main Street*, die mit ihren Läden in den Erdgeschossbereichen als Alternative zum Shoppingcenter am Rande der Siedlung gedacht ist. Sowohl dieses kleine Ortszentrum als auch die ganze Siedlung sind sehr um Fußgängerfreundlichkeit bemüht. Statt der sonst üblichen geschwungenen Erschließungsstraßen und Sackgassen (*cul-de-sac*) gibt es ein Netz kleinerer Straßen, die allesamt mit Bürgersteigen ausgestattet sind. Darüber hinaus wird das bisher in den Suburbs so dominante Automobil auch symbolisch in den Hintergrund gedrängt. Denn weil die Garagen in den hinteren Grundstücksbereich verlegt wurden, wird in Disneys neuer Stadt das Straßenbild nicht wie üblich von großen Garagenauffahrten beherrscht, sondern von Vorgärten.

New Urbanism

Mit diesen Eigenschaften handelt es sich bei Celebration um das bisher größte Neubauvorhaben, das auf den Prinzipien des so genannten „New Urbanism“ beruht. Auch wenn zwischen dem Disney-Konzern und dem Congress for the New Urbanism (CNU), in dem die Anhänger dieser Stadtplanerbewegung zusammengeschlossen sind, keine intensive offizielle Kooperation besteht, gilt Celebration in der Fachwelt als eines der bisher wichtigsten Projekte, bei dem die planerischen Ziele des New Urbanism realisiert wurden. Denn der CNU ist der Auffassung, dass die verkehrsmäßigen, ökonomischen und sozialen Probleme der amerikanischen Großstadtreregionen nur durch eine bewusste Abkehr von der herkömmlichen Struktur der automobilorientierten und funktionsentmischten *suburbs* überwunden werden können. Daher fordert der CNU den Bau „neotraditioneller“ Siedlungen wie Celebration, die sich in ihrer städtebaulichen und architektonischen Gestalt an der Form historischer Städte orientieren. Dabei hat es der CNU verstanden, sein Anliegen geschickt in der Fachöffentlichkeit zu lancieren, so dass der New Urbanism zu den derzeit unter den amerikanischen Architekten und Planern am intensivsten diskutierten Themen gehört.

Das als erstes realisierte (und als Vorbild gepriesene) Projekt dieser Art ist die durch den Film „The Truman Show“ einem breiten Publikum bekannt gewordene Feriensiedlung Seaside an der Westküste Floridas. Die von den Architekten Andres Duany und Elisabeth Plater-Zyberk entworfene Anlage besteht aus hell gehaltenen viktorianisch anmutenden Gebäuden, die einen Hauptplatz und eine darauf zuführende *Main Street* formen und so die Atmosphäre eines traditionellen Badeortes erzeugen sollen. Sharon Zukin hat bereits 1991, also noch bevor Disney tatsächlich begann, sich mit Celebration die Konzepte des New Urbanism anzueignen, darauf verwiesen, dass die Gestaltung der neotraditionellen Sied-

lungen von Duany und Plater-Zyberk maßgeblich von den Gestaltungsmethoden, die Disney in seinen Themenparks verwendet, beeinflusst worden sind. Denn die Anhänger des CNU versuchen, die Wahrnehmung darüber, was urbane Qualitäten bedeuten und wie sie visuell herzustellen seien, dadurch zu beeinflussen, dass sie diese Fragen auf eine bestimmte städtebauliche Anordnung der Gebäude und historisierende Architektur vereinfachen. In dieser Reduzierung und Aneignung eines Bildes entsprechen ihre künstlichen Versionen einer Kleinstadt durchaus dem Modell der *Main Street U.S.A.*, die den zentralen Bereich von Disneyland und Magic Kingdom bilden (Zukin 1991, S. 265).

Zukins Meinung, dass sich die New Urbanists von Anfang an am Modell Disney orientierten, wurde im Frühjahr 1997 bestätigt, als Andres Duany in einem Interview berichtete, dass der Ausdruck *neotraditional*, den er und seine Mitstreiter ihrer Architektur gegeben haben, ein Begriff ist, den sie aus dem Vokabular des Disney-Marketing übernommen haben. Nach Duany's Angaben wurde das Wort *neotraditional* erstmalig verwendet, als 1985 die Firma Stanford Research Institute vom Disney-Konzern damit beauftragt wurde, herauszufinden, was für eine Gesinnung der typische Kunde der *Babyboomer* Generation der in den Nachkriegsjahren Geborenen haben würde. Die Marktforscher beschrieben mit *neotraditional* schließlich die von dieser Zielgruppe bevorzugten Waren: Produkte, die moderne und traditionelle Elemente auf effiziente Weise miteinander verknüpfen, wie beispielsweise eine viktorianische Kaminuhr mit modernster Technik im Inneren (Harvard Design Magazine 1997).

Aus dieser Beschreibung wird bereits deutlich, welche Zielgruppe die neotraditionellen Siedlungen wie Celebration haben. Es sind die Babyboomer, also die erste Generation von Amerikanern, die in der von Einfamilienhäusern, *highways* und Shoppingmalls geprägten *suburbia* aufgewachsen ist und die zu den traditionellen amerikanischen Kleinstädten deshalb nur noch wenig Bezug hat. Stattdessen ist ihre Meinung über Städte nicht selten von deren sozialen und ökonomischen Problemen oder Vorurteilen über die Bewohner der Städte geprägt. Die wenigen positiven Vorstellungen von „Stadt“, und insbesondere von historischer Kleinstadt, die viele Angehörige dieser in der *suburbia* aufgewachsenen Generation haben, stammen indessen oft aus Disneys Themenparks. Denn als in den fünfziger Jahren die meisten Angehörigen der amerikanischen Mittelklasse die Städte verließen, um sich in den hauptstraßenlosen Vororten der Nachkriegszeit niederzulassen, bot ihnen Disneyland mit der *Main Street U.S.A.* das idealisierte Bild einer nun Vergangenheit gewordenen „städtischen Epoche“. Zwar handelt es sich dabei lediglich um eine historistische, ästhetisierende und unter Aneignung der Filmkulissentechnik entwickelte Version eines amerikanischen Kleinstadtzentrums, das es so beschaulich, friedlich und sauber nie gegeben hat (Zukin 1991). Doch diese äußerst selektive Wahrnehmung von Stadt entsprach den Wunschvorstellungen Walt Disneys ebenso wie dem antizipierten Idealbild vieler Angehöriger der amerikanischen Mittelklasse. Deren kollektives Gedächtnis wurde so durch Disney reflektiert und zu einem Bild verarbeitet, das als *Main Street U.S.A.* als Urlaubsereignis erlebbar wurde (Zukin 1991).

In diesem Sinne fungiert die *Main Street U.S.A.* als genau das, was ihr Name ja auf gewisse Weise auch bedeutet: als eine Art ideelle Hauptstraße für die Bewohner der hauptstraßenlosen amerikanischen Suburbs. Der Disney-Konzern ist sich dieses kulturellen Kapitals bewusst und versucht nun, da mit der zunehmenden Popularität des New Urbanism die urbanen Qualitäten der traditionellen Main Street wieder entdeckt und neu erfunden werden, dieses auch für sich zu nutzen. Mit Celebration bietet er nun selbst eine weitere Variation desselben Motivs auf dem immer größer werdenden Markt für neotraditionelle Siedlungen an. So greift Disney auf das von ihm selbst geprägte Kleinstadt-Idealbild in den Köpfen der Menschen zurück. Damit wird aus der *Main Street U.S.A.*, die selbst nur eine Inszenierung für Touristen war und die unter Verwendung von Filmkulissentechnik gestaltet worden war, wieder ein Abbild gewonnen, das als Kopie einer Kopie wieder zu einer echten Stadt wird.

Symbole einer kleinstädtischen Idylle

Der Versuch, mit Celebration eine Art Idealversion historischer Kleinstadt zu schaffen, zeigt sich aber nicht nur an den städtebaulichen Prinzipien, sondern auch an dem architektonischen Programm. Um ein idyllisches Stadtbild zu schaffen, verpflichtet der Disney Konzern die Bewohner, beim Bau ihrer Häuser strenge Gestaltungsrichtlinien einzuhalten. Zu diesem Zweck ist unter der Leitung von Robert A.M. Stern ein *Celebration Pattern Book* genanntes Musterbuch zusammengestellt worden, in dem von den möglichen Grundrissen über die Farbwahl bis ins kleinste Detail geregelt ist, welche Gestaltungselemente möglich sind. Zwar können sich die Bauherren ihre Häuser selbst aus einem umfassenden Katalog einzelner Elemente zusammenstellen. Sie haben sich dabei aber an einen von sechs möglichen historisierenden „Stilen“ zu halten, die der traditionellen Südstaaten-Architektur entlehnt sind: *Classical, Victorian, Coastal, Mediterranean, French* oder *Colonial Revival*.

Die Existenz von Gestaltungsvorschriften in Celebration ist als solche allerdings gar nicht so bemerkenswert, denn Regelungen dieser Art sind in neu gegründeten Wohnvororten nicht unüblich. Ebenso ist das Patternbook natürlich keine Er-

findung von Disney, sondern eine seit dem 19. Jahrhundert bei amerikanischen Baufirmen verbreitete Methode, Kunden die Möglichkeit zu geben, ihr Haus individuell zu gestalten. Auffallend ist vielmehr der Versuch, mit Hilfe eines solch umfangreichen Regelwerkes Einheitlichkeit und Vielfalt miteinander zu verbinden. Dadurch kann ein geschlossenes Stadtbild geschaffen werden, das gleichzeitig die langsam entstandene Vielfalt einer älteren Stadt simuliert. Mit dieser Maßnahme kommt Disney seinem Ziel, die Illusion zu erzeugen, dass es sich bei Celebration um eine Stadt mit traditionellen urbanen Qualitäten handele, wieder ein Stück näher.

So wie die Gestaltungsrichtlinien für die Einfamilienhäuser geeignet sind, eine romantisierende Kleinstadtatmosphäre zu schaffen, dient auch die Architektur der öffentlichen Gebäude diesem Zweck. Denn sie sind aufgrund ihrer Nutzung oder Gestaltung als „kleinstadttypisch“ erkennbar und bilden so - in Analogie zu Sharon Zukins oben erwähnter Beschreibung Disneylands - eine Art mehrdimensionale Collage der amerikanischen Kleinstadt. So befindet sich gleich am Ortseingang der Nachbau eines historischen Wasserturms, der hier zwar keine technische Funktion hat, dafür aber als weithin sichtbare Werbung für Celebration dient und die „historische“ Gestaltung der Siedlung bereits ahnen lässt.

Die von Disney den öffentlichen Gebäuden mit Symbolwirkung zugemessene herausragende Bedeutung ist aber auch daran erkennbar, dass der Konzern für die anderen, im Gegensatz zum Wasserturm tatsächlich genutzten öffentlichen Bauten bekannte Vertreter der postmodernen Architektur engagierte. So wurde die örtliche Bank von Robert Venturi und Denise Scott Brown entworfen und das *Preview Center* nach Entwürfen von Charles Moore realisiert. Das kleine Postamt von Michael Graves fällt durch eine Eingangs-Rotunde auf, sodass man es auch in Zeiten der Marktführerschaft privater Paketdienste nicht übersehen kann. Den am Rande der Siedlung gelegenen Bürokomplex, in dem auch die Disney Development Company ihren Sitz hat, entwarf Aldo Rossi in klassizistischem Stil. Das Kino dagegen wurde vom Argentinier Cesar Pelli gestaltet und erinnert an den Art-Deco-Stil der 30er Jahre. Und das als Rathaus bezeichnete Gebäude mit seiner großen Säulenvorhalle wurde von Philip Johnson, dem Altmeister der Postmoderne, entworfen.

Verhaltensregeln und Freizeitprogramm

Der Ausdruck Rathaus ist für den Johnson-Bau allerdings etwas verwirrend, denn er impliziert, dass dort ein Bürgermeister oder ein Stadtrat ihren Sitz hätten - was in Celebration jedoch nicht der Fall ist. Die entsprechenden Aufgaben werden stattdessen vom Disney-Konzern und der Verwaltung von Osceola County, in dem Celebration liegt, wahrgenommen. Auf der lokalen Ebene existieren als frei gewählte Bürgervertretung lediglich zwei *community associations* ohne größere rechtliche Befugnisse, deren Aufgabenbereich sich auf die Verwaltung von nachbarschaftlichen Einrichtungen und gemeinschaftlichen Flächen beschränkt und deren Entscheidungen im Zweifelsfall durch ein Veto des Managements verhindert werden kann.

Außerdem gilt für alle Bewohner eine Reihe von Verhaltensregeln, die die Disney-Developer aufgestellt haben. Davon ist die wichtigste, dass die Neubürger sich verpflichten müssen, mindestens neun Monate des Jahres zu Hause zu sein. Darüber hinaus ist alles verboten, was das idyllische Gesamtbild Celebrations beeinträchtigen könnte. So dürfen keine optischen Veränderungen am Äußeren der Häuser vorgenommen werden, wie zum Beispiel das Verglasen der Veranda. Ebenso ist es nicht erlaubt, Wäsche im Vorgarten aufzuhängen, ein reparaturbedürftiges Auto auf der Straße abzustellen, oder den Garten so zuwachsen zu lassen, dass er das Aussehen des Quartiers verdirbt (The Economist 1995). Auch die Art und maximale Zahl verschiedener Pflanzen im Vorgarten sind vorgeschrieben. Ebenso die Farbe der Vorhänge, denn sie müssen weiß sein. Wer gegen eine dieser Regelungen verstößt und beispielsweise rote Vorhänge benutzt, bekommt eine Mahnung von Kontrolleuren des Disney Konzerns, die im Ort auch als „Veranda-Polizei“ bekannt sind.

Um die Kontrolle über die Bewohner zu perfektionieren, wird in Ergänzung zu den Einschränkungen, die der Konzern ihnen auferlegt, vom Disney-Management ein umfassendes Programm für eine ganze Reihe sozialer Bedürfnisse geboten. So gibt es in Celebration eine Gesundheitsfürsorge, die auch eine ständige Überwachung des Lebensstils der Bewohner beinhaltet, ein Fiberglas-Netzwerk, durch das die Wohnungen mit den zentralen Einrichtungen der Stadt verbunden sind, sowie unter dem Titel *Community Integration Process* angebotene Kurse, in denen Angestellte des Konzerns den zukünftigen Bewohnern das in Celebration angebrachte Wertesystem und die dazugehörigen Verhaltensweisen beibringen (Flower 1996).

Wie weit der Einfluss geht, den der Konzern über die Bewohner Celebrations ausübt, wurde auch deutlich, als einige Bürger der Disney-Stadt es wagten, das vom Konzern vorgesehene Unterrichtskonzept für die Schule in Frage zu stellen. In falscher Einschätzung der Situation hatte das Disney-Management für Celebration ein besonders progressives Schulsystem mit so fortschrittlichen Elementen wie altersübergreifenden Lerngruppen anstelle von Schulklassen und Lernfortschrittsberichten anstelle von Zensuren entwickelt. Einige der Bürger, die mit einem naiven Glauben an Disneys Tradi-

onsbewusstsein nach Celebration gezogen waren, zeigten sich darüber unzufrieden. Das Unternehmen war aber nicht kompromissbereit. Damit wurden ironischerweise gerade diejenigen, die ursprünglich ein besonderes Vertrauen in Disney hatten, die ersten, die feststellen mussten, welche Konsequenzen der Mangel an demokratischer Mitbestimmung hat. Aus Angst vor der Macht des Unternehmens trafen sie sich heimlich außerhalb der Stadt und versuchten, Widerstand zu organisieren. Als sie mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit traten, wurde ihnen jedoch von der Mehrheit der Bewohner und vom Disney-Management signalisiert, dass dieses abweichende Verhalten nicht toleriert würde. Einige der betroffenen Familien entschlossen sich daraufhin, aus Celebration fortzuziehen. Doch selbst dann ließ die Walt Disney Company noch einmal ihre Macht spielen. Sie bot den Wegzugswilligen zwar an, beim Verkauf des Hauses behilflich zu sein, ließ sich dafür aber von den Betroffenen vertraglich zusichern, dass diese nicht mit der Öffentlichkeit oder der Presse über den Vorfall sprechen dürften, da dies den Ruf der Stadt schädigen könnte.

Die Stadt als Markenprodukt

Die Konflikte zwischen Management und Bewohnern verdeutlichen natürlich den ausgeprägten Sinn des Disney-Konzerns für Kontrolle. Doch ähnlich wie bei den Gestaltungsrichtlinien oder dem Pattern Book handelt es sich dabei nicht um Bestimmungen, die der Disney-Konzern selbst entwickelt hat, sondern lediglich um eine besonders konsequente und neuartige Anwendung von Maßnahmen, die in der amerikanischen Immobilienbranche durchaus üblich sind. Tatsächlich sind zahlreiche der Regelungen, die in Celebration gelten, für eine Siedlung dieser Art nicht ungewöhnlich. In vielen als so genannten *subdivisions* errichteten Neubausiedlungen gibt es *hownowner associations* und dazugehörige komplexe rechtliche Regelwerke, mit denen Developer und Hausbesitzer versuchen, sich vor Unwägbarkeiten, die den Wert der Immobilie beeinträchtigen könnten, zu schützen. Angesichts des Umstandes, dass diese *common-interest developments* mittlerweile die am schnellsten zunehmende Form des Wohnungsneubaus darstellen, heißt das, dass Disney hier also nur einem bestehenden Trend folgt. Ebenso muss auch positiv bemerkt werden, dass Celebration im Gegensatz zu zahlreichen anderen Neubausiedlungen in Florida keine umzäunte Siedlung ist. Dies ist allerdings auch kaum nötig, da die geografische Lage eine gewisse Exklusivität garantiert. Celebration ist im Norden und Westen von *highways* und einem Golfclub sowie im Süden und Osten von Naturschutzgebieten umgeben und außerdem nur über eine Autobahnabfahrt erreichbar.

Bedenklich wird der Charakter Celebrations als *subdivision* mit Einschränkungen der demokratischen Mitbestimmung auf der lokalen Ebene aber, wenn man in Betracht zieht, dass Celebration vom Disney-Konzern als ein „Prototyp für die Stadt des kommenden Jahrtausends“ gepriesen wird. (Rymer 1996, S. 68). Ein durchschnittlicher Developer, der den Immobilienwert seiner Siedlung durch ein komplexes rechtliches Regelwerk absichern will, würde sein Projekt wohl kaum als Modell für die Stadt des 21. Jahrhunderts anpreisen. Vor allem aber würde er es auch nicht wagen, ein Gebäude mit dem Namen Rathaus zu versehen und von einem der bekanntesten Architekten der Welt bauen zu lassen, wenn darin kein Stadtrat oder Bürgermeister sitzt, sondern es sich lediglich um einen Versammlungsraum handelt. Hier zeigt sich, dass Disney versucht, die Bedürfnisse der Bewohner nach *neighborhood* und *community* von der Ebene der lokalen demokratischen Selbstbestimmung auf eine symbolische Ebene zu verlagern. Durch die Verwendung von Symbolen kleinstädtischer Idylle wird der Wunsch der Bewohner nach dem Gemeinschaftsgefühl und der Tradition einer „echten“ Stadt scheinbar erfüllt, ohne dass sie dabei auf die Sicherheit einer *planned community* verzichten müssten.

Disneys Expansion in den Bereich der Stadtplanung stellt deshalb auch mehr als nur ein Intermezzo dar. Vielmehr hat Disney erkannt, dass die Kombination von unterhaltender Fürsorge, umfassender Kontrolle und symbolischer Urbanität, wie sie Disneys Themenparks auszeichnet, auch auf Projekte in der realen Welt übertragbar ist, insbesondere, wenn die Nachfrage nach neotraditionellen *communities* weiter so zunimmt wie bisher. Wie profitabel dieses Geschäft sein kann, zeigt sich schon daran, dass allein 15 % des Preises vom Disney-Management für die Kosten des hohen gestalterischen Aufwandes veranschlagt werden (Steiner 1996). Das über Jahrzehnte in den Themenparks entwickelte und erprobte Design- und Organisations-Know-how kann hier in dieser Branche also noch einmal zusätzlich gewinnbringend angewandt werden.

Hinzu kommt, dass der Disney-Konzern bei den meisten seiner Kunden ein einzigartig positives Image als familienfreundliches und vertrauenswürdiges Unternehmen hat. Dieses Image ist natürlich eine hervorragende Voraussetzung, um Siedlungen bei Kunden zu vermarkten, die sich ein angenehmes Lebensumfeld für ihre Kinder erhoffen. Der Konzern, der mit seinem Merchandising seiner ältesten und am erfolgreichsten angesprochenen Zielgruppe, der suburbanen amerikanischen Mittelschicht, bereits alle nur erdenklichen Produkte vom Computerspiel bis zur Unterhose verkauft, geht also noch einen Schritt weiter in seiner bisher so erfolgreichen Diversifizierungsstrategie und bietet dieser Gruppe mit Celebration nun auch eine komplette Stadt als Markenprodukt an.

4. Von der Stadt zum Themenpark - Urbanität als gesellschaftliches Auslaufmodell?

Mit dem Bau der Siedlung Celebration in Florida und mit seiner führenden Rolle beim Times Square Redevelopment in New York ist der Disney-Konzern zu einer wichtigen Kraft in der US-amerikanischen Stadtplanung geworden. Dabei macht sich das Unternehmen den Umstand zu Nutze, dass die privatwirtschaftliche Inszenierung urbaner Aufenthaltsräume in den von starken sozialen Gegensätzen geprägten Großstadtreionen eine immer wichtigere Rolle einnimmt. Für die meisten Bewohner der von Einfamilienhausgebieten, *highways* und Shopping-Zentren geprägten Vororte stellt der Aufenthalt in der Innenstadt mittlerweile einen seltenen Ausnahmefall dar. Ihre Vorstellungen von einem urbanen Erlebnisbereich wurden bisher eher in Disneyland erfüllt als in der von wirtschaftlichen und sozialen Problemen geprägten Realität der *downtowns*. Die disneylandartige Inszenierung ausgewählter Bereiche der Innenstädte für diese Zielgruppe kann deshalb ökonomisch erfolgreich durchgeführt werden. Voraussetzung für diese Umstrukturierung sind jedoch ein drastischer sozialer Wandel und ein privatwirtschaftlich organisiertes Sicherheitskonzept in den betroffenen Quartieren, wie sie mit dem in Europa verbreiteten Modell einer bestands- und bewohnerorientierten Stadtplanung und einer staatlich organisierten, demokratisch legitimierten Gewährleistung der öffentlichen Ordnung kaum vereinbar wären.

Ähnliches gilt für die neuen suburbanen Siedlungen des New Urbanism. Zwar ist mit diesem Konzept der Anspruch verbunden, stärker als bisher an die urbanen Qualitäten historischer Städte anzuknüpfen und durch stärkere Verdichtung sowie Fußgängerorientierung auch flächensparender und damit ökologischer zu bauen. Doch bei einer genaueren Betrachtung wird schnell deutlich, dass es sich, wie in Celebration, weniger um ein zukunftsorientiertes Modell für die ganze Stadtregion handelt als vielmehr um den Versuch, der suburbanen Mittel- und Oberschicht einen Wohnort anzubieten, in dem sie zwar die ethnische und soziale Homogenität der Vororte findet, gleichzeitig aber eine inszenierte Urbanität konsumieren kann. Dass dieses Modell von *community* jedoch die sozialen Qualitäten einer wirklichen Stadt vermissen lässt, zeigt sich vor allem daran, dass die demokratische Mitbestimmung in dieser privatwirtschaftlich organisierten Idylle stark eingeschränkt ist.

Deshalb ist die disneytypische historisierende Gestaltung auch nicht die wichtigste Eigenschaft dieser Projekte, sondern nur ein auffälliges Element, das zur Popularität der Bauvorhaben erheblich beiträgt. Am bedeutendsten ist vielmehr, dass hier für den wohlhabenden Teil der amerikanischen Gesellschaft eine Alternative zum bisherigen Modell von Stadt geboten wird, indem zwar ein diffuses Gefühl von Urbanität erzeugt wird, wirkliche urbane Vielfalt jedoch fehlt. Die Auseinandersetzung mit dem Problem der „Disneyfizierung der Städte“, wie sie auch in Europa geführt wird, sollte deshalb nicht nur auf der Ebene der Kritik am architektonischen Kitsch stattfinden. Vielmehr gilt es, herauszustellen, welche negativen Folgen eine rein privatwirtschaftlich organisierte und primär auf Freizeitdienstleistungen ausgerichtete Stadtentwicklung langfristig haben kann.

5. Quellenangaben

Bianco, Anthony: "A Star is Reborn - Investors hustle to land parts in Times Square's transformation" In: *Business Week*; July 8th, 1996

Bruni, Frank: "Some Sex-shops Vow to Fight City's New Rules" *New York Times*, October 22nd, 1995

Crawford, Margaret: "Warenwelten". In: *Arch+*, Nr. 114/115, Dezember 1992, S. 73-80

Dykstra, Gretchen: "The Times Square Business Improvement District and its Role in Changing the Face of Times Square", In: McNamara, Robert P., ed.: *Sex, Scams, and Street Life. The Sociology of New York City's Times Square*. Westport, Ct. / London UK. 1995. S. 75-81

The Economist: "It's a Small Town After All", 25. November 1995, S. 27-28

Fainstein, Susan S. and Gladstone, David: "Tourism and Urban Transformation: Interpretations of Urban Tourism" In: Ove Källtorp et al. (Hrsg.): *Cities in Transformation - Transformation in Cities*. Aldershot, 1996

Feinblatt, John and Michele Sviridoff: "The Midtown Community Court Experiment" In: McNamara, Robert P., ed.: *Sex, Scams, and Street Life. The Sociology of New York City's Times Square*. Westport, Ct. / London UK, 1995. S. 83-96

Firestone, David: "X-Rated Businesses Lose Appeal of Law Forcing Them to Shut Doors or Move", *New York Times*, July 11th, 1997, S. B 3

- Flower, Joe: "What If You Could Build It?". In: *Healthcare Forum Journal*, Vol. 39, No. 3 (May/June 1996)
- Grover, Ron: *Die Disney Story - Wie Micky Mäuse macht*. Frankfurt a.M. / Berlin, 1992
- Harvard Design Magazine*, "Urban or Suburban ?" Winter / Spring 1997, S. 47-63
- Knack, Ruth: "Once Upon a Town - Lots of hype and Disney dollars could put new urbanism on the map." In: *Planning*, Vol. 62, No. 3 (March 1996)
- Marling, Karal Ann: "Imagineering Disney's Theme Parks" In: Marling, Karal Ann (Hrsg.): *Designing Disney's Theme Parks - The Architecture of Reassurance*. New York / Paris 1997, S. 29-178
- Merkel, Jayne: "Fireworks on 42nd Street - Too Much about Economics, Too Little about Architecture." *Competitions*, Vol. 5, No. 3 (May 1995), S. 44-49
- New York State Urban Development Corporation: *42nd Street Now!* New York, 1993
- Pulley, Brett: "A Mix of Glamour and Hardball Won Disney a Piece of 42nd Street." *New York Times*, July 29th, 1995
- Purdy, Matthew: "Disney Parade About to Turn Midtown Goofy." *New York Times* (June 13th, 1997) S. B1 - B7
- Redburn, Tom: "Putting Sex in Its Place" *New York Times* (September 12th, 1994) S. B1- B 3
- Rymer, Russ: "Back to the Future - Disney Reinvents the Company Town", In: *Harper's Magazine*, Oct. 1996, S. 65-78
- Steiner, Dietmar: "A Diary of Disney's Celebration" In: *Domus* No. 787 (November 1996), S. 43-52
- Sudjic, Deyan: *The 100 Mile City*, Harcourt Brace, San Diego and New York, 1992
- Times Square Business Improvement District: *Times Square - Crossroads of the World*, Firmenbroschüre, New York 1995
- Warren, Stacy: "Disneyfication of the Metropolis: Popular Resistance in Seattle", In: *Journal of Urban Affairs*, Vol. 16 (1994), No. 2
- Weber, Bruce: "Disney Unveils Restored New Amsterdam Theater." *New York Times* (April 3rd, 1997), S. B 3
- Zukin, Sharon: *Landscapes of Power: From Detroit to Disney World*, Berkeley / Los Angeles, 1991
- Zukin, Sharon: *The Cultures of Cities*, Cambridge, Ma. / Oxford UK, 1995

Anschrift des Autors:
Frank Roost
TU Berlin
Institut für Soziologie
Franklinstraße 28–29
10587 Berlin

Naturschutz und Landschaftsgestaltung in suburbanen Räumen¹

Dr. Stefan Körner

1. Einleitung

Das Leitbild urbaner und nachhaltiger Stadtentwicklung ist die kompakte europäische Stadt mit ihrer spezifischen Mischung aus Wohn- und Gewerbenutzungen und der damit verbundenen flächensparenden Innenverdichtung der Städte. Trotz dieses Leitbildes sind jedoch aufgrund technologischer, wirtschaftlicher und sozialer Prozesse allerorten suburbane Räume entstanden. Zwei Problembereiche sind bekanntlich mit der Suburbanisierung vorrangig verbunden: Erstens sind die ökologischen Belastungen vor allem durch den Flächenverbrauch und das Verkehrsaufkommen in diesen Räumen immens. Zweitens stellen diese Räume unästhetische Wüsten dar, die völlig aus der Wahrnehmung herausfallen, weil sie weder den typischen Stadtbildern noch gewohnten Landschaftsbildern entsprechen.

Die bloße Abwehr der Suburbanisierung erscheint zunehmend als perspektivlos, ihre Anerkennung als Realität hat aber derzeit noch eher den Charakter einer fatalistischen Fügung ins Unvermeidliche. In dieser Situation hat Sieverts Buch über die „Zwischenstadt“ einen zunehmend anerkannten Perspektivwandel eingeleitet, der zur kulturellen Auseinandersetzung mit den neuartigen Stadtformen und auch mit neuartigen Formen von Natur motiviert (vgl. Sieverts 1999). Notwendig ist nicht nur die Lösung der materiellen ökologischen Probleme in diesen Räumen, sondern es stellt sich – wie Sieverts zeigt – vor allem eine kulturell-gestalterische Herausforderung. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach einem neuen und zeitgemäßen Naturbild. Vor allem in der Stadtökologie wird zunehmend davon ausgegangen, dass der urban-industrielle Naturtyp der Kultur einer pluralistischen Gesellschaft angemessener sein könnte und daher das meiste Entwicklungspotenzial birgt.

Demgegenüber behandelt der Diskurs über die nachhaltige Stadtentwicklung im Wesentlichen die materiell-ökologischen Probleme der Suburbanisierung. Dieser Dimension wird man nicht automatisch dadurch gerecht, dass man für ökologisch intakte Lebensverhältnisse sorgt. Denn ob die Natur als intakt eingeschätzt wird, hängt – wie gezeigt werden wird – maßgeblich von dem dabei als Bewertungsgrundlage verwendeten Natur- und Gesellschaftsbild ab. Für den Naturschutz geht es somit darum, seine Fixierung auf die ländliche Kulturlandschaft der traditionellen Agrargesellschaft als Inbegriff einer ‚heilen Welt‘ zu überwinden, so schön und harmonisch diese Landschaft wirken mag, und Konzepte zu entwickeln, die der grundlegend veränderten Kultur in einer urbanen und mobilen Informationsgesellschaft gerecht werden (vgl. Dettmar 2002, 10). Damit ist jedoch keine generelle Abwertung der Kulturlandschaft verbunden, denn im Bereich der Erholungsplanung stellt dieser Landschaftstyp, gerade weil er eine Kontrasterfahrung zur heutigen Alltagswelt bietet, eine unverzichtbare Ressource für die Naherholung dar. Dabei geht es weder um ein Entweder-oder zwischen Suburbanisierung und Innenentwicklung noch zwischen traditioneller Kulturlandschaft und urban-industrieller Natur, sondern um eine differenzierte Antwort auf die Probleme in den Ballungsregionen.

Im Folgenden wird der kulturelle Kontext der Diskussion über die Suburbanisierung dargelegt. Dieser Kontext ist nicht nur insofern wichtig, als es Konsens findet, dass soziokulturelle Belange integraler Teil des Nachhaltigkeitsgedankens sind, sondern es zeigt sich auch, dass wenig empirische Erkenntnisse über die Suburbanisierung vorliegen. Aus diesem Grund werden weltanschauliche Maximen bei der Beurteilung suburbaner Entwicklungen maßgeblich.

Zudem wird gezeigt, dass die Innenverdichtung kein Patentrezept zur Durchsetzung nachhaltiger Siedlungskonzepte darstellt, das in der Debatte über eine nachhaltige Stadtentwicklung vertretene biologistische Menschenbild wird kritisiert und dieses Menschenbild in einen weiteren Kontext der Ökologisierung des Naturschutzes eingebettet und demonstriert, dass es einem konservativ-zivilisationskritischen Weltbild entspringt.

Ferner wird dann abschließend ausgeführt, dass eine kulturell motivierte Gestaltung suburbaner Räume keinen Luxus oder eine euphemistische Verschleierung eines unliebsamen Prozesses darstellt, sondern eine nicht banal funktionalistische Antwort auf die Probleme von Suburbanisierungsprozessen.

¹ Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 2.7.2002 auf der Tagung des Deutschen Rates für Landespflege „Die verschleppte Nachhaltigkeit: frühe Forderungen – aktuelle Akzeptanz“ in Berlin gehalten wurde.

2. Die kulturelle Dimension des Naturschutzes im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung

Die Suburbanisierung wird heute vor allem auch deshalb als eine kulturelle Herausforderung begriffen (vgl. dazu auch Dettmar 2002), weil sie ein tief verwurzeltes Denkmuster abendländischer Kultur berührt, nämlich die Trennung von Stadt und Land und damit das Verhältnis von Kultur und Natur. Diese Trennung wird beispielsweise im Kommentar der Grünen Charta von der Mainau als grundlegendes Muster der Welterfahrung bezeichnet (vgl. Wortmann 1961, 14). Zivilisation und Kultur sind seit der Antike in der abendländischen Ideengeschichte untrennbar mit geschlossenen und geordneten Städten als Ausdruck der vernünftigen gesellschaftlichen Natur des Menschen verbunden. Daraus resultieren die noch in heutigen Begriffen von Urbanität wirksamen Ideale eines freien und demokratischen Lebens im öffentlichen Raum der Polis (Mönninger 2000, 37). Die Natur ist als das ursprünglich Nichtgemachte in der abendländischen Tradition der Gegenpol zum Künstlichen und damit auch zur Stadt (Wortmann 1961, 14). Der Begriff der Landschaft, der auf die traditionelle Kulturlandschaft der Agrargesellschaft bezogen ist, vermittelt zwischen den beiden Polen von Kultur und Natur. Er definiert sich besonders in der deutschen Denktradition als Gegensatz zur technischen Zivilisationsphäre, d. h. durch eine Ideenfigur, die ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgehend von der Geschichtsphilosophie Herders in der konservativen Zivilisationskritik aufgegriffen wurde. Seitdem gehört die Unterscheidung von Kultur und Zivilisation zum konservativen Weltbild. Die Landschaft wird in diesem Denken zum Inbegriff einer sinnvollen, d. h. nicht rein technisch beherrschenden und ausbeutenden, sondern einfühlsam die natürlichen Möglichkeiten ausgestaltenden, nachhaltigen Existenzweise und damit auch zum Inbegriff des wahren und guten Lebens (vgl. Eisel 1980, 244-292; zum Konservatismus Mannheim 1927, Sieferle 1984, Greiffenhagen 1986).

Aus diesem Grund wird immer wieder ein Gegensatz zwischen Landschaft und Stadt, zwischen naturnaher (Agri-)Kultur und lebensfeindlicher Zivilisation aufgebaut, der dazu führt, dass alle Urbanisierungsprozesse grundsätzlich als Zerstörung intakter Landschaft betrachtet werden. „Die Stadt wird nicht als Teil der Landschaft verstanden, die durch sie gestaltete Landschaft nicht als Kulturlandschaft. Urbane Nutzungen werden als quasi ‚kulturzerstörend‘ betrachtet, sind sie doch im Eigentlichen Träger unserer heutigen urbanen Kultur“ (Breuste 1995, 63). Breuste interpretiert dagegen auch Städte als eine Form von Kulturlandschaft: „Kultur ist aber nicht an eine bestimmte Form und Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung gebunden, kann also keineswegs nur raumwirksame Prozesse der agrarisch-forstlichen Produktion umfassen. Die insbesondere seit der Mitte unseres Jahrhunderts immer stärker flächenwirksame städtische Lebensweise hat zur Herausbildung besonderer ‚neuer‘ Kulturlandschaften – der Stadtlandschaften – geführt“ (ebd.).

Die Stadtökologie weist seit einiger Zeit auf die besonderen Qualitäten der Städte als Orte einer spezifisch angepassten und vielfältigen Natur hin. Bevor auf die Verbindung dieser spezifischen Qualität mit Urbanität, also der Kultur der urbanen Gesellschaft eingegangen wird, soll dargelegt werden, dass die Beschäftigung mit Landschaft schon allein deshalb ein kulturelles und nicht primär ökologisches Unterfangen ist, weil Landschaft im ursprünglichen Sinne ein in der Landschaftsmalerei erstmals konstruierter Bildzusammenhang ist, der die heutige Vorstellung intakter Landschaften strukturiert. Das wird schon in den Anfängen des Naturschutzes im Heimatschutz bei Rudorff (1897) deutlich, in dessen Sichtweise die bildungsbürgerliche Perspektive auf die ländliche Natur zum Ausdruck kommt. Rudorff und die auf ihn folgenden Heimatschützer beklagen daher immer wieder vor allem den Verlust eines harmonischen und – wie es damals noch treffend hieß – malerischen Landschaftsbildes.

In der Landschaftsmalerei konstituierte sich daher zunächst der landschaftliche Blick (vgl. Dinnebier 1996). Nach Sieferle zeigten die Landschaftsgemälde unübersehbare Spuren (vorindustriellen) menschlichen Lebens. Würden diese Nutzungen verschwinden und an ihrer Stelle ein Kraftwerk errichtet, „so ist dies funktional gesehen ein bloßer Formenwandel, ästhetisch wird es aber von einem an diesen Bildern geschulten Blick als Bruch erlebt“ (Sieferle 1998, 158).

Es sei an dieser Stelle dahingestellt, ob diese Gemälde getreue Abbilder realer Landschaften waren. Sie waren – wie besonders bei Caspar David Friedrich deutlich wird – in hohem Maße konstruierte Idealbilder, die mit ihren Motiven symbolisch auf religiöse Inhalte verwiesen. Es wurde nicht ‚das Landleben‘ dargestellt, sondern ein Hirte war z. B. das Symbol einer arkadischen Pastorale. Unbestreitbar aber haben diese Bilder unsere Vorstellungen von einer harmonischen Landschaft geprägt, wobei die christliche Symbolik säkularisiert und durch eine ökologische ersetzt wurde: Diese Bilder scheinen daher ein ökologisch harmonisches Anpassungsverhältnis der traditionellen Landgesellschaft an die konkrete lokale Natur und damit – wie man heute sagen würde – nachhaltige Lebensformen darzustellen. Diese Auffassung ist aber mittlerweile längst nicht mehr unumstritten, weil beispielsweise die Nutzung der traditionellen Kulturlandschaften für ihre Zeit höchst intensiv war und, wie etwa bei den Heiden, z. T. den Charakter von Raubbau hatte. Die heute vom Naturschutz als wertvoll empfundene Artenvielfalt verdankt sich daher häufig erheblichen Eingriffen in den Naturhaushalt, so dass sich genügend Beispiele ins Feld führen lassen, die einer romantisch-zivilisationskritischen Verbindung von

intakter traditioneller Kulturlandschaft und intaktem Naturhaushalt widersprechen (vgl. Muhar 1995, Höpke 1990a, 1990b, 1990c, Konold 1998).

Sieferles Interpretation, die Differenz in der Wahrnehmung von traditionellen agrarischen und industriellen Nutzungen erkläre sich damit, dass die in den Landschaftsgemälden dargestellten Eingriffe der Agri-Kulturlandschaft sich den lokalen Umständen anpassten und sich langsam vollzogen, ist somit eine schon sehr säkularisierte Sichtweise, die sich auf Bearbeitungsmethoden der Bauern in realen Landschaften und damit auf reale funktionale Anpassungsverhältnisse bezieht. Durch diese Anpassung sei eine immense Vielfalt der Landschaftsstrukturen, Baustile etc. entstanden, die sich zwei unterschiedlichen, der Agrargesellschaft inhärenten Prozessen verdanke: „Es handelt sich um die dezentrale, kleinräumige Adaption an Umweltbedingungen sowie um die Autopoiesis lokaler Kulturen bei Abwesenheit großräumigen und raschen Informationsflusses“ (ebd.). Denn die Agrargesellschaften seien nicht sonderlich mobil gewesen, weil Energie knapp und Transporte kostspielig gewesen seien, was zwangsläufig die Nutzung der lokalen Ressourcen zur Folge gehabt habe. Durch den schwachen und langsamen Informationsfluss sei wiederum die Herausbildung lokaler Kulturen gefördert worden. Bemerkenswert ist aber, dass die Eigenart dieser Kulturen von Sieferle nicht allein als Ergebnis eines funktionalen Anpassungsverhältnisses interpretiert wird: „In einer dezentralen, wenig mobilen Gesellschaft verläuft die Kommunikation in kurzen Rekursionsschleifen, so dass sich immer wieder Plausibilitäten aufschaukeln können, die sich zu speziellen Weltbildern, zu Traditionen und Stilen verfestigen. Diese formalen Gestalten können sich recht unabhängig von den adaptiven Bedingungen bilden; es handelt sich gewissermaßen um die spontane Selbsterzeugung der jeweiligen kulturellen Einheit, die nur in Elementen der Elitenkultur überregionale Reichweite gewinnt“ (ebd., 159; Hervorhebung durch den Autor). Auf diese Reichhaltigkeit und Autonomie von Kulturen, die nicht allein durch die Anpassung an den Naturhaushalt entstehen, wird noch zurückgekommen.

Diese Agrargesellschaften verdankten nach Sieferle ihre Geschlossenheit vor allem der Wirkung der Tradition, die für eine evolutionäre Trägheit sorgte und deren erscheinende Oberfläche als stilistische Geschlossenheit erfahren werden konnte (ebd.). Daher hätten die Agri-Kulturlandschaften ein harmonisch wirkendes Bild geboten. „Diese Landschaften sind von hoher Besonderheit und Geschlossenheit, weil sie nicht universal sind. Daher können Fremdkörper rasch identifiziert werden, also Stilelemente, die aus anderen Kontexten in sie hinein gebracht wurden“ (ebd.; Hervorhebung durch den Verfasser). Die ländliche Eindeutigkeit, die sich in einer spezifischen räumlichen und kulturellen Eigenart und Vielfalt äußert, bietet Orientierung und ist somit sinnstiftend. Sie scheint in moderner Sichtweise eine in der Landschaft erkennbare ‚ökologische‘ Ordnung der Welt zu repräsentieren. Diese Ordnung wird mit der Industrialisierung aufgelöst.

3. Die Entstehung der Industrielandschaft

Industrielle Nutzungen und Artefakte entstammen aus einem völlig anderen Kontext als die ländlichen. Sie sind Repräsentanten der in den Weltmarkt und nicht in die lokale Ökonomie eingebundenen universellen Industrie. Für die Auflösung der alten landschaftlichen Eigenart und Vielfalt war nach Sieferle vor allem die beschleunigte Mobilisierung von Stoffen und Materialien die Ursache. „Es bahnte sich eine neuartige Vereinfachung und Standardisierung der Landschaft an“ (ebd., 160), die z. B. in Gestalt der Flurbereinigung der Auslöser für den Heimatschutz war. Die Selbstgenügsamkeit des Handwerks hätte sich aufgelöst, während die lokalen Traditionen ins Folkloristische abgedrängt worden seien, was aber von den Konsumenten durchaus als eine Steigerung der praktischen Standards empfunden worden sei (ebd.).

Die industriellen Nutzungen stören nicht nur die Geschlossenheit des alten Bildes, das sich in einer Gesellschaft aufgebaut hat, die nach völlig anderen Prinzipien organisiert war, sondern die mit der Industrialisierung verbundenen Prinzipien werden für die Zerstörung des traditionellen Sinns verantwortlich gemacht. Aus diesem Grund wird in der konservativen Zivilisationskritik die alte Form der Agri-Kultur von der technischen Zivilisation unterschieden und die alte, feudale gegen die neue, moderne Ordnung ins Feld geführt. Die vorindustrielle Kulturlandschaft gilt als Ausdruck intakter, d. h. sinnvoller und ökologisch nachhaltiger, d. h. in vollem Umfang ‚gesunder‘ Lebensverhältnisse.

Besonders rapide und offensichtlich sei der Uniformierungsprozess im Bauwesen gewesen, wo neue Materialien die lokalen ablösten. „Die Gebäude emanzipierten sich vom Ort, an welchem sie errichtet wurden. Damit wurde aber ein wichtiges Element der überkommenen Kulturlandschaft gesprengt. Es entstand allmählich ein neuartiger Landschaftstypus, der sich im 20. Jahrhundert rapide über die gesamte Erde ausbreitete und der als ‚totale Landschaft‘ bezeichnet werden kann“ (ebd., 162).

Der Begriff „totale Landschaft“ bezeichnet also die flächendeckende Industrielandschaft und aufgrund der zentralen Bedeutung, die der Baukultur in diesem Prozess zukommt, verwundert es nicht, dass sich der Naturschutz in seinen Anfängen als Heimatschutz maßgeblich in der Architekturkritik formierte (vgl. Körner & Trepl 2001). Der Versuch des

Heimatschutzes, eine neue Eindeutigkeit aufzurichten, ist aber nach Sieferle letztlich gescheitert, weil die alten Traditionen nicht in Kontexte transportiert werden konnten, die nach ganz anderen Prinzipien organisiert seien. Dieses Missverständnis gelte im Übrigen auch für den heutigen Naturschutz. „Alle Versuche, sich über die Systembedingungen der Transformation hinwegzusetzen, konnten immer nur zur Karikatur führen, und zwar vor allem dann, wenn die Kulturlandschaft imitiert werden sollte“ (Sieferle 1998, 163). Der zum Heimatschutz alternative Weg der Moderne in der Architektur als Neues Bauen habe hingegen Eindeutigkeit in der Verwirklichung geometrischer und stofflicher Elementarformen gesucht, denen zugleich vage eine bestimmte Funktionsgerechtigkeit zugeschrieben wurde. Durch die Materialgerechtigkeit und Funktionalität sollten die Prinzipien der Rationalität verwirklicht werden. Heimatschutz und Moderne seien aber weit davon entfernt geblieben, eine neue Eindeutigkeit zu stiften und hätten letztendlich lediglich die Pluralität der Stile bestätigt, gegen die sie angetreten waren. Im Unterschied zur älteren Kulturlandschaft hätte sich also kein konsistenter und dauerhafter Stil mehr verdichten können: „Die mobilisierte Stillosigkeit wird zum übergreifenden Merkmal dieser Zwischenlandschaften, deren einzige dauerhafte Eigenschaft die Permanenz des Wandels ist“ (ebd., 164 f.).

Aufgrund dieser Stillosigkeit erscheinen die Zwischenstädte und -landschaften als unästhetisch und können keiner Eigenart zugeordnet werden, so dass sie aus unserer an traditionellen Landschaftsbildern geschulten Wahrnehmung herausfallen. Sieferle erwartet eine Veränderung dieses Zustandes erst dann, wenn die Ressourcen des industriellen Wachstumsprozesses erschöpft sind und die Entwicklung u. U. mit Brüchen, Konflikten und Katastrophen gezwungenermaßen wieder in einen stationären Zustand einmündet. Welche Auswirkung das jedoch auf die Landschaft der Zukunft, auf eine Ausbildung neuer Stile, habe, lasse sich nicht prognostizieren. Er beurteilt also die Möglichkeiten der politischen Steuerung dieses Prozesses äußerst skeptisch. Diesen zu lenken, um zu verhindern, dass eine Katastrophe eintritt, ist das Ziel der Nachhaltigkeitsdebatte. Als Mittel dazu gilt im Bereich der Stadtplanung die urbane Innenentwicklung.

4. Die urbane Innenentwicklung als Königsweg nachhaltiger Siedlungsentwicklung?

Die urbane Innenentwicklung erscheint als der Königsweg, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Erstens soll sie die Landschaft schonen und zweitens Urbanität und damit städtische Kultur verwirklichen. Die Erfüllung dieser Rolle wurde aber auf der Tagung „Urbane Innenentwicklung: Ökologie und Planung“ vom 22.-23.2.2002 in Dresden aus unterschiedlichen Gründen bezweifelt. Insbesondere sprechen dagegen klimatische und andere stadtoökologische sowie soziale Funktionen von Freiflächen, insbesondere von Brachen in der Stadt (vgl. Dettmar 2002, Finke 2002, Rebele 2002). Vor allem auch die Annahme, Innenentwicklung minimiere den Verkehr zwischen Stadt und Umland, habe sich in empirischen Studien in drei Londoner Bezirken nicht bewahrheitet (Rebele 2002, 4).

Auch Finke, ein scharfer Kritiker der Suburbanisierung, kommt zu dem Fazit, dass „sich (bei einer Innenverdichtung; Zusatz des Autors) für die Bewohner der Stadt, insbesondere aus der Sicht eines Quartiers, kaum ökologische Vorteile in Gestalt einer qualitativen Aufwertung ihrer Lebensraumbedingungen ausmachen lassen“ (Finke 2002, 13). Man wird sich also, wenn man nicht wie Finke generell fordert, dass überall das Flächenwachstum auf Null zu bringen ist (ebd., 5), weil das – wie Finke selbst sagt – letztendlich bedeuten würde, unser Wohlstandsmodell generell außer Kraft zu setzen (ebd., 15), damit auseinander setzen müssen, dass es keine allgemeine Ideallösung für eine nachhaltige Stadtentwicklung gibt. Dieses Problem ist demnach nur fallbezogen zu lösen. Man wird dann auch die Realität von suburbanen Räumen und die Notwendigkeit, Zwischenstädte und -landschaften gestalterisch und ökologisch – z. B. durch den konsequenten Einsatz von Mulden-Rigolen-Systemen für die Wasserversickerung – zu qualifizieren, akzeptieren müssen. Damit stellt sich die Frage, welche Qualitäten bei dieser Aufgabe verwirklicht werden sollen, d. h. welche Qualitäten repräsentativ für die Kultur einer mobilen und urbanen Gesellschaft sein können. In der Beantwortung dieser Frage liegt die eigentliche Herausforderung für den Naturschutz und die Landschaftsgestaltung, denn es ist deutlich, dass sich der Naturschutz von der Fixierung auf die vorindustrielle Kulturlandschaft lösen muss, ohne dass jedoch der traditionelle Landschaftsschutz – vor allem auch aus Gründen der Erholung – generell abgeschafft werden sollte.

Finke betont daher auch, dass Stadtökologie und nachhaltige Siedlungsentwicklung nicht bedeuten könnten, Konzepte für den urbanen Naturschutz im Sinne der Erhaltung und Entwicklung allein der biologischen Vielfalt in der Stadt zu liefern. Es müsse auch eine humanökologische Sichtweise Berücksichtigung finden, „da ich den Menschen als Leitart im Ökosystem Stadt begreife. Es geht daher um die Beurteilung der Lebensraumqualitäten für den Menschen“ (ebd., 1). So ehrenwert die Absicht, so problematisch ist die Konnotation dieses Zitats: Der Mensch wird hier als wichtigste biologische Art im „Lebensraum“ Stadt behandelt, zwar mit dem respektablen Ziel, seine notwendigen Lebensqualitäten zu bestimmen, diese Qualitäten werden aber nicht als kulturell bestimmte kenntlich gemacht, sondern überwiegend im Sinne sehr allgemeiner materieller Ökosystemfunktionen benannt (bioklimatisch, lufthygienische Aspekte, Wasserhaushaltsfunktionen). Der einzige kulturelle und soziale Aspekt, der erwähnt wird, ist die Funktion des Naturerlebens in der Erholung und

im Kinderspiel. Es wird jedoch nicht ausgeführt, in welchen Qualitäten der Erlebniswert von Natur konkret besteht (vgl. Finke 2002, 9 f.).

Diese biologistische Sichtweise ist kein beliebiger Einzelfall. Im Folgenden soll vorwiegend anhand der Ausführungen von Buchwald im Kommentarteil der Grünen Charta von der Mainau gezeigt werden, dass dieses Verständnis des Menschen als „Leitart“ in ein Denkmuster eingebettet ist, das gerade für die Verdrängung kulturell bestimmter Qualitäten aus dem Wahrnehmungshorizont des Naturschutzes verantwortlich ist, weil Lebenssinn in der Herstellung ‚gesunder‘ Lebensverhältnisse durch die funktionale Anpassung der Kultur an die Natur gesucht wird. Dieser Verdrängungsprozess ist eingebettet in die Verwissenschaftlichung des Naturschutzes nach dem Zweiten Weltkrieg, die maßgeblich von Buchwald forciert wurde. Der Naturschutz sollte nach dem Krieg angesichts der neuen Legitimationszwänge in einer Demokratie auf eine sachliche Grundlage gestellt werden, die man vor allem in der Ökologie als Naturwissenschaft als gegeben ansah. Der dabei zur Anwendung kommende Ökologiebegriff war jedoch zum einen eminent von konservativ-zivilisationskritischen Werten geprägt, indem auf die heute in der Ökologie verworfene Superorganismustheorie zurückgegriffen wurde. Zum anderen führte das neue Aufgabenverständnis dazu, dass man davon ausging, dass sich Kultur funktional durch die Anpassung an die Tragfähigkeit des Naturhaushaltes herstellt; der Charakter der Kultur als autopoesisches System wurde also negiert. Daher schien eine eigene Beschäftigung mit kulturellen Fragen des Naturschutzes überflüssig zu sein und damit auch eine Weiterentwicklung der gestalterischen Praxis des ehemaligen Heimatschutzes als einer funktionalistisch-künstlerischen Aufgabenstellung, wie sie Schoenichen als Naturschutz im weiteren Sinne definiert hatte. Es ging nun nicht mehr um die Vervollkommnung der Natur nach menschlichen Zwecksetzungen, sondern – entsprechend dem von Schoenichen als Naturschutzverständnis im engeren Sinne bezeichneten Aufgabenverständnis – um den Schutz einer vom Menschen möglichst unangetasteten Natur (vgl. Schoenichen 1942, 32 f.). Die in diesem Sinne intakte Natur galt als Grundlage menschlichen Überlebens, wobei der Begriff der Gesundheit zwischen dem Schutz intakter Naturhaushaltsfunktionen und intakter menschlicher Gemeinschaft vermittelte. Gesundheit wird somit zum Schlüsselbegriff einer sinnvollen Kulturentwicklung. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes in der Ökologie und in der Kulturgeschichte des Naturschutzes sowie aufgrund der neuartigen Aufgaben, die sich mit der Gestaltung suburbaner Räume stellen, erweist sich dieses Verständnis von Natur und Gesellschaft aber als problematisch.

5. Gesundheit als Maßstab kultureller Entwicklung

Buchwald erhoffte sich von der Ökologie als Naturwissenschaft wieder ein rational zwingendes Maß, an dem sich die als chaotisch empfundene gesellschaftliche Entwicklung wieder ausrichten konnte. Präzise diagnostiziert er unbestreitbare Defizite und Gefahren des industriell-urbanen Modernisierungsprozesses. Die Bewertung dieses Prozesses erfolgte aber vor dem Hintergrund des konservativ-zivilisationskritischen Weltbildes, das in Verbindung mit dem organisistischen Ökologiebegriff den Menschen – obwohl er auch als geistiges Wesen beschrieben wird – überwiegend als Naturwesen, d. h. letztlich als biologischen Körper, der gesund zu erhalten ist, betrachtet (vgl. zum Folgenden ausführlich Körner 2001, 99 ff.). Gesundheit ist in diesem Kontext aber nicht nur ein medizinischer Begriff, sondern vielmehr ein Begriff, der den richtigen Lebenssinn mit einschließt. Gemäß dem konservativen Weltbild hat sich letztlich der Mensch in das „Naturganze“ (Buchwald 1961, 22) einzuordnen. Deutlich wird diese antimoderne zivilisationskritische Haltung, wenn er nach einer Beschreibung der krankmachenden städtischen Lebensumstände ausführt: „Schließlich muss als belastendes Element die Vereinsamung des modernen Menschen inmitten der Großstadtmasse, das Fehlen natürlicher Kontakte und organischer Gemeinschaftsbindungen sowie helfender Ordnungen in Familie, Nachbarschaft und Gemeinde, der Mangel jedes Gefühls der Geborgenheit angesehen werden“ (ebd., 24).

Es ist unbestritten, dass die Anonymität der Großstadt ein Problem darstellen kann, ebenso unbestritten ist, dass die Familie im Idealfall ein Hort der Geborgenheit sein kann. Aber die Kritik an der städtischen Massengesellschaft und die im Gegenzug eingeführte Notwendigkeit „organischer Gemeinschaftsbindungen“, d. h. die Einordnung des Individuums in vorgegebene, quasi natürliche Gemeinschaften, wie eben in die Familie, die Nachbarschaft und die vorzugsweise ländliche Gemeinde, aber auch in den organischen Staat ist ein typisch konservatives Denkmuster (vgl. Sieferle 1984, 155 ff., vgl. auch Mannheim 1927, Greiffenhagen 1986). Es richtet sich letztendlich nicht nur gegen die moderne Massengesellschaft, sondern im Besonderen auch gegen ‚verantwortungslose‘ individuelle Emanzipation und ‚gleichmacherische‘ Demokratisierung. Beiden wird vorgeworfen, Verantwortung, die sich innerhalb der ‚natürlich-organischen‘ Bindungen ergibt, aufzulösen. Schon Rudorff hatte daher das ‚selbstsüchtige‘ Abwandern der Mägde und Knechte in die Stadt kritisiert, die lieber individuellen Nutzen und Freiheit suchen, als ihren Dienst am hierarchisch geordneten Ganzen, das durch die patriarchale Landgesellschaft repräsentiert wurde, zu leisten (Rudorff 1897, 45 f.).

Die traditionelle Kulturlandschaft war also nicht nur Ausdruck der oft engen Traditionen der alten Agrargesellschaft, sondern sie wurde aus diesem Grund auch von der konservativen Zivilisationskritik zum Symbol der Kritik an der Mo-

derne erhoben. Folgerichtig kritisiert Muhar die oft idyllisierende Ausrichtung des Naturschutzes an der alten Kulturlandschaft und führt aus, dass die alte Kulturlandschaft das Spiegelbild „einer armen, oft auch hungernden, mehr oder weniger streng hierarchisch organisierten, patriarchalischen Gesellschaft, in der individuelle Freiheiten und Menschenrechte im heutigen Sinne eigentlich wenig Berücksichtigung fanden,“ war (Muhar 1995, 27). „Eine solche Gesellschaftsordnung wird man heute wohl kaum anstreben, das allgemeine Ziel sollte vielmehr die (Weiter-)Entwicklung einer liberalen, pluralistischen aber auch solidarischen Wohlstandsgesellschaft sein, die sich in einer entsprechenden Kulturlandschaft widerspiegeln kann“ (ebd.).

Obwohl also bei Buchwald der Mensch durchaus auch als geistiges Wesen verstanden wird, wird aufgrund seiner Krisenbeschreibung das Programm formuliert, zunächst die materiell-ökologischen Lebensgrundlagen zu ‚gesunden‘, damit dann auch die Kultur ‚gesund‘ kann. Die „Grundtatsachen und Grundgesetze der Ökologie“ sollen dann „auch für die Beziehungen der menschlichen Gesellschaft zu ihrem Lebensraum gelten“ (Buchwald 1961, 21). Diese Grundtatsachen, nämlich dass sich Leben in Gemeinschaften vollziehe, dass zwischen Lebensgemeinschaft und Lebensraum eine untrennbare Einheit bestehe, die durch ein Gleichgewicht zwischen der Zahl von Organismen, die ein Raum tragen könne, sowie durch die Harmonie der räumlichen und zeitlichen Ordnung im Lebensraum gekennzeichnet sei, und die untereinander in einem Kreislauf der Stoffe zu einem großen Ganzen verbunden seien (ebd., 22), müssen dann auch Grundgesetze der menschlichen Gemeinschaft werden. Wenn dieses materiell-ökologische Gleichgewicht gewahrt bleibt, dann ergibt sich gewissermaßen als Nebeneffekt das Gesamtkunstwerk einer harmonischen Schönheit heimatlicher Landschaft als Ausdruck der Harmonie einer gesunden Kultur des Menschen (ebd., 32). Kultur und Natur verbinden sich somit in einem intakt funktionierenden Superorganismus.

Der Erholungsplanung wurde von Buchwald in diesem Kontext nicht nur die Aufgabe zugesprochen, für die Regeneration der Menschen durch eine als intakt empfundene Natur zu sorgen. Vielmehr wurden die Erholungswerte der Landschaft zugleich als „vorzügliche Läuterungskräfte“ angesehen, die das „in seinem Sinn verdunkelte“, „an uralten Wertordnungen irre gewordene Daseinsschicksal“ (Buchwald 1963, 34) in eine kulturelle Wende führen sollten.

So wenig also bestritten werden soll, dass sich durch die vehement fortgeschrittene Modernisierung die Umweltverhältnisse in den 1950er und 1960er Jahren in medizinisch-hygienischer Hinsicht massiv verschlechtert hatten, so sehr zeigt sich aber auch, dass die Beurteilung, ob dadurch die ‚Gesundheit‘ der Landschaft beeinträchtigt sei, keinesfalls einer rein naturwissenschaftlich-ökologischen Analyse entspringt, sondern von einer konservativen Zivilisationskritik getragen wird, wobei auch nicht in Abrede gestellt werden soll, dass eine sinnvolle Lebensführung darin bestehen kann, Maß zu halten und Gemeinschaftsbindungen zu pflegen. Diese Werthaltung wurde aber erstens mit einem Ökologiebegriff und einem Naturschutzverständnis verbunden, dessen wissenschaftliche Reputation und Sinnhaftigkeit unter heutigen Bedingungen und praktischen Fragestellungen zunehmend in Frage gestellt sind. Zweitens ist der damit verbundene Kulturbegriff, demzufolge Kultur sich einer reinen funktionalen Anpassungsleistung verdankt, problematisch. Die ästhetische, in der Landschaftsmalerei zum Ausdruck gebrachte und religiös aufgeladene Idee der harmonisch schönen Landschaft wird hier mit dem harmonischen Funktionieren des materiellen Naturhaushaltes und der Idee des ökologischen Gleichgewichts gleichgesetzt. Buchwald negiert somit die Autopoiesis der Kulturentwicklung, die gerade nicht aus einer reinen Anpassung an die Natur abgeleitet werden kann. Eine schlüssige Verbindung von ästhetischen und funktionalen Kategorien lag hingegen im Gestaltungsbegriff des Heimatschutzes im Rahmen der Baukultur als letztlich künstlerische Vervollkommnung der Kultur vor. Diese Praxis des Naturschutzes im weiteren Sinne (Schoenichen) wurde aber durch die Ökologisierung verdrängt, die in letzter Konsequenz zu der Verbreitung eines biologischen Weltbildes führte.

Betrachtet man dagegen den Menschen nicht allein als ein rein biologisches Wesen und akzeptiert man aus den dargelegten kulturellen Gründen die Notwendigkeit einer gestalterischen Qualifizierung suburbaner Räume, dann stellt sich die Frage, welche Naturqualitäten in einer pluralistischen Gesellschaft ausgestaltet werden sollen. Es wird somit die Frage aufgeworfen, welcher Naturbegriff zu den von Sieferle als „totale Landschaft“ bezeichneten Räumen passt. Aus diesem Naturbegriff müssen dann neue Maßstäbe für die Gestaltung dieser Räume gewonnen werden können. Es liegt auf der Hand, dass hierfür die derzeitigen Versuche, die Stadtnatur gestalterisch zu qualifizieren, von Interesse sind. Die dabei zur Anwendung kommenden Prinzipien sollen im Folgenden zusammengefasst werden.

6. Der IBA-Emscher Park und die Gestaltung der Stadtnatur

Das Ruhrgebiet ist die älteste urbanisierte Region Deutschlands. Es liegt daher nahe, die dort gemachten Erfahrungen mit der Gestaltung der Stadtnatur und mit dem städtischen Naturschutz auf suburbane Räume allgemein zu übertragen. Ganser beschreibt zunächst prägnant die Ausgangssituation, die sehr an die Gestaltlosigkeit der „totalen Landschaft“ erinnert: Im Ruhrgebiet stimme nichts; Bäche seien keine Bäche, sondern künstlich geschaffene Rinnen, Freiräume keine Frei-

räume, sondern Räume mit etwas weniger Bebauung, Wälder keine Wälder, sondern ein zusammenhangsloses Mosaik von Anpflanzungen, ein gestaltloses „grünes Gebräu“ (Ganser 1995, 448).

Die Gestaltungsbemühungen im Zuge der IBA-Emscher bestanden daher vorrangig darin, in dem zusammenhangslos wirkenden Mosaik und dem „grünen Gebräu“ etwas Besonderes aufzuspüren und gestalterisch hervorzuheben, d. h. ihm Charakter und Eigenart zu verleihen. Das war ein insofern anspruchsvolles Unterfangen, als erstens dem „Gebräu“ nicht so ohne weiteres ein eindeutiger Charakter abzulesen war und zweitens – und das ist viel wesentlicher – die im Ruhrgebiet raumprägende Schwerindustrie traditionell als das Gegenteil von Eigenart, d. h. einer historisch gewachsenen spezifischen Ortsgebundenheit von Kultur und Natur in einem bestimmten landschaftlichen Raum galt. Denn die Industrie gehorcht universellen Prinzipien und löst damit die traditionelle kulturlandschaftliche Eigenart auf. Insofern war es schon eine nahezu geniale Wendung, gerade in den Artefakten der Industrie als das Besondere des Ruhrgebiets eine weitere landschaftliche Kulturschicht zu entdecken (vgl. ebd.). Das hatte aber zur Voraussetzung, dass die alte Schwerindustrie im Zuge des Strukturwandels historisch zu etwas Vergangenen, Unwiederbringlichem und Einzigartigem wurde. Denn erst dann konnte trivialerweise eine Geschichte gefunden und ein – wie ehemals bei der Entdeckung der Landschaft durch die Auflösung feudaler und bäuerlicher Strukturen – von Alltagszwängen entlastetes, ästhetisches Verhältnis zu diesen Artefakten aufgebaut werden.

Im achtsamen Umgang auch mit der neueren Geschichte des Raums lag damit der Kern der Entdeckung eines neuen *Genius loci*. Auf die Bedeutung der Geschichte für die kulturelle Interpretation von Natur verweist Ganser, wenn er betont, dass es Zeit brauche, damit kulturelle Wertmaßstäbe wachsen könnten (ebd., 449), so dass man während des Prozesses des Strukturwandels durch symbolische Projekte, also durch Kunstprojekte und Landschaftsgestaltung der besonderen Geschichte in der öffentlichen Meinung Achtung verschaffen müsse. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Ruhrgebiet und suburbanen Räumen: Die Hinterlassenschaften der Schwerindustrie im Ruhrgebiet sind historisch geworden und das ist die Grundlage, um in ihnen eine Eigenart aufzuspüren, während die suburbanen Räume Resultat unserer heutigen Vergesellschaftung und Produktionsformen sind. Ihren *Genius loci* wird man – wenn es denn einen zu finden gibt – nicht allein historisch ableiten können. Mit anderen Worten: Im Ruhrgebiet wurde das inszeniert, was geblieben ist, während die suburbanen Räume, wenn man sie als „totale Landschaften“ im Sinne Sieferles auffasst, gerade dadurch gekennzeichnet sind, dass in ihnen – zumindest vordergründig betrachtet – nichts bleibt, weil das einzige Konstante der Wandel ist.

Das Besondere wurde im Ruhrgebiet nun also dadurch aufgefunden, dass man nunmehr die eigene Geschichte als etwas Individuelles entdeckte und durch Gestaltung ihre Spuren lesbar machte sowie auratische Orte im „Gebräu“ schaffte. Der spezielle Beitrag des Naturschutzes und der Landschaftsgestaltung bestand maßgeblich darin, dass die Besonderheit der städtisch-industriellen Natur, d. h. die ästhetisch reizvolle Artenvielfalt der Spontanatur auf den Brachen, als Beitrag zu dieser Aura herausgearbeitet wurde. Das geschah auch andersorts, wie etwa auf dem Südgelände in Berlin. Die städtische Natur spielt hierbei insofern eine spezifische Rolle, als sie zum einen den instabilen, spezifisch städtischen Bedingungen angepasst ist und damit gewissermaßen die dynamischen Lebensverhältnisse in der Stadt und in der „totalen Landschaft“ symbolisiert. Sie entspricht zum anderen auch eher individualistischen denn organisistischen Konzeptionen von Pflanzengesellschaften (vgl. Trepl 1991, 306 ff.) und ist durch einen dynamischen Artenwandel, d. h. durch eine hohe Einwanderungsrate fremder Arten sowie durch die Schwierigkeit, die Artenkombinationen nach traditionellen, pflanzensoziologischen Systemen zu klassifizieren, gekennzeichnet (vgl. Kowarik 1992a). Es liegt daher nahe, die städtische Natur generell als Ausdruck der individualistischen, urbanen und hoch mobilen Gesellschaft zu lesen. Damit verkörpert sie nicht nur die aktuellen Formen der Vergesellschaftung, sondern auch Eigenschaften, die auch den suburbanen Räumen zugeschrieben werden. Insofern wäre in dieser Natur ein Potential zu erkennen, das zum *Genius loci* der „totalen Landschaft“ passen könnte. Sie kann zudem in spezifischer und neuartiger Form die Aufhebung des traditionellen Gegensatzes von Stadt und Natur symbolisieren und damit als authentischer Bestandteil einer zeitgemäßen Stadtkulturlandschaft im Sinne Breustes empfunden werden.

Dennoch wird man sich hüten müssen, bei der Gestaltung suburbaner Räume allein für den Schutz und die Gestaltung der Stadtnatur einzutreten. Betrachtet man Natur als ein Symbol von Weltanschauungen, würde das die Gefahr bergen, einfach einer Ideologie, der konservativ-organisistischen, die entgegengesetzte Ideologie, die (neo)liberal-fortschrittliche, gegenüberzustellen (vgl. zu dieser Problematik in der Diskussion über die fremden Arten Körner 2000). Dagegen sprechen sowohl praktische als auch empirische Gründe. Der empirische Grund leitet sich daraus ab, dass Geschichte auch in suburbanen Räumen eine Rolle spielt, obwohl das zunächst auf der metatheoretischen Ebene ausgeschlossen scheint.

Die traditionelle ländlich-arkadische Landschaft ist das Urbild der Erholungslandschaft und damit in diesem Kontext pragmatisch gesehen enorm relevant. Gerade weil sie uns als Gegenwelt zu der Zivilisationssphäre erscheint, ist sie ein

Kompensationsraum für deren Belastungen. Den Bedarf an ländlich wirkenden Räumen für die Erholung belegt z. B. eine Umfrage des Bund Naturschutz München zum geplanten Landschaftspark Laim-Pasing-Blumenau-Hadern. Die Befragten schätzen offene landwirtschaftliche Flächen und wünschen nur sehr dezente Gestaltungsmaßnahmen, um nicht den ungezwungenen Erholungsgenuss zu schmälern (vgl. Bund Naturschutz München 2001). Allerdings ist der Schutz ländlich wirkender Landschaften dann sachlich zu begründen: Sie ist eine Ressource für einen bestimmten gesellschaftlichen Nutzen und keine „Läuterungskraft“ im Kampf um eine kulturelle Wende.

Der empirische Grund besteht darin, dass der städtisch-industrielle Naturtyp nicht der alleinige Repräsentant städtischer Natur ist, weil sich die Städte aus verschiedenen Raumtypen mit jeweils unterschiedlicher Geschichte zusammensetzen. Kowariks bekannte Typisierung der Stadtnatur zeigt, dass sich die Stadtnatur aus insgesamt vier überwiegend historisch ableitbaren Grundtypen zusammensetzt, nämlich

- die „Natur der ersten Art“ als verinselte Reste ursprünglicher Naturlandschaften (Wälder, Feuchtgebiete),
- die „Natur der zweiten Art“ als landwirtschaftliche Flächen,
- die „Natur der dritten Art“ als gärtnerische Anlagen und
- die „Natur der vierten Art“ als urban-industrielle Vegetation vorzugsweise der Stadtbrachen (vgl. z. B. Kowarik 1992a, 1992b).

Geschichtsbewusstsein bedeutet daher, nicht nur eine kulturelle Schicht zu schätzen, sondern alle vier in ihrer Eigenart zur Kenntnis zu nehmen. Und was schon für die Natur der Stadt zutrifft, gilt natürlich erst recht für die suburbanen Räume, in denen Landschaft und Stadt aufeinander treffen. Daher werden sich auch in suburbanen Räumen geschichtliche Spuren finden lassen und es wird auch aufgrund des Erholungsaspekts in ihnen verschiedene Naturen geben müssen. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, ob diese Spuren dann als repräsentativ für die mobile postindustrielle Gesellschaft angesehen werden. Im Hinblick darauf birgt sicherlich die Stadtnatur das größte ‚kulturelle Kapital‘.

7. Fazit: Landschaftsgestaltung als Strategie gegen die Zersiedelung

Es wurde gezeigt, dass Landschaft im Allgemeinen und Landschaftsgestaltung im Besonderen kulturelle Themen darstellen, die nur um den Preis einer unangemessen funktionalistisch-biologistischen Interpretation von Kultur mit der materiellen Ausstattung von Ökosystemen identifiziert werden können. Kultur erwies sich hingegen als ein autopoetisches System, das zwar auch durch Anpassung an die lokalen natürlichen Möglichkeiten entsteht, das aber eigenständige formale Gestalten, d. h. eigene Stile und Gestalten hervorbringt. Dem Naturschutz ging es daher in seinen Anfängen als Heimatschutz auch zentral um diese gestalterisch-kulturelle Ebene, weil er regionale Vielfalt und Eigenart besonders auch in der Baukultur gegen die universalisierenden Prinzipien der Moderne verteidigte.

Daran anschließend wurden zum einen die konservativ-zivilisationskritische Verklärung der traditionellen Kulturlandschaft als Inbegriff intakter Lebensverhältnisse und die biologistische Verkürzung des Kulturverständnisses, wie es auch in der Debatte um nachhaltige Siedlungsstrukturen und suburbane Räume zum Ausdruck kommt, kritisiert. Zum anderen wurde dargelegt, dass die urbane Innenentwicklung kein Patentrezept auf dem Weg zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung darstellt. Aus dieser Kritik ergibt sich die Notwendigkeit, auf der Basis der Werte einer pluralistischen und hoch mobilen urbanen Gesellschaft in der Landschaftsgestaltung einen eigenständigen Ausdruck zeitgemäßer Kulturlandschaft zu finden.

Diese Forderung ist, wie der Journalist Jürgen Schultheis von der Frankfurter Rundschau in einer Reihe von Interviews u. a. mit Spitzenvertretern der Frankfurter Wirtschaft festgestellt hat, kein Luxus. Frankfurt hat beispielsweise das Problem, dass es erstens überwiegend als Stadt zum Arbeiten wahrgenommen wird und zweitens, dass die Region Frankfurt in der Wahrnehmung ihrer Bewohner nicht präsent ist, obwohl die ökonomischen Bedingungen schon ganz anders organisiert sind. Daher wird von den Vertretern der Wirtschaft das Interesse an einer sich in der Landschaft ausdrückenden eindeutigen Identität geäußert. Man sucht ein neues Image, das maßgeblich durch das Landschaftsbild geformt werden soll, weil es z. B. schwierig ist, in Konkurrenz zu Paris oder London hoch qualifizierte Kräfte und ihre Familien zum Umzug nach Frankfurt zu bewegen. Denn da es in der hoch mobilen Informationsgesellschaft zunehmend möglich ist, medial gleichzeitig an mehreren Orten präsent zu sein und Arbeitszeiten flexibel zu gestalten, wird der Wohnort nach weichen Standortkriterien ausgewählt, d. h. danach, wo ein kulturell reichhaltiges Leben zu erwarten ist. Als Bausteine für ein solches Image wurden von einer Beratungssozietät neben dem „zukunftsfähigen Wohnen“ die Themen „Freiraum in der Stadt“ und „Offenheit gegenüber Fremdheit“ vorgeschlagen. Gerade die Notwendigkeit, eine offene Kultur darzustellen, erklärt sich damit, dass in der Rhein-Main-Region Menschen aus 120 Ländern arbeiten. Es liegt daher auf der Hand, dass dann das Thema des dynamischen Artenwandels in der Stadt und die Integration fremder Arten eine zentrale Stellung bei der

Landschaftsgestaltung spielen kann, um z. B. zu zeigen, dass sich die Lebensrealitäten mittlerweile mehr geändert haben und bereichernder sind als viele vermuten. Zugleich ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, bestehende alte dörfliche und ländliche Strukturen in den „Zwischenländern“ der Region zu stärken, damit nicht die Stadt diese Strukturen nivelliert und die gesamte Vielfalt der Region repräsentiert ist.

Interessant ist vor allem auch, dass die Darstellung einer offenen Kultur ‚ehrlich‘ sein muss, d. h. nicht durch eine Werbekampagne der Wirtschaft allein bewirkt werden kann, weil man auf Akzeptanz und Mitwirkung angewiesen ist. Das heißt, die Kultur muss ‚knistern‘ und damit durchaus auch ein widerständiges Potential entfalten, wenn sie wirklich bereichernd sein und nicht nur gängige Wahrnehmungsmuster bestätigen soll. Insgesamt folgt daraus, dass die zu erarbeitenden Inhalte des neuen Images gleichzeitig mit den konkreten Lebenswelten der Bewohner vor Ort verbunden werden müssen. Daher kommt der Arbeit an einer historisch vermittelten Identität eine zentrale Rolle zu, weil diese einer aufgesetzten Beliebtheit vorbeugt. Einer Identität auf die Spur zu kommen heißt, wie wir gesehen haben, die besondere Geschichte des Ortes aufzuspüren, um damit letztendlich die Ortlosigkeit und die damit einhergehende Stillosigkeit der Suburbanisierung, d. h. die im Landschaftsbild auftretende formale Beliebtheit zu bekämpfen und ein neues Verhältnis zum Raum zu stiften. Es ist das zentrale Merkmal einer Kulturlandschaft, dass die historische Kontinuität selbst dann gewahrt wird, wenn man die Tradition neu interpretiert und eine neue Kulturschicht ausgräbt. Das bedeutet, dass das unidentifizierbare Zwischenland neu in Wert gesetzt wird und man seinem ungehemmten Verbrauch entgegensteuert. Als Instrument bietet sich z. B. die Einrichtung von Regionalparks an. (vgl. dazu den Reader der Frankfurter Rundschau 2001).

Damit zeigt sich, dass die Qualifikation suburbaner Räume weder einen Luxus noch eine euphemistische Verschleierung der Suburbanisierung darstellt, sondern im Gegenteil auch ökonomisch zunehmend bedeutsame Lebensqualitäten schafft und der weiteren Vernichtung von Landschaft in den Ballungsräumen entgegensteuert. Die Notwendigkeit, suburbane Räume als kulturelle und gestalterische Herausforderung zu begreifen, verweist den Naturschutz darauf, dass er sein verdrängtes Aufgabenverständnis im weiteren Sinne wieder neu entdecken muss und sich damit auch wieder Gedanken machen muss, welchen Beitrag er zur Baukultur leistet. Das ist für das vorherrschende ökologisierte Naturschutzverständnis im engeren Sinne sicherlich eine ungewohnte Perspektive.

8. Literatur

Breuste, J. 1995: Stadtlandschaft – Wandel und Perspektiven einer Kulturlandschaft. In: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hrsg.): Vision Landschaft 2020. Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen. Laufener Seminarbeiträge, Bd. 4, 63-74.

Buchwald, K. 1961: Die Stadt in der Natur. In: Die Grüne Charta von der Mainau. 21-32.

Buchwald, K. 1963: Die Industriegesellschaft und die Landschaft. In: Buchwald, K., Lendholt, W., Meyer, K. (Hrsg.): Festschrift für Heinrich-Friedrich Wiepking. Stuttgart. 25-41.

Bund Naturschutz München 2001: Ergebnisse der Umfrage zum Landschaftspark Laim-Pasing-Blumenau-Hadern. <http://home.in.tum.de/~stefan/cgi-bin/bnnews.pl?article=10>. Stand 15.11.2001

Dettmar, J. 2002: Brachflächen in der Zwischenstadt – Bausteine einer postindustriellen Landschaft. Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet. Manuskript. 1-11.

Dinnebier, A. 1996: Die Innenwelt der Außenwelt. Die ‚schöne‘ Landschaft als gesellschaftstheoretisches Problem. Berlin.

Eisel, U. 1980: Die Entwicklung der Anthropogeographie von einer ‚Raumwissenschaft‘ zur Gesellschaftswissenschaft. Urbs et Regio, Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Bd. 17. Kassel.

Finke, L. 2002: Ökologische Chancen und Risiken urbaner Innenentwicklung – stadtökologische Sichtweise. Manuskript. 1-17.

Ganser, K. 1995: Landschaftstypen im Emscherraum. Zur Frage ihrer Schutzwürdigkeit. Natur und Landschaft 70 (10): 448-453.

Greiffenhagen, M. 1986: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Frankfurt/M.

Grüne Charta von der Mainau. 20.04.1961

Häpke, U. 1990a: Die Unwirtlichkeit des Naturschutzes. Böse Thesen. Kommune (2): 48-53.

- Häpke, U. 1990b: Die Industrie, das Militär und der Naturschutz. Weitere böse Thesen. *Kommune* (3): 53-57.
- Häpke, U. 1990c: ... Und pflanzen doch bloß Plastikbäume. Letzte böse Thesen zum Naturschutz. *Kommune* (4): 65-69.
- Konold, W. 1998: Raum-zeitliche Dynamik von Kulturlandschaften und Kulturlandschaftselementen. Was können wir für den Naturschutz lernen? *Naturschutz und Landschaftsplanung* 30 (8/9): 279-284.
- Kowarik, I. 1992a: Das Besondere der städtischen Flora und Vegetation. In: *Deutscher Rat für Landespflege* (61): 33-47.
- Kowarik, I. 1992b: Stadtnatur – Annäherungen an die „wahre“ Natur der Stadt: In: *Stadt Mainz und BUND Kreisgruppe Mainz* (Hrsg.): *Symposium Ansprüche an Freiflächen im urbanen Raum*. 63-80.
- Körner, S. 2000: Das Heimische und das Fremde. Die Werte Vielfalt, Eigenart und Schönheit in der konservativen und in der liberal-progressiven Naturschutzauffassung. *Münster*.
- Körner, S. 2001: Theorie und Methodologie der Landschaftsplanung, Landschaftsarchitektur und Sozialwissenschaftlichen Freiraumplanung vom Nationalsozialismus bis zur Gegenwart. *Landschaftsentwicklung und Umweltforschung*. Schriftenreihe des Fachbereichs Umwelt und Gesellschaft der TU Berlin, Nr. 118. Berlin.
- Körner, S.; Trepl, L. 2001: Bewahren durch Gestalten: Zur Geschichte der Landespflege als entwicklungsorientierter Natur- und Heimatschutz. In: Konold, W.; Böcker, R.; Hampicke, U. (Hrsg.): *Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege – 4. Erg. Lfg. 3/01*. Landsberg. 1-14.
- Mannheim, K. 1927: Das konservative Denken. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 57: 68-142; 470-495.
- Mönninger, M. 2000: Stadtfucht macht frei. *Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 54 (1):38-44.
- Muhar, A. 1995: Plädoyer für einen Blick nach vorne: Was wir nicht aus der Geschichte der Landschaft für die Zukunft lernen können. In: *Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege* (Hrsg.): *Vision Landschaft 2020. Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen*. *Laufener Seminarbeiträge* (4): 21-30.
- Reader der Frankfurter Rundschau 2001: Die Zukunft der Regionen. Die Landschafts- und Strukturausstellung „Regionale“. Eine Serie der Frankfurter Rundschau. Vgl. auch www.fr-aktuell.de/fr/spezial/regionale
- Rebele, F. 2002: Was können Brachflächen zur Innenentwicklung beitragen? *Manuskript*, 1-13.
- Rudorff, E. 1897: *Heimatschutz*. Nachdruck 1994. St. Goar.
- Schoenichen, W. 1942: *Naturschutz als völkische und internationale Kulturaufgabe. Eine Übersicht über die allgemeinen, die geologischen, botanischen, zoologischen und anthropologischen Probleme des heimatlichen wie des Weltnaturschutzes*. Jena.
- Sieferle, R. P. 1984: *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*. München.
- Sieferle, R. P. 1998: Die totale Landschaft. In: *Kursbuch 131, Neue Landschaften*. 155-169.
- Sieverts, T. 1999: *Zwischenstadt – Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. *Bauweltfundamente* 118. Lengerich.
- Trepl, L. 1991: Forschungsdefizite: Naturschutz, insbesondere Arten- und Biotopschutz, in der Stadt. In: Henle, K.; Kaulle, G. (Hrsg.): *Arten- und Biotopschutzforschung für Deutschland*. 304-311.
- Wortmann, W. 1961: Die Natur in der Stadt. In: *Die Grüne Charta von der Mainau*. 14-20.

Anschrift des Autors:
Dr. Stefan Körner
Modersonstraße 58
10245 Berlin

NaturZH - Grünflächenpflege in der Stadt Zürich

Yvonne Aellen

Zusammenfassung und Ausblick

1995 beschloss der Stadtrat von Zürich, dass alle stadt eigenen Grünflächen naturnah gepflegt werden sollen. Das Gartenbau- und Landwirtschaftsamt bot den städtischen Angestellten mit dem Projekt „Naturnahe Grünflächenpflege“ während vier Jahren Unterstützung beim Umsetzen der naturnahen Ziele in die Praxis. Die Angebote stießen auf großes Interesse und lösten viele Veränderungen in der Pflege des Stadtgrüns aus.

Die Verantwortung für eine veränderte Pflege liegt bei den rund zwanzig mit der Grünflächenpflege betrauten Dienstabteilungen. Das Projekt bot allen Pflegeverantwortlichen in der Stadtverwaltung Motivation und Ausbildung. Die Öffentlichkeit wurde über die Ziele und Maßnahmen der naturnahen Grünflächenpflege orientiert.

Kurse besonders wertvoll

In halb- bis mehrtägigen Kursen hatten die Praktikerinnen und Praktiker Gelegenheit, die naturnahe Pflege zu erlernen, Erfahrungen auszutauschen und wichtige Kontakte zu knüpfen. Bei den Kursteilnehmenden war ein großes Interesse zu spüren, die ökologischen Gesichtspunkte in ihre Arbeit einzubeziehen und ihre Arbeit zu überdenken. Viele stellten auch fest, dass Benutzerinnen und Benutzer von Grünflächen das naturnahe Aussehen sehr begrüßen. Insgesamt besuchten rund 200 Personen eine oder mehrere der 36 angebotenen Veranstaltungen. Die Teilnehmenden beurteilten laut einer Umfrage die Kurse als sehr gut und sind an einem weiteren Angebot interessiert.

In den städtischen Familiengärten wurden Gartenberaterinnen und Gartenberater ausgebildet. Die Pächterschaft wurde mit Gartenlehrpfaden und Veranstaltungen für die naturnahe Bewirtschaftung sensibilisiert. Rund 600 Personen beteiligten sich an einer Bodenschutzkampagne.

Das Know-how der Verantwortlichen für das Grün ist entscheidend

Vier Jahre sind eine kurze Zeit, um den für die Pflege des städtischen Grüns Verantwortlichen genügend Kenntnis und Sicherheit in der naturnahen Pflege zu vermitteln. Als zukunftsgerichtete Struktur wurden deshalb die Gruppen „Zäme naturnah“ aufgebaut. Sie ermöglichen es den Gärtner(inne)n und Hauswart(inn)en, das Erlernte im Austausch mit anderen zu erproben, Erfahrungen weiterzugeben, Probleme gemeinsam zu lösen und neue Angestellte zu motivieren und anzuleiten. Gegenwärtig sind sieben Gruppen tätig. Für die zukünftige Entwicklung der naturnahen Grünflächenpflege ist es entscheidend, dass die Gruppen weiterarbeiten. Die Teilnehmenden sind aber auch darauf angewiesen, dass sie von ihrer Dienstabteilung getragen werden. Ihre Aktivitäten sollen von einer Anlaufstelle unterstützt und beraten werden.

Zusammenarbeit ohne Grenzen

Besonders erfreulich an diesem Projekt war die gute ämter- und auch stufenübergreifende Zusammenarbeit. Sowohl in den Gruppen „Zäme naturnah“ wie auch in der Koordinationsgruppe der Dienstabteilungen kam viel Wissen aus verschiedensten Erfahrungsgebieten zusammen und ermöglichte konstruktive Lösungen. Diese Zusammenarbeit wurde sehr geschätzt und soll auch nach Projektabschluss weitergeführt werden. Das Projekt hat Impulse weit über die Stadtgrenzen hinaus gegeben: So pflegen heute mehrere Gemeinden und private Liegenschaftsverwaltungen ihre Grünflächen nach den Zielen und Richtlinien, wie sie die Stadt Zürich erstellt hat.

Die Stadt pflegt weiterhin naturnah

Das Projekt „Naturnahe Grünflächenpflege“ setzte mit seiner Arbeit wichtige Impulse und hat eine Entwicklung zu ökologischeren Lösungen in der Grünflächenpflege ausgelöst. Dieser Erfolg soll nun Früchte tragen, deshalb ist eine Nachbetreuung der aufgebauten Strukturen wichtig: Es sollen weiterhin Kurse angeboten und der Erfahrungsaustausch unter den Beteiligten weitergeführt werden.

Um die Entwicklung der Grünflächenpflege zielgerichtet steuern zu können, wird sich die Umweltschutzfachstelle weiterhin an einer Erfolgskontrolle beteiligen. So kann die Umsetzung der naturnahen Ziele in der Stadt Zürich längerfristig gesichert werden.

Ausgangslage und Ziele

Mit einer Verordnung fing alles an

Die Stadt Zürich will ihre Grünflächen so ökologisch wie möglich bewirtschaften. Zu diesem Zweck erließ der Stadtrat im Juni 1995 die „Verwaltungsverordnung über die naturnahe Pflege und Bewirtschaftung städtischer Grün- und Freiflächen“. Das Gartenbau- und Landwirtschaftsamt wurde beauftragt, allen Dienstabteilungen bei der Umsetzung dieser Verordnung Hilfestellung zu bieten. Ein vierjähriges Projekt mit einer 50-Prozent-Stelle für die Projektleitung und einem Budget von insgesamt 200.000 Franken wurde dazu eingesetzt.

Naturnahe und naturschutzorientierte Ziele

Die naturnahe Grünflächenpflege ist in der Verwaltungsverordnung nicht exakt definiert. Sie setzt Ziele, mit welchen gefordert wird, dass für alle Flächen ein auf die jeweiligen Nutzungsansprüche abgestimmtes ökologisches Optimum zu finden ist. Die grünen Erholungsräume in der Stadt sollen nicht zu Naturschutzgebieten erklärt werden, sondern vor allem den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung gerecht werden. Stadt und Natur sind jedoch keine Gegensätze. Vielseitige belebte Grünflächen fördern das Naturverständnis von Groß und Klein und laden zum Verweilen und Beobachten ein.

Die Ziele im Einzelnen:

- Die natürlichen Kreisläufe der Stoffe und des Wassers möglichst an Ort und Stelle schließen.
- Wenn Düngung nötig – insbesondere in Friedhöfen, Siedlungs- und Familiengärten – bevorzugtes Verwenden von organischen Nährstoffträgern wie selbst hergestellter Kompost. Es gilt das Prinzip der minimalen Aufwandmenge.
- Auf den Einsatz von Torf wird verzichtet.
- Das Regenwasser soll, wenn immer es die Nutzung zulässt, ungehindert versickern können.
- Die Bepflanzung so wählen, dass auf eine Bewässerung verzichtet werden kann.
- Die Verwaltungs- und Dienstabteilungen suchen nach Alternativen, damit langfristig auf den Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln verzichtet werden kann.
- Sind Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmittel unumgänglich, so sind Mittel aus der vom Gartenbau- und Landwirtschaftsamt geführten Positivliste zu verwenden.
- Die Unkrauttoleranz ist mittels Öffentlichkeitsarbeit zu erhöhen.
- Maschinen und Fahrzeuge werden ökonomisch eingesetzt. Bei der Beschaffung werden energieeffiziente Maschinen und Fahrzeuge gewählt.
- Sparmaßnahmen dürfen einer umweltfreundlichen Arbeitsweise nicht zuwiderlaufen.
- Die Lebensräume von einheimischen Tieren und Pflanzen sollen vergrößert und aufgewertet werden.
- Bei Neugestaltungen und Ersatzpflanzungen sind Samen oder Pflanzen zu wählen, welche dem betreffenden Standort angepasst sind und wenn immer möglich aus der Flora der näheren Umgebung der Stadt Zürich stammen.

Ein Projektteam begleitet die Umsetzung

Die Ziele der naturnahen Grünflächenpflege stellten große Anforderungen an die rund 500 zuständigen Mitarbeitenden. Es bedeutete umdenken, umlernen, umstellen. Das Gartenbau- und Landwirtschaftsamt bot während vier Jahren mit dem Projekt „Naturnahe Grünflächenpflege“ Hilfestellung. Die Angebote waren vielseitig, möglichst auf die bestehenden Bedürfnisse und die verschiedenartigen Grünflächen abgestimmt und auf zukunfts wirksame Impulse ausgerichtet. Damit die Stadtbevölkerung die „neuen“ Grünflächen verstehen und akzeptieren kann, bekam auch die Öffentlichkeitsarbeit einen großen Stellenwert.

Die Dienstabteilungen sollen bis zum Ablauf der Projektzeit ausreichend informiert und ausgebildet werden, um die in ihrer Verantwortung liegenden Flächen selbständig und naturnah bewirtschaften und mit einem geeigneten Instrument überprüfen zu können. Damit sollen die Stoffkreisläufe verbessert, der Boden und das Grundwasser vor der Einwirkung schädlicher Stoffe geschützt und die städtischen Grün- und Freiflächen als Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen aufgewertet werden.

Information und Zusammenarbeit der Dienstabteilungen

Ziel

Die Dienstabteilungen kennen die Ziele der naturnahen Grünflächenpflege. Informationen fließen optimal zwischen Projektteam und den angesprochenen Dienstabteilungen. Die Vertreter/innen der Dienstabteilungen haben regelmäßig Gelegenheit, ihre Ideen, Erfahrungen und Probleme bezüglich der Umstellung auf naturnahe Grünflächenpflege untereinander auszutauschen.

Vorgehen

Während der ganzen Projektzeit wurde eine Arbeitsgruppe geführt, zu der alle Dienstabteilungen, die mit Grünflächen zu tun haben, eingeladen waren. In insgesamt 16 Sitzungen kam die Arbeitsgruppe zusammen. Sie besichtigte und diskutierte verschiedene Grünflächen, die Projektgruppe informierte über ihre Angebote und nahm laufend die Bedürfnisse der Dienstabteilungen auf. Dies ermöglichte, die Projektangebote laufend auf die Bedürfnisse auszurichten.

Resultat

Die Dienstabteilungen arbeiten in der Arbeitsgruppe sehr unterschiedlich mit. Einige Dienstabteilungen blieben den Sitzungen häufig fern. Gründe dafür waren die wenig prioritäre Einstufung der naturnahen Grünflächenpflege, amtsinterne Umstrukturierungen oder andere Überlastungen.

Die Erfahrung zeigte, wie wichtig es ist, am Anfang genügend Zeit zu investieren, um eine Arbeitsgruppe optimal zusammenzusetzen. Teilweise stellte sich erst mit der Zeit heraus, dass wenig geeignete Personen in die Arbeitsgruppe delegiert wurden. Einzelne Dienstabteilungen ersetzten ihre Vertretung durch eine geeignetere Person. In einigen Dienstabteilungen blieb die Situation jedoch bis zum Schluss unbefriedigend.

Rund 10 Dienstabteilungen nahmen an den meisten Arbeitsgruppensitzungen teil. Sie bezeichneten die Arbeitsgruppe als sehr wertvoll und sind interessiert, diese nach Projektabschluss in eigener Zusammenarbeit weiterzuführen. Als besonders wertvoll bezeichneten die Teilnehmenden die Besichtigung und Diskussion von praktischen Beispielen naturnah gepflegter Grünflächen.

Ein großer Gewinn bis über die Projektdauer hinaus sind die entstandenen Kontakte zu anderen Dienstabteilungen und zu verschiedenen Fachleuten.

Öffentlichkeitsarbeit

Ziel

Die Stadtbevölkerung wird frühzeitig über die Ziele und Maßnahmen der naturnahen Grünflächenpflege informiert, damit sie die augenfälligen Veränderungen in den Grünflächen versteht und nicht als Nachlässigkeit der zuständigen Personen kritisiert.

Vorgehen

1. Broschüre „Naturnahe Grünflächenpflege in der Stadt Zürich“

Es wurde eine bebilderte Broschüre erarbeitet, die die Verwaltungsverordnung erläutert und mit praktischen Beispielen veranschaulicht. Die Broschüre fand sowohl bei den städtischen Mitarbeitenden wie auch bei der Stadtbevölkerung große Beachtung. Sie wurde in Zeitungsartikeln zum Bestellen angeboten. Außerdem erfolgte eine Aktion mit Bestellprospekten in den städtischen Trams (Straßenbahnen).

2. „Tatorte“: Ein Führer zu naturnah gepflegten Grünflächen in Zürich-Witikon

Dieser Führer stellt umfassend naturnah gepflegte Standorte in Zürich-Witikon vor. Die Standorte sind mit Informationstafeln ausgeschildert. So erfahren interessierte Besucher/innen wie auch Passanten/innen, wie diese „Tatorte“ entstanden, gepflegt werden und welchen Nutzen sie für die Tier- und Pflanzenwelt haben.

3. Informationstafel-Service

Das Projektteam bot eine Reihe von witterungsbeständigen Informationstafeln an, die naturnahe Standorte vor Ort erläuterten. Die Ausführung erlaubte, mit wenig Aufwand auf individuelle Wünsche bezüglich Text, Farbe, Format usw. einzugehen.

Resultat

Während der vier Jahre konnte eine sehr zufriedenstellende Medienpräsenz erreicht werden. Von der Leserschaft nutzte jeweils eine große Anzahl Interessierter die Gelegenheit, angebotene Informationsmaterialien zu bestellen. Insgesamt wurden über 3000 Broschüren „Naturnahe Grünflächenpflege in der Stadt Zürich“ sowie zahlreiche andere Materialien verschickt.

Die Erfahrung zeigte, dass bei der Bevölkerung mit ausreichenden Informationen eine sehr gute Akzeptanz für die naturnahen Flächen erreicht werden kann. Dabei bewährten sich vor allem die angebotenen Informationstafeln vor Ort. Das Projekt konnte auch bei Privaten, bei Baugenossenschaften sowie anderen Gemeinden Interesse für die naturnahe Grünflächenpflege auslösen.

Kursangebote für städtische Angestellte

Ziel

Rund 500 städtische Mitarbeitende sind in der Grünflächenpflege tätig und pflegen zusammen etwa 1000 Hektar Land. Diese Mitarbeitenden sind befähigt und motiviert, die Ziele der naturnahen Grünflächenpflege in ihrem Tätigkeitsfeld umzusetzen.

Vorgehen

Mit einem jährlichen Kursprogramm wurden die städtischen Mitarbeitenden zu einer Auswahl von Kursen eingeladen. Insgesamt wurden 36 Kurse durchgeführt mit einer Dauer von einem halben Tag bis zu fünf Tagen. Die Kurse waren praxisorientiert und wurden mit schriftlichen Kursunterlagen ergänzt. Geleitet wurden die meisten Kurse durch erfahrenes Fachpersonal des Gartenbau- und Landwirtschaftsamtes.

Resultat

Die Kursangebote stießen auf ein sehr großes Interesse. Dabei wurden nicht nur Wissen und praktische Anleitung vermittelt, sondern auch Erfahrungen ausgetauscht und wichtige Kontakte geknüpft. Geschätzt wurde auch der Einblick in verschiedenartige Grünflächen, die jeweils als Kursort ausgewählt wurden.

In einer Umfrage nach drei Projektjahren bei den bisherigen Kursteilnehmenden wurden die Kurse von allen als gut bis sehr gut beurteilt. 70 Prozent können einige und 10 Prozent viele Anregungen auf ihrer Grünfläche praktisch umsetzen. 85 Prozent geben an, großes bis sehr großes Interesse an weiteren Kursen zu haben.

Naturnahe Familiengärten

Ziel

In der Stadt Zürich werden etwa 7000 Gartenparzellen an Freizeitgärtner/innen verpachtet. Davon gehen 6300 Parzellen an den Verein für Familiengärten, der die Gärten an seine Mitglieder unterverpachtet.

Die Freizeitgärtner/innen sind für einen sorgsamen Umgang mit Boden und Umwelt sensibilisiert und bereit, ihren Garten auf naturnahe Bewirtschaftung umzustellen. Der Verein für Familiengärten setzt sich dafür ein, die naturnahen Ziele bei seinen Mitgliedern durchzusetzen.

Vorgehen

1. Ausbildung von Gartenberater/innen

In einem ersten Schritt bot die Projektgruppe dem Verein für Familiengärten eine 7-tägige Ausbildung für Gartenberater/innen an. Der Verein meldete 11 Personen an, die restlichen Kursplätze wurden mit Interessierten aus dem Kanton Zürich besetzt. Die Ausbildung vermittelte vertiefte Kenntnisse über naturnahen Gartenbau sowie didaktische Grundlagen. Für die Finanzierung leistete die Fachstelle Bodenschutz des Kantons Zürich eine Unterstützung.

2. Gartenlehrpfad mit Führungen

Unter dem Titel „Züri-Gärten naturnah“ wurde in fünf Freizeitgartenarealen der Gartenlehrpfad, eine 25-teilige Informationsstafelserie des BUWAL, eingesetzt. Begleitet waren alle Aktionen mit öffentlichen Führungen. Die erste Lehrpfadaktion im Gartenareal Juchhof wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein für Familiengärten mit einer Medienkonferenz eröffnet und fand sowohl in den Tageszeitungen wie auch in den Quartieranzeigern großes Echo. Die Führungen wurden alle gut besucht.

3. Kampagne „Bodenschutz – jetzt!“ in den Familiengärten

In Zusammenarbeit mit dem Verein für Familiengärten bot das Projekt jetzt den Gartenpächter/innen vergünstigte Bodenanalysen mit Beratung an. Dazu führte es Kurse zu den Themen Bodenpflege, Kompostierung und Düngung durch. In dieser Kampagne arbeiteten die neu ausgebildeten Gartenberater/innen mit und konnten damit in die Praxis ihres neuen Aufgabengebietes eingeführt werden. Die Kampagne ergab rund 300 Bodenanalysen und über 600 Kursbesuche.

Resultat

Das Thema „Familiengärten“ tangiert sehr viele Personen, die von der naturnahen Bewirtschaftung überzeugt werden müssen. Der große Handlungsbedarf sowie die starren Vereinsstrukturen erlaubten es nicht, in vier Jahren ein mehrheitliches Umstellen zu bewirken. Die gesetzten Impulse kamen bei der Pächterschaft gut an und brachten eine erste Sensibilisierung. Es ist jedoch wichtig, dass im Verein für Familiengärten in den nächsten Jahren noch weitere Aktionen zur Förderung der naturnahen Bewirtschaftung durchgeführt werden.

„Zäme naturnah“ – eine Aktion für die Zukunft

Ziel

Die naturnahe Grünflächenpflege geht auch nach Projektabschluss weiter. Aufgebaute Strukturen gewährleisten, dass die Verantwortlichen der Grünflächenpflege weiterhin motiviert sind und dazu angeleitet werden, die naturnahen Ziele zu verfolgen.

Vorgehen

Für die ganze Stadt wurden quartierbezogene Gruppen „Zäme naturnah“ aufgebaut. Diese insgesamt 7 Gruppen bieten den städtischen Angestellten, die Grünflächen pflegen, wie auch privaten Interessierten Gelegenheit zum ämterübergreifenden Erfahrungsaustausch, zur gemeinsamen Weiterbildung, gegenseitigen Unterstützung sowie zum Material- und Maschinenaustausch. Die Gruppen treffen sich drei- bis viermal pro Jahr, besichtigen Grünflächen und diskutieren aktuelle Probleme. Ein periodischer „Rundbrief“ informiert über die nächsten Veranstaltungen und gibt fachliche Anregungen. Während der Projektzeit erhielten alle stadtbewohnenden Personen, die Grünflächen pflegen, die Unterlagen von „Zäme naturnah“ zugestellt.

Zum Projektabschluss wurden die Adressaten auf jene reduziert, die ausdrücklich ihr Interesse an „Zäme naturnah“ anmeldeten. Dadurch wurden die Gruppen wesentlich kleiner und bestehen nun ausschließlich aus motivierten Mitgliedern, was die Führung der Gruppen vereinfacht.

Resultat

„Zäme naturnah“ erwies sich als eine sehr gute, zukunftsorientierte Aktion. Die Organisation fordert jedoch ein besonderes Engagement: Sie steht und fällt mit den geeigneten Leiterinnen und Leitern. Die ältesten Gruppen bestehen schon seit zwei Jahren und haben sich sehr gut eingespielt. Die Veranstaltungen werden gut besucht und die Mitglieder bezeichnen „Zäme naturnah“ als sehr wertvoll und nützlich. Die jüngeren Gruppen stehen noch auf schwachen Beinen. Noch immer wägen die Mitglieder ab zwischen Nutzen und Zeitaufwand. In fast allen Gruppen konnten jedoch geeignete Leiterinnen

oder Leiter gefunden werden, die die Gruppen nach Projektabschluss eigenständig weiterführen wollen.

Ob die Gruppen „Zäme naturnah“ weiterhin Bestand haben und den Beteiligten den gewünschten Nutzen bringen werden, hängt auch sehr davon ab, ob ihnen seitens der Dienstabteilungen der nötige Stellenwert zugeordnet wird und die Mitarbeitenden darin unterstützt werden, in den Gruppen mitzumachen.

Hilfsmittel für die Erfolgskontrolle

Ziel

Den Dienstabteilungen stehen geeignete Hilfsmittel zur Verfügung, um die Pflege der Grünflächen bezüglich naturnaher Ziele zu überprüfen und zu optimieren.

Vorgehen

1. „QualiGreen“

Zur selbständigen Beurteilung und Steuerung der Grünflächenpflege durch die Praktikerinnen und Praktiker wurde die Checkliste „QualiGreen“ ausgearbeitet. Mittels einfacher Fragen können die Grünflächenverantwortlichen ihre Arbeit bezüglich naturnaher Pflege qualitativ einstufen und erhalten Anleitung, wie die Pflege Schritt für Schritt noch naturnäher gestaltet werden kann.

2. „Öko-Controlling“

Ein umfassendes Steuerungsinstrument für die naturnahe Grünflächenpflege wurde von einer speziellen Projektgruppe ausgearbeitet und in mehreren Bezirken des Gartenbau- und Landwirtschaftsamtes erprobt. Das Öko-Controlling erfasst den Verbrauch umweltbelastender Dünge- und Pflanzenschutzmittel, den Energieverbrauch sowie die Verwertungswege von Grüngut. Die Resultate wurden den anderen Dienstabteilungen präsentiert, auch wurden Unterlagen und Beratung für eine eigene Einführung angeboten.

Resultat

Die erfassten Daten zeigten eine sehr gute Qualität. Um als Steuerungsinstrument wirksam zu werden, müsste das Öko-Controlling über mehrere Jahre wiederholt werden. Das Öko-Controlling fand bisher in keiner anderen Dienstabteilung Anwendung, könnte jedoch bei der Einführung des Umweltmanagementsystems nützlich sein.

Erfolgskontrolle durch die Umweltschutzfachstelle

Während der Projektzeit führte die Umweltschutzfachstelle der Stadt Zürich zweimal eine Erfolgskontrolle durch. Erfasst wurden die Strukturierung der Grünflächen, der Gebrauch von Energie, Wasser, Dünger und Pflanzenbehandlungsmitteln, die Verwertung des anfallenden Grüngutes sowie Maßnahmen, die die Dienstabteilungen zur Umsetzung der naturnahen Pflege ergriffen.

Resultat

Viele Dienstabteilungen waren nicht in der Lage, exakte Daten zu liefern, so dass die bisherigen Auswertungen nur beschränkt Interpretationen zulassen. Künftig müssen der Datenerhebung mehr Aufmerksamkeit geschenkt und die Dienstabteilungen im Aufbau eines funktionierenden Erfassungssystems beraten werden. Über längere Zeit periodisch durchgeführt, ist die Erfolgskontrolle ein wichtiges Instrument, um die Umsetzung der naturnahen Ziele in der Stadt Zürich aufzuzeigen. Sie sollte auch nach der Projektzeit weitergeführt werden.

Anschrift der Autorin:
Yvonne Aellen
Stadtverwaltung Zürich
Stadthausquai 17
CH 8001 Zürich
Schweiz

Sieben einfache Zugänge zum Begreifen und zum Umgang mit der Zwischenstadt und das Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Ladenburger Kollegs

Prof. em. Thomas Sieverts

1. Zur Lage

Im deutschsprachigen Raum wird erst seit etwa fünf Jahren die verstädterte Landschaft / verlandschaftete Stadt als ein eigenes, differenziert und abwägend zu erörterndes Thema wahrgenommen und diskutiert: In diesem Diskurs geht es um die produktive Problematisierung eines Typs von Stadtstruktur, der in den letzten Jahrzehnten entstanden ist und sich der geläufigen Einordnung in die Kategorie ‚Stadt‘ bzw. ‚Land‘ entzieht, auf den aber auch der ebenso geläufige Begriff des Vororts nicht mehr passt.

Zu dieser produktiven Problematisierung haben Veröffentlichungen wie ‚Netzstadt‘ und ‚Zwischenstadt‘ beigetragen. Sie haben Pionierargumente geliefert in einer geistigen Situation, in der konventionelle, traditionelle Bilder der Stadt als Stadtideale und die tatsächliche Wirklichkeit der Stadt schon so weit auseinander gedriftet waren, dass die Differenz nicht mehr mit Wunschvorstellungen und Verdrängung erträglich zu machen war.

Inzwischen wird das Phänomen in Fachzeitschriften breit diskutiert, Architektur- und Planungsstudenten greifen es als ein wichtiges zukünftiges Arbeitsfeld auf, unterstützt durch Medien, die den visuellen und erzählerischen Reiz der ‚Zwischenstadt‘ entdecken.

Freilich sollte man sich nicht täuschen lassen: Diese Diskussion ist noch ziemlich eng auf Fachkreise beschränkt, der Mainstream ist in Europa noch immer in den alten Bildern befangen und der Weg vom Erkennen über das Verwalten zum Gestalten der Zwischenstadt ist noch lang und ungewiss, aber immerhin gibt es in Europa eine lange politische und administrative Tradition der Stadt- und Regionalplanung.

In den USA, in denen die Stadtvorstellungen historisch bedingt unbefangener und offener sind, gibt es dagegen zwar eine vielfältige und breite öffentliche Diskussion zu Mängeln und Chancen des ‚Urban Sprawl‘ - von der Bewegung der den Traditionen der amerikanischen Kleinstadt verpflichteten ‚New Urbanists‘ bis zu Vertretern einer neuen Idee von ‚Urban Landscape‘ - aber es fehlt fast überall an einer politisch-administrativ wirksamen, gemeindeübergreifenden Regionalplanung.

In dieser Situation sich ergänzender Stärken und Schwächen könnte ein Diskurs zwischen den USA und Europa besonders fruchtbar werden und dazu beitragen, die Diskussion und Implementation zu befruchten und die Entwicklung voranzutreiben. Aber es werden auf jeden Fall viel Geduld und langer Atem vonnöten sein, denn auch wir, die ältere Generation der Städtebauer, die wir versuchen, zu einem neuen Verständnis von Stadt vorzustoßen, waren lange in den alten Bildern befangen und haben Jahrzehnte gebraucht, um uns allmählich von Leitbildern zu lösen, mit denen die Realität der Stadt des 21. Jahrhunderts weder begreifbar noch gestaltbar ist.

Zu diesem Ablöseprozess war auch viel Trauerarbeit nötig, um Abschied nehmen zu können von den geliebten alten Vorstellungen. Wir müssen aus diesen Erfahrungen heraus nun unseren Beitrag dazu leisten, dass nicht vorschnell wieder einfache neue Bilder an die Stelle der alten Bilder treten und alte Konventionen durch neue abgelöst werden: Das Untersuchungsfeld der verstädterten Landschaft / verlandschafteten Stadt darf nicht durch scheinbar griffige Bezeichnungen, wie Zwischenstadt, Netzstadt, Stadtlandschaft vorschnell geglättet und harmonisiert werden. Es muss in seinen Widersprüchen, in seiner Sperrigkeit und seinen Schwierigkeiten offengehalten werden für neue Lesarten und Gestaltungszugänge, für die Entdeckung von Neuem und Überraschendem.

Das ist zugegebenermaßen ziemlich unbequem, zumal es noch an systematischer Analyse und forschender Unterstützung mangelt. In diesem Kontext bietet das Ladenburger Kolleg der Gottlieb-Daimler- und Karl-Benz-Stiftung ‚Zur Qualifizierung der Zwischenstadt im Kontext der europäischen Stadt‘ eine multidisziplinäre Diskurs- und Forschungsplattform für die erforderlichen offenen Diskussionen und das Aufspüren von Neuem und Überraschendem. Doch bevor ich näher auf die Struktur und Arbeit des Ladenburger Kollegs zu sprechen komme, möchte ich meine eigenen Versuche skizzieren, ‚Zwischenstadt‘ zu begreifen.

2. Sieben Annäherungsversuche

Im Laufe meines Nachdenkens über Stadt habe ich immer wieder andere Wege, Perspektiven und Methoden probiert, Stadt zu begreifen:

Begonnen habe ich Anfang der sechziger Jahre in Anlehnung an Kevin Lynchs ‚Image of the City‘ mit der Untersuchung von Erinnerungsbildern in Form von Mental Maps bei Schulkindern und Studenten. Ende der sechziger Jahre haben wir in einem Seminar mit Architekturstudenten ‚anarchische Architektur ohne Architekten‘ in Berlin aufgespürt und politisch gedeutet. In den siebziger Jahren kam dann die Beschäftigung mit ‚Zeit‘ hinzu als einer eigenen Kategorie des Städtebaus, die zusammen mit der Globalisierung zu einer Wesensänderung des Örtlichen geführt hat.

In den achtziger Jahren kam dann der erstaunliche Artenreichtum der verstädterten Landschaft in den Blick, wie ihn die Berliner Schule der Stadtökologie entdeckt und damit ein neues Konzept von ‚StadtNatur‘ begründet hat. Und erst relativ kürzlich habe ich damit begonnen, angeregt von einem Essay von Christian Holl die Zwischenstadt unter dem Gesichtspunkt eines Teils ihrer Entstehungsgeschichte zu betrachten, nämlich mit dem Blick auf die Ausdifferenzierung städtischer Teilsysteme in Richtung wachsender Autonomie und unter dem Aspekt eines offensichtlich auch evolutionsgeschichtlich zu erklärenden menschlichen Siedlungsverhaltens. Die folgenden Gedankenskizzen über die verschiedenen Zugänge sind umgekehrt zum biographischen Zugang geordnet:

- Das ‚Siedlungsverhalten‘: Das Bestreben, Randsituationen aufzusuchen und gleichzeitig mit menschlicher Gemeinschaft und Arbeitsplatz zu verbinden.
- Die ‚Systeme‘: Die Analyse der Entstehungsgeschichte, gedeutet als Emanzipation und Ausdifferenzierung von funktionalen Teilsystemen.
- Die ‚Natur‘: Die Unterwerfung der Natur durch Technik und die Widerständigkeit von Flora und Fauna, sich als eigenständige Natur zu behaupten.
- Die ‚Zeit‘: Die wachsende Bedeutung der Zeit bei der Nutzung des Raums, hier insbesondere der Einfluss der frei verfügbaren Zeitbudgets auf Standortwahl und Stadtstruktur.
- Das ‚Glokale‘: Die Eigenart der Überlagerung des Lokalen mit der Globalisierung mit der Folge von tiefgreifenden Veränderungen im Wesen des Örtlichen.
- Das ‚Anarchische‘: Die Bedeutung des Anarchischen als Gegenwelt des beherrschten Raums für die Vitalität des Städtischen.
- Die ‚Wahr-Nehmung‘: Die Bedeutung der Wahrnehmung in ihren unterschiedlichen Intensitäten und die Unterscheidung von Anästhetik und Ästhetik.

Diese sieben Annäherungsversuche entspringen unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und haben verschiedene wissenschaftliche Wurzeln, sie stehen aber in Wechselwirkung untereinander und verweisen aufeinander: Der Ausbruch und die Ausdifferenzierung der technischen Systeme gehen einher mit dem Ausbruch der Menschen aus der Stadt und ihrem eigenartigen Siedlungsverhalten als ehemalige ‚Savannenbewohner‘. Beides trifft auf die Eigenständigkeit von Natur und stößt dort auf Grenzen. Die Widerspenstigkeit der Natur mit ihren spezifischen Zeiten verweist auf die Eigenzeiten der Menschen und Dinge, und diese wiederum haben zu tun mit der Freiheit der Menschen bei der Standortwahl und mit der anarchischen, sich selbst organisierenden Seite der Stadt. Diese unterschiedlichen Annäherungsversuche werden nur produktiv bei engagierter Wahrnehmung, im Sinne eines Erkennens der Zwischenstadt als ‚Möglichkeitsraum‘ und damit als Aktionsraum der Qualifizierung. Nach der Skizzierung der sieben unterschiedlichen Annäherungsversuche will ich versuchen, die Struktur des Ladenburger Kollegs hierzu in Beziehung zu setzen und zu erläutern.

3. Das rändersuchende Siedlungsverhalten

Die Evolution der Menschen war in ihrer Frühzeit auch durch das Leben in Savannenlandschaften geprägt: Dort hat er bevorzugt an lockeren Waldrändern gesiedelt. Vielleicht erklärt sich aus dieser menschlichen Frühgeschichte, dass er auch heute noch ein randsuchendes Lebewesen ist. Aber es bedarf gar nicht des Rückgriffs auf u. U. fortwirkende anthropologische Konstanten, weil sich das typische Siedlungsverhalten auch ganz einfach und praktisch erklären lässt: Viele Menschen suchen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten nach Wohnstandorten am Rande offener Landschaften, die aber zugleich noch in der Nähe von Einkaufsgelegenheiten, Kindergärten und Schulen liegen und nicht zuletzt über gute öffentliche Verkehrsmittel bzw. leistungsfähige Straßenanschlüsse an einen möglichst großen regionalen Arbeitsmarkt angebunden sind. Zwischen diesen kontrastierenden Bedürfnissen, einerseits mit möglichst unmittelbarem Naturbezug, andererseits auch auf eine nicht nur funktional, sondern auch symbolisch wirksame Mitte hin leben zu wollen, prägen sich unsere Städte aus, mit je unterschiedlichen Schwerpunkten dieser polarisierten Bedürfnisse.

Die auf der ganzen Welt so typische fraktale, die Länge des Randes zwischen Siedlung und Landschaft maximierende und die Entfernung von im Inneren liegenden Siedlungsteilen zu offener Landschaft minimierende Form der Siedlungsagglomerationen lässt sich auf diesem Hintergrund einleuchtend als Summe von unzähligen, jeweils für sich genommen rationalen Einzelentscheidungen von wohnstandortsuchenden Haushalten erklären. Schnelle Verkehrsmittel, gewachsene Kaufkraft und die (weiter unten skizzierten) gewachsenen, frei verfügbaren persönlichen Zeitbudgets vieler Menschen führen zu immer weiteren Ausdehnungen und Ausdifferenzierungen solcher fraktal geprägter Siedlungsstrukturen, die von ihren Bewohnern in Bürgerinitiativen gegen alle ‚verdickenden‘, sie von der offenen Landschaft trennenden weiteren Bebauungen verteidigt werden.

In diesem Zusammenwirken unterschiedlicher existentieller Grundbedürfnisse und der Entstehung von weiteren Subkulturen und Lebensstilen differenziert sich die fraktale Struktur auch innerhalb der Siedlungsflächen. Die damit verbundenen ökologischen Probleme der Biotopzerschneidungen und der übermäßigen Aufwendungen für Erschließung auf Transport bedürfen sorgfältiger Beachtung, sie lassen sich aber leider nicht durch Rückkehr zur kompakten Stadt lösen. Unter dem Aspekt der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme ist diese so typische Siedlungsstruktur auch im Zusammenhang mit dem nächsten Kapitel zu sehen.

4. Zwischenstadt als Feld der sich ausdifferenzierenden Funktionssysteme

In der alten, kompakten, zunächst durch Wall und Graben, später durch noch fehlende Transporttechnik zusammengewungenen Stadt dienten fast alle Elemente der Stadt mehreren Aufgaben und waren mehrfach kodiert: Die Fassade des Bürgerhauses war z. B. gleichzeitig Schmuckwand des öffentlichen Raums und Schutzmauer des Hauses; die Arkade war zugleich Ausstellungs- und Arbeitsbereich der dahinter liegenden Lager und Werkstätten und Bestandteil des öffentlichen Raums, der selbst wieder zugleich Transport-, Arbeits- und Versammlungsort war, und selbst die Kathedrale war z. B. zugleich Gotteshaus und – mit ihren zahlreichen Seitenkapellen – Klubraum und Schatzkammer der Zünfte und Gilden. Kurz: Fast alle Elemente und Systeme gehörten mindestens zwei gesellschaftlichen Sphären an und zeigten dies auch in ihrer Gestalt.

Mit der Industrialisierung – verstärkt durch die motorisierten Transportmittel – setzte die raumfunktionale Arbeitsteilung ein. Die expandierenden Teilsysteme – Produktion, auch das je nach Klasse, Einkommen und Stand differenziertes Wohnen und nicht zuletzt Handel, Transport und Distribution – drängten aus der Enge der Stadt heraus und bildeten eigene, von der ‚Mutterstadt‘ emanzipierte Systeme. Diese konnten sich – solange noch Raum im Überfluss vorhanden war, ihren eigenen Funktionsregeln folgend, sozusagen ‚rücksichtslos‘ entwickeln. Ein immer noch überaus anschauliches Beispiel ist die Entwicklung der Eisenbahn als eines der frühen technischen Systeme, die die großräumige raumfunktionale Arbeitsteilung erst ermöglichten: Die Eisenbahn hat sich rigoros inner- und außerhalb der Städte Raum geschaffen, sie hat sich nach ihren eigenen technischen Regeln – fast als ein technischer Staat im Staat – rücksichtslos entwickelt und ihre rigoros trennende Wirkung nur dort durch Verknüpfungen mit der Stadt gemildert, wo es für ihr eigenes Funktionieren erforderlich war. Sie wurde dadurch zugleich zum ‚Maker and Breaker‘ der Stadtentwicklung.

Das für die Eisenbahn Gesagte trifft auch auf die funktionale Ausdifferenzierung des Straßensystems zu: Der in der Alten Stadt multifunktional nutzbare Straßenraum hat sich im Laufe der Suburbanisierung immer weiter funktional spezialisiert und wurde dabei zum reinen Verkehrskanal, differenziert nach Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit. Alle anderen Nutzungen wurden ausgeschlossen, bis hin zur fast ‚autistischen‘ Abgrenzung durch kontinuierliche Lärmschutzwände. Die uns allen seit unserer Kindheit so vertrauten Beispiele der Eisenbahn und der Autobahn als ausdifferenzierte Systementwicklungen gelten auch z. B. für die Entwicklungen vom städtischen Handwerk zum industriellen Großbetrieb und darüber hinaus für alle Großsysteme, die sich arbeitsteilig ausdifferenzieren und sich dabei zugunsten innerer, eng funktionsbezogener Qualitätsbildungen nach außen abgrenzen: Vom Klosterhospital zum Großkrankenhaus, von der Gelehrtenschule zur Universität, von der Zwergschule zur Gesamtschule, vom Tante Emma-Laden zum Shoppingcenter. Auch alle diese Institutionen sind heute zugleich Maker und Breaker der Stadt: Sie verkörpern die dynamischen Triebkräfte der Stadtentwicklung, sprengen aber mit ihrem Platzbedarf und ihren Einzugsgebieten das alte Stadtgefüge. Auch in einem weiteren Sinne sind sie Breaker und Maker der Stadt: Mit ihrem Auszug aus der Alten Stadt ermöglichen sie zugleich den Erhalt der kompakten historischen Stadtform.

Die systembedingten äußeren Abgrenzungen und die rein funktional nur auf das eigene System bezogenen, minimierten Verknüpfungen mit der Umwelt konnten solange hingenommen werden, wie ausreichend Platz vorhanden war und es nur Rückbezüge zur ‚Mutterstadt‘ gab. Inzwischen ist der Platz knapp geworden, die Systeme stoßen sich im Raum, weil sie nur funktionale, aber keine gestalterisch-lesbaren Beziehungen untereinander aufgenommen haben. Das Ganze erscheint

als Systemwirrwarr: Das Zusammenspiel der jeweils für sich rational erscheinenden Systeme wird im Ganzen irrational, ihr lebensweltlicher Zusammenhang ist dysfunktional.

Eine Aufgabe der Planung bei der Qualifizierung von Zwischenstadt besteht deshalb zunächst darin, die Verknüpfungen zu verbessern und die Systemgrenzen ‚aufzuweichen‘ und durchlässig zu machen, dann aber auch darin, Systeme wieder zu überlagern und wieder mehrfach zu kodieren: Gesellschaft krankt nicht nur räumlich an der Isolierung und Verfestigung von Teilsystemen, Gesellschaft wird in Zukunft auch kulturell und wirtschaftlich nur noch in der Überlagerung und vielfachen Vernetzung von Teilsystemen vital und konkurrenzfähig bleiben.

5. Unterwerfung und Widerständigkeit der Natur in der Zwischenstadt

Die Entwicklung und Ausdifferenzierung der Funktionssysteme gehen einher mit einer rigorosen Unterwerfung der ‚Natur‘: Die Topographie wird verändert, die Gewässersysteme werden neu geordnet, alte Biotopzusammenhänge werden zerschnitten und auch die Landwirtschaft wird als eigenes technisch-industrielles System entwickelt: Es entsteht die ‚totale Landschaft‘, wie Rolf Sieferle das nennt. Im Zuge dieser Unterwerfung der Natur verändert sich der Wasserhaushalt, das Mikroklima verschiebt sich, die Luft wird verschmutzt. All dies wird von Anfang an, schon seit dem 19. Jahrhundert, von den parallel entstehenden Bewegungen des Natur- und Heimatschutzes zu Recht beklagt und mit der Forderung nach Schutzgesetzen und Schutzräumen bekämpft. Inzwischen ist der Umweltschutz erfreulicherweise ein wichtiges internationales Politikfeld geworden und ‚Nachhaltigkeit‘ als Entwicklungsziel international anerkannt und gefordert als eine Regel, nicht auf Kosten unserer Nachfahren zu wirtschaften.

Mich interessierte in diesem Zusammenhang besonders, wie denn – bei Einhaltung der Regeln der Nachhaltigkeit – der durch und nach Unterwerfung der Natur entstandene ‚Naturzustand‘ zu bewerten ist. Der klassische, traditionelle Naturschutz sieht in der eingetretenen Situation nur Naturzerstörung: Er hängt am vorindustriellen Bild von Natur und Landschaft. Bei genauerem Hinsehen stellt man jedoch eine erstaunliche Widerständigkeit der ‚Natur‘ fest: Der Artenreichtum in der Zwischenstadt ist viel größer als in der umgebenden Landwirtschaft oder im Wald, inzwischen leben dort aufgrund des wärmeren Mikroklimas, der günstigen Nahrungsbedingungen und der Vielfalt der Biotopformen, Randsituationen und Grenzflächen auch Arten, die ehemals nur in der ‚freien‘ Natur, ja sogar nur in Ländern mit warmem Klima zu beobachten waren. Am größten ist der Artenreichtum dort, wo besiedelte und unbesiedelte Bereiche etwa gleichgewichtig sind.

Offensichtlich greift hier der traditionelle Begriff des Naturschutzes nicht, denn dieser tut sich schwer mit den Befunden der Stadtökologen.

Die Stadtökologen der Berliner Schule (Sukopp, Kowarik) unterscheiden deshalb verschiedene Arten einer ‚zivilisierten‘ Natur: Die ‚unberührte‘ Wildnis, die alte, vorindustriell entstandene Landwirtschaft, die Natur der Gärten und Parks und die Natur der Industriebrache – vielleicht werden sich noch weitere Arten von Zwischenstadt-Natur herausbilden, z.B. in Formen neuer Landwirtschaft bzw. Biokollektoren. In der Weiterverfolgung dieses Gedankenganges würde eine neue Aufgabe der Planung darin bestehen, die ganze Zwischenstadt als vielfältigen und reichhaltigen Lebensraum nicht nur für Menschen, sondern auch für Pflanzen und Tiere zu lesen und zu entwickeln, bis hin zu neuen Formen von Hybriden, in denen unbesorgt unentschieden bleiben könnte, ob sie mehr dem Reich der Natur, der Kultur oder der Technik angehören. Dabei könnten auch vielfältige, planvoll auf dynamische Veränderungen, sogar auf zeitlich begrenzte Formen bezogene, sozusagen ‚verschiebbare‘ Biotope entwickelt werden.

6. Die Emanzipation der Zeit von Arbeit und Raum und die Bedeutung der gewachsenen, freier verfügbaren Zeitbudgets

‚Zeit‘ hat für den Städtebau – neben der selbstverständlichen Funktion als Reise- und Transportzeit – in dreierlei Form Bedeutung: Als spezifische ‚Eigenzeiten‘ von Natur, technischen Systemen und Menschen, als Mittel zur ‚Verdichtung‘ und Mischung von Nutzungen auf gleicher Fläche durch zeitlich hintereinander gestaffelte Mehrfachnutzungen und nicht zuletzt in Form von ‚Zeitbudgets‘ unterschiedlicher Verfügbarkeit. Im Folgenden geht es um den letzteren Aspekt, weil insbesondere die funktional nicht gebundenen, frei verfügbaren Zeitbudgets auf die Struktur der Zwischenstadt große Auswirkungen haben.

Mit der Entfaltung der Produktivkräfte seit der Industriellen Revolution haben sich für die Mehrheit der Bevölkerung in den Industrieländern die Arbeitszeiten verkürzt von faktisch 60 auf in der Tendenz 35 Stunden pro Woche, der Urlaub

wurde eingeführt und schrittweise ausgeweitet, die Ausbildungszeiten haben sich verlängert und der Eintritt in den Ruhestand wurde immer weiter ‚vorgezogen‘. Gleichzeitig wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter. Alle diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich das frei verfügbare persönliche Zeitbudget im Laufe der Woche, des Jahres und der Lebensspanne enorm vergrößert hat – auch wenn in Zukunft damit gerechnet werden muss, dass viele Menschen wieder bis in ein höheres Alter werden arbeiten müssen.

Parallel zu dieser Vergrößerung des persönlich verfügbaren Zeitbudgets wurden die interaktiven raumüberspringenden Medien entwickelt, nach und nach flächendeckend verbreitet sowie in ihren Funktionen ausgeweitet und verknüpft: Telefon, Handy, Internet. Die Folge ist die Möglichkeit einer weitgehenden Entkoppelung der Zeit von den Zwängen der Produktion und von den Bindungen an einen festen Standort. Von solchen Möglichkeiten machen immer mehr Menschen Gebrauch. Kurz, für viele Menschen haben sich zusammen mit der enorm gestiegenen durchschnittlichen Kaufkraft die Freiheitsgrade für das persönliche Leben in Raum und Zeit und damit ihre Wahlmöglichkeiten außerordentlich ausgeweitet.

Das hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklung und Nutzung der Stadt insgesamt: Die Wohnstandortwahl ist z. B. für viele Menschen viel freier als früher und kann sich nach Kriterien einer lebensstildominierten Lebensqualität richten. Das Leben kann sich z. B. polarisieren in zwei oder mehreren Standorten, die sich qualitativ komplementär ergänzen. Die sinnvolle Verwendung der freier verfügbaren Zeit braucht z. B. frei verfügbare Flächen für das Wohnen, für den Sport, für die Freizeit. Nicht nur viele Haushalte sind viel freier in ihrer Standortwahl geworden, auch die Standortwahl für Unternehmen im wachsenden Dienstleistungssektor ist innerhalb einer Marktregion viel offener geworden und wird sich zunehmend an der Wohnpräferenz des wichtigsten Produktionsfaktors, des qualifizierten Humankapitals, ausrichten. Insgesamt könnten die gebündelten Tendenzen – sinnvoll transformiert – zu einer starken Kulturalisierung der Stadt und der Attraktivitätssteigerung von Standorten in der Zwischenstadt führen: Hierin liegt eine der großen Planungsaufgaben mit neuen Chancen.

Es müssen aber auch die enormen Interessenkonflikte gesehen werden: Diesen neuen Ansprüchen und Anstößen zur Verbesserung von Lebensqualität und neuen Anreizen zur Förderung der Vielfalt unterschiedlicher Angebote stehen gewaltige Tendenzen einer soziokulturellen Segregierung und Auflösung von traditionellen gesellschaftlichen Bindungen gegenüber. Denn die genannten Tendenzen gelten eben nur für bestimmte Gruppen der Bevölkerung. Sie gelten z.B. nicht für die armen Einwanderer der ersten und zweiten Generation, denen in einer solchen Art ausdifferenzierter Gesellschaft mit gelockerten Bindungen an feste Orte und Zeiten als orts- und zeitgebundene Dienstleister das ‚Vermögen‘ in jeder Hinsicht fehlt und die einer solchen Gesellschaft fremd bleiben müssen. Und sie gelten auch nicht für diejenigen, die als ‚Modernisierungsverlierer‘ weder geerbt noch gut entlohnte Arbeit haben. Und sie gelten – last but not least – auch nur sehr eingeschränkt für Familien mit kleinen Kindern, für Alte und Kranke. Diese Gruppen bleiben zeit- und ortsgebunden. Großen Gestaltungschancen stehen damit auch große gesellschaftliche Verantwortungen gegenüber, die begrenzten Mittel sozial vertretbar einzusetzen.

Hier kann es durchaus zu harten kommunalpolitischen Interessenkonflikten kommen: Sollen die Mittel z.B. für die Verbesserung benachteiligter Lebenslagen oder zur Schaffung von erstklassigen Wohnlagen für unentbehrliche Führungskräfte eingesetzt werden? Für diese privilegierten Gruppen werden die ehemals so genannten ‚weichen‘ sekundären Standortmerkmale zu primären, ausschlaggebenden und damit ‚harten‘ Standortfaktoren!

Insgesamt aber werden die Verbindungen von freier verfügbaren Zeitbudgets, steigender Kaufkraft und ubiquitärer Verknüpfung der raumüberspringenden Medien zu einer Lockerung der Ortsbindungen führen. Das wirft neue Fragen nach dem sozialen Wesen von Ort und Raum auf, denn traditionelle lokale Milieus geraten – wie die traditionelle Familie – in die Minderheit, ohne dass das Neue schon wirklich begreifbar wäre.

7. Ort und Sphäre: Die Eigenheit des ‚Glokalen‘

Die Lockerung der existentiellen Ortsbindung durch das Zusammenwirken von freier verfügbaren Zeitbudgets, gewachsener Kaufkraft, schnellen ubiquitären Verkehrsmitteln und vernetzten interaktiven raumüberspringenden Medien überlagert sich mit den allgemeinen Tendenzen der Globalisierung und führt zu einer tiefgreifenden Veränderung im Wesen des ‚Örtlichen‘: Räumliche Nähe ist nicht mehr unbedingt verbunden mit sozialer Nähe. Für immer mehr Menschen gehen professionelle, soziale und emotionale Beziehungen über weite Entfernungen einher mit eher informellen und lockeren Nahbeziehungen.

Das Örtliche bleibt zwar unentbehrlich als Grundlage des täglichen Lebens und als ‚Basislager‘ der Fernbeziehungen, aber es wird selber häufig nur noch durch eher schwache soziale Kräfte zusammengehalten. Diese eher schwachen sozialen Bindungen haben auch Vorteile: Sie machen sozial und professionell beweglich – wobei die Defizite solcher sozialen Beweglichkeit natürlich insbesondere in schwierigen Lebenslagen, in denen man auf verlässliche und belastbare existentielle Solidarität angewiesen ist, sehr schwer wiegen können!

Eine solche Entwicklung kann zu „Orten ohne Gemeinschaft und zu Kulturen ohne Orte“ führen, ohne dass dies so ohne weiteres kulturpessimistisch zu beurteilen wäre (Albrow: Auf Reisen jenseits der Heimat, soziale Landschaften in einer globalen Stadt, 1997). Denn anstelle des Ortes oder definierter Räume kann so etwas wie eine ‚sozio-kulturelle Sphäre‘ treten, die räumlich und örtlich nicht fixierbar ist und verschiebbar bleibt, aber trotzdem von entscheidendem sozio-kulturellem Wert für den Einzelnen ist.

Das Örtliche selbst ist heute immer schon ‚infiziert‘ vom Unräumlichen der ‚Sphäre‘, das Örtliche tritt in ‚reiner Form‘ fast nur noch als gewolltes Kulturprodukt auf: z. B. als ‚Stabilitas Locis‘ in den Mönchsregeln, als Ferienhaus mit bewusst reduzierter Weltverknüpfung, als kulturelle ‚Aura‘ von ‚Heiligen Orten‘. Es ist eine offene Frage, inwieweit es gelingen kann, in der Zwischenstadt neben den mit historischer Aura aufgeladenen alten Orten auch neue Orte, im traditionellen Sinne symbolisch wirksame Orte zu schaffen. Ich persönlich halte dies für eine existentielle Notwendigkeit: je globaler unser Leben bestimmt ist, desto notwendiger bedürfen wir der stabilen Orte – für die Kinder, für Familien, als Erfahrung der Sinne, für den Umgang mit den wirklichen Dingen und für das Entstehen von Solidarität.

Denn nicht nur wegen anthropologischer und kultureller Qualitäten scheint mir die Vitalität des Örtlichen unverzichtbar. Es ist ja nicht gerade unwahrscheinlich, dass die global organisierte Wirtschaft in schwere Krisen gerät und das tägliche Leben sich wieder verstärkt auf örtliche Wirtschaftskreisläufe und Nachbarschaftshilfen verlassen muss, und das wird nur funktionieren, wenn gesellschaftliche Nahbeziehungen mit ökonomischen Grundfunktionen gepflegt und erhalten werden und darüber hinaus auch eine symbolische Ortsbezogenheit bleibt.

8. Die Bedeutung des Anarchischen als Gegenwelt des beherrschten Raums

Wie schon eingangs (siehe 2. Kapitel) angedeutet, hat mein Interesse am ungeplanten, anarchischen Teil der Stadt schon in den sechziger Jahren begonnen, als wir mit Studenten in Berlin mitten im Umbruch der Universitäten die alten Schrebergarten-Kolonien, die Dauer-Campingplätze an den Seen und die Ruinenselbstausbauten in Kreuzberg als letzte Beispiele von räumlicher Selbstorganisation und einer ‚Architektur ohne Architekten‘ in unserer durchverwalteten Gesellschaft entdeckt haben und als „Selbstaussdruck des Volkes“, unverkrüppelt durch bürokratenherrliche Bevormundung, untersucht haben. Aber so richtig die Augen geöffnet für diese Seite der Stadt hat mir erst mein Sohn Boris mit seinen präzise vorbereiteten Führungen durch die wilden Peripherien von Köln, durch das Ruhrgebiet und durch Teile der alten Banlieu von Paris als „den letzten Wildnissen unserer Zeit“ zwischen der gezähmten Stadt und dem gezähmten Land. Dabei habe ich gelernt: Wichtige Teile der Zwischenstadt können auch als ‚Wilder Westen‘ und als ‚New Frontier‘ gelesen werden, als Raum also, in dem auch Platz und Ort für unangepasste Lebensweisen ist. Als Räume erhöhter Toleranz also, in denen auch das Neue, das Experiment entstehen kann, mit einer gewissen Unempfindlichkeit gegen Schmutz und gegen Unordnung. In jeder Gesellschaft gibt es solche anarchischen Gegenwelten zum beherrschten, geordneten Raum, offenbar sind sie notwendig: Räumliche Anarchie beginnt ja bei den meisten von uns schon unter der Kellertreppe, im Keller und auf dem Dachboden! Früher hat die Peripherie, die sich mit dem Wachstum der Stadt immer weiter nach außen schob, Raum für Anarchisches geboten. Dieses ‚Außen‘ gibt es in der großen Agglomeration nicht mehr: Die Zwischenstadt müsste deswegen die anarchischen Räume in ihrem Gefüge aufnehmen und man müsste diese Bereiche durch ‚Nichtbeachtung‘ in Form von Planungsverweigerung schützen, ja, man müsste auch dafür sorgen, dass neue ‚New Frontiers‘ entstehen, als Experimentierfelder für gesellschaftliche, künstlerische und technische Versuche. Hierzu würde es erleichterter ökonomischer Bedingungen und einer verringerten Regelungs- und Kontrolldichte bedürfen.

In der Praxis steht eine solche Deutung und Erkenntnis, wie wir alle wissen, ‚quer‘ zu allen konventionellen Prinzipien der Planung und der Ökonomie eines geordneten Gemeinwesens: Das Anarchische wird geduldet nur noch in Form von Resten einer historisch auslaufenden ökonomischen Phase, als Übergangsphänomen zwischen zwei Nutzungs- und Siedlungszuständen oder als ein zumindest zeitweise ‚vergessenes‘ ökonomisches Potential.

In derartigen Restformen könnte das Anarchische zumindest toleriert und zugelassen werden: Die New Frontier als zeitlich-räumliches Übergangsphänomen unterschiedlicher Dauer, als ein Phänomen, das immer wieder neu entsteht, sich entweder verfestigt oder vergeht; das abgelöst wird durch anderes und vielleicht weiter wandert. Das Paradox der

„Nichtplanung durch Nichtbeachtung“ könnte wenigstens zum Teil aufgelöst werden durch die zeitliche Begrenzung von Freiheitsräumen, z. B. vergeben als ‚Claims‘, unter den Bedingungen der Selbstorganisation.

Eine solche versuchsweise konstruktive Einstellung gegenüber partieller Anarchie würde vielleicht ein wichtiges Zeichen setzen können für die Vitalität und Beweglichkeit unserer Gesellschaften.

9. Wahrnehmung, Ästhetik und Anästhetik

Die Bedeutung der Wahrnehmung für die Orientierung und für die innere Einstellung zur Stadt ist vor mehr als vierzig Jahren von Kevin Lynch mit seiner Frage nach den Innenbildern, den ‚mental maps‘ der Stadt aufgeworfen und bearbeitet worden – wir haben seinerzeit, wie angedeutet, seine Fragestellungen mit Begeisterung zusammen mit Architekturstudenten bearbeitet und mit Berliner Schulkindern aufgegriffen. Kevin Lynchs Fragestellungen sind immer noch aktuell: Im Gegensatz zur kompakten traditionellen Stadt ist Zwischenstadt unanschaulich, deswegen bedarf es umso mehr der bildhaften, einprägsamen Orientierungsbilder.

Inzwischen hat sich die Frage nach der Art der Wahrnehmung von Stadt und ihrer Bedeutung für den Städtebau radikalisiert: Was wird überhaupt, und was wird wie und mit welcher Intensität in der Zwischenstadt wahrgenommen, und wie wirkt sich die Art der Wahrnehmung auf Stadtpolitik und praktischen Städtebau aus? Die Wahrnehmung gerade der Zwischenstadt ist uneindeutig, denn Zwischenstadt ist besonders offen für unterschiedliche Lesarten, je nach persönlicher Vorgeschichte, Einstellung und spezifischen Interessen, das macht ja ihren ästhetischen Reichtum aus. Man muss aber nicht nur zwischen unterschiedlichen Lesarten unterscheiden, sondern auch zwischen verschiedenen Wahrnehmungssensitivitäten, vom einfachen meist auch zerstreuten, ungerichteten Sehen über das konkrete Erkennen zur gezielten, verstehenden Wahrnehmung und weiter zur sinngebenden Interpretation bis schließlich zur Identifikation, in der es zur Tiefenresonanz zwischen Wahrgenommenem und Seelenregungen kommt, die wir traditionell mit dem Begriff ‚Heimat‘ verbinden.

Die Art des Lesens einer Stadt und die Art der Wahrnehmung lassen sich zusammenführen im Begriff einer zeitgemäßen Ästhetik: Die neue ästhetische Theorie unterscheidet zwischen ‚Anästhetik‘ und ‚Ästhetik‘, wobei nicht der Gegensatz zwischen ‚hässlich‘ und ‚schön‘ gemeint ist, sondern die Form des Verständnisses und die Art und Intensität der Wahrnehmung.

Anästhetik bedeutet Verständnis und Wahrnehmung mit vermindertem Bewusstsein bis zur nahezu ‚betäubten‘ Wahrnehmung: Und ist es nicht so, dass wir weite, sogar wachsende Teile von Zwischenstadt nicht eigentlich verstehen und damit auch nicht wirklich wahrnehmen geschweige denn bewusst interpretieren und dass sich damit die ‚Anästhetischen Wüsten‘ ausbreiten in Form von Stadtbereichen, die wir nur dann partiell und rein instrumentell-funktional verstehen und wahrnehmen, wenn wir etwas in ihnen brauchen, aber ohne innere emotionale Beteiligung?

Im Gegensatz hierzu ist ‚Ästhetik‘ immer mit emotionaler Wahrnehmung verbunden, mit Lust oder Schmerz, mit innerem Erhobensein oder Niedergeschlagenheit: Kurz: Es ist ihrem Wesen nach eine ‚sorgende‘, innerlich beteiligte Wahrnehmung, als eine unverzichtbare Bedingung für ein zugewandtes, sorgfältiges Umgehen mit Stadt. Ästhetik ist damit eine Grundvoraussetzung für einen qualifizierten Umgang mit Zwischenstadt überhaupt und keine ‚schöne Zutat‘, auf die man notfalls verzichten könnte. Denn an der Frage von Anästhetik und Ästhetik wird sich letztlich die Zukunft der Zwischenstadt entscheiden.

Es ist eine Sache von ‚Gebrauch und Ausdruck‘, wie die neue Zeitschrift heißt, die Achim Halm herausgibt: Zwischenstadt wird sich uns nur dann erschließen, wenn wir uns ihr zuwenden und wenn wir sie uns aneignen und umfassend Gebrauch von ihr machen. Mit Aneignung und Zuwendung wird sich auch ihr Ausdruck ändern und öffnen.

10. Wechselwirkungen und Gegensätze

Diese sieben ganz unterschiedlichen, voneinander auch weitgehend unabhängigen Zugänge halte ich für unverzichtbar für ein komplexes Verständnis von Zwischenstadt. Sicherlich gibt es noch weitere Zugangskategorien von gleicher Bedeutung, aber ich meine, schon mit diesen wenigen Kategorien ist es möglich, die Eigenart von Zwischenstadt zu begreifen und darüber hinaus als Möglichkeitsraum zu interpretieren, der qualifiziert und gestaltet werden kann.

Die unterschiedlichen Deutungsansätze und die damit charakterisierten Wirkkräfte stehen in Wechselwirkungen untereinander: Sie können sich verstärken oder auch abschwächen. Zwei Beispiele: Steigende Kaufkraft, schnelle technische

Verkehrsmittel, wachsende frei verfügbare Zeitbudgets in Verbindung mit weiterer Vernetzung der raumüberspringenden Medien verstärken wahrscheinlich in ihren Wechselwirkungen die weitere Ausdehnung und Fraktalisierung der Stadt. Abnehmende persönliche Autonomie dagegen, z.B. im Alter, Hilfsbedürftigkeit, stagnierende oder gar sinkende Einkommen, eine Tendenz zu neuen, auch religiös fundierten Gemeinschaften sowie eine neue Freude an urbaner Vielfalt und örtlich-nachbarschaftlichen Hilfen mit lebendigen Austauschbeziehungen führen wahrscheinlich in Verbindung mit steigenden Energiepreisen zu einer Rückwanderung in verdichtete Stadtstrukturen bzw. zur Entstehung von neuen verdichteten, reurbanisierten Orten innerhalb der Zwischenstadt.

Beide Tendenzen werden nebeneinander bestehen und die Stadtstrukturen gleichzeitig in unterschiedliche Richtungen verändern. Wie überhaupt Stadt nur in Gegensätzen begriffen werden kann: Kein System ohne Bricolage, kein Ort ohne Sphären, keine Ästhetik ohne die Kehrseite der Anästhetik.

11. Das Ladenburger Kolleg

Das Kolleg ist hervorgegangen aus zwei sehr lebendigen Ladenburger Diskursen zum Thema der verstädterten Landschaft, zu denen ich einladen durfte, ohne dass anfangs für mich und die Teilnehmer erkennbar war, dass diese Diskurse einmal in einem Kolleg münden würden:

Am Anfang stand eine höchst lebendige Diskussion unter befreundeten Kollegen, eine Diskussion, die die Stiftung veranlasste, den ‚Diskurs‘ in ein ‚Kolleg‘ mit dreijähriger Laufzeit umzuwandeln.

Aber aufgrund dieser Entstehungsgeschichte kannten sich alle Teilnehmer und konnten sich nach der Grundsatzentscheidung der Stiftung unmittelbar der Konkretisierung der Forschungskonzeption widmen. Nach der Bewilligung des auf drei Jahre angelegten Projekts wird in den verschiedenen Gruppen intensiv gearbeitet; es haben schon drei interdisziplinäre Treffen im gemeinsamen Projektbüro in Frankfurt mit lebhaften, konstruktiven Diskussionen stattgefunden. Auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die sich meist mit Promotionen im Rahmen des Projekts qualifizieren wollen, haben begonnen, eigene Gesprächskreise untereinander aufzubauen.

Die aus insgesamt zwölf Forscherinnen und Forschern mit insgesamt zwölf wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bestehende personelle Grundstruktur ist in drei Gruppen gegliedert: ‚Entwurfsgruppe‘, ‚Forscher‘ und ‚Echo-gruppe‘. Dieser Aufteilung entspricht die inhaltliche Intention des Projekts, einen praktischen Beitrag zur Qualifizierung von Zwischenstadt zu leisten:

In der Mitte steht die ‚Zwischenstadt‘ als ‚Möglichkeitsraum‘, als eine räumliche Struktur, für die es viele unterschiedliche Entwicklungsoptionen gibt. Die wesentlichsten dieser Entwicklungsoptionen werden von den Entwurfsgruppen, auf der Basis plausibler sozio-ökonomischer Entwicklungsszenarien, in Form von ‚gezeichneten Hypothesen‘ erarbeitet. Drei Entwurfsgruppen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten arbeiten an diesen gezeichneten Hypothesen: zum einen für die Transformation schon bebauter Gebiete und zum anderen für die Umgestaltung der Freiräume, beide ergänzt um eine Gruppe, die methodisch innovative Beispiele andernorts, besonders im Ausland, untersucht, um daraus Begriffe und Methoden abzuleiten, die sich auf den gemeinsam gewählten Beispielraum anwenden lassen.

Als ‚Testraum‘ dient ein typischer Ausschnitt aus der Zwischenstadt Rhein-Main westlich von Frankfurt, der von Bad Homburg im Norden bis zum Flughafen im Süden reicht und für den die Regionalplanung ein eigenes schienengebundenes öffentliches Verkehrsmittel vorsieht. Die gezeichneten Hypothesen werden von den überwiegend explorativ arbeitenden, für Überraschungen und Neues aufgeschlossenen Forschern im Lichte ihrer Disziplinen, Theorien und Erkenntnisse diskutiert. Die Struktur der Gruppe der Forscher entspricht zwar nicht direkt den sieben skizzierten Zugängen zum Phänomen der Zwischenstadt, und doch werden alle skizzierten Aspekte berührt. Im Folgenden werden die verschiedenen Erkenntnisansätze stichwortartig umrissen:

Klaus Brake prüft die These von der wachsenden ‚Eigenständigkeit‘ der Zwischenstadt unter Auswertung der Literatur und der Meinungen von Fachkollegen. Heinrich Mäding und Ingo Einacker stellen die gezeichneten Hypothesen und die zugrunde gelegten Szenarien in die heute schon gesicherten sozio-ökonomischen Trends und prüfen sie auf Umsetzungsmöglichkeiten mit vorhandenen Gesetzen und Verfahren. Harald Bodenschatz und Barbara Schöning beobachten die US-amerikanischen Entwicklungen und versuchen sie für die deutsche Diskussion fruchtbar zu machen.

Die Kulturwissenschaftlerin Susanne Häuser unterzieht die gezeichneten Bilder und die hiermit verbundenen implizierten und explizierten Begriffe einer kritischen historisch und interkulturell angelegten Prüfung und arbeitet an einer Begriff-

lichkeit, mit der sich die Realität der Zwischenstadt ohne Rückgriff auf besetzte bzw. verbrauchte Begriffe zutreffender fassen lässt.

Der Stadtökologe Stefan Körner diskutiert kritisch die herrschenden Naturschutzansätze und ihre Anwendung auf die Zwischenstadt. Er entwickelt auf dieser Basis angemessene Naturschutz- und Naturentwicklungskonzepte und versucht diese Konzepte unmittelbar in die Entwurfsgruppe ‚Freiräume‘ einzubringen.

Die Städtebauerin Barbara Boczek untersucht die Entwicklungstrends in der „städtischen“ Landwirtschaft auch im Lichte veränderter europäischer Agrarpolitik und leitet daraus Gestaltungspotentiale ab, die sie in der Entwurfsgruppe ‚Freiräume‘ anwendungsbezogen testet.

Die Ökonomen Dieter Läßle und Andreas Soyka analysieren die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur im Vergleich zur Kernstadt und überprüfen damit auch empirisch die These von der wachsenden Eigenständigkeit der Zwischenstadt.

Die Soziologen Achim Hahn und Michael Steinberg gehen in eingehenden Gesprächen mit Bewohnern und Unternehmern und mit methodisch-hermeneutischen Auswertungen dieser Gespräche der Frage nach der Eigenart der Lebensstile und Aktionsräume der Bewohner der Zwischenstadt nach.

Die auf die Organisation und Moderation von Beteiligungsprozessen ausgerichtete Raumplanerin Ursula Stein analysiert methodisch-systematisch die Chancen, ein allgemeines, aber diffuses Unbehagen am Zustand der Zwischenstadt in ein konturiertes und informiertes öffentliches Bewusstsein zu transformieren, als Voraussetzung demokratisch-politischen Handelns. Sie organisiert auch die „Echogruppe“, bestehend aus fünf bis sieben Fachleuten aus Verwaltung und Politik, die Interesse an grundlegender Reflexion haben und reflektierte Urteile zu Realisierungschancen von Qualifizierungsvorschlägen abgeben können.

Die ersten Diskussionsrunden ermutigen zu der Erwartung, dass dieses in den Fragestellungen offen und im fachlichen Zugang breit angelegte Ladenburger Kolleg zu neuen Erkenntnissen in der theoretischen Durchdringung und praktischen Bewältigung der Verstädterung führen wird.

Erste verwertbare Erkenntnisse zeichnen sich schon ab in der zeitlich auf das Frühjahr 2003 begrenzten Arbeit der Berliner Gruppe (Bodenschatz, Brake, Mäding): Die Sichtung und Aufarbeitung der vielfältigen Diskurs-Strömungen zur Bewertung und zu den Qualifizierungsansätzen des Urban Sprawl in den USA ergaben z.B. schon jetzt wichtige Anregungen.

Auch das wie ein kleines Lexikon aufgebaute ‚Glossarium‘ der wesentlichen sozio-ökonomischen Trends und der Wirkungsrichtungen gegenwärtig gültiger Gesetze, Verordnungen sowie Steuer- und Finanzierungsregeln im Zusammenwirken mit kommunalpolitischen Interessen auf die Entstehung und weitere Entwicklung der Zwischenstadt ist eine wichtige Grundlage für die Einschätzung von Szenarien und Hypothesen.

Die Ergebnisse der Analyse mehrerer wichtiger, methodisch innovativer regionaler Entwurfsansätze andernorts hat schon jetzt zu einer Schärfung der Begriffs- und Methodendiskussion geführt und gezeigt, dass in Deutschland ein gewisser Nachholbedarf im kreativen Umgang mit der Zwischenstadt besteht.

Zu gegebener Zeit werden wir über weitere Zwischenergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprojekts berichten.

Anschrift des Autors:
Prof. em. Thomas Sieverts
Planungsbüro S.K.A.T.
Buschstraße 20
53113 Bonn

„... Blick auf Bäume notwendig“ – Städtisches Wohnen und Umweltqualität

Annett Steinführer

1. Einleitung

Dem Thema „Wohnen und Umweltqualität“ werde ich mich in zwei Schritten nähern:

Zunächst möchte ich die scheinbar offensichtliche, aber nur selten explizit untersuchte Beziehung von Stadt- und Umweltforschung diskutieren, sodann werde ich ein soziologisches Konzept von Umweltqualität präsentieren, schließlich möchte ich einige Forschungsergebnisse der Stadtforschung des UFZ-Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle sowie insbesondere meiner Dissertation zum Zusammenhang von städtischem Wohnen und Umweltqualität vorstellen – da das Untersuchungsfeld dabei in der Regel die Stadt Leipzig ist, sind außerdem einige Ausführungen zur Stadt sowie ihrer Umwelt- und Wohnungsmarktsituation nötig.

2. (K)eine Beziehung? – Stadtforschung und Umweltqualität

„Stadtforschung ist hierzulande und in anderen Ländern Westeuropas mehr als 50 % Umweltforschung, und wenn ich den Umweltbegriff weiter definiere und soziale Aspekte darunter subsumiere, könnte man wahrscheinlich von mehr als dreiviertel Umweltforschung innerhalb der Stadtforschung sprechen.“²

So weit – so gut, könnte man meinen. Ganz so einfach verhält es sich in der Forschungspraxis jedoch nicht. Insbesondere in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung fristen Umweltfragen im engeren Sinn, also beispielsweise die sozialgruppenspezifische Nutzung von Freiräumen, die Bedeutung von Umweltfaktoren für Wohnzufriedenheit oder Motivationen für das ökologische Bauen, ein Schattendasein.³ Das steht in einem seltsamen Widerspruch zur faktischen Bedeutung von Grün, Ruhe und guter Luft – oder negativ formuliert: von Umweltbelastungen – im Alltag der Stadtbewohner.

Entsprechend existiert kein etabliertes Konzept von „Umweltqualität“ – und auch ein Blick in soziologische Nachschlagewerke hilft hier kaum weiter, da der Begriff dort nicht auftaucht.⁴ Da er jedoch im folgenden Vortrag eine Schlüsselrolle spielen wird, möchte ich den ersten Teil meiner Ausführungen der Frage einer soziologischen Definition von Umweltqualität in der Stadt, insbesondere bezogen auf den Alltagsbereich Wohnen, widmen.

Zunächst ist festzuhalten, dass das Fehlen des Konzepts Umweltqualität in der soziologischen Terminologie mit Sicherheit auch seinen Grund in der semantischen Unbestimmtheit und Breite des Begriffes hat. Umweltqualität teilt mit ähnlichen Konzepten (wie „Lebensqualität“ oder „Nachhaltigkeit“) das Schicksal einer nahezu beliebigen Verwendung in unterschiedlichen Kontexten – es ist politisches Schlagwort, normatives Zielkonzept, Indikatorensystem und analytisches Instrument zugleich.

Wenig überraschend erklärt sich diese Unschärfe vor allem durch den ersten Bestandteil des Wortes: „Umwelt“. In einem engeren Verständnis werden unter Umwelt natürliche, vom Menschen nicht geschaffene (wohl aber von ihm beeinflusste und veränderte) Faktoren der Außenwelt, insbesondere in Bezug auf Luft, Klima, Wasser, Flora und Fauna, gefasst.⁵ In einem weiteren Zugang bedeutet Umwelt umgangssprachlich und wissenschaftlich alles außerhalb eines Bezugsobjektes Befindliche, dieses Beeinflussende und von ihm Beeinflusste. Vom „objektivierbare[n] Nicht-Ich“ sprach der Stadtsoziologe Hans-Paul Bahrdt 1974.⁶ So weit gefasst, hat Umwelt sowohl soziale als auch physisch-räumliche Dimensionen und ist als Konzept und Referenzsystem für das Grundverständnis und für unterschiedliche Theorieströmungen sowie Zweigdisziplinen der Sozialwissenschaften ungleich bedeutsamer als der enge Umweltbegriff.

² Hübler 1990, S. 162.

³ Zum letztgenannten Beispiel vgl. aber Gestring u. a. 1997; Häußermann, Siebel 1996, S. 303–311.

⁴ Selbst in umweltsoziologischen Grundlagenwerken findet Umweltqualität entweder gar keine (vgl. z. B. Huber 2001) oder nur beiläufig Erwähnung (so bei Diekmann, Preisendörfer 2001, S. 23, 183).

⁵ „In einem ökologischen Kontext bezeichnet der Begriff der Umwelt nicht irgendeine Umwelt, sondern die jeweils spezifizierte geo- und biosphärische Umwelt bestimmter Populationen. [...] Allgemein heißt Umwelt der spezielle Lebensraum einer Population samt den Ressourcen und Senken, die sie sich darin verfügbar macht. Umwelt bedeutet in diesem Sinne die Gesamtheit der stofflichen raum-zeitlichen Lebensbedingungen der betreffenden Population“ (Huber 2001, S. 157).

⁶ Bahrdt 1974, S. 16.

Im Folgenden werde ich mich, um das Konzept nicht ausufern zu lassen, auf Umwelt und Umweltqualität im engeren ökologischen Verständnis beschränken, ohne dabei aber andere „Umwelten“ (insbesondere soziale und bauliche) außer Acht zu lassen. Zugleich – und das wäre das spezifisch Soziologische – gehe ich von einem anthropozentrischen und von einem subjektiven Konzept aus, für das „objektive“ Daten, z. B. über das Emissionsniveau eines Viertels, die Lärmbelastung einer Straße in Dezibel oder die Grünausstattung einer Stadt bezogen auf die Einwohnerzahl, durchaus zweitrangig sein können. Ein subjektives Verständnis von „Umweltqualität“ geht stattdessen von den Wahrnehmungen und Bewertungen städtischer Bewohner aus – und meint sowohl ökologische Belastungen und Defizite als auch „gute“ Umweltbedingungen und naturnahe Nutzungsmöglichkeiten.⁷ Im Zusammenhang mit Fragen des städtischen Wohnens heißt Umweltqualität dann: die sinnlich erfahrbare, subjektiv wahrgenommene und bewertete Güte der ökologischen Qualitäten eines Wohnstandortes und seiner Umgebung.⁸

Diese Definition hat vier Konsequenzen:

Erstens ist das Konzept ein neutrales, das heißt nicht einseitig auf „Umweltbelastungen“⁹ bzw. auf „gute“ Umwelt beschränkt – stattdessen bildet es ein Kontinuum von hoher bis niedriger Güte natürlicher, anthropogen veränderter Umweltfaktoren ab, zweitens schließt ein solcher Zugang ökologische Zustände aus, die nicht mit den menschlichen Sinnen wahrnehmbar und erfahrbar sind, sondern Informationen bzw. Expertenwissen erfordern (wie z. B. radioaktive Strahlungen oder Bodenkontaminationen), drittens hängt es nur mittelbar mit der „großen“ Ökologiedebatte (um Umweltbewusstsein und Umweltpolitik) zusammen – vielmehr stellt Umweltqualität in dem skizzierten subjektiven und kleinräumigen Verständnis einen Aspekt des „guten“ Wohnens dar, viertens muss eine solche Umweltqualität mit den Methoden der empirischen Sozialforschung – also z. B. Befragungen – gemessen werden und gemessen werden können.

Was weiß man nun bislang in der Stadtforschung über den Zusammenhang von Umweltqualität und Wohnen? Drei Forschungsergebnisse aus der allgemeinen Debatte möchte ich im Folgenden kurz vorstellen.

Erstens verweisen die wenigen vorliegenden Studien über die Auswirkungen von Umweltqualität im Alltagsbereich des Wohnens darauf, dass eine hohe Qualität der natürlichen Umwelt das subjektive Wohlbefinden und das Aktivitätsniveau im Freien positiv beeinflusst und dass eine schlechte Umweltqualität dies beeinträchtigt.¹⁰ Dass dies nur scheinbar trivial ist, beweisen öffentliche Auseinandersetzungen um Umweltbelastungen, z. B. an Ausfallstraßen oder in der Nähe von Flughäfen, wo oft den Betroffenen die Beweislast für Unwohlsein oder Krankheiten auferlegt wird.

Zweitens sind es den bisherigen Erkenntnissen zufolge vor allem Ruhe (Lärmemissionen), Licht (Besonnung von Räumen) und wohnungsnahes Grün, die wichtige ökologische Faktoren in der Wahrnehmung und für die Bewertung eines Wohnstandortes darstellen.¹¹ Dabei sind diese Faktoren einerseits als Wegzugsgründe (im Falle von Umweltbelastungen oder fehlenden Freiflächen), andererseits als Attraktivitätsfaktoren eines neuen Wohnstandortes (mit einer besseren ökologischen Situation) von Bedeutung. Vor allem Untersuchungen der Stadt-Umland-Wanderung haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf den subjektiv hohen Stellenwert wohnungsnaher Umweltqualität hingewiesen. Diese stellt neben der Eigentumbildung einen zentralen Anreiz zur Verlagerung des Wohnstandortes an die städtische Peripherie („im Grünen“) dar.

Ein weiterer Wohntrend soll in diesem Zusammenhang Erwähnung finden: die zunehmende Wertschätzung des Wohnens „am Wasser“: Auch in Deutschland ist seit einiger Zeit eine Aufwertung wassernaher Viertel zu beobachten, und zwar

7 Für ein „objektives“ Konzept von Umweltqualität vgl. Jarre 1975, bes. S. 45–59; Lob 1977; Wickop u. a. 1998, bes. S. 23, 34f., 56–98. Ein „subjektiver“ Zugang findet sich z. B. bei Waterhouse, Hitchcock 1974 und bei Kabisch, Bamberg 1998, bes. S. 57–61. Eine Verbindung beider Ansätze leisten Gleichmann 1963 sowie Gillwald 1983, bes. S. 66–99; vgl. auch Daten zur Umwelt 5 (1992/93) sowie 7 (2000).

8 Allerdings ist gerade der Ökologie-Begriff stadtsoziologisch „vorbelastet“, verbindet er sich doch hier vor allem mit der Chicago School, der ersten stadtsoziologischen Schule, und der durch sie erfolgten Übertragung von Konzepten und Methoden der Tier- und Pflanzenökologie auf die Stadtforschung. Entsprechend wurde diese Forschungskonzeption auch als Human Ecology bezeichnet. Obwohl auch in der Chicago School Umweltspekte im engeren Sinne nicht unberücksichtigt blieben, hat ihr Zugang nichts mit einer Umweltbezogenheit im „modernen“ ökologischen Verständnis zu tun.

9 Ein solcher Zugang findet sich z. B. bei Jarre 1975, S. 5 oder Gillwald 1983, bes. S. 31f.

10 Vgl. Gillwald 1983, bes. S. 85–104.

11 Vgl. Gleichmann 1963, S. 81; Walden 1995, bes. S. 164; Bender u. a. 1997, bes. S. 510f.

nicht nur in Hafenstädten.¹² Die Neubewertung, Ästhetisierung und Inszenierung der städtischen Waterfront – das berühmteste Beispiel sind die Londoner Docklands – ist auch verbunden mit einem bewussten Bezug auf Umweltqualität. Diese symbolische und soziale Aufwertung wurde allerdings erst dadurch ermöglicht, dass mit dem Ende der traditionellen Industriegesellschaft auch die Kloakisierung der offenen Stadtgewässer vorbei ist. Zugleich geht es weniger um eine ökologisch nachhaltige Gestaltung städtischer Räume, auch wenn dieses Argument gern in den Vordergrund gestellt wird.¹³ Vielmehr erfolgen in diesen postmodernen Aufwertungsprojekten eine Instrumentalisierung und ein „In-Szene“-Setzen wohnungsnaher Umweltqualität, um mit der Neu-, oft sogar Erstbesiedlung altindustrieller Standorte vor allem stathöhere Stadtbewohner zu halten oder neu anzuziehen. Unter dem Eindruck der jüngsten Hochwasserkatastrophe und einem wenigstens kurzzeitig gestiegenen öffentlichen Bewusstsein für diese Problematik ist es eine interessante Forschungsfrage, wie sich das Verhältnis zum „Wohnen am Wasser“ künftig entwickeln wird. Allerdings darf man in Bezug auf eine grundlegende Änderung durchaus skeptisch sein.

Eine dritte – und meines Erachtens wichtigste – Verbindungslinie zwischen Umweltqualität und Fragen der Stadtstruktur und des Wohnens ergibt sich aus einer bislang kaum systematisch untersuchten Erkenntnis der Segregationsforschung: dem regelmäßig nachweisbaren Zusammenhang zwischen sozialem Status und wohnungsnaher Umweltqualität. Je größer die Umweltbelastungen oder ökologischen Defizite an einem Ort sind, desto niedriger ist der sozioökonomische Status des Gebietes. Wie bei anderen Dimensionen sozialräumlicher Ungleichheit (wie Einkommen oder Bildung) ist dieser Zusammenhang am ehesten an den Extremen des Statuskontinuums und großräumig nachweisbar: Armut, schlechte Wohnbedingungen und niedrige Umweltqualität hängen demnach ebenso zusammen wie Reichtum und ökologisch wie baulich bevorteilter Villenvorort. Zur Erklärung ist darauf zu verweisen, dass Umwelt – also vor allem unbebautes und nichtkontaminiertes Land, Grün, frische Luft und natürliche Belichtung – im Prozess der Industrialisierung und Urbanisierung seit dem frühen 19. Jahrhundert zunehmend zu einem knappen städtischen Gut wurde, in der Wertschätzung stieg und sich verteuerte. Abgesehen von einzelnen sozialpolitischen Interventionen (wie Volksparks oder der Kleingartenbewegung) entwickelte sich die individuelle Verfügungsmacht über hohe Umweltqualität somit gerade in den Städten zu einer zusätzlichen Dimension sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit: Als privates Eigentum blieb Grün den besitzenden Schichten vorbehalten – und auch öffentliche Grünstrukturen sind nur scheinbar „demokratisch“, verteilen sich doch in vielen Städten diese Freiflächen nicht gleichmäßig über den städtischen Raum, sondern ihr Vorhandensein fällt regelmäßig mit einer repräsentativen Wohnbebauung und einem mittleren bis hohen sozialen Status der angrenzenden Quartiere zusammen.¹⁴ Insbesondere während der Industrialisierungsphase galt dieser Zusammenhang auch für Emissionsbelastungen, doch entstanden mit der starken Zunahme der Verkehrsströme im 20. Jahrhundert auch Lärm- und Luftbelastungen, die sich nicht an soziale Grenzen im Stadtraum halten¹⁵ – ein wesentlicher Grund für immer wieder neu entstehende Bürgerinitiativen gegen Straßen- und Flughafenausbau bzw. für Geschwindigkeits- und Lärmbegrenzungen.

3. Umweltqualität und Wohnen in Leipzig: die Ausgangssituation 1990

Um die gegenwärtige Debatte um einen auch ökologisch orientierten Stadtbau in Ostdeutschland – und im Fall der hier dargestellten Ergebnisse: in Leipzig – zu verstehen, ist eine Rückblende auf die Situation zu Beginn der städtischen Transformation nötig.

Wie die gesamte mitteldeutsche Region präsentierte sich auch die Stadt Leipzig 1989, nach mehr als 100 Jahren Industrialisierung und damit verbundener Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, in einem Zustand hochgradiger Gefährdung. Bergbau, Chemische Industrie, Schwermaschinenbau und andere traditionelle, ressourcenextensive Industrien hatten in der Stadt und der Region ihre Spuren hinterlassen. Zugleich bedurften drei Viertel des Leipziger Wohnungsbestandes dringend der Erneuerung, tausende Wohngebäude waren ruinös. 1987 hatte eine städtebauliche Problemanalyse durch das Büro des Leipziger Chefarchitekten unter anderem in einem „Szenario einer sterbenden Stadt“ gegipfelt.¹⁶ Anders formuliert: Leipzig galt in der DDR am Ende der 80er Jahre als Sinnbild für den „Verfall einer Zeit“ schlechthin.¹⁷

12 Vgl. zusammenfassend die Beiträge in Hoyle u. a. (Hg.) 1988 sowie Schubert (Hg.) 2001.

13 Für eine allgemeinere Diskussion der Einbindung von Natur- und Umweltbezügen in aktuelle Stadtentwicklungsdiskurse vgl. Graham, Keil 1997, bes. S. 572–576.

14 Vgl. Gleichmann 1963, bes. S. 8, 73f.; Jarre 1975, S. 74–76; Gröning 2000; Kabisch u. a. 2001.

15 Vgl. Lob 1977; Kabisch u. a. 2001.

16 Reuther 1997, S. 605; vgl. auch Kahl 1991, S. 71.

17 Vgl. das gleichnamige Buch von Heiduczek u. a. 1992. Der Leipziger Schriftsteller beschrieb seine Beziehung zu Leipzig in diesem Buch wie folgt: „Ich liebe Leipzig nicht, ich hasse es nicht. Ich könnte fortgehen, und es würde in mir nichts sein, keine Wehmut, keine Freude. [...] Schlimmeres kann man über eine Stadt nicht sagen, nachdem man zwanzig Jahre mit ihr und in ihr gelebt hat“ (ebd., S. 5).

Auch in den subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen spiegeln sich der bauliche Verfall und die schlechte Umweltsituation wider: Stadtsoziologische Arbeiten verwiesen in den 80er Jahren auf den wachsenden Verdross der Bevölkerung und eine starke Unzufriedenheit mit der Stadtentwicklung, insbesondere mit der ökologischen Situation.¹⁸ Vor allem die Luftverschmutzung – bedingt durch Kraftwerke, Industrie und private Ofenheizungen auf Braunkohlebasis – beeinträchtigte die Gesundheit und das Wohlbefinden der Stadtbevölkerung. Zugleich waren die städtischen Oberflächengewässer und Böden hochgradig kontaminiert, und auch die Flora und Fauna blieb von den Emissionen nicht unbeeinflusst.¹⁹

In einer besonders benachteiligten Position befanden sich die innerstädtischen Altbauviertel: Sie waren einerseits die Verlierer der realsozialistischen Wohnungspolitik, die sich ab 1960 zunehmend dem rationalisierten Wohnungsneubau am Stadtrand zuwendete.²⁰ Andererseits litten die Altbaugebiete aufgrund ihrer Lage in der Nähe zu Industrie- und Gewerbestandorten sowie der veralteten Heizsysteme besonders unter den Umweltbelastungen.

Mit diesen zwei Prozessen – der Wohnungsbauförderung am Stadtrand und der ökologisch wie baulich zunehmend schlechteren Situation der Altbauviertel – ging über Jahrzehnte eine allmähliche Entdichtung der inneren Stadt einher. Die negative Bevölkerungsentwicklung kulminierte in den 80er Jahren: In Leipzig verzeichneten diese Gebiete, auf dem Tiefpunkt ihrer Wohnattraktivität angekommen, Einwohnerverluste bis zu 32%.²¹ Vorwiegend jüngere Familien verließen die alte Stadt, um in der „neuen“ – am Stadtrand – ein Zuhause zu finden. Außer vom allmählichen Leerzug, wachsendem Verfall und Leerstand sowie einer einseitigen Altersstruktur waren mehr und mehr innerstädtische Altbauviertel zugleich vom Abriss bedroht, und mancherorts hatten die Bagger bereits das Zepter übernommen.

4. „Blick auf Bäume notwendig“: Umweltqualität und Wohnen in Leipzig heute

Wagen wir einen Zeitsprung von etwa zehn Jahren. Auf den ersten Blick scheint die Stadt völlig verwandelt: Ein Großteil des Wohnungsbestandes wurde saniert und modernisiert, die industriell und durch Hausbrand verursachten ökologischen Belastungen sind auf ein kaum spürbares Maß gesunken, Neubauten von Wohn- und Gewerberaum haben bestehende Lücken der Stadtstruktur gefüllt. Ob „Leipzig kommt!“ oder neuerdings „Leipziger Freiheit“²² – optisch wie symbolisch präsentiert sich eine scheinbar prosperierende Stadt.

Allerdings ist die Bilanz der ersten zehn Transformationsjahre weitaus widersprüchlicher: Starke Abwanderung und die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung lassen Stadtplaner (widerwillig) von „Schrumpfung“ sprechen, zehntausende Industriearbeitsplätze sind verloren (allein die offizielle Arbeitslosenquote liegt seit Jahren um die 20 %-Marke), und der motorisierte Individualverkehr hat neue ökologische Belastungen gebracht.

Dennoch ist festzuhalten, dass insbesondere die Altbaugebiete von verschiedenen Entwicklungstendenzen der 90er Jahre profitiert haben und dass viele von ihnen mittlerweile wieder eine Zukunft haben. Tab. 1 stellt – basierend auf einer Analyse von Mietwohnungsgesuchen in der größten regionalen Tageszeitung, der Leipziger Volkszeitung (LVZ), in den Jahren 1999 und 2000 – die räumliche Verteilung attraktiver Wohnstandorte in Leipzig dar.²³ Es ist ein deutliches Muster erkennbar: Einerseits werden Orte im Stadtumland bzw. an der städtischen Peripherie erwähnt.²⁴ Andererseits aber ist es vor allem ein westlich des Stadtzentrums gelegenes Nord-Süd-Band von innerstädtischen gründerzeitlichen Wohngebieten, das in der Gunst von Wohnungssuchenden ganz vorn liegt. Es sind Viertel wie Schleußig, Gohlis-Süd, die Südvorstadt und Connewitz, die noch vor zehn Jahren kaum einen Anreiz zum Zuzug boten. Mittlerweile nimmt auch die Bevölkerungszahl dieser Gebiete – überwiegend erstmals seit Jahrzehnten – wieder zu.²⁵

18 Vgl. Kahl 1991, S. 77.

19 Vgl. detaillierter die Übersicht bei Breuste 1996, S. 12f. – Die ökologische Situation der urbanen Räume Sachsens und Sachsen-Anhalts war einer der Hauptgründe für die Etablierung einer interdisziplinären Stadtforschung am UFZ-Umweltforschungszentrum. Erste Ergebnisse wurden in Breuste (Hg.) 1996 präsentiert.

20 Vgl. zu dieser Entwicklung Hannemann 2000, bes. S. 14–27, 56–85.

21 Vgl. Kabisch u. a. 1997, Karte 1.1.1.

22 Dies waren bzw. sind die Schlagwörter zweier Imagekampagnen der Stadt Leipzig.

23 Im Abstand von sieben Monaten wurden im August 1999 sowie im März 2000 über jeweils vier Wochen hinweg sämtliche Wohnungsgesuche der Leipziger Volkszeitung in einer Datenbank erfasst und auf die in ihnen genannten Kriterien, darunter der Lage im Stadtraum, untersucht (vgl. auch unten Tab. 1). Die Bruttostichprobe umfasste 715 Annoncen. Nach Löschen von Mehrfachinseraten und reinen Maklerannoncen verblieben in der Stichprobe 383 Wohnungsgesuche. Zur Methodik vgl. detaillierter Steinführer 2002, S. 140–143.

24 Allerdings wurden in die Analyse nur Mietwohnungsgesuche einbezogen, so dass die Wahrnehmung und Bewertung von typischen Eigenheimstandorten am Stadtrand hier nicht adäquat widerspiegelt wird.

25 Vgl. STEP 2000, S. 22; Monitoringbericht [2002], S. 2f., 14, 22.

Nicht nur die Bilder im Kopf haben sich somit verändert, auch tatsächliche Wohnstandortentscheidungen vor allem jüngerer Stadtbewohner orientieren verstärkt auf diese innerstädtischen Altbaugebiete.

Wie ist dieser Wandel – innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums, wenn man davon ausgeht, dass der Stadterneuerungsprozess in Leipzig erst ab etwa 1994 richtig in Gang kam – zu erklären?

Zunächst hat dieser Attraktivitätswandel eine angebotsseitige Ursache: In Leipzig wurden in den 90er Jahren, unterstützt durch unterschiedliche bundes- und landespolitische Fördermaßnahmen und steuerliche Anreize, schätzungsweise 75 000 Wohnungen saniert und modernisiert. Ein Großteil dieser Sanierungsmaßnahmen bezog sich auf den gründerzeitlichen Bestand, der etwa 40 % des Gesamtbestandes (ca. 100 000 Wohnungen) ausmacht. Hinzu kam ein starkes Neubaugehen in der Stadt und ihrem Umland.

Daneben haben diese Veränderungen nachfrageseitige Ursachen: In weniger als einem Jahrzehnt verlor Leipzig knapp 100 000 Einwohner, teils aufgrund der Arbeitsmarktlage an den Westen Deutschlands, teils aufgrund eines Sterbeüberschusses, überwiegend aber aufgrund der anfänglich besseren Wohnraumangebote an das suburbane Umland.²⁶ Auch die Zahl der Privathaushalte – der entscheidende Indikator für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt – sank. 228 000 Haushalten standen 1998 insgesamt 282 000 Wohnungen allein in der Kernstadt zur Verfügung, d. h. rein rechnerisch ein Viertel mehr als benötigt.²⁷

Zwei gegenläufige Tendenzen sind für Leipzig somit für die 90er Jahre zu konstatieren: ein quantitativ gewachsenes, qualitativ vor allem in den Altbaugebieten höherwertiges und stärker differenziertes Wohnungsangebot im Vergleich zu 1989 einerseits sowie eine gesunkene Nachfrage andererseits.²⁸ Daraus folgt, dass der Wohnungsmarkt in Leipzig ganz andere Probleme hat als man sie aus boomenden Regionen kennt: Es existiert ein großer Angebotsüberhang. Von den aktuell ca. 60 000 leerstehenden Wohnungen ist etwa die Hälfte am Markt und befindet sich überwiegend in einem relativ guten Zustand. Anders als in der Öffentlichkeit oft wahr- und angenommen besteht zumindest in Leipzig das Hauptproblem des Wohnungsleerstands nicht in den so genannten Plattenbausiedlungen, sondern im gründerzeitlichen Bestand. Dort war im Jahr 2000 etwa jede dritte Wohnung ungenutzt. Allerdings nimmt gegenwärtig besonders in den großen randstädtischen DDR-Neubausiedlungen der Leerstand zu.²⁹

Unter diesen Bedingungen gelten auf dem Wohnungsmarkt zumindest partiell neue Verteilungsmechanismen.³⁰ Wohnbedürfnisse, die unter Knappheitsbedingungen als Luxus erscheinen, werden für breitere Schichten realisierbar – dazu gehört neben wohnungsbezogenen Aspekten im engeren Sinne auch die Umweltqualität. Das zeigt sich erneut an den Wohnungsgesuchen (vgl. Tab. 1). Zwei Umweltqualitätsmerkmale sind besonders wichtig: In einem Drittel der Annoncen wird „Ruhe“ als notwendiges Kriterium der zu findenden Wohnung benannt, und jeder fünfte Inserent wünscht Grün, das allerdings – ein Hinweis auf die Grenze der verwendeten Methode – nur selten spezifiziert wird. In einigen Fällen wird der ästhetische Wert wohnungsnahen Grüns („Blick auf Bäume notwendig“, „Grünblick“) betont. Andere Wohnungssuchende formulieren einen Nutzungsanspruch („mit Gartenzugang oder direkt am Park“, „an der Aue“).

26 Zur Suburbanisierung im Leipziger Raum vgl. zuletzt Herfert, Röhl 2001.

27 Ende 1989 zählte Leipzig 530 000 Einwohner, 1998 waren es noch 437 000. Die Zahl der Privathaushalte betrug 1991 noch 244 000 (Statistisches Jahrbuch [Leipzig] 1993, S. 50; dass. 1999, S. 23, 103, 220). Mit Beginn des Jahres 1999 trat eine Gemeindegebietsreform in Kraft, wodurch sich die Stadtfläche nahezu verdoppelte. Damit wurde ein Teil der Einwohnervverluste rückgängig gemacht, ohne am Problem des Bevölkerungsrückgangs in der inneren Stadt und in den großen Siedlungen des industriellen Wohnungsbaus etwas zu ändern.

28 Zur Entwicklung des Wohnungsmarktes in Leipzig in den 90er Jahren vgl. Steinführer 2002, S. 170–186.

29 Vgl. STEP 2000, S. 29; vgl. auch Kabisch 2002, S. 35f.

30 Allerdings sinken die Preise auf einem solchen Wohnungsmarkt nicht in allen Segmenten gleichmäßig, und Einkommensschwache bleiben auch unter den Bedingungen des Angebotsüberhangs benachteiligt. Zum Mythos vom „Mietermarkt“ vgl. Steinführer 2002, S. 176–186.

Tab. 1: Wohnungs- und Wohnumfeldkriterien in Mietwohnungsgesuchen der Leipziger Volkszeitung (LVZ) 1999/2000 (N=383; Mehrfachnennungen möglich)

Kriterien	Nennungen	in % der Annoncen (N=383)
Raumzahl	349	91%
Balkon	220	57%
Wohnfläche	210	55%
Lage (Ortsteil, Viertel)	208	54%
Mietpreis	183	48%
Sanierungsstand/Haustyp	131	34%
Geschoss	129	34%
ruhige Lage*	124	32%
Einbauküche	89	23%
grüne Lage	75	20%
Stellplatz/Tiefgarage	48	13%
Parkett, Holzfußboden	40	10%
Aufzug	38	10%

* 97mal bezog sich der Wunsch nach Ruhe auf die Wohnlage allgemein, 27mal auf die Wohnung.

QUELLE: eigene Erhebung (STEINFÜHRER 2002)

Darüber hinaus – und damit soll der Bogen zurück zu der oben präsentierten Karte (Abb. 1) geschlagen werden – ist davon auszugehen, dass mit den vorwiegend genannten Stadtgebieten implizit auch eine bestimmte Umweltqualität gewünscht wird. Denn die von den Wohnungssuchenden am häufigsten genannten Wohnstandorte sind außer von einer mittlerweile überwiegend sanierten und modernisierten gründerzeitlichen Bausubstanz dadurch gekennzeichnet, dass sich in ihrer unmittelbaren Nähe der Leipzig von Nord nach Süd durchziehende Auewald mit seinen Parkanlagen, Wäldern sowie einem Fluss- und Kanalsystem befindet. Wohngebiete wie Schleußig, die Südvorstadt, Connewitz und Gohlis-Süd gehören – anders als die vielen „weißen Flecke“ in der Stadtwahrnehmung (bzw. in Abb. 1) – zu den Anrainern dieses innerstädtischen Grünzugs. Zugleich profitieren diese, aber auch die anderen Altbaugemeinden von der durch die Deindustrialisierung und die Sanierung noch produzierender Anlagen sowie des Wohnungsbestandes bedingten großflächigen Verbesserung der Leipziger Umweltsituation im Vergleich zu den 80er Jahren.

Es kann somit festgehalten werden, dass unter den Bedingungen des Angebotsüberhangs der Umweltqualität eine hohe Bedeutung für Wohnstandortentscheidungen und insbesondere eine wachsende Chance der Realisierung dieser Präferenz zukommt. Das ließe sich mit weiteren Ergebnissen aus Befragungen in unterschiedlichen Leipziger Wohngebieten belegen, ohne dass ich dies hier näher ausführen kann. Doch erscheint mir ein anderes Ergebnis, das hier ebenfalls nicht weiter vorgestellt werden soll, ebenso erwähnenswert und fast bedenkenswerter: die nachweisbar zunehmende Bedeutung der „sozialen“ Umwelt, insbesondere der wahrgenommenen sozialen Struktur der Wohngebiete, die stärker noch als die Umweltqualität im engeren, ökologischen Sinn ein starkes Weg- bzw. Zuzugsmotiv darstellt³¹. Außer auf sozialräumliche Entmischungen verweist dieses Ergebnis auch auf die eingangs vermerkte Notwendigkeit eines breiten Konzeptes von Umweltqualität, das nicht auf eine Dimension beschränkt bleibt.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Lässt sich aus den präsentierten Ergebnissen die Schlussfolgerung ziehen, dass die gegenwärtige Situation des Leipziger Wohnungsmarktes eine Chance für mehr Umweltqualität (für weniger Geld) bietet? Besteht darüber hinaus die Hoffnung auf einen ökologischen Stadtumbau, der zugleich sozial gerechter ist, da mehr Stadtbewohner an ihm teilhaben können? Die Antwort kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder ein eindeutiges JA noch ein klares NEIN sein. Denn es gibt für die eine wie die andere Prognose gute Gründe.

Für eine ökologisch wie sozial gerechtere Stadtentwicklung unter der Bedingung des Wohnungsüberangebots spricht, dass:

³¹ Vgl. detaillierter Steinführer 2002, bes. S. 204–226.

1. guter Wohnraum in unterschiedlichen Wohnlagen erschwinglich ist und zusätzlich – wie gezeigt – Umweltqualität von verschiedenen sozialen Gruppen erworben werden kann,
2. nicht zuletzt durch Abrisse Flächen und damit Ressourcen frei werden, die nicht mehr unter dem Knappheitsvorbehalt stehen – und somit bedürfnisgerecht innerstädtische Parks, Freiräume oder Hundewiesen entstehen können, wie es Planungen vorsehen oder auch schon umsetzen.

Dagegen ist jedoch anzuführen, dass:

1. bereits gegenwärtig sozial wie ökologisch begünstigten Gebieten benachteiligte Viertel und besondere Problemzonen (z. B. Hauptstraßen) gegenüberstehen – und für letztere beschleunigt der Wohnungsleerstand die Abwärtsspirale, anstatt sie aufzuhalten,
2. weder die Kostenfrage noch die eigentumsrechtliche Seite von Abrissen und Beräumungen sowie der nachfolgenden Umgestaltungen im Detail geklärt sind,
3. sehr aufwendig Konfliktlösungen für unterschiedliche Nachnutzungsansprüche gefunden werden müssen (vgl. Abb. 2b),
4. auch die Nachnutzungen erhalten und gepflegt werden müssen³² – wodurch auch mittel- und langfristig noch mehr Kosten aus dem Stadtumbau entstehen als sie die entdichtete Stadt ohnehin generiert, ohne dass dem Einnahmen gegenüberstehen.

Gegenwärtig erscheint die Situation des Leipziger Wohnungsmarktes noch immer als ein Sonderfall – und zu Recht ist zu fragen, was man von dem präsentierten Fallbeispiel lernen kann.

Tatsächlich ist die Spezifik der Leipziger (wie der ostdeutschen) Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in den vergangenen Jahren nicht auszublenden. Die Verbesserung der großflächigen Umweltsituation, die neue Attraktivität innerstädtischer Grün- und Wasserzonen sowie die Verbesserung der Wohnsituation und die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sind – nicht immer beabsichtigte – Ergebnisse der Transformationsprozesse der vergangenen zehn Jahre.

Jedoch verweist bereits in der Gegenwart die demographische Entwicklung zahlreicher nicht-prosperierender Regionen nicht nur in Ostdeutschland darauf, dass überschüssige Flächen längst nicht mehr nur ein ostdeutsches Phänomen sind – und das Thema sowohl im deutschen als auch im europäischen Kontext kurz-, mittel- und langfristig keinesfalls so exotisch ist wie es zunächst klingen mag. Die am Beispiel von Leipzig beschriebenen Tendenzen könnten somit „Vorausphänomene“ (Hannemann u. a. 2002) für das Entstehen eines neuen, weniger dichten Stadttypus einerseits und für neue Herausforderungen, Chancen und Probleme eines ökologischen Stadtumbaus andererseits darstellen.

Literatur

BAHRDT, HANS PAUL (1974): Räumliche und soziale Umwelt im großstädtischen Milieu. In: DERS.: *Umwelterfahrung. Soziologische Betrachtungen über den Beitrag des Subjekts zur Konstitution von Umwelt*. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, S. 15–40.

BENDER, ANDRÉ u. a. (1997): An Analysis of Perceptions Concerning the Environmental Quality of Housing in Geneva. In: *Urban Studies* 34, S. 503–513.

BREUSTE, JÜRGEN (1996): Grundzüge des Wandels von Stadtstruktur und Umweltsituation der Stadt Leipzig – ein Überblick. In: DERS. (Hg.): *Stadtökologie und Stadtentwicklung: Das Beispiel Leipzig. Ökologischer Zustand und Strukturwandel einer Großstadt in den neuen Bundesländern*. Berlin: Analytica (Angewandte Umweltforschung; 4), S. 11–32.

BREUSTE, JÜRGEN (Hg.) (1996): *Stadtökologie und Stadtentwicklung: Das Beispiel Leipzig. Ökologischer Zustand und Strukturwandel einer Großstadt in den neuen Bundesländern*. Berlin: Analytica (Angewandte Umweltforschung; 4).

Daten zur Umwelt Bd. 5 (1992/93), Bd. 7 (2000). Hg.: Umweltbundesamt. Berlin: Erich Schmidt, 1994, 2001.

DIEKMANN, ANDREAS; PREISENDÖRFER, PETER (2001): *Umweltsoziologie. Eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt (Rowohlt's enzyklopädie).

³² Das gilt insbesondere, wenn nicht nur Grünplaner, sondern auch Stadtbewohner das von Gerhard Hard (2001, S. 262) so kritisierte „Dekorations- und Disziplinierungskleingrün“ wünschen – und Befragungsergebnisse auch in Leipzig lassen diesen Schluss immer wieder zu.

- GESTRING, NORBERT u. a. (1997): Ökologie und urbane Lebensweise. Untersuchungen zu einem anscheinend unauflösliehen Widerspruch. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg.
- GILLWALD, KATRIN (1983): Umweltqualität als sozialer Faktor. Zur Sozialpsychologie der natürlichen Umwelt. Frankfurt/M., New York: Campus (Arbeitsberichte des Wissenschaftszentrums Berlin, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft).
- GLEICHMANN, PETER (1963): Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt. Stuttgart: Enke (Göttinger Abhandlungen zur Soziologie und ihrer Grenzgebiete; 8).
- GRAHAM, JOHN; KEIL, ROGER (1997): Natürlich städtisch: Stadtumwelten nach dem Fordismus. Ein nordamerikanisches Beispiel. In: PROKLA; 27, S. 567–589.
- GRÖNING, GERD (2000): Zur Geschichte schichtspezifischer Freiraumversorgung. In: HARTH, ANNETTE; SCHELLER, GITTA; TESSIN, WULF (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske + Budrich, S. 102–119.
- HANNEMANN, CHRISTINE (2000): Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. 2. durchgesehene u. erweit. Aufl. Berlin: Schelzky & Jeep (architext; 4).
- HANNEMANN, CHRISTINE; KABISCH, SIGRUN; WEISKE, CHRISTINE (2002): Neue Länder – Neue Sitten? Fazit und weiterführende Forschungsfragen. In: DIES. (Hg.): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. 2. Aufl. Berlin: Schelzky & Jeep (architext; 5), S. 255–261.
- HARD, GERHARD (2001): Natur in der Stadt? In: Berichte zur deutschen Landeskunde; 75, S. 257–270.
- HÄUBERMANN, HARTMUT; SIEBEL, WALTER (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim, München: Juventa (Grundlagentexte Soziologie).
- HEIDUCZEK, WERNER; HOPF, GERHARD; BRUNNER, FALK (1992): Verfall einer Zeit. Beispiel Leipzig. Leipzig: Weidlich/Flehsig.
- HERFERT, GÜNTER; RÖHL, DIETMAR (2001): Leipzig – Region zwischen Boom und Leerstand. In: BRAKE, KLAUS; DANGSCHAT, JENS S.; HERFERT, GÜNTER (Hg.) (2001): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen: Leske + Budrich, S. 151–162.
- HOYLE, BRIAN STEWART; PINDER, DAVID A.; HUSAIN, M. SOHAIL (Hg.) (1988): Revitalising the waterfront. International dimensions of dockland redevelopment. London, New York: Belhaven Press.
- HUBER, JOSEPH (2001): Allgemeine Umweltsoziologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- HÜBLER, KARL-HERMANN (1990): Kooperationsbedarf in Umweltforschung und -politik. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Stadtforschung in Ost und West. Perspektiven und Möglichkeiten der Kooperation der großen Zentren Europas. Hannover: ARL (ARL-Beiträge; 116), S. 162–170.
- JARRE, JAN (1975): Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten. Göttingen: Schwartz & Co. (Schriften der Kommission für Wirtschaftlichen und Sozialen Wandel; 32).
- KABISCH, SIGRUN (2002): Wenn das Kleid der Stadt nicht mehr passt – Strategien im Umgang mit dem Wohnungsleerstand in ostdeutschen Städten. In: HANNEMANN, CHRISTINE; KABISCH, SIGRUN; WEISKE, CHRISTINE (Hg.): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. 2. Aufl. Berlin: Schelzky & Jeep (architext; 5), S. 29–54.
- KABISCH, SIGRUN; BAMBERG [STEINFÜHRER] ANNETT (1998): Interdependenzen von gebauter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluß auf Wohnzufriedenheit und Seßhaftigkeit. Quartiersbezogene stadtsoziologische Untersuchungen in Leipzig-Stötteritz im Rahmen des Themenschwerpunktes „Sozialräumliche Differenzierung und stadtökologischer Strukturwandel“. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ-Bericht 9/1998; Stadtökologische Forschungen; 15).
- KABISCH, SIGRUN; KINDLER, ANNEGRET; RINK, DIETER (1997): Sozialatlas der Stadt Leipzig. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle.
- KABISCH, SIGRUN; RINK, DIETER; STEINFÜHRER, ANNETT (2001): Kleinräumige Untersuchungen zu den Interdependenzen von sozialer, gebauter und natürlicher Umwelt am Beispiel der Leipziger Ortsteile Stötteritz und Connwitz. In: BREUSTE, JÜRGEN; WÄCHTER, MONIKA; BAUER, BERNHARD (Hg.): Beiträge zur umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung von Stadtregionen. CD-ROM. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle.

KAHL, ALICE (1991): Leipzig – ungelöste Probleme führen zum Aufbruch. In: MARCUSE, PETER; STAUFENBIEL, FRED (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR. Berlin: Akademie, S. 66–78.

LOB, REINHOLD E. (1977): Sozialräumliche Aspekte von Umweltbelastungen in Verflechtungsgebieten von Schwerindustrie und Wohnbebauung. In: LOB, REINHOLD E.; WEHLING, HANS-WERNER (Hg.): Geographie und Umwelt. Forschung, Planung, Bewußtseinsbildung. Festschrift für Peter Schneider. Kronberg/Ts.: Athenäum u. a., S. 155–181.

Monitoringbericht 2001. Beobachtung des Leipziger Wohnungsmarktes und der Entwicklung in den Untersuchungsräumen des Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung. Vervielf. Manuskript. Leipzig: Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, o. J. [2002].

REUTHER, IRIS (1997): Stadtbeobachtungen in Leipzig: Drei Zeitschnitte mit biographischem Bezug. In: Berliner Journal für Soziologie; 7, S. 603–608.

SCHUBERT, DIRK (Hg.) (2001): Hafen- und Uferzonen im Wandel. Analysen und Planungen zur Revitalisierung der Waterfront in Hafenstädten. Berlin: Leue (edition stadt und region; 3).

Statistisches Jahrbuch [der Stadt Leipzig] 1993, 1999. Leipzig: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, 1993, 1999.

STEINFÜHRER, ANNETT (2002): Wohnstandortentscheidungen unter den Bedingungen städtischer Transformation. Untersuchungen in Leipzig und Brünn (Brno). Phil. Diss. TU Chemnitz.

STEP [Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung]. Rahmenbedingungen, Teilplan Wohnungsbau, Teilplan Stadterneuerung. Leipzig: Stadt Leipzig, Dezernat Planung und Bau, 2000 (Beiträge zur Stadtentwicklung; 30).

WALDEN, ROTRAUT (1995): Lärm und Ruhe in ihrer Bedeutung für Wohnqualität. In: Zeitschrift für Lärmbekämpfung; 42, S. 159–168.

WATERHOUSE, ALAN; HITCHCOCK, JOHN (1974): Umweltbedingungen und Wohnungswahl. In: Archiv für Kommunalwissenschaften; 13, S. 308–320.

WICKOP, EVELYNE u. a. (1998): Qualitätszielkonzept für Stadtstrukturtypen am Beispiel der Stadt Leipzig. Entwicklung einer Methodik zur Operationalisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf der Ebene von Stadtstrukturtypen. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ-Bericht; 14/1998).

Anschrift der Autorin:

Annett Steinführer

Umweltforschungszentrum Leipzig – Halle GmbH

Standort Leipzig

Permoser Straße 15

04318 Leipzig





